

BB / S. 87

"Elitenbildung in der kommunalen Politik"

(Eine Untersuchung über die Zirkulation
der politischen Führungsgruppen am
Beispiel des Kreises Segeberg)

Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Christian-Albrechts-Universität
zu Kiel

vorgelegt von

U l r i c h M a t t h é e
Kiel
1967

Referent: Professor Dr. Freund

Korreferent: Professor Dr. Scharf

Tag der mündlichen Prüfung: 22. Juli 1967

Zum Druck genehmigt: Kiel, den 24. Juli 1967

Prof. Dr. Hinterhäuser
Dekan

68 B 16



K

G

G l i e d e r u n g

A. <u>Einleitung</u>	Seite 5
I. Zum Begriff der Elite	" 5
II. Der Untersuchungsgegenstand	" 8
III. Fragestellung und Abgrenzung des Themas	" 10
IV. Zur politischen Geographie des Kreises Segeberg	" 11
V. Die Quellenlage	" 16
B. <u>Hauptteil</u>	" 19
Die Zirkulation der politischen Eliten	
I. Begriff und Bedeutung der Zirkulation	" 19
II. Das Ausmaß der Zirkulation	" 22
1. Die Zirkulation im hauptamtlichen Element	" 22
2. Die Zirkulation im ehrenamtlichen Element	" 26
a. Der Kreistag	" 26
b. Die ehrenamtlichen Bürgermeister	" 33
c. Die Amtsvorsteher	" 40
d. Die Bürgervorsteher	" 41
III. Die zirkulationshemmenden Faktoren	" 42
1. Die Kohäsion der politischen Eliten	" 42
a. Abstrakte oder etablierte Eliten	" 42
b. Örtliche und landsmannschaftliche Herkunft der Eliten	" 43
c. Die Berufsstruktur der politischen Eliten	" 48
2. Das Verhältnis der Eliten zu den Parteien	" 57
a. Die hauptamtlichen Verwaltungs- leiter	" 57
b. Die Partieliten der großen Gemeinden	" 59
c. Die bäuerlichen Honoratioren	" 60

3. Die Familienherrschaft	Seite	72	
a. Die Bedeutung der Familienherrschaft für den Zirkulationsprozeß	"	72	
b. Beispiele	"	74	Bb ab S. 87
c. Die Ausdehnung der Familienherrschaft	"	89	
d. Aristokratische und oligarchische Elemente	"	95	
4. Das Verhältnis der konservativen zu den dynamischen Auswahlprinzipien		100	
a. Der zirkulationshemmende Charakter der konservativen Auswahlprinzipien	"	100	
b. Das Besitzprinzip	"	102	
c. Das Herkunftsprinzip	"	110	
d. Das Leistungsprinzip	"	112	
5. Das Ergebnis des Umschichtungsprozesses nach 1945	"	116	
a. Eliten und Gegeneliten	"	116	
b. Die Ziele der britischen Personalpolitik	"	117	
c. Methoden und Auswirkungen	"	120	
d. Herkunft und Schicksal der neuen Eliten	"	123	
e. Die Renaissance der alten Eliten	"	132	
 C. <u>Schluß</u>	"	141	
 Quellenverzeichnis	"	176	
Abkürzungsverzeichnis	"	183	
Anhänge	"	184	
Gemeindegrenzenkarte des Kreises Segeberg	"	235	

A. Einleitung

I. Zum Begriff der Elite

Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit der Untersuchung von politischen Eliten. Schon der Elitebegriff wirft eine Fülle von Fragen auf, die eine ausführliche Definition und eine kurze Stellungnahme zum gegenwärtigen Stand der Elitendiskussion notwendig erscheinen lassen. Den Einstieg in die Definition ermöglicht zunächst einmal die wörtliche Übersetzung. "Mit dem Begriff der Elite verbindet sich zweifellos die Vorstellung der Auslese."¹

So wurde bis um die Zeit der letzten Jahrhundertwende, dem ungefähren Beginn der Elitendiskussion, die Zugehörigkeit zu einer Elite fast immer mit bestimmten Eigenschaften begründet.

Intellektuelle Schärfe, Weisheit und eine integere Lebensführung bestimmten nach Ansicht der Griechen, ob eine Person zur Elite zählte. In Rom standen neben einer adligen Herkunft (im Senat) das Wissen und die staatspolitische Befähigung im Vordergrund. Der Feudalstaat betonte die Bedeutung des Blutes für die Elitenselektion, der bürgerliche Nationalstaat die des Besitzes und der Bildung. Im letztgenannten Beispiel wurde der Begriff der Elite entwickelt.²

In der liberalen Demokratie hoben sich die Eliten besonders deutlich von der Gesellschaft ab; ihre Existenz und ihre Legitimation wurden nicht in Zweifel gezogen. Die politischen Führer rekrutierten sich aus den gesellschaftlichen Oberschichten.

Die Identität von sozialer und politischer Elite charakterisiert die Honoratiorenelite, die das System der liberalen Demokratie getragen hat. Honoratioren im Sinne Max Webers sind Persönlichkeiten von unspezifischer politischer Ausbildung, großem Ansehen und wirtschaftlicher Unabhängigkeit.³

Als Bindeglied zwischen der Staatsgewalt und den breiten Volksschichten wurde eine großbürgerliche, relativ homogene Schicht politisch wirksam. Damit erscheint diese Demokratie mit ihrer

fast aristokratisch geprägten Herrschaftsstruktur in der Gestalt der gemischten Staatsform.

Die Herausbildung der Honoratiorenelite geht auf die für die liberale Demokratie charakteristische Betonung der Freiheit gegenüber der Gleichheit zurück.

Mit dem Eintritt in die Massengesellschaft wurden die alten Honoratioreneliten durch neue Führungsgruppen verdrängt, die meist Experteneigenschaft besaßen und über die Organisation zur Führung aufzusteigen pflegten. Die liberalen Kritiker der Elitenbildung in der Massengesellschaft führten die großen historischen Erschütterungen der Zeit vor und nach der Jahrhundertwende auf das Fehlen echter Eliten zurück und empfahlen mehr oder weniger deutlich eine Rückkehr zu den Auswahlprinzipien der liberalen Demokratie.⁴ Auf der anderen Seite hielt z.B. Szesny die Existenz von Eliten für unvereinbar mit den egalitären Grundlagen der Demokratie.⁵ Stammer hält dagegen an einem repräsentativen Verständnis der Demokratie fest und bejaht die Wirksamkeit von Eliten, betrachtet aber die Selektionsprinzipien der liberalen Demokratie als undemokratisch und empfiehlt die Eingrenzung der demokratischen Eliten durch die Wahrnehmung bestimmter herausgehobener öffentlicher Funktionen.

Der Elitebegriff ist in der Diskussion so stark ideologisiert worden, daß es kaum lohnend erscheint, sich bei konkreten Untersuchungen über Führungsgruppen am Gegensatz von Wert- und Funktionselite, an der Spannung zwischen Identitätsbegriff und repräsentativem Verständnis der Demokratie zu orientieren. Als Eliten werden im Rahmen dieses Themas vielmehr die in der Kommunalpolitik Führenden verstanden. Die Bestimmung der Zugehörigkeit zu diesen Führungsgruppen geht aus Zweckmäßigkeitsgründen von der politischen Funktion aus. Zu den Eliten wird gerechnet, wer z.B. Bürgermeister oder Landrat ist. Damit folgen wir aber nicht der strengen Funktionstheorie Stammers, die sich schon bei der Beurteilung der Macht der alten Familien als unbrauch-

bar erweist. Bei der Bedeutung der Persönlichkeit auf dem flachen Lande und dem geringen Grad der Organisation und der Bürokratisierung in der kommunalen Politik bleibt der strenge Funktionsbegriff abstrakt.

Die Eliten des eng begrenzten Untersuchungsgebietes bestehen aus Gruppen, die zur Ausübung ihrer Herrschaft nicht unbedingt an bestimmte Funktionen gebunden sind.

II. Der Untersuchungsgegenstand

Den politischen Eliten gemäß obiger Definition rechnen wir folgende Funktionen im Bereich des Kreises Segeberg zu:

- 1) Der Landrat
- 2) Der Kreistag (45 Positionen) einschließlich Kreispräsident und Kreisausschuß (8 Mitglieder aus dem Kreistag)
- 3) Die hauptamtlichen Bürgermeister (6)
- 4) Die Bürgervorsteher (§6)
- 5) Die Amtsvorsteher (15)
- 6) Die ehrenamtlichen Bürgermeister (§97)
- also insgesamt 170 Funktionen -⁶

Es liegt auf der Hand, daß die Träger der oben angeführten Funktionen nicht vollkommen identisch mit den politisch Mächtigsten sind. Das liegt zum einen an der Anonymität der Macht, zum anderen lehrt die Erfahrung, daß "keine eindeutige Relation zwischen verfassungsmäßigen Befugnissen einerseits und politischen Einflußmöglichkeiten andererseits besteht",⁷ wie überhaupt bezweifelt werden muß, ob eine exakte Kodifizierung von Grundsätzen der Elitenbildung überhaupt sinnvoll und möglich ist.

Beides spricht jedoch nicht gegen die Anwendung des Funktionsbegriffes, wie er oben dargelegt worden ist.

Außer den im Katalog erfaßten Funktionen werden Vorstand und Hauptausschuß des Kreisbauernverbandes in Teilen der Untersuchung Berücksichtigung finden.⁸

Das hat seinen Grund darin, daß der Bauernverband die einzige echte Pressure Group im Kreise Segeberg darstellt, nachdem der Bund der Vertriebenen durch den Rückgang der GDP politisch bedeutungslos geworden ist. Die Gewerkschaften verfügen im Untersuchungsgebiet nur über schwache Organisationen und werden kommunalpolitisch auch deshalb kaum wirksam, weil sie angesichts

der Kompetenzen von Kreis und Gemeinden nur sehr begrenzte Interessen vertreten.⁹

Bedeutender dagegen ist das Interesse der Geschäftswelt an der Kommunalpolitik, das sich allerdings nicht in der Politik eines Verbandes niederschlägt.

Dem Bauernverband ist es dagegen gelungen, wie sein früherer Kreisvorsitzender treffend feststellte, daß er "nicht politisiert wurde, daß aber seine Wünsche bei den Kommunalpolitikern aller Parteirichtungen Gehör fanden."¹⁰

Die Beamtenschaft der Kreisverwaltung ist außer dem mit bedeutenden Befugnissen ausgestatteten Landrat nicht in diesem Katalog vertreten. Ein erheblicher Einfluß führender Beamter auf politische Entscheidungen kann nicht übersehen werden, um so mehr als den Beamten Parlamentarier gegenüberstehen, deren beruflicher Schwerpunkt außerhalb der Politik liegt. Trotzdem erscheint ihre Einbeziehung in die politischen Eliten unter der speziellen Fragestellung dieses Themas nicht angemessen, weil Auswahlprinzipien, Karrierebedingungen und Zirkulation innerhalb des Beamtenkörpers unterhalb der Landratsebene der politischen Bestimmung weitgehend entzogen sind.

III. Die Fragestellung und Abgrenzung des Themas

Die oben dargestellten Eliten sollen unter folgenden Fragestellungen untersucht werden: Wie stark erneuern sich die politischen Eliten, welches sind die Gründe für den Abgang und welches die Voraussetzungen für den Aufstieg? Welche Prinzipien kommen bei der Selektion zum Tragen? Welche Rolle spielen die Parteien und der Grad der Politisierung für die Zirkulation?

Es ist im Rahmen dieses Themas unmöglich, die Frage der Machtbildung in der kommunalen Politik zu behandeln oder aber eine ausführliche Darstellung der Verfassungswirklichkeit zu geben. Die Beschränkung dieser Untersuchung auf die Zirkulation entspricht der Bedeutung, die diese für die demokratische Legitimation von Eliten gewonnen hat.¹¹

Aus Zahl und Art der Positionswechsel sollen Rückschlüsse auf die Demokratisierung des politischen Lebens der Kommunen gewonnen werden. Wenngleich die kommunale Politik anders zu würdigen ist als Bundes- und Landespolitik, so sind doch die Kommunen nicht aus der Einheit von Bund, Land und Gemeinden wegzudenken.

IV. Zur politischen Geographie des Kreises Segeberg

Der Kreis Segeberg steht mit einer Fläche von 1290 qkm und einer Einwohnerzahl von rund 106 000 an zweiter bzw. siebenter Stelle unter den Landkreisen Schleswig-Holsteins. Er grenzt im Osten und Nordosten an die Kreise Plön und Eutin, im Süden an den Kreis Stormarn, im Südwesten und Westen an die Kreise Pinneberg und Steinburg und im Nordwesten an den Kreis Rendsburg und die Stadt Neumünster. Verwaltungstechnisch gliedert er sich in zwei Städte, vier amtsfreie, hauptamtlich verwaltete Gemeinden, drei amtsfreie, ehrenamtlich verwaltete Gemeinden, 15 Ämter mit zusammen 94 Gemeinden und einen Forstgutsbezirk auf.¹²

Es handelt sich um die Städte Bad Segeberg und Bad Bramstedt, um die hauptamtlich verwalteten Gemeinden Wahlstedt, Kaltenkirchen, Trappenkamp und Ulzburg, um Süßfeld, Seedorf und Glasau und um die Ämter:

Bad Bramstedt-Land mit den Gemeinden

Heidmoor	Weddelbrook	Hardebek
Hitzhusen	Armstedt	Hasenkrug
Hagen	Bimöhlen	Wiemersdorf
Föhrden-Barl mönkloh	Borstel	Fuhlendorf

Bad Segeberg-Land mit den Gemeinden

Blunk	Hamdorf	Schackendorf
Gr. Rönnau	Kl. Rönnau	Schieren
Fahrenkrug	Negernbötzel	Stipsdorf

Boostedt mit den Gemeinden

Boostedt	Gr. Kummerfeld	Latendorf
Gadeland		

Bornhöved mit den Gemeinden

Bornhöved	Schmalensee	Tarbek
Damsdorf	Stocksee	Tensfeld
Gönnebek		

Großenaspe mit den Gemeinden

Großenaspe Heidmühlen

Kaltenkirchen-Land mit den Gemeinden

Hasenmoor Nützen Schmalfeld

Lentförden

Kisdorf mit den Gemeinden

Hüttblek Oersdorf Stukenborn

Kattendorf Sievershütten Winsen

Kisdorf Struvenhütten

Leezen mit den Gemeinden

Bebensee Högersdorf Mözen

Fredesdorf Kükels Neversdorf

Gr. Niendorf Leezen Schwissel

Nahe mit den Gemeinden

Itzstedt Nahe Seth

Kayhude Oering

Pronstorf mit den Gemeinden

Geschendorf Strukdorf Westerrade

Pronstorf

Rickling mit den Gemeinden

Daldorf Fehrenbötzel Rickling

Traventhal mit den Gemeinden

Altengörs Kl. Gladebrügge Stubben

Bahrenhof Mielsdorf Traventhal

Bühnsdorf Neuengörs Wakendorf I

Dreggers Söhren Weede

Ulzburg-Land mit den Gemeinden

Alveslohe Götzberg Wakendorf II

Ellerau Henstedt

Wensin mit den Gemeinden

Krems II Rohlstorf Wensin

Nehms Travenhorst

Wittenborn mit den Gemeinden

Bark

Todesfelde

Wittenborn

Hartenholm

und der Forstbezirk Buchholz.

Unter bevölkerungsstrukturellen und raumordnerischen Gesichtspunkten gliedern sich die 103 Gemeinden in

I. Schwerpunktgemeinden:

a. Städte: Bad Segeberg

Bad Bramstedt

b. Industriegemeinden: Wahlstedt

Trappenkamp

Kaltenkirchen

c. Gewerbe- und Dienstleist. Gemeinden:

Bornhöved

Boostedt

d. Wohnsitzgemeinden: Gadeland

Ellerau

Ulzburg

Henstedt

II. Bäuerliche Gemeinden mit überörtlichen Funktionen, die 1939 über 1 000 Einwohner zählten:

Alveslohe

Seedorf

Großenaspe

Sülfeld

Kisdorf

Rickling

Pronstorf

III. Die übrigen landwirtschaftlich orientierten Gemeinden¹³

Die Kreisbevölkerung verdoppelte sich seit 1939. Durch den Flüchtlingsstrom stieg sie von 53 000 (1939) auf über 119 000 (1946) an, um über einen Rückgang auf 91 000 (1959) sich bei

gut 100 000 einzupendeln.¹⁴

Der Zustrom auswärtiger Bevölkerung und die Bevölkerungsver-schiebung innerhalb des Kreises konzentrierte sich seit etwa 1957 auf die elf Schwerpunkt-gemeinden, die mehr oder weniger deutliche Verstädterungstendenzen aufweisen. Der Anteil dieser Gemeinden an der Kreisbevölkerung betrug 1939 etwa ein Drittel, 1966 die Hälfte.¹⁵

Entsprechend hat sich das wirtschaftliche und politische Schwer-gewicht auf die dynamischen Schwerpunkt-gemeinden verlagert, wäh-rend die Einwohnerbewegung in den übrigen Gemeinden, vor allem in denen der Gruppe III, durch geringere Zuwachsraten, Stagna-tion oder gar Bevölkerungsrückgang gekennzeichnet war. Erst in jüngster Zeit profitieren einige Gemeinden um Bad Segeberg und in dem in Nähe Hamburgs gelegenen Amt Nahe von der Ausweitung der städtischen Einzugsbereiche.¹⁶

Die wirtschaftliche Aktivität des Kreises richtet sich an zwei Nordsüdachsen aus, der B 404 und an der AKN-Bahn Neumünster-Hamburg-Eidelstedt, an denen die elf Schwerpunkt-gemeinden liegen. Mit der Verbesserung der Verkehrswege hat sich die Fluktuation verstärkt. Besonders die elf großen Gemeinden weisen einen hohen Anteil an Auspendlern auf.¹⁷

Eng mit dieser Dynamik ist ein Rückgang der Beschäftigten des primären Sektors verbunden. Während der Kreis 1939 rein agrarisch strukturiert war, arbeiteten 1961 bereits ein Drittel der Be-schäftigten im sekundären Sektor, davon die Hälfte in der Indu-strie, und ein weiteres Drittel der Genannten gehörte zum ter-tiären Bereich.¹⁸

Selbst in mehreren der Gemeinden, die wir als Bauerngemeinden bezeichnen werden, befinden sich die auf landwirtschaftlichen Vollbetrieben Beschäftigten in der Minderheit.

Der Gegensatz von dynamischen Schwerpunkt-gemeinden einerseits und stagnierenden, landwirtschaftlich orientierten Gemeinden mit überwiegend konservativer Bevölkerung andererseits prägt das Präfil des Kreises Segeberg. Daher erscheint dieser Landkreis in seiner

Mischung von konservativen und progressiven Elementen als ein besonders geeignetes Feld für die Untersuchung kommunaler Eliten. Auf Schleswig-Holstein bezogen, liegt er strukturpolitisch etwa in der Mitte zwischen rein landwirtschaftlichen Kreisen wie Husum oder Norderdithmarschen und den Hamburger Randkreisen wie Stormarn oder Hzgt. Lauenburg.

V. Die Quellenlage

Der empirische Charakter der Arbeit, der sich schon in der Themastellung abzeichnet, bedingt eine einseitige Quellenlage. Zwar gibt es recht umfangreiche Literatur auf dem Gebiete der Kommunalwissenschaften, die aber kommunalrechtlich akzentuiert ist. Über die Verfassungswirklichkeit der Kommunen, über die praktische Kommunalpolitik wurden bisher nur sporadisch Arbeiten veröffentlicht. Dazu stellt Eschenburg fest:¹⁹ "Wir haben heute Darstellungen über die politischen Parteien, Untersuchungen über Wahlrecht und Wahlsysteme, über das Wirken des Bundestages, über das Funktionieren unseres Regierungssystemes. Wir kennen Publikationen über die Bürokratie und über das Parlament sowie deren gegenseitiges Verhältnis . . . Sobald sie aber eine Etage tiefer gehen zu den Ländern wird es schon magerer, und bei den Gemeinden besteht so gut wie eine Leere . . . Literatur darüber, wie es in der Gemeindepolitik zugeht, über das wirkliche Verhältnis der Stadtverwaltung und Stadtvertretung, kurz über das Politische der Gemeindeverwaltung, gibt es so gut wie gar nicht. Das scheint mir sehr charakteristisch zu sein." Es fehlt nicht nur an Literatur, sondern auch an brauchbaren Pressemeldungen, da "der Typ des Kommunaljournalisten von Niveau"²⁰ in der Bundesrepublik fast ausgestorben zu sein scheint und nicht mehr gefragt ist. Dafür erweist sich die Beschaffung von empirischem Material leichter als bei Ländern und beim Bund, da die Gemeinden sich nicht so sehr "mit dem Nimbus des Geheimnisvollen" zu umgeben pflegen.²¹ Das Problem politologischer Arbeiten über die Kommunen sieht Eschenburg in der Schwierigkeit, die kommunale Verfassungswirklichkeit "in den Griff zu bekommen."²²

Es liegt auf der Hand, daß für unser Thema die Quellenlage sehr ungünstig sein muß, da das Gebiet der Elitenbildung nur eine von vielen Möglichkeiten der politologischen Betrachtung darstellt. Wir kennen ausgezeichnete Darstellungen über die

kommunalen Eliten verschiedener Klein- und Mittelstädte in den USA.²³

Wegen ihres meist soziologischen Charakters und ihres geographischen Standorts sind sie jedoch für diese Arbeit nicht zu verwenden. Über Eliten wurden in Deutschland zahlreiche theoretische Aufsätze veröffentlicht - allen voran Stammer und Dahrendorf - die sich aber mit dem Begriff der Elite, mit der Existenzberechtigung von Eliten in der Demokratie oder mit den Fragen der Bewertung von Eliten beschäftigen.²⁴

Für die empirische Elitenforschung schaffen sie bestenfalls die Grundlagen. Auf empirischem Gebiet hat sich Zapf, ein Schüler Dahrendorfs, mit einer Studie über die Zirkulation der deutschen Eliten vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik hervorgetan, die durch ihre glänzende Systematik besticht, während ihre politologische Aussagekraft wegen der Überbetonung der Methode geringer zu veranschlagen ist.²⁵

Zapf führt alle Möglichkeiten einer Untersuchung konkreter Elitegruppen auf. Eine Adaption einer dieser Methoden für die vorliegende Arbeit bot sich nicht an, da sie sich auf die Eliten großräumiger Gebilde beziehen. Daher hat sich der Verfasser um eine den Besonderheiten der kommunalen Verfassungswirklichkeit angemessene Methode bemüht. In einer weiteren empirischen Studie stellt Edinger die These auf, daß zwischen den Eliten des Dritten Reiches und der BRD eine bedeutende Kontinuität bestünde.²⁶ Zapf und Edinger haben umfangreiches empirisches Material zusammengetragen. In verschiedenen anderen Darstellungen, so die von Lohmar und Bethusy-Huc, wird die Elitenbildung nur am Rande erwähnt.²⁷

Allen deutschen Untersuchungen über Eliten ist der Bezug auf die staatliche Ebene gemeinsam, während über kommunale Eliten keine Veröffentlichung bekannt ist.

Wir haben uns daher fast ausschließlich auf selbsterarbeitetes empirisches Material stützen müssen. Die Parteien und Verbände, die Verwaltungen des Kreises, der Ämter und Gemeinden, machten

Angaben über die Besetzung der Elitefunktionen. Schwierigkeiten bereitete die Beschaffung von Personalunterlagen für die Vorkriegszeit und die unmittelbare Nachkriegszeit bis 1951. Die Lücken mußten durch Befragung von informierten Amtsträgern geschlossen werden. Der Weg der Befragung und des Augenscheins wurde bei der Untersuchung örtlicher Herrschaftsverhältnisse beschritten. Im übrigen stützt sich die Untersuchung auf Pressemeldungen, Verwaltungsberichte, Heimatbücher, Dorfchroniken, Höfestatistiken der Kreislandwirtschaftsbehörde sowie Aktennotizen der Parteien, Verbände und Verwaltungen. Nicht unerheblich dürften die Bekanntschaft des Verfassers mit Kommunalpolitikern des Kreises, die Beobachtungen, die er als Kreisdelegierter der CDU und als Besucher zahlreicher Kreistags- und Gemeindevertretersitzungen gemacht hat, zu Buche schlagen. Von großem Nutzen waren die Gespräche mit Angehörigen der hier untersuchten Gruppen. Die kommunalpolitischen Erfahrungen des Vaters des Verfassers, der seit 15 Jahren als Kreistagsabgeordneter, Amtsvorsteher und Bürgermeister politisch tätig ist, fielen ebenfalls ins Gewicht. Ohne die persönlichen Kontakte, die größtenteils schon vor der Konzipierung dieses Themas geknüpft worden waren, wäre die Fertigstellung der Arbeit an der Quellenlage gescheitert. Die besonderen Bindungen an den Kreis Segeberg ermöglichten eine relativ genaue Darstellung konkreter Elitegruppen in einem überschaubaren Raum.

B. Hauptteil

Die Zirkulation der politischen Eliten

I. Begriff und Bedeutung der Zirkulation

Die Legitimität der politischen Eliten in der Demokratie hängt entscheidend vom Charakter und Ausmaß ihrer Zirkulation ab. Die Frage, wie lange sich ein Elitenmitglied in seiner Position hält und wie die Aufstiegschancen beschaffen sind, kann als die Kernfrage für die oligarchische Verfestigung der Eliten angesehen werden.¹ "Die Führungsschicht muß es dazu befähigten und darauf hinwirkenden Geführten möglich bleiben lassen, in den Kreis der Führung aufzurücken, denn nicht die Identität der Führer und Geführten ist entscheidend für den Grad der Demokratisierung, sondern die gleiche Chance des Aufstiegs in die politische Führung."² Damit weist v.d. Heydte auf die Wechselwirkung von Demokratisierung und Elitenzirkulation hin.

Ein harmonischer Zirkulationsprozeß bildet die Voraussetzung für die Legitimität der Demokratie. Eliten müssen prinzipiell zur Offenheit tendieren, wenn sie nicht zur Oligarchie erstarren sollen, was ein gewisses Maß an sozialer Mobilität voraussetzt. Pareto stellte seine berühmte Theorie vom fortwährenden Kreislauf der Eliten auf,⁴ während Robert Michels behauptete, daß die Eliten mit fortwachsender Organisation zur Oligarchisierung neigen. "Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie. Im Wesen der Organisation liegt ein tief aristokratischer Zug . . . Im Parteileben läßt sich die Beobachtung machen, daß mit fortschreitender Entwicklung die Demokratie eine rückläufige Bewegung macht. Mit zunehmender Organisation ist die Demokratie im Schwinden begriffen: Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstab wie die Organisation."⁵

Pareto und Michels hatten bei der Aufstellung ihrer Theorien selbstverständlich nicht die politischen Eliten einer relativ kleinen Gebietskörperschaft vor Augen, wie sie hier Untersuchungsgegenstand sind. Sie bezogen sich vielmehr auf ganze

Staaten, wenngleich ihre Thesen prinzipielle Gültigkeit für alle Eliten beanspruchen. Es kommt daher nicht darauf an, die Theorien Paretos und Michels an der Wirklichkeit der Elitenbildung im Kreise Segeberg auf ihre praktische Relevanz hin zu überprüfen. Trotzdem öffnen Pareto und Michels den Zugang zu einer verständigen Betrachtung des Wesens der Zirkulation.

Diese Ausführungen über das Verhältnis von Elitenzirkulation und Demokratisierung lassen das Problem in einem etwas einseitigen Lichte erscheinen, wird doch der Eindruck erweckt, eine Gesellschaft wäre um so demokratischer, je schneller ihre Eliten sich erneuerten. Das Verhältnis von Zirkulation und Demokratie ist zu kompliziert, als daß es sich auf eine solch allgemeine Formel bringen ließe. Auch die Demokratie kann nicht die starre Durchsetzung ihrer Dogmen auf Kosten ihrer Leistungsfähigkeit wollen.⁶

Eine kurzfristige Fluktuation in den Elitefunktionen könnte von den Prinzipien der Volksherrschaft her als eine ideale Verwirklichung demokratischer Kontrolle gelten. In den politischen Praxis jedoch muß sie zum Untergang jeder politischen Ordnung, auch der Demokratie führen. Vielmehr kann die längerfristige Behauptung in einer Eliteposition durchaus segensreich wirken. Von einem gewissen, allerdings schwer festzusetzenden Zeitpunkt an wird die Tendenz zur oligarchischen Verfestigung spürbar, die den Aufstieg neuer Kräfte blockiert.

Dieser Zeitpunkt wird mit der zunehmenden Komplexität der politischen Materie immer mehr hinausgezögert werden, Daher kann der Grundgedanke der Demokratie Andrew Jackson's, die Ämter rotieren zu lassen, um eine dauerhafte, von professioneller Geheimnistuerei geschützte Amtsverwaltung, die zu "Standesdünkel und bürokratischer Verknöcherung" führen kann, zu schaffen, nicht mehr gelten.⁷

Die politischen Eliten werden tendenziell immer mehr Zeit zur Einarbeitung in ihre Ämter brauchen.

Wir können an dieser Stelle noch nicht wagen, zu beurteilen, welche Amtsdauer bei einer jeweiligen Position im Sinne eines

ausgewogenen Verhältnisses von Stabilität und Leistungsfähigkeit einerseits und demokratischer Erneuerung andererseits angemessen erscheint. Zunächst einmal muß bezweifelt werden, ob eine optimale Dauer überhaupt festgestellt werden kann. Zum anderen ist die Frage, wenn überhaupt, nur vom konkreten Einzelfall aus zu beantworten. Wir beschränken uns daher zunächst auf die Untersuchung des Problems, ob das politische System des Untersuchungsgebietes durch den fortwährenden Existenzkampf zwischen den Elitengruppen und nachdrängenden Schichten getragen wird, also durch die permanente Eliminierung der jeweiligen Führungsschichten durch neue Eliten. Oder tendieren die Eliten vielmehr zur Stagnation, zur Verharschung und zu einer das lebendige demokratische Leben erstickenden Oligarchisierung? Oder besteht ein beschränktes Maß an Zirkulation durch die "Amalgamierung der alten Elemente mit den neuen?"⁸

Den Zugang zur Beantwortung dieser Fragen vermittelt eine Untersuchung des Ausmaßes der Zirkulation und seine politische Beurteilung vom konkreten Einzelfall aus, die im folgenden vorgenommen werden sollen.

II. Das Ausmaß der Zirkulation

1. Die Zirkulation im hauptamtlichen Element

Wie lange sich ein Amtsträger in seiner Position hält, d.h. wie sicher dies ist, ist die Kernfrage dieses Abschnitts. Die Untersuchung der Positionen des Landrats und der hauptamtlichen Bürgermeister ist unter dieser Fragestellung wenig ergiebig, da das Ausmaß der Zirkulation stark von beamtenrechtlichen Regelungen be~~ein~~flußt ist. Beim Landratsposten hat es seit 1950 zwei Wechsel gegeben, von denen der eine durch das Erreichen der Pensionsgrenze, der andere durch den Aufstieg zum Staatssekretär bedingt war.¹

Bei den sechs hauptamtlichen Bürgermeisterposten, von denen allerdings vier erst nach 1951 eingerichtet wurden, registrieren wir drei Wechsel, zwei davon durch Erreichen der Altersgrenze, einen durch Tod. Politisch sehr viel schwerwiegender ist dagegen die Frage, warum diese bedeutsamen, ausgesprochenen Führungspositionen gegen den normalen Zirkulationsvorgang so immun sein können. Der Landrat bzw. hauptamtliche Bürgermeister ist nicht nur Leiter der Verwaltung gemäß § 52 Abs. I der KrO vom 27.2.1950 bzw. gemäß § 70 Abs. I der GO vom 24.1.1950, sondern er hält auch den Vorsitz im politischen Hauptausschuß, d.h. im Kreisauausschuß, Magistrat, Hauptausschuß gemäß § 45 der KrO bzw. § 62 Abs. I der GO. Außerdem besteht Inkompatibilität zwischen Landrats- bzw. hauptamtlichem Bürgermeisterposten und Parlamentsmandat nach § 50 Abs. 6 KrO und § 51 Abs. 5 GO, eine Regelung, die den Verwaltungsleiter noch weiter dem parlamentarischen Einfluß entzieht.²

Hinzu kommen die besonderen Erschwerungen der Abwahl nach § 54 Abs. I KrO bzw. § 54 Abs. I GO. Diese für die Flächenstaaten der ehemaligen britischen Zone so eigentümliche schleswig-holsteinische Regelung kann die ihr innewohnenden Tendenzen zum Beamtenstaat und zur einseitigen Betonung der Kontinuität nicht verleugnen. Anstelle der nach britischem Vorbild konzipierten Polarität

von Verwaltungsleiter und politischem Führer trat 1950 in Schleswig-Holstein die eindeutige Vorrangstellung des leitenden Kommunalbeamten. Prinzipiell wie . . . "die Umwandlung des Bürgermeisters von einem für lange Zeit angestellten Verwaltungsjuristen in das für eine kurze Amtsdauer durch das Volk gewählte Oberhaupt einer Verwaltung",³ machten damals Vorstellungen über die Renaissance des alten preußischen Landrats bzw. hauptamtlichen Bürgermeisters Platz, Vorstellungen, die ganz auf der Linie kommunaler Traditionen lagen. Die Polarität von haupt- und ehrenamtlichem Element, die der Kommunalverfassung der britischen Zone ihr Profil gab, besteht in Schl.-Holst. nur noch formell. Der parlamentarische Führer, durch die Inkompatibilität zwischen Parlamentsvorsitz einerseits und Mitgliedschaft im politischen Hauptausschuß andererseits gemäß § 46 Abs. 2 KrO bzw. § 65 Abs. 2 GO politisch gelähmt, ist zu einer Domäne relativ unpolitischen Honoratiorentums geworden. Der Grundgedanke dieser Akzentverschiebung war, die Verwaltungsarbeit kontinuierlich zu gestalten und unabhängig von den Wechselfällen parlamentarischer Mehrheitsbildung zu machen.⁴

Entsprechend hat der Verfassungsgeber die Amtszeiten der Landräte bzw. hauptamtlichen Bgm. nach § 50 Abs. I KrO bzw. § 51 Abs. I GO auf mindestens sechs Jahre festgesetzt und sie somit dem Rhythmus der Legislaturperioden weitgehend entzogen. Diese an beamtenrechtlichen Vorstellungen orientierte Regelung entzieht die Zirkulation in den weitaus wichtigsten politischen Positionen weitgehend politisch-parlamentarischer Bestimmung. Es muß aber gerechterweise auch erwähnt werden, daß die beamtenrechtliche Festsetzung der Dienstaltersgrenze auf 65 Jahre eine Überalterung im hauptamtlichen Element verhindert.⁵

Diese Argumentation erweckt den Eindruck, als ob bei stärkerer Politisierung der hauptamtlichen Funktionen der Zirkulationsprozeß automatisch stimuliert würde. Jedoch zeichnet sich eine entsprechende Tendenz der kommunalen Parlamente, den Zirkulationsprozeß wenigstens im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu beschleunigen, nicht ab. Im Gegenteil, aus Abneigung gegen sog.

politische "Zugvögel"⁶ werden in der Regel bei Wahlen solche Kandidaten bevorzugt, die die Gewähr bieten, möglichst lange über die Mindestzeit von sechs Jahren hinaus auf ihrem Posten zu bleiben. Man stellt mit Erstaunen fest, daß die hauptamtlichen Leiter weniger auf Kontinuität bestehen, weil diese die Möglichkeit eines schnellen Karriereaufstiegs verhindern kann. Bei der Landratswahl am 18.1.1966 sprach nach Ansicht verschiedener Kreistagsabgeordneter für den später gewählten Kandidaten, daß dieser mit 40 Jahren der älteste der in die engere Wahl gekommenen Bewerber war.⁷ Entsprechend glaubwürdig konnte er versichern, daß er die Berufung zum Landrat als Lebensaufgabe auffassen würde.⁸ Als Abgangsgrund wurde also von vornherein das Erreichen der Altersgrenze ins Auge gefaßt.

Das Verlangen nach Kontinuität erfuhr in den drei Kreistagsfraktionen um so mehr an Zugkraft, als der vorangegangene Landrat seinen Dienst schon nach sechs Jahren quittiert hatte, nach allgemeiner Ansicht aus Karrieregründen. So gewannen die Befürworter einer längeren, über die Mindestzeit hinausgehenden Dienstzeit, in der CDU-Fraktionssitzung am 19.11.1965 die Oberhand gegenüber den Vertretern einer nur sechsjährigen Periode.⁹ (Der Landrat wurde schließlich zwar auf sechs Jahre gewählt, jedoch mit der Zusicherung einer Wiederwahl.) Die Erfüllung des allgemeinen Strebens nach Stabilität wurde von der CDU-Fraktion mit der Bereitschaft zum Verzicht auf eines der wichtigsten und vornehmsten Rechte des Kreistages, nämlich der Landratswahl, für zwei volle Legislaturperioden bezahlt. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß diese konservative Einstellung bei allen drei Fraktionen mit einem gewissen parteipolitischen Kalkül verbunden wurde: Ein Teil der CDU, die eine knappe absolute Mehrheit im Kreistag besaß, wollte einen CDU-Mann auf dem Landratsposten etablieren. Dieser sollte bei einer möglicherweise ungünstigen Veränderung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse einer neuen Mehrheit gegenüber eine CDU-Tendenz vertreten.¹⁰

Umgekehrt sahen SPD und FDP die Chance, durch die Wahl des unabhängigen Kandidaten, auf lange Zeit ein Gegengewicht gegen

eine CDU-Mehrheit zu schaffen.¹¹

In gleichem Lichte müssen auch manche Versuche gesehen werden, den Termin für die Wahl eines hauptamtlichen Bewerbers in der Hoffnung auf eine günstigere Sitzverteilung über die anstehenden Kommunalwahlen hinaus zu verschieben.

Einen entsprechenden Antrag stellte z.B. die FDP vor der Wiederwahl des Bramstedter Bürgermeisters.¹²

Damit wird aber die Vorrangstellung der Kontinuität als zirkulationshemmendes Auswahlprinzip für die Wahl von hauptamtlichen Bewerbern durch die kommunalen Parlamente nicht infrage gestellt, sondern vielmehr bestätigt; ging man doch allenthalben von dem Versuch aus, die Prinzipien der Parteiraion mit den Erfordernissen der Stabilität zu verbinden, ja sogar das Parteiinteresse in die anerkannte Notwendigkeit der Kontinuität hineinzuinterpretieren.

Die gleiche Abneigung gegen sog. Karrieremänner bestimmte auch die Wahl des neuen Bürgermeisters von Bad Bramstedt. Dort waren aus der Vorauswahl ein Oberinspektor der örtlichen Stadtverwaltung sowie ein Beamter eines Kieler Ministeriums als aussichtsreichste Kandidaten hervorgegangen. Die Stadtverordnetenversammlung entschied sich schließlich gegen den auswärtigen Bewerber, weil die Möglichkeit in Erwägung gezogen wurde, dieser würde das Amt eines Bürgermeisters nur als Durchgangsstation betrachten und als Sprungbrett für eine Karriere benutzen.¹³

Streben nun die parlamentarischen Organe ihre eigene Entmachtung an? Empfinden die Kommunalpolitiker den gegenwärtigen Zustand als befriedigend? Es erscheint nach dem Gesagten gerechtfertigt, derart überspitzte Fragestellungen zu formulieren. Mit Sicherheit kann gesagt werden, daß der ohnehin schwere Stand des ehrenamtlichen Elements gegenüber Landräten und hauptamtlichen Bürgermeistern durch die ungleiche Kompetenzverteilung noch weiter beeinträchtigt wird. Der Selbstbehauptungswille der Parlamente wird aus einem Gefühl relativer Ohnmacht heraus in Mitleidenschaft gezogen. Es fehlte zwar bei der Landratswahl in den Reihen der CDU-Fraktion nicht an Argumenten, die parla-

mentarischen Möglichkeiten durch Festlegung auf die Mindestwahlzeit von sechs Jahren voll auszuschöpfen.¹⁴

Die Prinzipien der Kontinuität der Verwaltungsführung, die sich dann aber durchsetzten, können nicht allein aus dem Bedürfnis nach Voraussehbarkeit und Dauerhaftigkeit der Verwaltung erklärt werden, denn das würde wohl die Selbstbeschränkung des parlamentarischen Einflusses begründen, nicht aber die generelle Einstellung zum Zirkulationsprozeß im hauptamtlichen Element. Vielmehr stellt sich hier die Frage, ob die Zirkulation in den ehrenamtlichen Funktionen, also beim Kreistag, den ehrenamtlichen Bürgermeistern und den Amtsvorstehern, u.a., die ja z.T. Auswahlgremien für die hauptamtlichen Positionen sind, ein befriedigendes Ausmaß erreicht. Ein Mangel an Zirkulation im ehrenamtlichen Element könnte die konservativen Vorstellungen über den Zirkulationsprozeß im hauptamtlichen Element begründen.

2. Die Zirkulation im ehrenamtlichen Element

a. Der Kreistag

Die hohe Zahl der ehrenamtlichen Funktionen ermöglicht eine weitaus plastischere Darstellung des Zirkulationsprozesses als im vorangegangenen Abschnitt. Für den Kreistag wird der Zeitraum von 1951 bis Ende 1966 zugrunde gelegt. In dieser Zeit gab es insgesamt fünf Kreistagswahlen, und zwar in den Jahren 1951, 1955, 1959, 1962 und 1966. Die aus den Wahlen hervorgegangenen Kreistage wiesen jeweils folgenden Anteil an Neulingen auf:¹⁵

Kreistag 1951:	CDU	5	SPD	1	FDP	4	BHE	11	DP	4	total=	25
Kreistag 1955:	CDU	10	SPD	6	FDP	1	BHE	1			total=	18
Kreistag 1959:	CDU	4	SPD	3	FDP	6					total=	13
Kreistag 1962:	CDU	9	SPD	3	FDP	2					total=	14
Kreistag 1966:	CDU	11	SPD	8	FDP	3					total=	22

Das größte Revirement 1951 stand im Zeichen des Abschlusses der unmittelbaren Nachkriegsphase und war durch das Auftreten einer neuen Partei, des BHE, sowie das erstmalige Einrücken von DP-Abgeordneten gekennzeichnet. Es handelt sich zugleich um die

ersten Kommunalwahlen, die nach der Wiedererlangung einer deutschen Staatlichkeit in Schleswig-Holstein abgehalten wurden.

Gewählt wurde unter den Bedingungen der neuen schleswig-holsteinischen Gesetzgebung. Die aus den Wahlen hervorgegangenen Organe konstituierten sich nach der neuen GO bzw. KrO von 1950. Zugleich trat 1951 die Verlängerung der Legislaturperiode auf vier Jahre in Kraft. Der Umstand, daß jene Wahlen die ersten waren, die ohne jede Einschränkung durch die britische Militär-gesetzgebung abgehalten wurden, verleiht jenem Jahre eine besondere Bedeutung. Im Bewußtsein vieler damals Beteiligten schlossen die Wahlen die unmittelbare Nachkriegsperiode in der Kommunalpolitik ab und gaben den Auftakt zu stabileren Entwicklungen.¹⁶

Diese Feststellung wird durch die ungewöhnlich großen personellen Veränderungen in den politischen Eliten unterstützt, die die Wahl von 1951 mehr noch als jene von 1946 und 1955 als den entscheidenden Einschnitt in der Kommunalpolitik zwischen 1945 und der Gegenwart erscheinen ließen, wenngleich der damals eingeleitete Umschichtungsprozeß erst 1955 als abgeschlossen gelten kann.¹⁷ SS gehörten dem Kreistag von 1951 nur noch zehn Vertreter des ersten 1946 gewählten Kreistages an und weitere zehn aus dem vorangegangenen Kreistag von 1948. Im einzelnen ergab sich dabei folgendes Bild:¹⁸ (Anteil der Vertreter früherer Kreistage an den Kreistagen 1951 bis 1966 in absoluten Zahlen)

Kreistag	1951	1955	1959	1962	1966
1946	10	4	1	0	0
1948	20	8	3	0	0
1951	0	24	11	7	5
1955	0	0	29	15	8

Betrachtet man die Zahlenaufstellung von links nach rechts, so erkennt man die deutliche Verfestigung seit 1951. Die "Männer

der ersten Stunde" von 1946 verschwanden sehr rasch aus dem Kreistag. 1951 wurden immerhin noch zehn von ihnen wiedergewählt, 1955 nur noch vier, 1959 nur noch einer. Der letzte Abgeordnete legte aber noch 1959 sein Mandat nieder. Ähnlich gering war die Beharrlichkeit der Vertreter des zweiten Kreistages von 1948. Ihr Anteil nahm kontinuierlich von 20 Abgeordneten 1951 auf drei 1959 ab. Berücksichtigt man dabei, daß zwei der letzten drei nicht 1948 gewählt waren, sondern über die Liste nachgerückt waren, so wird deutlich, daß die letzten Vertreter der unmittelbaren Nachkriegsphase bis 1959 vollständig aus der Politik eliminiert waren. Ab 1951 zeichnet sich eine klare Tendenz zur Verfestigung ab, die um so deutlicher erscheint, wenn man die längeren Legislaturperioden in Rechnung stellt. Trotz der auf vier Jahre verlängerten Legislaturperiode nahmen die Wechsel ab 1951 kontinuierlich ab, d.h. die durchschnittliche Amtssicherheit erhöhte sich. Das Beharrungsvermögen der ab 1951 gewählten Abgeordneten nahm derart zu, daß im gegenwärtigen Kreistag immerhin noch fünf Vertreter seit 1951 sitzen.

Das Ende des Umschichtungsprozesses nach 1945 wirkte sich bei den bürgerlichen Parteien stärker aus als bei der SPD. Besonders die häufigen Wechsel in der CDU-Fraktion bis 1955 standen im Zeichen des Einschnittes, den der Abschluß der Nachkriegsphase der Elitenbildung verursachte. Zwar war der Anteil der Neulinge nach 1955 nicht ganz unerheblich, doch war seine politische Bedeutung angesichts steigender Fraktionsstärken im Gegensatz zur Periode 1948 bis 1955 gering. Erst 1966 fanden in der CDU bedeutende Reviirements statt, als die Wahlkreise neu geschnitten wurden.

Die CDU-Führung, die im übrigen nur wenig Einfluß auf die Zusammensetzung und die Wechsel in der Fraktion ausüben kann, geben solche Neuschneidungen ein Mittel in die Hand, die Berufung lokaler Honoratioren auf politische "Erbhöfe" zu ignorieren und in den neugeschaffenen Wahlkreisen die Aufstellung jüngerer Kandidaten zu fördern.¹⁹

Für die CDU-Fraktion, die sich fast ausschließlich auf direkt gewonnene Mandate stützt, (1966 - 22 von 23 Mandaten) wirkt

sich die Bevölkerungsverschiebung innerhalb des Kreisgebietes und der Zuzug von außerhalb und damit die Dynamisierung des politischen Lebens der Schwerpunktgemeinden zirkulationsfördernd aus.²⁰

Diese Tendenzen sind erst in Ansätzen zu erkennen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Verlagerung des Schwergewichts von den Bauerndörfern zu den Schwerpunktgemeinden auf die Dauer auswirkt. Sicher ist, daß die CDU hinsichtlich ihrer Politisierung hiervon mehr betroffen ist als die beiden anderen Parteien.

Die FDP erwies sich gegenüber diesen Veränderungen als immun. Sie ist im Kern eine bäuerliche Honoratiorenpartei mit geringem Organisationsgrad geblieben. Soweit ihre Abgeordneten aus den großen Gemeinden stammen, wurden sie mit Rücksicht auf eine räumliche Verteilung der Fraktion in die Kreisliste aufgenommen.²¹ Von den Veränderungen bei den Wahlen von 1951 war die FDP ähnlich stark betroffen wie die CDU, da sich ihre Führung von der der CDU soziologisch kaum unterschied. Seither wurden bedeutende Wechsel kaum vorgenommen, wenn man von den besonderen Bedingungen des Jahres 1959 absieht, als die Partei aus der mit der DP gewählten Wählervereinigung ausschied. Die Aufstellung der Kreisliste vollzog sich gewöhnlich in ruhigen Formen. Die Ansprüche der Abgeordneten, die bereits ein Mandat innegehabt hatten, fanden in der Regel volle Berücksichtigung. Ein Kreislauf vollzog sich unter diesen Umständen nicht.

Der geringe Grad der Politisierung in der FDP schaltete den politischen Machtkampf als zirkulationsförderndes Element aus. Der Zustrom neuer Kräfte blieb wegen der Bedeutung von "Amt und Würden" für die Selektion gering. Die meisten Abgeordneten waren bei der Nominierung auf einem sicheren Listenplatz bereits Bürgermeister, Amtsvorsteher oder Bürgervorsteher.²²

Über die Zirkulation in der SPD-Fraktion lassen sich kaum verbindliche Angaben machen. Die statistischen Unterlagen weisen Unregelmäßigkeiten auf. Auf die Unempfindlichkeit der SPD gegen die Einwirkungen des Umschichtungsprozesses nach 1945 wurde bereits hingewiesen. Der Anteil der Neulinge zwischen 1955 und

1962 stand im Zeichen steigender Fraktionsstärken, so daß die Abgänge zahlenmäßig nicht sehr ins Gewicht fielen. Trotzdem kann von einer normalen Regenerationsrate gesprochen werden.

Erstaunlich ist die radikale Verjüngung der Fraktion 1966, die vom Kreisvorstand systematisch vorangetrieben wurde.²³ Dieser für den Kreistag einzigartige Versuch, einen gesunden Zirkulationsprozeß einzuleiten, wurde durch die geringe Bedeutung, die die Autorität eines bereits innegehabten Mandats in der SPD einnimmt, ermöglicht.²⁴

Parallel zum Ausmaß der Zirkulation läßt sich eine Rangfolge der Parteien aufstellen, von der FDP mit dem stärksten Rückhalt bei den bäuerlichen Honoratioren und dem größten Beharrungsvermögen ihrer Abgeordneten über die CDU, deren Zirkulation durch ein Spannungsverhältnis zwischen kändlichen Honoratioren einerseits und politisch stärker profilierten Parteiamtsträgern der großen Gemeinden andererseits bestimmt wird, bis zur SFD, bei der Stellung im Ortsverein und Experteneigenschaft als Auswahlprinzip dominieren.

Die Abgangsgründe

Die bloß zahlenmäßige Darstellung von Zirkulationsrhythmen vermittelt nur einen beschränkten Zugang zum Verständnis der Zirkulation. So bleibt z.B. die Feststellung, daß sich die Zirkulation in einem Zeitraum um einen bestimmten Prozentsatz verändert hat, wie es Zapf bei einem Vergleich zwischen den Eliten des Kaiserreiches, der Weimarer Republik und der Bundesrepublik versucht hat, abstrakt, wenn sie nicht durch Erhebungen über die politisch relevanten Hintergründe und Ursachen der Revirements untermauert würde.²⁵

Bei einer politologischen Würdigung der Zirkulation konkreter Gruppen kann es nicht gleichgültig sein, ob sich eine Fraktion mit niedrigem Durchschnittsalter durch interne Machtkämpfe oder Zustrom von Neulingen schnell erneuert oder ob bei einer überalterten Fraktion durch hohe Sterblichkeit ein gleicher numeri-

scher Effekt erzielt wird. Erst eine Untersuchung der Abgangsgründe vermittelt plastische Vorstellungen von der Zirkulation. Ursachen der Abgänge von Kreistagsabgeordneten der drei großen Parteien seit 1951 ohne ersatzweise nachgerückte Abg.:²⁶

	CDU	SPD	FDP
Mandate insgesamt	92	48	46
Abgeordnete insgesamt	50	30	23
Abgänge insgesamt	29	17	14
Politische Gründe	10	8	2
	König	Popp	Wrage, E.
	Brömmer	Klinck	Holler
	Rathge	Schmidt	
	Cornhels	Büsing	
	Saggau	Kütz	
	Kasch	Panzer	
	Lahmann	Matthießen	
	Schmidt, O.	Schlüter	
	Schümann		
	Rohlfing		
Nichtpolitische Gründe - Tod	3	1	3
	Pagels	Schwörcke	Rüder
	Rickers		Warnemünde
	Kruse, H.		Dehn
Alter od. Krankheit	10	4	-
	Neumann	Voß	
	Schacht	Hutzfeldt	
	Dreyer	Dobrint	
	Sager	Jungnitsch	
	Ladiges		
	Jacoby		
	Ströh		
	Meyer		
	Schmidt, J.		
	Kruse, O.		

	CDU	SPD	FDP
Sonstige nichtpolitische Gründe	6	2	3
	Dr. Greve	Meyer	Wullweber
	Grothe	Graff	Thomsen
	Kröger, H.		Ritter
	Wittern		
	Gotthardt		
	Schnack		
Nicht ermittelte Gründe	-	2	6
		Daubhäußer	Jensen
		Auhagen	Wesche
			Schmidt
			Ullrich
			Wrage, J. Möller

Die oben über das politische Profil der einzelnen Parteien und seinen Einfluß auf die Zirkulation getroffenen Feststellungen finden ihre Bestätigung. Bei der SPD liegen sowohl die Zahl der Abgeordneten als auch die Abgänge im Verhältnis zu den insgesamt gewonnenen Mandaten höher als bei der CDU und noch höher als bei der FDP. Innerhalb der Abgangsgründe kommen die politischen Ursachen bei der SPD eindeutig stärker zum Tragen als bei der CDU und wahrscheinlich auch als bei der FDP. Diese Folgerung kann wegen des Mangels an Information über die Abgangsgründe der FDP-Abgeordneten nicht genau belegt werden. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß die nicht ermittelten Gründe auf das Konto von Alter und freiwilligem Rücktritt gehen.

Als politische Abgangsgründe fallen bei der SPD Parteiaustritt, Parteiausschluß, Rückstufung auf der Liste sowie Abstimmungs-niederlagen im Ortsverband auf.²⁷ Die SPD-Fraktion verzeichnet das niedrigste Durchschnittsalter aller Fraktionen und die geringste Amtssicherheit bei ihren Abgeordneten.

Das insgesamt betrachtet befriedigende Ausmaß der Zirkulation

im Kreistag muß auf die politische Aktivität der Ortsverbände von CDU und SPD in den großen Gemeinden zurückgeführt werden, während das retardierende Element sich im allgemeinen auf die bäuerlichen Vertreter der übrigen Gemeinden beschränkt. Übergänge zwischen beiden Gruppen, die etwa je die Hälfte des Kreistages stellen, sind vorhanden, gewinnen jedoch nur untergeordnete Bedeutung und stellen die generellen Ergebnisse der Betrachtung nicht infrage.

b. Die ehrenamtlichen Bürgermeister

Im Unterschied zu den Kreistagsabgeordneten werden die Bürgermeister indirekt (von den Gemeindevertretungen) gewählt.²⁸ Da in den meisten Gemeinden die Vertretungen von den WG teils monopolisiert, teils majorisiert werden, kommen die Ergebnisse der Kommunalwahlen und etwaige Veränderungen der Fraktionsstärken für die Besetzung des Bürgermeisteramtes kaum in Betracht.²⁹ Obgleich das Amt häufig mit dem Direktmandat des zugehörigen Kreistagswahlbezirks in Personalunion gekoppelt ist, tritt es viel deutlicher hervor als jenes und verschafft seinem Inhaber ein besonderes Ansehen. Mehr als bei allen anderen kommunalpolitischen Funktionen verbindet sich mit diesem Amte die Vorstellung einer Fürsorgepflicht für die Bevölkerung. Gewisse patriarchalische Vorstellungen über das Bürgermeisteramt haben sich bis heute erhalten.³⁰

Während Aufgaben, Gestalt und Politisierung und Auswahlmodus beim Kreistag in der Vergangenheit tiefgreifenden Veränderungen unterworfen waren, so daß kaum noch von einer echten Kontinuität der Kreistage gesprochen werden kann, blieben Aufgaben und Bedeutung des Bgm. trotz verschiedener Änderungen der Bezeichnungen im wesentlichen seit Generationen unverändert.³¹ Während der Abgeordnete im Kreistag keinen festen Platz einnimmt, und nur im Rahmen seiner Fraktion hervortritt, ist der Bgm. deutlich exponiert und wird häufig als "Gemeindeoberhaupt" über den engeren politischen Bereich hinaus verstanden.

Diese unterschiedliche Bedeutung der beiden Funktionen könnte sich auch in der Zirkulation niederschlagen. Wir gehen im folgenden von der Situation nach den Gemeindewahlen von 1955 aus und beziehen die gegenwärtige bis 1970 dauernde Legislaturperiode ein, so daß die Wechsel im Bürgermeisteramt für einen Zeitraum von 15 Jahren erfaßt werden.³² Von 1955 bis zum 31.12.1966 gab es auf 97 Positionen insgesamt 70 Wechsel und zwar 1959 - 14, 1962 - 10, 1966 - 12 sowie weitere 34 während der Legislaturperiode.

Das bedeutet, daß durchschnittlich nicht einmal in jeder Gemeinde ein Wechsel stattgefunden hat. In 42 Gemeinden gab es keinen Wechsel, in 42 weiteren nur einen.³⁴ Das Beharrungsvermögen der Bgm. war somit weitaus größer als das der Kreistagsabgeordneten. Liegt im Kreistag der Anteil der Neulinge zwischen 30 und 50 % je Legislaturperiode, so werden nach Gemeindewahlen nur 10 bis 15 % der Bürgermeisterposten unbesetzt. Entsprechend hoch liegt der Anteil der "Altgedienten". 1966 standen

22 Bgm. in der 6. bis 10. Amtsperiode
14 Bgm. in der 5. Amtsperiode
11 Bgm. in der 4. Amtsperiode
15 Bgm. in der 3. Amtsperiode
22 Bgm. in der 2. Amtsperiode
11 Bgm. in der 1. Amtsperiode

Doch nicht nur das Ausmaß der Zirkulation gibt die Verharschungserscheinungen wider, sondern auch das Verhältnis der politischen zu den nichtpolitischen Abgangsgründen. Seit 1955 schieden folgende Bgm. aus ihren Ämtern aus:³⁵

I. Abgänge aus politischen Gründen: 19

a) Wahlniederlage der Partei: 7

Kracht (Boostedt), Matthee (Boostedt), Kahl (Fehrenbötzel), Hutzfeldt (Gadeland), Westphal (Rickling), Schmalfeld (Todesfelde), Schramm (Seedorf);

- b) Durch Rücktritt nach Streitigkeiten mit der Gemeindevertretung: 3

Schweim (Hartenholm), Schramm (Hartenholm), Pieper (Heidmühlen);

- c) Durch Politisierung der Vertretung (Übergang von WG zu Parteien: 2

Humfeldt (Bimöhlen), Kohnfing (Henstedt);

- d) Durch überraschende Abstimmungsniederlagen bei der Bürgermeisterwahl: 3

Bracker (Gr. Kummerfeld), von Drathen (Oersdorf), Behrens (Schwissel);

-) Durch sonstige politische Gründe wie Abwahl, parteiinterne Revirements etc.: 4

Voß (Mözen), Rohlf (Traventhal), Grimm (Wittenborn), Arps (Itzstedt);

II. Abgänge aus nichtpolitischen Gründen: 43

- a) Durch Tod: 22

Wrage (Bark), Riecken (Bühnsdorf), Ramm (Fehrenbötzel), Runge (Fuhlendorf), Deerberg (Glasau), Lawrentz (Hartenholm), Freese (Hasenkrug), Jaaks (Krumm II), Schneider (Nahe), Kruse (Nehms), Schäfer (Rohlstorf), Hauschildt (Schackendorf), Voß (Schackendorf), Voigt (Schieren), Reithinger (Seedorf), Bülk (Stocksee), Gisse (Strukdorf), Nielsen (Stubben), Isaakson (Tensfeld), Kruse (Travenhorst), Jonsson (Westerrade), Wulf (Blunk);

- b) Durch Alter oder Krankheit: 17

Dobrint (Bornhöved), Schuldt (Borstel), Ladiges (Fahrenkrug), Bajorat (Heidmoor), Stuhr (Kayhude), Jansen (Kükels), Kistenmacher (Kl. Rönna), Lindemann (Latendorf), Brügge (Mielsdorf), Hebbel, (Mözen), Hamer (Neversdorf), Böttger (Schwissel), Siefke (Oersdorf), von Postel (Pronstorf), Schwarzt (Stubben), Schlesselmann (Wiemersdorf), Lüthje (Weede);

c) Durch sonstige nichtpolitische Gründe: 4

David (Dreggers), Mohr (Ellerau), Lohse (Föhrden-Barl), Böge (Strukdorf);

III. Nicht ermittelte Abgangsgründe: 8

Haartje (Alveslohe), Wehrmann (Ellerau), Kortmann (Ellerau), Möller (Högersdorf), Höppner (Krems II), Cornell (Wakendorf II), Martensen (Armstedt), Schümann (Armstedt);

Die durchschnittliche Laufbahn eines Bgm. macht die ungewöhnlich starken Verfestigungserscheinungen in dieser Gruppe deutlich. Wahl oder Wiederwahl erfolgen normalerweise einstimmig und spontan, ohne daß eine Vorauswahl in kleinen Zirkeln stattgefunden hat. In aller Regel wird die Wiederwahl eines Amtsträgers bevorzugt. Wer bereits Bgm. war, hat die besten Aussichten, es wieder zu werden. Der Gedanke an Veränderungen kommt nur selten auf. Ein Verzicht auf das Amt aus Gründen beruflicher Überbelastung, wie er im Kreistag möglich ist, wird so gut wie nie ausgesprochen, da viele Bgm. erst als Altenteiler oder Rentner in dieses Amt aufsteigen.³⁶

In vielen Gemeinden blieb die Führungsspitze, bestehend aus dem Bgm. und seinen beiden Stellvertretern, seit 1955 unverändert. Eine Unterbrechung wird erst durch natürliche Bedingungen erzwungen. In nahezu einem Drittel aller Fälle schied der Bgm. durch Tod aus, ein weiteres Viertel trat nach jahrzehntelanger Tätigkeit hochbejahrt von der politischen Bühne ab. Zum Nachfolger wurde entweder der langjährige erste Stellvertreter oder aber der Sohn des Zurückgetretenen gewählt. 1966 legten Kistenmacher (Kl. Rönnau) und Lindemann (Latendorf) ihre Ämter nieder, die sie bereits 1917 bzw. 1924 übernommen hatten, und gaben diese an ihre Söhne weiter.

Der aufgestaute Kreislauf der Eliten als Ausfluß einer betont konservativen Grundhaltung der ländlichen Führungsschichten wirkt sich in einer ungünstigen Altersstruktur aus. Nur vier

Bgm. sind unter 40 Jahre alt, weitere 14 unter 50. Das Gros hatte Ende 1966 bereits das 60. Lebensjahr vollendet, sechs davon waren über 70.³⁷

Nicht in jedem Falle blieb die politische Stellung eines Bgm. unangefochten; das galt vor allem, wenn der Aufstieg in dieses Amt nicht im Rahmen der "Legitimität" erfolgt war, d.h. wenn nach Vorstellung der dörflichen Oberschichten und damit bis zu einem gewissen Grade auch der Allgemeinheit dem Gewählten das Amt nicht zukam. So gilt der bloße Wahlerfolg einer Partei, die die stärkste Fraktion in der Vertretung stellt, noch nicht unbedingt als legitime Grundlage für den Aufstieg ins Bürgermeisteramt.³⁸ Wahlen von Angehörigen der dörflichen Mittel- oder Unterschichten oder von Neubürgern und Heimatvertriebenen, wie z.B. mit Hilfe des BHE, entbehren unter Umständen dieser Legitimität ebenso wie der Aufstieg über gewonnene Kampfabstimmungen im Ortsverband einer Partei. Während normalerweise die jeweils bestehende personelle Situation akzeptiert wird, setzt eine Diskrepanz von Legalität und Legitimität regelmäßig Abwehrreaktionen der eliminierten Gruppen frei.

Diese Legitimität ist selbstverständlich nirgendwo kodifiziert, auch dient sie nicht als allgemeiner Diskussionsgegenstand. Trotzdem ist ihre politische Bedeutung nicht zu verkennen, da gerade in Bauerndörfern sehr konkrete Vorstellungen darüber bestehen, wer nach einem führenden Amte greifen darf und in welcher Form der Aufstieg zu erfolgen hat. Wahlerfolge und parteiinterner Aufstieg gelten nur in Verbindung mit anderen Faktoren als legitim.³⁹

Zu diesen Faktoren, über die wir noch ausführlich berichten werden, zählt u.a. die Herkunft als konservatives Auswahlprinzip.⁴⁰

Die Problematik dieses Legitimitätsbegriffs soll anhand des Beispiels der vier SPD-Bgm. erläutert werden. Die Voraussetzung für deren Aufstieg waren in drei Fällen der Tod ihres bäuerlichen Vorgänger. Als I. stellv. Bgm. waren Müller (Schackendorf), Kalcher (Stocksee) und Frank (Seedorf) für die Nachfolge prä-

destiniert.⁴¹ Da ihr Aufstieg so unter Wahrung der Legitimität erfolgte, blieben sie vom späteren parlamentarischen Mehrheitsbildungen relativ unabhängig. Wirksame Versuche, diese Ämter mit Bauern zu besetzen, wurden - das ist bezeichnend - nicht unternommen, obwohl die SPD-Bgm. nicht den Oberschichten ihrer Dörfer zugeordnet werden konnten.

Die Bauernführer akzeptierten den im Rahmen der Legitimität erfolgten Wechsel. Auf der anderen Seite wurden diese von der SPD gewonnenen Ämter aber auch nicht in den Verfügungsbereich der SPD-Parteioorganisation einbezogen, so daß die Bgm. unabhängig von ihrer Stellung in der Partei von dem allgemeinen Streben nach Kontinuität profitierten.⁴²

Im vierten Beispiel kam der Bauer Saggau 1962 mit Hilfe einer Koalition von SPD und FDP durch Losentscheid gegen den bisherigen ebenfalls bäuerlichen CDU-Bgm. zum Zuge. Dieser demokratisch einwandfreie Auswahlvorgang zog einen Boykott der Gemeindevertretung Fehrenbötel durch die CDU-Fraktion nach sich und mündete schließlich über einen Stillstand der parlamentarischen Arbeit in einen Verfassungskonflikt ein, der den Landtag und das Verwaltungsgericht beschäftigte. Am Beispiel dieses Wechsels mit Hilfe der Technik parlamentarischer Mehrheitsbildung wird das gespannte Verhältnis von Legalität und Legitimität sichtbar, das aus einer tiefverwurzelten Abneigung der konservativen Schichten gegen eine Politisierung der Dörfer beruht. Dieser Gegensatz stellt sich bei Bürgermeisterwahlen nur noch selten, da die Beteiligten meist ein Gespür für die Legitimität der Herrschaft besitzen und etwaige Konflikte im Sinne der Wahrung des dörflichen Friedens nicht aufkommen lassen.⁴³

Im Regelfalle finden die Bgm. ihren Rückhalt in der Legitimität; die Beachtung der Satzungen und der Normen des Wahlgesetzes bedeutet weniger ein Zugeständnis an moderne demokratisch-parlamentarische Formen der Elitenbildung. Sie geht vielmehr auf das Streben zurück, etwaige Anfechtungsgründe von vornherein auszuschließen.

Außer in Fehrenbötel kamen Wechsel durch Wahlniederlagen von

Parteien nur noch in den großen Gemeinden Boostedt, Gadeland, Rickling sowie in Todesfelde zustande. In den neun Gemeinden der beiden am stärksten verstädterten Ämter Boostedt und Ulzburg-Land lagen die Zahl der Wechsel insgesamt mit elf und der Anteil der politischen Abgangsgründe deutlich über dem Durchschnitt aller Gemeinden des Kreises. No politische Abgangsgründe wirksam werden, treten sie innerhalb von Parteien oder in Zusammenhang mit Parteien zutage. Lediglich die Abwahl von Voß (Mözen) und die überraschende 4:5 Abstimmungsniederlage von Drathen (Oersdorf) vollzogen sich innerhalb einer Wählergemeinschaft. Knappe Abstimmungsniederlagen erlitten ebenfalls die CDU-Bgm. Bracker (Gr. Kummerfeld), Behrens (Schwissel) mit 5:7 bzw. 3:4 Stimmen, wobei Teile der CDU-Fraktionen für die siegreichen Gegenkandidaten stimmten.⁴⁴

Die ohnehin zahlenmäßig geringen politischen Abgangsgründe waren z.T. durch außerpolitische Vorgänge, wie z.B. Streit führender Bauern in der Jagdgenossenschaft oder aber durch andere persönliche Gegensätze motiviert, so daß die spezifisch politischen Gründe an der Gesamtzahl der Wechsel gemessen kaum zu Buche schlugen.⁴⁵

Wenn trotzdem eine gewisse, wenn auch schleppende Zirkulation, festgestellt werden kann, so deshalb, weil die natürlichen Lebensbedingungen des Menschen einer unbegrenzten personellen Kontinuität Einhalt gebieten. Die ehrenamtlichen Bgm. als Elitegruppe können wegen ihrer Beharrungstendenzen als Kern der ländlichen Oligarchie bezeichnet werden. Sowohl zahlenmäßig als auch wegen der besonderen Substanz ihres Amtes ragen sie aus den anderen Eliten hervor.

Die übermäßige Betonung der Stabilität, die Akzeptierung des jeweils bestehenden Zustandes verengen den für eine lebendige Demokratie charakteristischen Zugang breiter Schichten zu den führenden Funktionen. Angesichts des aufgestauten Kreislaufs der Eliten kann von einer Amalgamierung wie in Teilen des Kreistages keine Rede sein.

Die auf Dauerhaftigkeit gerichtete Elitenbildung kann vielmehr

in Verbindung mit der Begrenztheit der biologischen Möglichkeiten zu abrupten Generationswechseln führen wie in Latendorf 1966.⁴⁶ Von einigen großen Gemeinden, so z.B. Boostedt, Gadeland, Bornhöved, Henstedt, Rickling und Ellerau sowie von wenigen stärker politisierten kleineren Gemeinden abgesehen, bestimmen die biologischen Grenzen den Rhythmus der Fluktuation.

c. Die Amtsvorsteher

Da die Amtsvorsteher bis auf einige Ausnahmen in Personalunion zugleich Bgm. sind,⁴⁷ dürfte das Ausmaß der Zirkulation in dieser Gruppe ähnlich unbefriedigend sein. Sie werden von den Amtsausschüssen gewählt, denen die Bgm. der amtsangehörigen Gemeinden angehören. Gemeinden über 1 000 Einwohner entsenden je volle 1 000 Einwohner nach § 9 der Amtsordnung in der Fassung vom 24.5.1966 ein weiteres Mitglied in den Amtsausschuß.⁴⁸

Aus der Zahl der Einwohner der Gemeinden ergibt sich, daß die meisten Amtsausschüsse homogene Bürgermeisterkollegien sind. Gewählt wird in der Regel der dienstälteste Bgm.⁴⁹ Für ihn gelten die gleichen Bedingungen wie für die Bgm. Lediglich in Ämtern mit Verstärkungstendenzen kommt es zu Machtkämpfen um den Posten des Amtsvorstehers. Dort bedingen die unterschiedliche Struktur der amtsangehörigen Gemeinden, der starke Einfluß der politischen Parteien und das häufig gespannte Verhältnis von Alteingesessenen und Neubürgern Fraktionsbildungen bei der Amtsvorsteherwahl, wie sie sich 1966 im Amtsausschuß Boostedt niederschlugen.⁵⁰

Die Gewohnheit, die ältesten Bgm. auszuwählen, bringt eine ungünstige Altersstruktur mit sich, wobei wiederum Tod und hohes Alter als normale Abgangsgründe in Betracht kommen. Seit 1955 schieden vier Amtsvorsteher des Amtes Bad Segeberg-Land aus, drei durch Tod, einer wegen hohen Alters. Im benachbarten Amt Wensin wurden beide Wechsel durch Tod verursacht. Von insgesamt 17 Neubesetzungen in 15 Ämtern im Zeitraum von 1955 bis Ende 1966 waren nahezu alle nichtpolitisch begründet.⁵¹

Eindeutig politische Wechsel kamen nicht vor, lediglich in den stadtnahen Ämtern Boostedt und Ulzburg-Land spielten bei den

Neuwahlen politische Motive eine gewisse Rolle. Im übrigen gilt für die Zirkulation in der Gruppe der Amtsvorsteher, was bereits für die Bgm. festgestellt wurde.

d. Die Bürgervorsteher

Wenig Allgemeines läßt sich über die sechs Bürgervorsteher sagen, da die Verwaltungsumstellung in Wahlstedt, Trappenkamp und Ulzburg erst nach 1955 erfolgte. Die häufigen Wechsel in diesem Amt spiegeln die Unsicherheit der Parlamente in der Bewertung dieser jungen Institution wider.⁵² Obwohl die Funktion des BV der des KP vergleichbar ist, hat sich der Honoratiorentypus in diesem Amte noch nicht klar herausgebildet. Koalitionsbildungen verhalfen in einigen Fällen (Kaltenkirchen und Bad Segeberg) auch Vertretern von Minderheitsfraktionen zum Parlamentsvorsitz. Politische Machtkämpfe, parteiinterne Rivalitäten und persönliche Gegensätze können sich bei der Wahl des BV zu einer kampfbetonten Atmosphäre verdichten, die sich von der auf Einstimmigkeit und Einheitlichkeit gerichteten parlamentarischen Praxis der kleineren Gemeinden abhebt. Das Amt des BV wird von den Parteien deutlich angestrebt, so daß sich nach jeder Kommunalwahl die Frage einer Neubesetzung stellt.

Zusammenfassend wird das Ausmaß der Zirkulation wie folgt beurteilt: Die Ämter der haupt- und ehrenamtlichen Bgm. zirkulieren zu wenig, ebenso die der Amtsvorsteher. Deutliche Verharschungserscheinungen machen sich bei den Amtsvorstehern, in der FDP-Fraktion und in Teilen der CDU-Fraktion des Kreistages bemerkbar. Ausreichend erscheinen die Wechsel in der SPD-Kreistagsfraktion, während bei den BV teilweise eine zu heftige Fluktuation auftritt, die zu einer gewissen Instabilität geführt hat. Der Zirkulationsmangel erstreckt sich also auf rund 140 der 170 untersuchten Funktionen. Wir werden daher, wenn wir im folgenden die Ursachen der Zirkulation zu ergründen suchen, uns überwiegend mit den zirkulationshemmenden Faktoren zu beschäftigen haben und uns auf die Gruppen konzentrieren, bei denen Zirkulationsmangel vorherrscht.

III. Die zirkulationshemmenden Faktoren

1. Die Kohäsion der politischen Eliten

a. Abstrakte oder etablierte Eliten

Versucht man die Ursachen des erheblichen Mangels an Zirkulation in den politischen Eliten aufzuzeigen, so stößt man als erstes auf die allgemeine Gestalt der Eliten, auf ihre äußere Form und auf die Beziehung ihrer Mitglieder zueinander. Diese unterschiedlichen Faktoren lassen sich unter ein Denkmodell subsumieren, das Ralph Dahrendorf als Hilfsmittel für die Beschreibung konkreter Eliten konstruiert hat.¹

Dahrendorf geht von dem begrifflichen Gegensatz von abstrakten und etablierten Eliten aus, wobei er die etablierten Eliten in Anklang an das englische "establishment" als eine in ihrem Umfang und ihren Gesetzmäßigkeiten leicht überschaubare Gruppe versteht, deren Mitglieder durch vielfältige persönliche, verwandtschaftliche, soziale und kulturelle Kontakte miteinander verbunden sind.²

Meist weist dabei eine relative Gleichheit der sozialen und der landsmannschaftlichen Herkunft, des Bildungsgrades und der Vorstellungswelt auf gleichgerichtete Interessen und einen ähnlichen Habitus hin. Dagegen verbindet die Mitglieder abstrakter Eliten idealiter nichts weiter als die gemeinsame Zugehörigkeit zu den Eliten, ein Umstand, der seine Wurzel in der Anonymität und der zunehmenden Kompliziertheit der Lebensverhältnisse in der industriellen Massengesellschaft findet. Dahrendorf kommt mit diesem Modell der Funktionstheorie Stammers sehr nahe, denn er kann mit der Zugehörigkeit zu abstrakten Eliten nur die Wahrnehmung bestimmter herausgehobener Funktionen meinen.³

Wir wollen feststellen, welchem der beiden Idealtypen die politischen Eliten des Kreises Segeberg näherkommen, wobei von vornherein unterstellt wird, daß das Profil konkreter Eliten kaum einem dieser beiden Modelle voll entsprechen kann.

Beide Typen verhalten sich im Bezug auf die Zirkulation indifferent, so daß grundsätzlich von der starken Kohäsion der Eliten

nicht auf ein besonderes Maß an Zirkulation geschlossen werden kann. Die Kriterien der etablierten Eliten jedoch, also Homogenität, Publizität, vielfältige Verbindungen der Elitenmitglieder untereinander, deutliche Abgrenzung nach außen usw., enthalten Ansätze für ein starkes Beharrungsvermögen. Damit ist noch nicht bewiesen, daß etablierte Eliten grundsätzlich weniger zirkulieren als abstrakte, und so weniger als Robert Michels' ehernes Gesetz der Oligarchie sich gerade auf die Beobachtung relativ anonymer, bürokratisierter Führungsschichten stützte.⁴

Die liberalen Kritiker der Elitenbildung in der Massengesellschaft machen gerade die Ausweitung der Apparate, die Zunahme der Bürokratisierung und der Organisation, und den Übergang vom Honoratioren zum Berufspolitiker verantwortlich für die Verharschungserscheinungen in den Eliten.⁵

Diese Entwicklungen betreffen aber in keiner Weise das Untersuchungsgebiet. Apparate sind nur im Ansatz vorhanden und spielen für den Zirkulationsprozeß keine erwähnenswerte Rolle. Die Geschäfte der beiden großen Parteien werden durch jeweils einen hauptamtlichen Geschäftsführer besorgt, wobei bei der SPD der Dienstbereich auch noch den Kreis Eutin einschließt; für den politisch bedeutsamen Bauernverband sind zwei Geschäftsführer tätig. Der Grad der Organisation ist also gering. Daher werden wir, wenn wir die politischen Eliten des Kreises Segeberg als abstrakte Eliten kennzeichnen sollten, aus dieser Tatsache heraus kaum den allgemeinen Zirkulationsmangel erklären können.⁶

Wenn also im Rahmen dieses Themas überhaupt eine Beziehung zwischen der Kohäsion der Eliten und dem Ausmaß ihrer Zirkulation hergestellt werden kann, dann nur zwischen etablierter Elite und mangelnder Zirkulation.

b. Örtliche und landsmannschaftliche Herkunft der Eliten

Die landsmannschaftliche bzw. örtliche Herkunft der Eliten gibt Aufschluß über ihre Kohäsion. Diese wird um so erheblicher sein, je stärker Wohn- und Geburtsort der Eliten zusammenfallen. Das zahlenmäßige Verhältnis von Alteingesessenen und Neubürgern bestimmt nicht zuletzt den Grad der Kohäsion. Die einheimischen

Gruppen sind grundsätzlich homogener, häufig durch vielfältige Kontakte miteinander verbunden und bilden ein mehr oder weniger festes Gefüge, während die Neubürger meist nur die Gemeinsamkeit haben, daß sie aus fremden Gegenden stammen. Die Ämterbesetzung vollzieht sich bei Alteingesessenen nach einem festen überlieferten Modus. Eine deutlichesoziale Schichtung mit festgefügtten Privilegien und klaren Unterstellungsverhältnissen, eine meist hierarchische Sozialstruktur und ein beträchtliches Selbstbewußtsein gegenüber Neubürgern zeichnen die dörflichen Gesellschaften aus. Der Gegensatz zu den egalitären Tendenzen des Neubürgertums wird dabei deutlich; für die Neubürger ist die Gleichheit nicht nur ein Prinzip im politischen Umgang untereinander, sondern zugleich eine politische Forderung, die dem Hegemonialstreben der Einheimischen entgegengestellt wird.⁷

Ein ungeschriebenes Gesetz gesteht den Altbürgern gewisse Vorrechte bei der Besetzung politischer Ämter zu, und die führenden Schichten verstehen sich selbst als beauftragte Bewahrer einer "guten alten Ordnung". So hat es z.B. der BHE 1951 unterlassen, in einigen Gemeinden das Amt des Bgm. zu beanspruchen, obwohl ihm dieses nach der parlamentarischen Sitzverteilung zugestanden hätte.⁸

Die stärkere Homogenität der einheimischen Bevölkerung hat eine Modifizierung des Gleichheitsprinzips begünstigt. Der egalitäre Impetus der Neubürger, der zunächst eine stärkere Politisierung der Elitenbildung nach sich zog, hat mit der Stabilisierung der politischen und sozialen Verhältnisse seit etwa 1951 eine Abschwächung erfahren. Weder eine Eliminierung der alten Führungsgruppen mit Hilfe des gleichen Wahlrechts noch ein befriedigendes Maß von Amalgamierung mit den alten Elementen wurde erreicht. Die starke Position des BHE in den Jahren 1951 bis 1959 wirkte sich interessanterweise nur in den Parlamenten aus, nicht aber in den daraus hervorgegangenen Eliten, also im Kreisausschuß, bei den Bürgermeistern und ihren Stellvertretern.⁹

Der Anteil der Alteingesessenen an den Eliten ging nach 1945 unter den Bedingungen der Bevölkerungsverschiebung und der bri-

tischen Demokratisierungspolitik leicht zurück, erhöhte sich aber seit 1951 ständig, wenn man von dem kurzen Intermezzo des BHE im Kreistag absieht.

Auf der Gemeinde- und Ämterebene gab es seither nur spärliche Ansätze für eine politische Emanzipation der Neubürger. Derartige Einbrüche erzielten die Bgm. von Boostedt (1959-1962), von Hagen (seit 1951), von Strukdorf (1959-1966), der Amtsvorsteher von Rickling (1959-1962) oder der BV von Bad Bramstedt (1952-1955). In einigen anderen Fällen heirateten Heimatvertriebene oder Flüchtlinge in angesehenere alteingesessene Familien und Übernahmen führende Ämter, wie Bgm. Reinke (Traventhal) oder Bgm. Müller (Kattendorf). Der Unterschied zwischen den beiden Kategorien von Beispielen liegt in der Legitimität zur Herrschaft. Es ist die Schwäche der Neubürger, daß sie nach Ansicht der Alteingesessenen nur unter bestimmten Voraussetzungen zur Ausübung politischer Ämter prädestiniert sind, und daß sie sich diesen Ansichten häufig unterwerfen. Die Legitimität kann durch Einheirat wie im Falle Traventhal oder auch durch Consensus der traditionell führenden Gruppen wie im Falle Hagen gewonnen werden. Sonstige Formen des Aufstiegs entbehren dieser Legitimität und ziehen regelmäßig Abwehrreaktionen der eliminierten Eingesessenen nach sich.¹⁰

Es muß dabei betont werden, daß dieses Legitimitätsdenken nur unterschwellig mitspielt und sich im Atmosphärischen bewegt. Trotzdem wirkt es sich politisch stark aus. Während normalerweise die alten Führungsgruppen zur Anerkennung der jeweils gegebenen politischen Situation neigen, entwickeln sie zur Verhinderung oder Rückgängigmachung eines Aufstieges, der unter Bruch der Legitimität erfolgt ist, bemerkenswerte Aktivität, eine politische Praxis, die auf das Spannungsverhältnis zwischen Legalität und Legitimität ein bezeichnendes Schlaglicht wirft. Ein Wahlsieg oder ein Aufstieg mit Hilfe der Parteiorganisation sind daher grundsätzlich der Legitimität entkleidet, wenn nicht die oben genannten Voraussetzungen zusätzlich vorliegen. Es kann nun nicht gesagt werden, daß die Altbürger ihre besseren Startpositionen zum Zurückdrängen des politischen Einflusses der Neubürger ein-

seitig verwenden. Vielmehr sind die alten Eliten häufig bereit, auch neuen Bürgern Plätze in den Parlamenten zuzusichern. Damit sind aber bestenfalls Vorpositionen für den Aufstieg eingeräumt, nicht aber der Aufstieg zu den führenden Ämtern selbst. Die Autorität dieser Neubürger leitet sich daher von den Gruppen ab, die sie delegiert haben.¹¹ Damit wird die Egalität aber nur scheinbar praktiziert.

Man kann an dieser Stelle mit Recht einwenden, daß sich die neubürgerliche Bevölkerung in den großen Gemeinden konzentriert. Daher müssen sich die Bgm. vor allem aus Alteingesessenen rekrutieren, da die einheimische Bevölkerung über mehr Gemeinden verteilt ist. Dieser Einwand wird aber teilweise durch die Bevölkerungsentwicklung seit 1939 entkräftet. Betrug damals die Bevölkerungszahl des Kreises knapp 54 000, so lag sie 1966 bei 106 000.¹²

Selbst wenn man einen ungewöhnlich hohen Geburtenüberschuß von 1 % jährlich in Rechnung stellt, so kann die einheimische Bevölkerung nicht viel mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung von 1966 ausmachen. Die aktuellen Statistiken der Kreisverwaltung weisen bei der Bevölkerungszunahme dem Wanderungsgewinn einen größeren Anteil zu als dem Geburtenüberschuß.¹³

Angesichts dieser Relation von Alt- und Neubürgern kann das Argument der unterschiedlichen Bevölkerungsverteilung für die Besetzung der Ämter, der Bgm. und der Amtsvorsteher nur beschränkte Gültigkeit beanspruchen.

Das beweist die Betrachtung des Kreistages, dessen Zusammensetzung sich in bezug auf die Bevölkerungsverteilung neutral verhält. Auf der Kreisebene sind die Neubürger relativ stark vertreten. Das mag zum einen an der geringeren Bewertung liegen, die das Kreistagsmandat im Vergleich zum Bürgermeisteramt erfährt, zum anderen aber wirkt sich bei den Kreistagswahlen die Liste der Parteien aus. Von 105 Abgeordneten der drei großen Parteien seit 1951 wurden

28	am Wohnort geboren
6	in einem benachbarten Ort
14	im übrigen Land Schleswig-Holstein
30	außerhalb des Landes
27	nicht ermittelt ¹⁴

Danach entspricht der Neubürgerliche Anteil etwa dem entsprechenden Prozentsatz der Gesamtbevölkerung. Eine Differenzierung nach Parteien setzt jedoch andere Akzente:

<u>Ermittelte Abgeordnete:</u>	<u>CDU</u>	<u>SPD</u>	<u>FDP</u>
Am Wohnort geboren:	16	2	10
Im Nachbarort geboren:	3	3	-
Im Lande Schl.-Holst. geboren:	7	3	4
Außerhalb Schl.-Holst. geboren:	10	16	4

Als eine ausgesprochene Partei der Altbürger stellt sich die FDP dar. Ihre wenigen Neubürgerlichen Vertreter kommen aus den großen Gemeinden und fanden auf der Liste vor allem deshalb Aufnahme, weil die bäuerliche Parteiführung aus Gründen der räumlichen Verteilung die Schwerpunktgemeinden nicht übergehen konnte. Sie sind gleichsam ein Aushängeschild der FDP, daß den rein ländlichen Charakter dieser Partei optisch abschwächen soll. Ähnlich erscheint das Herkunftsmuster der CDU-Abgeordneten. Allerdings sind ihre Neubürgerlichen Vertreter fast ausschließlich aus eigener Kraft über die starken Ortsverbände der Schwerpunktgemeinden aufgestiegen. Ihre Nominierung zum Kandidaten verdanken sie meist ihrer Stellung im Ortsverband, ein Sprungbrett, das für den größten Teil der Eingesessenen durchaus unüblich ist. Die zehn außerhalb des Landes geborenen CDU-Abgeordneten wohnen mit einer Ausnahme in den Schwerpunktgemeinden und lassen in ihrer relativen Stärke den Gedanken an eine mißlungene Emanzipation der Neubürger, wie sie bei der FDP gegeben ist, nur bedingt aufkommen.

Eine ausgesprochene Sonderstellung nimmt die SPD ein. Für die Nominierung ihrer Abgeordneten spielt die Herkunft keine Rolle. Die Kandidatenaufstellung bei der SPD und die Aufstellung der Liste vollzieht sich in aller Regel ohne jede Publizität, fernab von den Einflüssen der "öffentlichen Meinung" und ohne große Rücksicht auf das Ansehen einzelner Bewerber bei breiten Bevölkerungsschichten.¹⁵

Das starke Überwiegen des Neubürgerlichen Anteils ist einerseits auf den Rückhalt zurückzuführen, den die SPD in den Schwerpunktgemeinden findet. Aber auch die Überrepräsentierung

von Altbürgern in der CDU und in der FDP. die relativ starke Geschlossenheit ihrer Eliten, fördern den Zugang Neubürgerlicher Gruppen zur SPD. Insofern wirken sich Aufstiegs- und Karrierebedingungen in den bürgerlichen Parteien auch indirekt auf die SPD aus und durchbrechen ihre Isolierung.

Die Herkunftsmuster deuten eine Differenzierung der Eliten in zwei völlig verschiedene Gruppen an:

1. Die einheimischen, meist bäuerlich oder bäuerlich orientierten Eliten und
2. die mehr anonymen Neubürgerlichen Gruppen der großen Gemeinden, die den Parteien relativ näher stehen.

Die Grenzen zwischen beiden Gruppen sind erstaunlich stark ausgeprägt, so daß fließende Übergänge kaum auftreten.

c. Die Berufsstruktur der politischen Eliten

Die Berufsstruktur der politischen Eliten ist in allen Bereichen durch ein bedeutendes Übergewicht des bäuerlichen Elements gekennzeichnet. Bei einem Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl von etwa 10 %¹⁶ stellen die Bauern mit einem Grundbesitz von mehr als 10 ha 75 von 97 ehrenamtlichen Bgm., 11 von 15 Amtsvorstehern, 17 von 45 Kreistagsabgeordneten, 0 von 6 Bürgervorstehern. Trotz der ständigen Rückläufigkeit des primären Sektors in der Wirtschaft des Kreises haben sich die bäuerlichen Elemente als äußerst unempfindlich gegen die allgemeinen ungünstigen Entwicklungen, also Bevölkerungsverluste in den Bauerndörfern, Rückgang des Anteils des primären Sektors am Bruttosozialprodukt, gesellschaftliche Umschichtungen im Zuge der nach Kriegsende einsetzenden Industrialisierung des Kreises etc. erwiesen. In einigen Bereichen konnte das bäuerliche Element seinen Anteil an den Eliten sogar erhöhen. So nahm die Zahl der bäuerlichen Bgm. von 1962 auf 1966 von 75 auf 76 zu, die der Amtsvorsteher ging allerdings von 13 auf 11 zurück. Im Kreistag halten die bäuerlichen Abgeordneten in der CDU- und in der FDP-Fraktion eine knappe Mehrheit von 12 zu 11 bzw. 5 zu 4. Die fünf Kreistage seit 1951 weisen einen recht konstanten Anteil an Bauern, also an beruflich Selbstständigen auf:

1951	13
1955	13
1959	16
1962	20
1966	17

Diese Zahlen werden um so eindrucksvoller, wenn man die bäuerlich orientierten Mitglieder der Eliten hinzufügt, die keine Bauern sind. Zu den 76 bäuerlichen Bürgermeistern treten vier Rendanten von Spar- und Darlehenskassen, ein Landwirtschaftsrat und ein Schäfermeister. Zwei weitere Bgm. entstammen am Orte ansässigen Familien.

Zu den elf bäuerlichen Amtsvorstehern treten ein Rendant und ein Schäfermeister. Die zahlenmäßig schwach vertretenen nicht-bäuerlichen Berufsgruppen sind sehr heterogen und können kaum ein echtes Gegengewicht bilden.

Dagegen ist der Zusammenhalt im bäuerlichen Element äußerst stark, nicht zuletzt wegen der zahlreichen verwandtschaftlichen Verbindungen zwischen führenden Bauernfamilien, so daß bei Wahlen von Kandidaten für den Kreistag, bei der Auswahl von Bürgermeistern und Amtsvorstehern z.B. die Zugehörigkeit zum bäuerlichen Element oft als ein wichtiges Auswahlprinzip wirksam wird.¹⁷

Nach weitverbreiteter Auffassung sollen die wichtigen Funktionen von Bauern wahrgenommen werden. Besondere Domänen des Bauerntums sind das Amt des Kreispräsidenten, die Mitgliedschaft im Kreisausschuß, die Landtagsmandate der CDU und der FDP sowie die Bürgermeister- und Amtsvorsteherposten. Relativ schwach ist die Vertretung in den Kreis- bzw. Ortsverbänden der Parteien. So gehören dem siebenköpfigen Kreisvorstand der CDU nur zwei Bauern an, unter den 46 Ortsverbandsvorsitzenden befinden sich 22 Bauern. Andere Berufsgruppen werden meist nur toleriert, sei es wegen guten Einvernehmens mit dem bäuerlichen Element, sei es wegen der Autorität eines bereits innegehabten Amtes in Verbindung mit der Abneigung gegen Veränderungen. Von den fünf Vertretern der CDU im Kreisausschuß sind drei Bauern. Der vierte wurde als erfahrener Finanzexperte benötigt, der fünfte als

langjähriger Fraktionssprecher im Kreistag akzeptiert. Von 15 1966 gewählten nichtbäuerlichen Bürgermeistern wurden zwölf wiedergewählt, davon hielten die meisten ihr Amt schon lange Zeit inne. Die drei neugewählten Bgm. folgten Nichtbauern. Nur in seltenen Fällen konnten sich die übrigen Berufsgruppen mit Hilfe eines Wahlsieges gegen bäuerliche Bewerber durchsetzen, so z.B. bei den Bürgermeisterwahlen 1959 in Boostedt oder 1962 in Seedorf. Von den beiden 1966 gewählten rein nichtbäuerlichen Amtsvorstehern ist der eine Maurermeister, als Kreisbrandmeister eng mit der "Grünen Front" verbunden, der andere - ein Lehrer - gewann nur mühsam durch Losentscheid gegen einen bäuerlichen Bewerber bei gleicher Stimmenzahl.¹⁸

Die Berufe der 15 rein nicht bäuerlichen Bürgermeister gliedern sich folgendermaßen:

Handwerksmeister (davon ein Bauunternehmer)	5
Arbeiter	1
Beamte	4
Kaufleute	2
sonstige	3

Auf dem flachen Lande sehr angesehene Berufsgruppen wie die Lehrer sind unter Bürgermeistern und Amtsvorstehern sowie im Kreistag nur jeweils einmal vertreten. Pastoren oder Landärzte treten in den politischen Eliten überhaupt nicht auf.¹⁹

Etwas geringer ist der bäuerliche Anteil im Kreistag, was sich u.a. aus dem starken Auftreten der SPD erklärt, die auf der Gemeindeebene nur mit vier von 97 ehrenamtlichen Bürgermeistern, auf der Amtsebene überhaupt nicht und bei den Bürgervorstehern nur einmal vertreten ist. Ganz allgemein kann man feststellen, daß bäuerliches Element und Sozialdemokratie zwei völlig getrennte Gruppen bilden. Eine Überschneidung findet sich nur im Falle des Bürgermeisters von Fehrenbötzel, der Bauer und zugleich SPD-Mitglied ist.

So sammelt sich das bäuerliche Element des Kreistages in den

Fraktionen der bürgerlichen Parteien, wo es auch jeweils die Mehrheit stellt. Die etwas geringere Bedeutung des bäuerlichen Elements im Kreistag wird durch die starke Konzentration der Bevölkerung in elf nichtbäuerlichen Schwerpunktgemeinden begründet, in denen etwa die Hälfte der Bevölkerung des Kreises lebt. Eine der Bevölkerungsverschiebung entsprechende Neuschneidung der Wahlkreise verschafft gerade diesen Gemeinden ein stärkeres Übergewicht im Kreistag. Die etwas rückläufige Tendenz des bäuerlichen Anteils nach den Kreistagswahlen von 1966 hatte vor allem darin ihre Ursache.²⁰

Der Schwerpunkt der Eliten liegt im bäuerlichen Element, dessen Bedeutung noch durch die Gruppe der bäuerlich orientierten Berufe und durch die heterogene Struktur der nichtbäuerlichen Kräfte vermehrt wird. Darum reduziert sich die folgende Betrachtung auf einen Berufsstand. Die besonderen Bedingungen des bäuerlichen Lebens bestimmen in erheblichem Maße das Profil der politischen Eliten. Das enge Zusammengehörigkeitsgefühl im bäuerlichen Element fördert die Kohäsion der politischen Eliten insgesamt. Der organisatorische Rückhalt der bäuerlichen Eliten beruht auf vornehmlich vier Institutionen:

1. auf dem ländlichen Genossenschaftswesen
2. auf der freiwilligen Feuerwehr
3. auf den Zweckverbänden
4. auf dem Bauernverband und der Landwirtschaftskammer.

1. Die Genossenschaften

Aus den ländlichen Genossenschaften ragen wegen ihrer Bedeutung die Meiereigenossenschaften und die Spar- und Darlehenskassen heraus.²¹

Die personelle Verflechtung ihrer Führungsgremien mit den politischen Eliten ist erheblich. Den Aufsichtsräten und Vorständen der Genossenschaften gehören folgende Vertreter der politischen Eliten an:

a) Meiereigenossenschaften

- 23 Bürgermeister
- 3 Amtsvorsteher
- 5 Kreistagsabgeordnete
- o Bürgervorsteher

b) Spar- und Darlehenskassen

- 23 Bürgermeister
- 4 Amtsvorsteher
- 4 Kreistagsabgeordnete
- o Bürgervorsteher

c) Sonstige Genossenschaften

- 9 Bürgermeister
- 1 Amtsvorsteher
- 1 Kreistagsabgeordneter
- o Bürgervorsteher

Die Zahl der insgesamt im Genossenschaftswesen tätigen Bürgermeister beläuft sich auf 42, die der Amtsvorsteher auf sechs. Die Unterschiede zur Summe der oben aufgezählten Funktionen ergibt sich aus der Tatsache, daß manche Amtsträger in mehreren Genossenschaften tätig sind. Im Kreistag liegen die Vergleichszahlen wegen des geringeren bäuerlichen Anteils niedriger, jedoch besteht auch bei mindestens der Hälfte der 17 bäuerlichen Abgeordneten eine Verbindung mit den Genossenschaftsführungen. Es muß hinzugefügt werden, daß es sich um Mindestzahlen handelt, weil wahrscheinlich nicht alle Bürgermeister etc. ihre genossenschaftliche Tätigkeit angegeben haben. Wir gehen daher kaum fehl in der Annahme, daß auf der Gemeinde- und Amtsebene die Verflechtung mit den Genossenschaften etwa die Hälfte der Eliten erfaßt, auf der Kreisebene etwa ein Viertel, wobei naturgemäß die hauptamtlichen Verwaltungsleiter und die Bürgervorsteher nicht mit einbezogen sind. Es wäre

übertrieben, die Genossenschaften als Ersatzorganisationen der Eliten zu bezeichnen; jedoch verleiht das dichte Netz der ländlichen Genossenschaften dem bäuerlichen Element einen nicht unerheblichen Rückhalt.

2. Die Zweckverbände

In ähnlicher Weise wirkt sich die personelle Überschneidung der Eliten mit den Vorständen der bäuerlichen Zweckverbände aus, von denen hier die Wasser- und Bodenverbände herausgegriffen werden sollen. Insgesamt zehn dieser Verbände werden von Bürgermeistern geführt, ein weiterer von einem Kreistagsabgeordneten.²²

3. Die Feuerwehren

Der wichtigste Integrationsfaktor für das bäuerliche Element liegt jedoch im System der Freiwilligen Feuerwehren, die im ländlichen Leben eine überragende Rolle spielen. Die Wehrführer sind meist allen Bewohnern ihrer Dörfer bekannt und erfreuen sich eines beachtlichen Ansehens. Ganz überwiegend rekrutieren sie sich aus den aktiven Teilen der Bauernschaft. Viele Wehrführer bekleiden politische Ämter; den Parteiführungen sind sie wegen ihrer Popularität als Stimmführer für Kommunalwahlen willkommen. Als Beispiel für die besonders enge Verflechtung zwischen Wehrführern und politischen Eliten untersuchen wir den Amtsbezirk Boostedt, dessen Amtswehr aus sieben örtlichen Wehren gebildet wird. Der Amtswehrführer ist zugleich Bürgermeister der Gemeinde Groß Kummerfeld, die sich aus den Ortsteilen Groß Kummerfeld, Klein Kummerfeld und Willingrade zusammensetzt, und stellvertretender Amtsvorsteher. Seiner sechsköpfigen CDU-Fraktion im zwölf Mitglieder umfassenden Gemeinderat gehören die Ortswehrführer der drei örtlichen Wehren an, von denen einer der Stellvertreter des Bürgermeisters ist. Somit stellen die Feuerwehrführer ein Drittel des Gemeinderates und zwei Drittel der CDU-Fraktion. Das Unterstellungsverhältnis

zwischen Amtswehrführer und Ortswehrführer findet in diesem Falle seine politischen Entsprechungen. Der Ortswehrführer von Boostedt ist zugleich Sprecher der CDU-Mehrheitsfraktion im Gemeinderat, der Ortswehrführer von Latendorf zugleich Bürgermeister seiner Gemeinde. Sein Vetter, der Ortswehrführer des Ortsteiles Braak, fungiert als sein erster Stellvertreter im Bürgermeisteramt. Von den acht Führern der Amtswehr Boostedt haben also sieben politische Ämter des Amtsbezirkas inne. Es mag ein Zufall sein, daß der achte, politisch nicht engagierte, als einziger nicht bäuerlich ist.

Die Verflechtung ist nicht in allen Ämtern des Kreises derart eng, doch wird den bäuerlichen Führern in vielen Fällen das Amt des Wehrführers und das politische Amt gleichsam in Personalunion übertragen. Der Kreisbrandmeister und sein Stellvertreter gehören jeweils dem Kreistag an und sind außerdem Amtsvorsteher und Bürgermeister. Von 15 Amtswehrführern gehören nur sechs nicht den politischen Eliten an. 13 Bürgermeister und mindestens 13 stellvertretende Bürgermeister führen zugleich die örtlichen Feuerwehren.

4. Die berufsständischen Vertretungen

Im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen des Untersuchungsgebietes verfügen die Bauern über eine starke berufsständische Vertretung, deren Gliederungen bis zu den Dörfern und Ortsteilen reichen. Der öffentlich-rechtliche Zweig wird durch Instanzen gebildet, die der Landwirtschaftskammer nachgeordnet sind, und die drei Ebenen, Kreisbauernvorsteher, Bezirksbauernvorsteher und Ortsbauernvorsteher umfassen, von denen die beiden letzten vor einigen Jahren aufgelöst wurden. In die Arbeit auf der unteren Ebene ist der Kreisbauernverband eingetreten, der mit einem dichten Netz von Ortsverbänden und Vertrauensleuten sämtliche Dörfer erreicht. Seine Organe sind der siebenköpfige Kreisvorstand, der sechsundvierzigköpfige Kreishauptausschuß, die Vorstände der 14 Bezirksbauernverbände sowie die örtlichen Organisationen. Die Bedeutung der berufsständischen Vertretungen

für die Elitenbildung liegt neben der Tatsache, daß sie das organisatorische Rückgrat der bäuerlichen Eliten bilden, auch in dem Umstand, daß diese Eliten sich überwiegend aus dem Bauernverband rekrutieren. Leistungsqualifikationen, Bewährungsaufstieg und die allgemeinen Bedingungen der Zirkulation im Berufsverband gewinnen somit entscheidende Bedeutung für die Elitenbildung im Untersuchungsgebiet insgesamt. Für den Bauernverband gilt bei Wahlen grundsätzlich das Prinzip der Wiederwahl, die traditionell möglichst einstimmig erfolgt.²³

Die Zirkulation in den berufsständischen Führungsgremien entwickelt sich entsprechend nur sehr schleppend. Wechsel sind daher häufig zugleich Generationswechsel.

Bei starker personeller Verflechtung mit den politischen Eliten passen sich die Modalitäten und der Umfang der Wechsel den Bedingungen in den berufsständischen Vertretungen an. Diese Verflechtung ist erheblich: Der Kreisbauernvorsteher ist Bürgermeister von Mönkloh und stellvertretender Amtsvorsteher. Sein verstorbenen Vorgänger war Bürgermeister von Nehms und Amtsvorsteher. Von 14 ehemaligen BBV gehörten neun den politischen Eliten an.²⁴

Bgm. Runge	Fuhlendorf
Kreistagsabg. Holtorff	Großenaspe
Bgm. Kröger	Sülfeld
Bgm. Wrage	Bark
Amtsvorsteher Rickert	Neversdorf
Bgm. Schmidt	Bahrenhof
Kreistagsabg. Saggau	Bornhöved
Kreistagsabg. Prahl	Kl. Rönnau
Bgm. Hauschildt	Gr. Kummerfeld

Eine Reihe weiterer Bürgermeister stand auf der unteren Ebene als OBV, so Ladiges (Fahrenkrug), Timm (Seth), Hebbel (Mözen), von Postel (Pronstorf), Kröger (Gadeland), Königs (Geschen-dorf) u.a.

Im Vorstand des Kreisbauernverbandes sitzen zwei Kreistagsabgeordnete, darunter der Kreispräsident, ein ehemaliger Abgeordneter und ein Bürgermeister. Unter den 14 Vorsitzenden der Bezirksbauernverbände befinden sich vier Bgm., drei stellv. Bgm., zwei Amtsvorsteher, ein ehemaliger Kreistagsabgeordneter sowie der Bruder eines Kreistagsmitgliedes. Dem Kreishauptauschuß gehören sechs Bgm., fünf stellv. Bgm., ein Bruder eines Bgm., ein Sohn eines Bgm., vier Kreistagsabgeordnete, darunter der KP, sowie mehrere führende Gemeindevertreter an,²⁵

Die Besitzstruktur dieser berufsständischen Führungsgremien weist eine Eigenart auf, der wir uns später genauer zuwenden werden: Eine starke Homogenität hinsichtlich der wirtschaftlichen Stellung der bäuerlichen Führer in den Dörfern fördert den Zusammenhalt der bäuerlichen Eliten. Fünf der sieben vorstandsmitglieder des Verbandes besitzen jeweils die größten Höfe ihrer Gemeinde, ein sechster (Geert, Gönnebek) gehört der bedeutendsten Bauernfamilie seines Dorfes an.²⁶

Die Beschränkung der bäuerlichen Führungsgruppen auf die wirtschaftlich Stärksten präjudiziert nicht nur besondere Auswahlprinzipien, sondern trägt durch die Ausschaltung sozialer Spannungen innerhalb der Eliten auch entscheidend zu deren Kohäsion bei.²⁷

Die Kontakte zwischen bäuerlichen politischen Eliten und den Führungen der berufsständischen Vertretungen reichen also bis zur weitgehenden Identität.

Dieser starke Rückhalt der bäuerlichen Eliten und ihre Homogenität bringen sie dem Modell der etablierten Eliten sehr nahe. Auf Grund der vorhergegangenen Erhebungen können die bäuerlichen Eliten mit den politischen Eliten nahezu identifiziert werden, wenn man von den zahlenmäßig schwachen Gruppen der SPD, eines kleinen Teiles der CDU und der hauptamtlichen Verwaltungsleiter einmal absieht. Die relative Gleichheit der örtlichen und sozialen Herkunft, des Besitzes und der wirtschaftlichen Interessen sowie der politischen Vorstellungswelt erfüllen zusammen mit dem starken organisatorischen Rückhalt die Voraussetzungen

von etablierten Eliten und rechtfertigen die Einordnung unter die zirkulationshemmenden Faktoren. Die Kraft der Eliten wird in hohem Maße durch ihre weitgehende Identität mit den sozialen Oberschichten der Dörfer geprägt.

2. Das Verhältnis der Eliten zu den Parteien

Die Erörterungen über das Verhältnis von Alteingesessenen und Neubürgern erlauben eine Einteilung der Eliten in drei große Gruppen, eine Differenzierung, die auch für das unterschiedliche Verhältnis der Eliten zu den Parteien gilt:

1. Die hauptamtlichen Verwaltungsleiter
2. Die Parteieliten der großen Gemeinden
3. Die bäuerlichen bzw. bäuerlich orientierten Honoratioren

a. Die hauptamtlichen Verwaltungsleiter

Obwohl die Ämter des Landrats und der hauptamtlichen Bgm. eine eminent politische Bedeutung haben, werden bei der Neubesetzung dieser Ämter von den parlamentarischen Auswahlgremien zunehmend unabhängige, der Parteipolitik fernstehende Kandidaten bevorzugt, während prominente Parteiführer kaum noch Aussichten haben.¹

Mit der Verwaltungsumstellung von 1950 nimmt der Anteil der politischen Landräte auf Landesebene ständig ab, ohne daß dieser Verlust an politischem Profil durch eine Politisierung des Amtes des Parlamentsvorsitzenden kompensiert worden wäre.²

Setzten sich zu Beginn der 50er Jahre noch häufig kraftvolle Parteiführer durch, so dominierten seither unabhängige, auswärtige Fachleute. Von sieben 1950 gewählten politischen Landräten ist keiner mehr im Amt. Sämtliche übrigen 21 seit damals gewählten Landräte waren durchweg Fachjuristen mit geringer Parteibindung.³

Lediglich in einem Falle (Süderdithmarschen) war der Landrat zugleich Parteiführer. Im Kreise Segeberg setzte die Ablösung bereits 1950 ein; der parlamentarische Landrat und CDU-Kreisvor-

sitzende Dr.Dr. Pagel unterlag damals mit deutlichem Stimmrückstand einem auswärtigen Juristen.⁴

Nachdem nach dessen Pensionierung 1959 ein aktiver CDU-Vertreter mit intensiver Unterstützung zentraler Parteigremien des Landes gewählt worden war, machte sich im Kreistag - auch in der CDU-Fraktion, die die Wahl teilweise lustlos unterstützt hatte - eine abwehrende Haltung gegen die Repolitisierung des Landratspostens bemerkbar, die bei der 1966 notwendig gewordenen Neuwahl in starke Vorbehalte gegen parteigebundene Bewerber einmündete. Für diese Ansicht galt, was der Kreispräsident zur Frage der Voraussetzungen eines idealen Landratsbewerbers äuserste:⁵ Dieser sollte kein Karrieremann sein und dürfe nicht zu stark in einer Partei engagiert sein, müsse dem ländlichen Milieu nahestehen und sich durch eine konservative Grundhaltung auszeichnen.

Diese für die Mehrheit des Kreistages wohl repräsentative Forderung nach Entpolitisierung des wichtigsten politischen Amtes trat in der Diskussion der CDU-Fraktion auf die von Partei-amtsträgern vorgetragene Gedanken der Parteiräson. Dieser Gegensatz führte in der endgültigen Abstimmung zu einer Spaltung der Fraktion und ermöglichte die Wahl eines unabhängigen Bewerbers zum Landrat. Die Entpolitisierung des Amtes des Landrats wurde von gleichlaufenden Tendenzen im Kreistage nicht nur begleitet, sondern sogar hervorgerufen.⁶

Weniger konsequent wird dieser relativ unpolitische Standpunkt in den hauptamtlich verwalteten Gemeinden vertreten, deren Bgm. meist Mitglieder von Parteien sind. Die Bgm. von Bad Bramstedt, Bad Segeberg und Ulzburg sind Mitglieder der CDU, der von Trappenkamp gehört der SPD, der von Wahlstedt der FDP an. In keinem Falle aber wurden örtliche Parteiführer in diese Ämter gewählt. Nur in einem einzigen Beispiel rückte diese Möglichkeit nahe; als der CDU-Fraktionssprecher der Gemeindevertretung Trappenkamp mit nur fünf zu sechs Stimmen unterlag. Die Wahl der Bgm. wurde nur in einem Falle von der Parteizugehörigkeit der Bewerber beeinflusst, ihre Stellung in der Parteiorganisation gab

praktisch nie den Ausschlag.⁷

Für die besondere Situation der großen Gemeinden ist aber dabei zu berücksichtigen, daß dort das Honoratiorenelement stark zurücktritt, während es im Kreistage hauptsächlich von den Vertretern der kleinen Gemeinden repräsentiert wird. Diese relativ stärkere Politisierung der führenden Ämter hat ihre Ursache in der bedeutenden Rolle, die die politischen Parteien in den Schwerpunktgemeinden für den Zirkulationsprozeß spielen. Der Schwerpunkt der SPD liegt in diesen Gemeinden, und auch die profilierten Ortsverbände der CDU konzentrieren sich dort, während die FDP als reine Honoratiorenpartei ihren Rückhalt fast ausschließlich in den Bauerndörfern findet.

b. Die Parteiliten der großen Gemeinden

Daher zeichnen sich die Parteiführungen der großen Gemeinden dadurch aus, daß sie praktisch die Substanz der beiden großen Parteien bilden und sich mit diesen identifizieren. Der stärkeren Politisierung entspricht eine größere Zirkulation der Eliten in diesem Bereich sowie ein größerer Anteil der politischen Abgangsgründe. Bei der Erringung von Ämtern kann es zur Bildung von Koalitionen kommen, eine Praxis, die sonst unüblich ist.⁸

Diese besondere Situation der parteinahen Eliten der Schwerpunktgemeinden zeichnet sich durch eine gelungene Emanzipation Neubürgerlicher Bevölkerungsschichten wie in Boostedt oder auch durch die Verdrängung alteingesessener Bauernfamilien aus der Politik, wie in Ellerau, aus. Der Aufstieg richtet sich nach der Stellung in der Partei. Im Spannungsfeld zwischen Partei und Fraktion innerhalb der CDU vertreten diese Schichten die Partei. Symptomatisch ist die starke Konzentration von Neubürgern in den CDU-Vorständen und ihr unverhältnismäßig geringer Anteil an den Fraktionen,⁹ an den führenden Ausschüssen und mehr noch an den Spitzenpositionen der Parlamente.

Eine eingehende Betrachtung dieser Elitengruppe ist an dieser Stelle nicht sinnvoll, da die zirkulationsfördernden Elemente

sich gerade in großen Gemeinden auswirken, wir aber unser Augenmerk auf die Zirkulationsmängel richten.

c. Die bäuerlichen Honoratioren

Spannung Partei-Fraktion

Spielte der Parteigedanke in der ersten Gruppe nur eine mittelmäßige, in der zweiten eine bedeutende Rolle, so besitzen die Parteien bei den bäuerlichen Führern und damit beim Gros der Eliten den geringsten Einfluß. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß der Parteistaat in diesem Bereich nicht Fuß fassen konnte. Zwar erkennen die bäuerlichen Eliten die Notwendigkeit von Parteien für die Bundes- und Landespolitik, in geringerem Umfange auch für die Kreispolitik, an. Auch sind sie bereit, das Monopol der Parteien bei der Aufstellung der Kreistagskandidaten zu akzeptieren. Starke Vorbehalte bestehen jedoch gegen eine Ausweitung der Parteiraison auf alle kommunalen Bereiche, gegen politischen Aufstieg über die Parteiorganisation und gegen eine am Parteiinteresse orientierte Personalpolitik. Wenn diese Gruppen sich zum Teil trotzdem in den Parteien engagieren, so häufig aus der Erkenntnis heraus, daß an der Existenz der Parteien nichts geändert werden und daß ihre zu starke Politisierung durch persönliches Engagement gedämpft werden könne. Die Gespräche des Verfassers mit prominenten Bauernführern brachten immer eine zwiespältige Einstellung zu den Parteien zum Ausdruck.¹⁰

Einerseits die zögernde Bereitschaft, dem Parteistatut Tribut zu zollen, auf der anderen Seite aber die Abneigung gegen eine Durchdringung des kommunalen Lebens durch die Parteien. Diese Problematik bezieht sich naturgemäß nicht auf die SPD. Auch für die FDP als reine Honoratiorenpartei kommt sie kaum in Betracht, da diese von Bauernführern repräsentiert wird und eine potentielle Gegnerschaft gegen eine etwaige "Parteilinie" entfällt.¹¹

Nur für die CDU gewinnt der Gegensatz von Parteiraison und relativ unpolitischem Honoratiorentum Bedeutung.

Ein permanentes Spannungsverhältnis zwischen Fraktion und Partei, zwischen bäuerlichen Honoratioren und - meist Neubürgerlichen - Parteivertretern kennzeichnet das Profil des CDU-Kreisverbandes. Die Kreistagsfraktion zerfällt leicht bei entscheidenden Abstimmungen, da sich die Honoratioren keiner Fraktionsdisziplin unterwerfen wollen. So weigerten sich bei der Landratswahl 1966 mehrere bäuerliche Abgeordnete, sich auf einen CDU-Kandidaten festlegen zu lassen, und auch der Kompromißvorschlag des Kreis- und Landesvorsitzenden, bei mehreren gleich qualifizierten Bewerbern den CDU-Mann zu wählen, fand keine Billigung.¹²

Der Konflikt drückte sich terminologisch darin aus, daß führende bäuerliche Vertreter von der "Partei" sprachen, als sie die Verfechter der Parteiraison meinten.

Dieser Riß wurde auch bei der Aufstellung der Liste für die folgenden Kreistagswahlen offenbar.¹³

Der KP als Exponent der unabhängigen Kräfte in der Fraktion sollte nach dem Willen des Parteivorstandes wegen seiner demonstrativ neutralen Haltung bei der Landratswahl mit Hilfe der großen Ortsverbände von dem ihm üblicherweise zustehenden Listenplatz 1 verdrängt werden. Der Versuch scheiterte am massiven Widerstand des bäuerlichen Flügels der Kreisdelegiertenversammlung und brachte in der Diskussion deutliche Ressentiments gegen den Vorstand zutage. Sein Antrag, bewährten Vorstandsmitgliedern traditionsgemäß die folgenden Listenplätze einzuräumen, fand nur mit Mühe Zustimmung.¹⁴

Es handelt sich hier zwar nur um einen kleinen Auszug aus der Parteigeschichte, er ist jedoch charakteristisch für das Verhältnis selbst der parteigebundenen bäuerlichen Eliten zu den Parteien und für die Kluft, die zwischen den Vorstellungswelten besteht. Die Parteiamtsträger, die stärker als die Honoratioren am Wahlerfolg interessiert sind, sehen sich gezwungen, über die Honoratioren Zugang zu den Dörfern zu suchen, da die Bevölkerung in ihrer Willensbildung häufig den angesehensten Bauern folgt.

Die Parteien in den Dörfern

Wenn die Bauernführer auf Kreisebene auch zu beschränkten Kompromissen mit der Partei bereit sind, so hegen sie doch Vorbehalte gegen eine Etablierung der Parteien in ihren Dörfern. Diese Frontstellung basiert nicht nur in einer auf flachem Lande weit verbreiteten Abneigung gegen jede Form zentraler Einflußnahme, wie sie manchmal in einem übersteigerten "Selbstverwaltungsmythos" zum Ausdruck kommt.¹⁵

Auch die Verdrossenheit gegenüber dem Begriff Partei seit 1945 kommt nicht entscheidend in Betracht, da sie sich an einem historischen Vorgang ausrichtet. Vielmehr beherrschen Vorstellungen von der Einheitlichkeit der Dorfbevölkerung das Feld. Diese dürfe nicht durch politischen Meinungsstreit gefährdet werden.

Man muß sich dabei vor Augen halten, daß in den meisten Bauerndörfern eine geschlossene Gesellschaftsform noch heute vorherrscht. Da die dörfliche Gesellschaft als ein Ganzes erscheint, gilt die Partei, die ja nur "Pars" sein kann, als unvereinbar mit dieser Geschlossenheit. In diesen hierarchisch gegliederten Gesellschaften aber nehmen die groß- und mittelbäuerlichen Gesellschaftsschichten eine herausragende politische und soziale Stellung ein, die durch die nivellierenden und egalisierenden Tendenzen des Parteienstaatsgedankens gefährdet erscheint.¹⁶

Die Partei geht vom Individuum aus. Die politische Grundkategorie der Bauerndörfer ist aber die Familie, deren Vorstand, zugleich Betriebsleiter, diese politisch vertritt. Die Mobilisierung von Frauen für die politische Arbeit oder zur Gewinnung von Mehrheiten innerhalb der Partei ist eine Unmöglichkeit, während sie in den großen Gemeinden gang und gäbe ist.¹⁷

Mit den Vorbehalten gegen den Parteienstaat verbindet sich eine Bevorzugung des offenen Wahlverfahrens, wo dieses rechtlich möglich ist. Wiederwahl von Bürgermeister, die Nominierung von Direktkandidaten für die Kreistagswahl oder auch die Wahlen im Bauernverband haben häufig nur formale Bedeutung.^{17a}

Da in der Regel nur ein Kandidat zur Wahl steht, erfolgt diese spontan und einstimmig. Unter diesen Umständen vollzieht sich

weniger ein formaler Auswahlvorgang als vielmehr ein "auf den Schild heben". Einige Überschriften von Presseartikeln sind dafür typisch: "Alle für Hinrich Schröder"¹⁸ (Bgm. Lentförden) oder "Alles bleibt beim Alten"¹⁹ (Bgm. Tietgen, Gr. Niendorf) oder "Zum sechsten Male Ernst Holst"²⁰ (Bgm. Gr. Rönnau).

In diesem Milieu gedeihen kräftige politische Gestalten, die ihre Amtsgeschäfte oft recht autoritär handhaben und die formalen demokratischen Institutionen nur zur Legitimierung ihrer Machtfülle gebrauchen. Sie zeichnen sich durch berufliche und politische Unabhängigkeit und durch eine unspezifische Vorbildung aus.

Ansätze für die Entwicklung eines Berufspolitikertypes sind jedoch auch in diesem Bereich nicht zu übersehen. Aufwandsentschädigungen oder Sitzungsgelder allein garantieren noch keine wirtschaftliche Grundlage für eine politische Karriere. Eine Kombination verschiedener Ämter ermöglicht aber unter Umständen eine beträchtliche Ausweitung der materiellen Grundlagen. So sind auch unter den ehrenamtlichen Politikern Monatseinkommen von über DM 1.000,--, die aus politischer Tätigkeit fließen, durchaus zu erzielen. Lukrativ sind die Posten der Amtsvorsteher (bis zu über DM 600,-- monatlich), die Posten der Bürgermeister der großen Gemeinden über 1000 Einwohner (ab DM 350,-- bis zu DM 800,--) und die Mitgliedschaft im Kreis Ausschuß (etwa DM 300,-- Monatspauschale).²¹

Die Unsicherheit solcher Einkommen liefert für einen jungen Menschen keinen Anreiz zur Aufnahme einer kommunalpolitischen Karriere. Wenn jedoch eine feste wirtschaftliche Grundlage gegeben ist, werden diese Einnahmen aus ehrenamtlicher Tätigkeit erheblich, wenngleich sie teilweise durch repräsentative Verpflichtungen aufgezehrt werden.

In vielen Beispielen dienen diese Einkommen zur Ergänzung der Bauernrente, der Pension oder des Altenteils. Damit wird aber zugleich eine Überalterung der Eliten sowie das Beharrungsvermögen der jeweils etablierten Amtsträger gefördert.²²

Es handelt sich aber wegen der relativ bescheidenen Ausmaße

der aus politischer Arbeit zu erzielenden Einnahmen nur um Ansätze eines Berufspolitikerturns, die das Vorherrschen des reinen Honoratiorentypus nur unerheblich beeinträchtigen. Für die Mehrheit der Amtsträger gilt der Honoratiorenstandpunkt, den KP Hastedt anlässlich seiner Wahl vor dem Kreistag äußerste:²³ "Wenn der Kreispräsident seiner vielfältigen und immer gegenwärtigen Aufgabe gerecht werden will, müßte er sehr viel Zeit aufbringen. Er müßte Altenteiler oder Berufspolitiker sein. Beides wollen wir im Grunde nicht. Wir wollen an dieser Stelle einen Mann sehen, der mitten im Leben steht, der sich täglich mit den Problemen des Berufes . . . auseinandersetzen muß."

Die Stabilität der Honoratioreneliten zwingt sich in der geringen Fähigkeit des CDU-Kreisvorstandes, auf die Zusammensetzung der Kreistagsfraktion Einfluß zu nehmen. Eine Besetzung der Fraktion nach Fach Gesichtspunkten entfällt völlig. Wenn trotzdem der Kreisgeschäftsführer nach der Nominierung der Direktkandidaten feststellen konnte, daß sich diese mit den Vorstellungen des Kreisvorstandes deckte, dann doch nur deshalb, weil der Vorstand von vornherein seine Erwartungen auf das Erreichbare abgestimmt hatte.²⁴

Der Wahlerfolg der CDU hängt in hohem Maße von der Bereitschaft der bäuerlichen Führungsschichten ab, sich als Kandidaten zur Verfügung zu stellen. Die Kreistagsfraktion formiert sich daher kaum unter den Gesichtspunkten ihrer Arbeitsfähigkeit, vielmehr werden örtliche Gesichtspunkte geltend.

Man ist geneigt, diese Tatsache auf die unterschiedliche Funktion von Verhältnis- und Persönlichkeitswahlrecht zurückzuführen. In einer Partei, die sich überwiegend auf Listenmandate stützt, vermutet man grundsätzlich einen stärkeren Einfluß der zentralen Vorstände auf die Zusammensetzung der Fraktion als bei Parteien, deren Abgeordnete überwiegend direkt gewählt werden.²⁵

Honoratioren und Berücksichtigung lokaler Gesichtspunkte sollte man eher bei letzteren finden. Das trifft im Untersuchungs-

gebiet für einen Vergleich zwischen CDU und SPD zu. Die CDU gewann 1966 22 von insgesamt 27 Wahlkreisen direkt, die SPD nur vier, davon zwei sehr knapp. Die beiden sicheren Wahlkreise der SPD (Seedorf und Trappenkamp) sind von ausgesprochenen Honoratioren besetzt, die kraft ihrer Popularität ein Vorrecht auf diese ihre Domänen genießen. Dieser Typus stellt aber bei der SPD eine Ausnahme dar, bei der die Besetzung der Direktwahlkreise im übrigen keine Bedeutung hat.

Wenn "politische Erbhöfe" gerade bei einer Partei entstehen, die sich auf Direktkandidaten stützt, dann trifft das nicht auf die FDP zu. Acht ihrer neun Abgeordneten rückten über die Liste in den Kreistag ein. Trotzdem ist ihre Fraktion von der der CDU unter dem Aspekt dieser Betrachtung kaum unterschieden. Autorität eines bereits innegehabten Amtes, Berücksichtigung von "Amt und Würden", Wirksamkeit örtlicher Interessen sowie Zugehörigkeit zu meist alteingesessenen bäuerlichen Familien sind die gleichen tragenden Prinzipien wie beim bäuerlichen Flügel der CDU. Die wenigen Ausnahmen - Abgeordnete der beiden Städte - fallen nicht ins Gewicht, da ihre Aufstellung dem Bedürfnis der bäuerlichen Parteiführung nach Repräsentanz der beiden Städte in der Kreistagsfraktion Rechnung trägt. Die unterschiedliche Funktion der beiden Elemente des gemischten Wahlrechts, wie sie in der politischen Wissenschaft für die Auswahl von Land- und Bundestagsfraktionen herausgearbeitet worden ist, gilt also im Untersuchungsgebiet nicht, wie die Gegenüberstellung von CDU und FDP beweist. Vielmehr zeigt sich an diesen Beispielen die Immunität der bäuerlichen Eliten und ihrer Herrschaftsstruktur gegenüber rechtlichen Manipulationen durch besondere Ausgestaltung des Wahlrechts. Wahrscheinlich würde auch die Einführung eines reinen Verhältniswahlrechts an diesem Herrschaftsgefüge nichts ändern können.

Geringe Differenzierung zwischen Parteimitgliedern und Partei-losen

Es macht nicht viel aus, ob bäuerliche Führer der CDU, der FDP

oder auch keiner Partei angehören. Die Differenzierung zwischen CDU und FDP erfolgt bei den Bauernführern oft recht zufällig und ist nur selten durch unterschiedliche politische Anschauungen, nie aber durch eine unterschiedliche Interessenlage motiviert. In Großenaspe trat 1966 die FDP unter Führung eines Verwandten des CDU-Bürgermeisters erstmalig der CDU in der Gemeindevertretung gegenüber. Vorausgegangen war ein Streit der großen Bauern innerhalb der Dreschgenossenschaft um die anteilige Benutzung des Dreschkastens.²⁷

Im Ortsteil Willingrade der Gemeinde Gr. Kummerfeld bestehen starke persönliche Spannungen zwischen dem führenden FDP-Vertreter der Gemeinde und seinem Nachbarn, dem langjährigen CDU-Bürgermeister. Beide besitzen die größten Höfe des Dorfes.²⁸

Auch eine Unterscheidung zwischen Parteimitgliedern, die dem spezifischen Parteiinteresse fernstehen und Parteilosen, die einer der beiden bürgerlichen Parteien nahestehen, ist oft unerheblich. In Schwissel trat 1966 eine Wählergemeinschaft gegen die CDU auf und wählte mit Hilfe eines CDU-Abgeordneten den CDU-Bürgermeister mit vier zu drei Stimmen ab. In beiden Gruppierungen saßen Angehörige der miteinander verwandten Familien Böttcher und Ewald Behrens. Der Konflikt war durch eine interne bäuerliche Auseinandersetzung in der Jagdgenossenschaft entstanden.²⁹

Die Wählergemeinschaften

Die relative Bedeutungslosigkeit einer Differenzierung zwischen FDP- und CDU-Mitgliedern oder zwischen Parteimitgliedern und Parteilosen sowie die allgemeine Abneigung gegen ein Wirksamwerden der Parteien auf Dorfebene verschaffte den Wählergemeinschaften eine überragende Stellung. 532 Abgeordneter der drei großen Parteien in den Gemeindevertretungen des Kreises stehen 536 Vertreter der WG gegenüber.³⁰

Allerdings muß einschränkend bemerkt werden, daß ein Teil der letzteren auch Parteimitglieder sind. Die Form der WG kommt den Vorstellungen der Honoratioren sehr nahe; zum einen ist es

der minimale Organisationsgrad, zum anderen das Fehlen jeder überörtlichen Bindung.

Nach den Wahlen von 1966 besaßen die WG in 47 Gemeinden ein Monopol. Die Tendenz ist steigend, 1962 waren es nur 41 Gemeinden. Hagen, Kayhude, Leezen, Oersdorf, Schmalfeld, Travenhorst, Weede und Winsen kamen 1966 hinzu, während in Kl. Röm-nau durch das Auftreten der SPD das Monopol der WG durchbrochen wurde. Die Aufstellung einiger weiterer WG war politisch motiviert und diente dem Zwecke einer Partei, in möglichst anonymer Gewand, die Vorherrschaft einer anderen Partei zu brechen. So richtete sich eine WG in Gr. Niendorf gegen die führende FDP, in Schwissel gegen die CDU und in Wakendorf II ebenfalls gegen die CDU.³¹

Es nimmt nach der obigen Einteilung der Elitegruppen nicht wunder, daß die SPD nur geringe Neigung zur Beteiligung an WG zeigt. In acht Gemeinden steht die SPD alleine gegen WG. Wo immer es möglich ist, tritt die SPD mit eigenen Listen in Erscheinung.

Mit den Ursachen der Bildung von WG befaßt sich eine umfangreiche Literatur. Seit der Verabschiedung des schleswig-holsteinischen Wahlgesetzes, das die sog. Rathausparteien bei den Wahlen vom 29. 10. 1959 vom Listenprivileg ausschloß, hat sich eine rege Diskussion über das Für und Wider der WG entwickelt. Für die WG fällt oft und gerade von Beteiligten das Argument, daß sie aus Mangel an "Masse" aufgestellt würden, d.h., die politischen Parteien wären in vielen Gemeinden gar nicht in der Lage, mit vollständigen Listen aufzutreten. Dieses Argument wird häufig von ländlichen Bgm. erwähnt, kann aber nicht ganz überzeugen, da auch in den kleinen Gemeinden des Untersuchungsgebietes Parteien auftreten.³²

Der Mangel an interessierten und geeigneten Kandidaten beruht vielmehr auf den Entpolitisierungstendenzen der bäuerlichen Führungsschichten, durch die ein politischer Aufstieg breiter Bevölkerungsschichten blockiert wird. Zwar bestehen WG, auf deren Listen die Bevölkerungs- und Berufsgruppen der Gemeinde

repräsentativ vertreten sind, wie in Altengörs. Allerdings werden die ausgesprochenen Führungspositionen von Bauernführern monopolisiert. Andererseits gibt es rein bäuerliche WG, von deren Liste andere Bevölkerungsgruppen von vornherein und ganz bewußt ausgeschlossen werden, wie im Beispiel Latendorf.

Das Wahlgesetz von 1959 und seine Auswirkungen

Die Argumente für das von den beiden großen Parteien im Landtag verabschiedete Wahlgesetz waren zunächst überwiegend rechtlicher Natur.³³

Es klangen jedoch in der Debatte auch hintergründige politische Motive auf: Die Rathausparteien hätten einen Mangel an politischem Profil, sie wären unübersichtlich für die Wähler und würden partikulare Interessen vertreten.³⁴

Dahinter stand aber kaum verhüllt das Bestreben der Parteien, die übermächtige Konkurrenz der WG auf dem flachen Lande auszuschalten. Durch eine stärkere Bindung der kommunalen Eliten an die Parteien sollte diesen ein erweiterter Zugang zu den Gemeinden verschafft werden. Mit Hilfe ihrer gesetzgeberischen Möglichkeiten trachteten die Parteien, betroffen war hier in erster Linie die CDU, während die SPD ihre Aktionen mehr aus prinzipiellen Erwägungen heraus vorantrieb, nach einer Modifizierung der kommunalen Herrschaftsstruktur durch die Einführung parteigebundener Auswahlprinzipien. Innenminister Dr. Lemke machte sogar den Aufbau des Staates von der Etablierung klarer politischer Parteien auf allen Ebenen abhängig.³⁵

Den unpolitischen Gruppen blieb bei der Wahl nur die Möglichkeit, in kleinen Gemeinden auf "Friedenswahlen" hinzuwirken. Diese schleswig-holsteinische Eigentümlichkeit erlaubt eine "Vorwegnahme" der Wahl, wenn die Zahl der vorgeschlagenen Kandidaten der Zahl der zu wählenden Abgeordneten entspricht.

Für unser Thema gewinnen die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen dieses Gesetz, das später für verfassungswidrig erklärt wurde, geringere Bedeutung als seine konkreten Auswirkungen

auf die Elitenbildung im Untersuchungsgebiet, auf Ausmaß und Ursachen der 1959 erfolgten Wechsel und auf Erfolg oder Mißerfolg der angestrebten Politisierung.

Landsch.
KIEL

Für 46 Gemeinden kam das Gesetz kaum in Betracht, da sich dort bereits politische Eliten etabliert hatten und jeweils mehrere Fraktionen den Vertretungen angehört hatten, ebenso wenig für den Kreistag und auch für die Gruppe der BV. Gegenstand der Betrachtung sind hier die Parlamente und die Bgm. der übrigen 57 Gemeinden, in denen 1955 eine Wählergemeinschaft entweder allein vertreten war oder zumindestens vorgeherrscht hatte. Von der Möglichkeit der Friedenswahl machte man in 24 Gemeinden Gebrauch. Die Gemeindevertreter traten geschlossen als Parteilose auf. Nach der Aufhebung des Wahlgesetzes kehrten sie bei der Wiederholungswahl 1962 zum Monopol der WG zurück und behielten dieses auch 1966 bei. Es sind die Gemeinden

Altengörs, Armstedt, Bahrenhof, Borstel, Blunk, Fuhlendorf, Hamdorf, Hardebek, Hasenkrug, Gönnebek, Högersdorf, Latendorf, Mönkloh, Negernbötel, Mözen, Mielsdorf, Nehms, Neuengörs, Strukdorf, Stubben, Tarbek, Tensfeld, Traventhal, Westerrade.³⁶

In weiteren sechs Gemeinden wurde die Vertretung von einer Partei gestellt; die Kandidaten waren dabei geschlossen dem Bürgermeister gefolgt. In einem Falle kandidierte eine Gemeindevertretung geschlossen auf der Liste des im übrigen Kreisgebiet kaum vertretenen SHB. Die überragende Autorität einzelner Bgm. zeigte sich auch in Sievershütten und Gr. Niendorf, wo die Vertretung geschlossen von der FDP gestellt wurde. Eine Rückkehr zur WG 1962 erfolgte nicht, wie auch in den vier folgenden Gemeinden, in denen eine Partei ein Monopol hielt:

Götzberg, Heidmoor, Stipsdorf, Wakendorf I

Ansätze einer kurzlebigen Politisierung zeigten sich in 16 Ge-

meinden, in denen der Übergang zu den Parteien 1962 jedoch wieder rückgängig gemacht wurde. In den Vertretungen traten 1959 jeweils mehrere Parteien auf. Nach dem Fortfall der gesetzlichen Ausschließungsgründe kehrte man jedoch zum Monopol der WG zurück:

Bühnsdorf, Dreggers, Gr. Rönnau, Kl. Gladebrügge, Kl. Rönnau, Kayhude, Krems II, Hitzhusen, Oersdorf, Leezen, Neversdorf, Rohlstorf, Schieren, Travenhorst, Sülfeld, Winsen;

Eine echte Politisierung von Dauer gelang nur in

Bimöhlen, Damsdorf, Fahrenkrug, Hasenmoor, Hüttblek, Kattendorf, Schwissel, Wiemersdorf und Weddelbrook.

In diesen Gemeinden konnten sich die Parteien enagültig festsetzen, wengleich ein vom Wanlgesetz beeinflusster Wechsel im Bürgermeisteramt nur in einem Falle (Bimöhlen) festgestellt wurde.

Die Wirkungslosigkeit des Gesetzes auf die dörfliche Herrschaftsstruktur wurde an diesen Beispielen deutlich demonstriert. Für die Einführung des Gesetzes gilt, was bereits vorher über die Form des Wahlrechts gesagt wurde: Das Beharrungsvermögen der dörflichen Eliten und die Immunität des zugehörigen Herrschaftssystems können unmöglich durch gesetzliche Maßnahmen erschüttert werden, weil alle Bemühungen um Egalisierung und Politisierung an der Existenz einer hierarchisch gegliederten Gesellschaft vorbeigehen, der die Parteien im Grunde wesensfremd sind. Daher kommt es, daß Ausmaß und Bedingungen der Zirkulation in diesem Bereich entscheidend von der konservativen, auf Kontinuität gerichteten Grundhaltung der bäuerlichen Führungsschichten bestimmt wird.

Das Heil der Elitenbildung soll aber nicht nur in einer Politisierung der Bauerndörfer gesucht werden. Die Erfahrung lehrt, daß gerade in den Bereichen, die von den Parteien durchdrungen

sind, Oligarchisierungstendenzen sich ausbreiten können.³⁷

Eine demokratische Elitenbildung in dem eingangs skizzierten Sinne, die sich durch den gleichmäßigen Zugang breiter Schichten und durch die Betonung des Leistungsprinzips auszeichnet, kann wohl nur im dem Bereich zwischen Honoratiorenherrschaft einerseits und anonymer Herrschaft der Organisationen und Apparate andererseits verwirklicht werden.

3. Die Familienherrschaft

a. Die Bedeutung der Familienherrschaft für den Zirkulationsprozeß

Die überragende Rolle der Familie im ländlichen Leben sowie die Feststellung, daß die Kohäsion der politischen Eliten nicht unwesentlich auf den verwandtschaftlichen Bindungen der Elitenmitglieder beruht, legt Vermutungen über die politische Herrschaft einzelner Familien nahe. Familienherrschaft enthält Tendenzen zur faktischen Erblichkeit der politischen Ämter und fördert die Abneigung, diese Ämter "rotieren" zu lassen. Anders als in Gebieten, die durch Auflösung der alten Sozialstrukturen gekennzeichnet sind, werden auf dem flachen Lande die Amtsträger noch wesentlich im Rahmen ihrer Familienverbände beurteilt. Die politische Macht der bäuerlichen Eliten fußt stark auf dem Ansehen ihrer Familien. Allerdings muß die Familienherrschaft sich nicht auf die bäuerlichen Gruppen beschränken, vielmehr kann sie auch für die Machtstruktur von Städten kennzeichnend sein. Kriterium der Familienherrschaft ist daher die Ungebrochenheit einer überlieferten Sozialstruktur in überschaubaren Räumen. Die faktische Erblichkeit der Ämter koppelt die Zirkulation tendenziell an den Rhythmus der Generationswechsel.¹

Der politische Machtkampf als zirkulationsförderndes Element wird in den Familienverband hineinverlegt, was für die Elitenzirkulation u.a. einen Publizitätsverlust bedeutet. Familieninterne Unterstellungs- und Abhängigkeitsverhältnisse können daher mehr oder weniger stark die Auswahl von Bewerbern und deren Beharrlichkeit in ihren Ämtern bestimmen. Die Monopolisierung öffentlicher Ämter durch eine oder wenige Familien wurzelt psychologisch in einem überlieferten, noch heute intakten Sekuritätsdenken, das in der Verpflichtung liegt, für die Familienangehörigen etwas zu tun.

Wegen der Monopolisierung der Ämter wird die Familienherrschaft als besonders geschlossene Herrschaftsform ausgewiesen.

Ein Teilhaben an der Herrschaftsausübung ist normalerweise nur über den Weg der Einheirat möglich.²

Bis in die Gegenwart hinein war dieser Weg aber für Außenstehende angesichts der strengen Heiratspolitik nur schwer gangbar. Wir beobachten in der Vergangenheit eine recht einseitige verwandtschaftliche Verbindung der führenden Familien einer Gemeinde. Fast überall war es geboten, innerhalb des Ortes sozial Gleichgestellte zu heiraten.³

Als Beispiel möge hier die Heiratspolitik der Familie des Bürgermeisters und Amtsvorstehers von Großenaspe angeführt werden. Die Familie, die seit Anfang des 18. Jahrhunderts in Großenaspe ansässig ist, verband sich grundsätzlich nur mit anderen Hufnerfamilien des Ortes. Erst im Falle des jetzigen Bürgermeisters und Amtsvorstehers stellen wir eine in Großenaspe vielbeachtete Ausnahme fest.

Der oligarchische Charakter der Familienherrschaft kennzeichnet diese hinreichend als zirkulationshemmenden Faktor. Wegen der Großräumigkeit des Untersuchungsgebietes erstreckt sich die Herrschaft einer Familie in keinem Falle auf den ganzen Landkreis. Diese wirkt sich vielmehr im Rahmen der Gemeinden, manchmal auch der Ämter, aus und erstreckt sich nur in seltenen Fällen über mehrere Ämter. Daher erweist es sich zur plastischeren Darstellung der Familienherrschaft als notwendig, über den enggefaßten Katalog der Elitefunktionen hinaus auch weitere örtliche und überörtliche Führungspositionen in die Betrachtung einzubeziehen, soweit sie für den Rückhalt der politischen Eliten wesentlich sind. Nach der Erscheinungsform unterscheiden wir bei der Familienherrschaft die Herrschaft einer Familie bzw. einer Gruppe von Familien, nach der räumlichen Ausdehnung die Herrschaft innerhalb einer Gemeinde bzw. innerhalb eines Amtes. Als Sonderfall tritt die städtische Familienherrschaft hinzu. Als Beispiel für die Darstellung dienen vier bäuerliche Gemeinden, die aus der Gruppe der 93 Bauerngemeinden willkürlich, jedoch unter Beachtung einer

räumlichen Verteilung über das Untersuchungsgebiet, ausgewählt sind, sowie eine Stadt. Hinsichtlich der räumlichen Verteilung der ausgewählten Dörfer muß eine Einschränkung gemacht werden: Familienherrschaft finden wir nicht in den bäuerlichen Dörfern, deren junge Sozialstruktur durch den Biedlungsgedanken geprägt ist; das sind einige Gemeinden im Osten des Kreises, in deren Bereich Güter bestanden oder bestehen, sowie die Gemeinde Heidmoor im Westen.⁴

b. Beispiele

1. Latendorf

Das öffentliche Leben der Gemeinde Latendorf ist durch die überragende politische, soziale und wirtschaftliche Stellung der Familie Lindemann gekennzeichnet, die seit 1620 nachweisbar am Orte ansässig ist. Die Lindemanns und die mit ihnen verbundenen Sebelins stellen insgesamt vier unter den zehn größten Landbesitzern der Gemeinde. Die Bürgermeister bzw. Gemeindevorsteher bzw. Bauernvögte der letzten 100 Jahre (seit 1866) wurden mit ganz geringfügigen Ausnahmen von dieser Familie gestellt.⁵ Die Wechsel erfolgten jeweils in Abschnitten von Generationen. Der jetzige Bürgermeister Hans Lindemann übernahm sein Amt 1966 von seinem Vater Rudolf, der diese Funktion von 1924 an bei einer Unterbrechung von 1946 bis 1948 innegehabt hatte.⁶

Dessen Schwiegervater war 1923 nach über dreiunddreißigjähriger Amtszeit ausgeschieden. Er war dem Großvater Rudolf Lindemanns gefolgt, der etwa seit der Eingliederung Holsteins in den preußischen Staat 1866 an der Spitze der Gemeinde gestanden hatte.

Ein Vetter des Altbürgermeisters Rudolf Lindemann, Hinrich L., war Ortsbauernvorsteher des Ortsteiles Braak und nahm die Position eines stellv. Bürgermeisters von Latendorf ein. Nach der durch die britischen Behörden 1946 verfügten Ablösung des Bgm. traten beide Vettern von ihren Ämtern zurück, nahmen diese

Jedoch nach 1948 wieder ein. Als einzige Vertreter des Gemeinderates vor 1945 wahren sie über die britische Intervention hinaus die Kontinuität.

Ein weiterer Vetter des Altbürgermeisters Rudolf L. und Bruder des eben genannten Ortsbauernvorstehers Hinrich L., Hans L., führte jahrzehntelang die Freiwillige Feuerwehr Braak und stand der Meiereigenossenschaft Kl. Kummerfeld vor. Neben der Tätigkeit als Bgm. stand Rudolf L. von 1923 bis 1933 an der Spitze der örtlichen Spar- und Darlehenskasse und führte anschließend deren Geschäfte als Rendant bis 1963. Vorsitzender der Spadaka ist heute sein Sohn Hans, der ihn auch als Bgm. ablöste. Hans L. führt gleichzeitig als Brandmeister die Freiwillige Feuerwehr Latendorf, nachdem diese früher lange Zeit von Bgm. Harder, seinem Großvater, geleitet worden war. Wehrführer der Feuerwehr Braak und sein 1. Stellvertreter als Bgm. ist Heinrich L., ein Sohn des Hans L. Die ganze politische Bedeutung der Familie Lindemann tritt in der Zusammensetzung der gegenwärtigen neunköpfigen Gemeindevertretung zutage:⁷

Neben den Bgm. und seinen Stellvertreter Lindemann tritt ein weiterer Vetter Lindemann und ein Verwandter Sebelin, so daß sich von neun Mandaten vier in den Händen einer Familie befinden. Es werden also folgende Ämter der Gemeinde von einer Familie monopolisiert: Das Amt des Bgm., des 1. stellv. Bgm., der beiden Feuerwehrführer und der Vorsitz der Spar- und Darlehenskasse.

Die Familienherrschaft wird hier vertikal sichtbar durch die faktische Erbllichkeit der Ämter und horizontal durch die Verteilung der Ämter auf verschiedene Familienmitglieder.

2. Schwissel

Nicht in jeder Familie ist die politische Struktur durch die Vorherrschaft einer einzigen Familie geprägt. In Schwissel z.B. dominieren die Familien Gustav Behrens, Böttcher und Ewald Behrens.⁸

Die führenden Ämter des Dorfes zirkulieren nicht ohne Regelmäßigkeit zwischen diesen Familien. 1942 trat Adolf Behrens, Vater von Gustav B., nach jahrzehntelanger Tätigkeit als Bürgermeister zurück. Ihm folgte Emil Behrens, der Vater von Ewald B., (nicht verwandt mit Adolf B.) bis 1945. Dessen Vetter Gustav Böttcher führte die Amtsgeschäfte von 1948 bis zu seinem aus Altersgründen erfolgten Rücktritt 1962. Ein Bruder, Kurt Böttcher, gehört dem Gemeinderat an und führt die Freiwillige Feuerwehr. Als Ortswehrführer löste er Gustav Behrens ab, der 1962 bis 1966 Bürgermeister war. Der Bruder des letzteren, Heinrich Behrens, ist Vorsitzender der örtlichen Wasserversorgungsgenossenschaft, beider Schwager Riechling führt den CDU-Ortsverband sowie die Geschäfte des Kreisbauernverbandes.

Bei der Bürgermeisterwahl 1966 unterlag Gustav Behrens mit drei zu vier Stimmen einem bäuerlichen Gegenkandidaten. Damit verloren die drei führenden Familien zum ersten Male seit Generationen das wichtigste Amt der Gemeinde, wenn man von dem Interregnum 1945 bis 1948 absieht. Dem Wechsel war ein Streit zwischen den führenden Familien in der Jagdgenossenschaft vorausgegangen, der zur Spaltung der bisher allein in der Gemeindevertretung tätigen CDU führte. In diesem Falle wurde die Zirkulation also durch einen Konflikt innerhalb der führenden Familien gefördert. Trotzdem kann hier nicht von einer Ablösung der Familienherrschaft gesprochen werden, wie auch schon die Zusammensetzung der siebenköpfigen Gemeindevertretung beweist. Dieser gehören u.a. an: Gustav Behrens, Bgm. a.D., Kurt Böttcher, Ortswehrführer, Bruder des Bgm. a.D. Gustav Böttcher, Ewald Behrens, Sohn des Bgm. a.D. Emil B. und Schwiegersohn des 1. stellv. Bgm. der Nachbargemeinde Traventhal, E. Riechling, Schwager des Gustav Behrens, alle CDU, Schütt, der neugewählte Bgm., Gustav Böttcher jun., Sohn des Bgm. a.D. Gustav Böttcher.

Fünf der sieben Gemeindevertreter entstammen also den führenden Familien, ebenfalls der Feuerwehrführer sowie zwei der drei Vertreter, die die Gemeinde in der Leitung der Spadaka Bebensee

stellt. In Schwissel ist die Herrschaftsstruktur durch ein labiles Gleichgewicht zwischen den führenden, verwandtschaftlich kaum verbundenen Familien gekennzeichnet, das einem nicht zum engeren Kreis gehörenden den Aufstieg zum Bürgermeisteramt ermöglichte.

3. Großenaspe

Die Beispiele Latendorf und Schwissel beziehen sich auf kleine bäuerliche Gemeinden, in denen kaum Bevölkerungsverschiebungen stattgefunden haben. Es liegt nahe anzunehmen, daß die Bedeutung der Familienherrschaft mit der Größe des entsprechenden politischen Gebildes abnimmt. Treten doch in kleinen Gebietskörperschaften einzelne Familien normalerweise deutlicher hervor. Die Beobachtung lehrt jedoch, daß Familienherrschaft auch in größeren Gemeinden wirksam werden kann, sofern die traditionelle Gesellschaftsschichtung noch im wesentlichen intakt ist.

An der Spitze der dörflichen Gesellschaft Großenaspes steht seit Generationen eine exklusive Gruppe von Bauernfamilien. Diese, frühere Hufnerfamilien, heben sich durch die Größe ihres Grundbesitzes, ihre alte Herkunft und durch die Kopfzahl der einzelnen Familien erheblich von der Restbevölkerung ab.⁹

Auch der bedeutende Bevölkerungszuwachs nach 1945 hat keine Veränderung bewirkt. 1947 standen 1390 Ortsansässigen 1242 Vertriebene und Evakuierte gegenüber, 1951 wird ein Verhältnis von 1279 zu 1041, für 1961 1314 zu 653 angegeben.¹⁰

Es ist den Neubürgern nicht gelungen, trotz ihrer beachtlichen zahlenmäßigen Stärke an der politischen Macht zu partizipieren,¹¹ weil sich die überkommene Herrschaft der alten Familien als zu stabil erwies. Frühere Privilegierung der Hufnerfamilien durch das preußische Dreiklassenwahlrecht konnte unter den Bedingungen des gleichen Wahlrechts nur nominell aufgehoben werden. Die Exklusivität dieser führenden Gruppe wurde seit Jahrhunderten mittels einer strengen Heiratspolitik sichergestellt, durch die sich die Familien gegen das Eindringen unterer Bevölkerungsschichten und gegen Einflüsse von außerhalb des Ortes abschirm-

ten.¹² Es handelt sich um die Familien

St ö l t i n g
H o l t o r f f
A s b a h r
M e h r e n s
K l a h n
P i n g e l (Todts)
G r i e p ¹³

Von diesen haben aber nur die ersten fünf Vertreter in die örtlichen Führungspositionen entsandt.

Zu den ältesten Familien können die Klahns gerechnet werden, die schon 1602 urkundlich erwähnt sind und deren Urahn Timm Klahn bereits im 17. Jahrhundert Bauernvogt war,¹⁴ während die Stöltings im 18. Jahrhundert nach Großenaspe kamen.¹⁵

Ebenfalls seit dem 18. Jahrhundert oder früher sind die übrigen Familien ortsansässig, mit Ausnahme der Pingels, die sich durch Einheirat mit den Todts verbanden, und der Holtorfs, die sich erst im 19. Jahrhundert durch Ankauf einer Hufnerstelle in Großenaspe ansiedelten. Die Zugehörigkeit der Holtorfs zur exklusiven Gruppe wurde erst durch die Verbindung mit den Klahns ermöglicht.

Unter den Grundbesitzern Großenaspes nehmen diese acht Familien eine sehr bedeutende Stellung ein: Sie besitzen allgemein die größten Bauernhöfe, wenn man von einigen erst in neuerer Zeit nach Großenaspe gekommenen Grundbesitzern absieht, wie eine Höfestatistik beweist:¹⁶

Stölting, Hinrich	77 ha
Stölting, Max	62 ha
Stölting, Franz	51 ha
Stölting, Karl-Heinrich	48 ha
Holtorff, Hans	65 ha (1950)
Holtorff, Karl	53 ha
Asbahr, Hans	73 ha
Asbahr, Jürgen-Julius	57 ha

Asbahr, Christian	42 ha
Asbahr, Hans-Jürgen	25 ha
Mehrens, Hans	77 ha
Mehrens, Johannes	71 ha
Klahn, Adolf	82 ha
Pingel, Hartwig	110 ha
Todt, Hans	30 ha
Todt, Herbert	21 ha
Todt, Hermann	26 ha
Griep, Paul	40 ha
Griep, Käte	25 ha

Sonstige Grundbesitzer über 50 ha:

von Bodelschwingh	100 ha
Springer	133 ha
Kollster	116 ha
Jansen	84 ha

Die sieben Familien sind durch vielfache, im einzelnen nicht immer deutlich erkennbare verwandtschaftliche Beziehungen seit Generationen miteinander verbunden.¹⁷

Ihre führende soziale und politische Stellung wird von den übrigen Bevölkerungsgruppen nicht ernsthaft angefochten, obgleich die wirtschaftliche Vormachtstellung der früheren Hufner in den letzten 100 Jahren durch verschiedene Entwicklungen, u.a. durch die Parzellierung, nicht unbeträchtlich geschwächt wurde. Mit ganz wenigen Ausnahmen wurden in den letzten 100 Jahren sämtliche örtliche Führungspositionen von den führenden Gruppen monopolisiert.

Bürgermeister¹⁸

Zacharias Todt	um 1860
Hinrich Stölting	bis 1884
Joacim Wittorf	bis etwa 1900
Mehrens	bis 1936

Delfs	bis 1944
Otto Stölting	bis 1945
Heinicke	bis 1948
Griep	bis 1951
Otto Stölting	seit 1951

Amtsvorsteher bzw. Amtmänner

Hinrich Stölting jun.	1889 bis 1920
Johannes Klahn	1920 bis 1933
Holtorff	1933 bis 1944
Otto Stölting	1944 bis 1945
Heinicke	1945 bis 1948
Griep	1948 bis 1951
Otto Stölting	ab 1951

Ortswehrführer¹⁹

Heinicke	bis 1894
Hinrich Stölting jun.	1894 bis 1920
Tensfeld	1920 bis 1932
Adolf Todt	1932 bis ca. 1940
Otto Stölting	ca. 1940 bis ca. 1945
Hans Holtorff	1948 bis 1962
Hans Mehrens	ab 1962

Amtswehrführer²⁰

Dürr	1932 bis 1940
Hinrich Stölting	1940 bis 1950
Hans Holtorff	1950 bis heute

Der jetzige Bürgermeister und Amtsvorsteher Otto Stölting versieht seine Ämter seit 1944 bei einer Unterbrechung. Jahrzehntelang gehörte er den Vorständen der Spadaka und der Meiereigenossenschaft an, wobei er in letzterer Funktion von seinem Sohn Karl-Hinrich abgelöst wurde.²¹

Außerdem leitete er die Freiwillige Feuerwehr. Ein Verwandter, Max Stölting, ist führender Vertreter der örtlichen FDP, ein Bruder, Hinrich Stölting, stand von 1940 bis 1963 an der Spitze der Amtsfirewehr Großenaspe. Der Vater, Hinrich St. jun., wurde 1889 zum ersten Amtsvorsteher des Amtes Großenaspe gewählt und hatte entscheidenden Anteil an der Gründung örtlicher Vereinigungen wie der Meiereigenossenschaft, der Spadaka und der Dreschgenossenschaft. Der Großvater, Hinrich Stölting sen., leitete als Ortsvorsteher bis zu seinem Tode 1884 die Geschäfte der Gemeinde und gab den Anstoß zur Gründung der Feuerwehr. Dessen Nachfolger wurde Joachim Wittorf. Seinen Hof übernahm der Vater des gegenwärtigen stellv. Bürgermeisters Max Asbahrs durch Einheirat, so daß Wittorf als Großvater Max Asbahrs den führenden Familien zugerechnet werden kann. Die längste Amtszeit verzeichnet der folgende Mehrens bis zu seiner Ablösung 1935, ein Onkel des früheren Ortsbauernvorstehers und jetzigen Feuerwehrführers Hans Mehrens. Gleichfalls abgelöst wurde nach dem Januar 1933 der Amtsvorsteher Johannes Klahn, der Otto Stöltings Vater gefolgt war. Die alten Hufner Großenaspes gehörten damals dem Stahlhelm an und standen der DNVP nahe.²²

Zwischen 1933 und 1945 wurden sie teilweise politisch eliminiert. Ihre Ämter wurden damals von Kleinbauern eingenommen. 1944 kamen mit Otto Stölting die beiden wichtigsten Ämter wieder in die Hand der alten Familien, aber erst nach Abschluß der ersten Nachkriegsphase setzte die Renaissance der alten Eliten ein.

Otto Stöltings Stellvertreter als Amtsvorsteher und 1. Stellvertreter als Bürgermeister ist Hans Holtorff. Er vertritt die Gemeinde im Kreistag, ist MdL, Mitglied des Kreisvorstandes und Ortsverbandsvorsitzender der CDU, Amtswehrführer, Vorsitzender der Meiereigenossenschaft und Vorsitzender eines Wasser- und Bodenverbandes und war bis zur Abschaffung dieser Institution Bezirksbauernvorsteher. Sein Bruder Karl Holtorff steht dem Aufsichtsrat der Spadaka, dem Bezirksverband XII a des Kreisbauernverbandes sowie dem örtlichen Forstverband vor. Der Großvater Holtorffs gehörte der Gemeindevertretung an und war als Vorsitzender der Spadaka Vorgänger von Hinrich Stölting jun.

Die engen Beziehungen der führenden Familien zueinander sowie die Homogenität der führenden Gruppe führen nicht unbedingt zum Fehlen jeden politischen Machtkampfes. Vielmehr sind erhebliche Rivalitäten zwischen den einzelnen Familien festzustellen, die aber nur intern ausgetragen werden. Dieses Spannungsverhältnis kann die Zirkulation der Eliten beschleunigen und zur Rotation der Ämter beitragen, wobei jedoch wieder wie in den vorgenannten Beispielen der Wechsel tendenziell in Abschnitten von Generationen erfolgt. Es verhindert die Monopolisierung aller Ämter in einer einzelnen Familie wie im Beispiel Latendorf. So kommt es relativ selten vor, daß der Sohn das Amt des Vaters unmittelbar übernimmt. Vielmehr geht dieses meist nach einer Generation an eine andere Familie über. So folgte auf den Amtsvorsteher Hinrich Stölting ein Vertreter der Familie Klahn, auf den Ortsvorsteher Todt ein Stölting, ein Wittorf (Asbahr), ein Mehrens und nach einer Unterbrechung wieder ein Stölting. Dem Ortswehrführer Hinrich Stölting folgten Adolf Todt, Der Sohn Otto Stölting, ein Holtorff sowie ein Mehrens.

Es kommt vor, daß eine Familie in einer Generation keinen Vertreter in die politischen Eliten delegiert,²³ während andere Familien wie Griep grundsätzlich den politischen Eliten fernstehen, obwohl sie wegen ihres gesellschaftlichen Ranges durchaus zur Wahrnehmung führender Ämter legitimiert wären.

Wir stellen also in der Herrschaftsstruktur Großenaspes neben einer leicht modifizierten Erblichkeit der Ämter ein Gleichgewicht innerhalb einer homogenen Gruppe führender Familien mit einem leichten Übergewicht der Familie Stölting fest. Einen Begriff von der Exklusivität der großbäuerlichen Oligarchie mag abschließend das Verzeichnis der Vorstandschaft des Forstverbandes vermitteln.²⁴

Der Forstverband umfaßt mit 58 Mitgliedern (1964) den größten Teil aller Landwirte Großenaspes:

1. Vorsitzender	Karl Holtorff
Stellvertreter	Adolf Klahn
Geschäftsführer	Otto Stölting
Beisitzer	Hans Holtorff
	Johannes Pingel
	Max Asbahr
	Hans Asbahr

4. Kisdorf

Die bisherigen Beispiele stellten die Herrschaft von Familien im Rahmen ihrer Heimatgemeinden dar. Weniger häufig, doch ähnlich deutlich ausgeprägt, finden wir entsprechende überörtliche Herrschaftsgefüge. Zu den einflußreichsten Familien in Amt und Gemeinde Kisdorf zählt die Familie Ahrens. Willi Ahrens, von dessen Person wir hier ausgehen wollen, ist seit 1951 Bgm. von Kisdorf, außerdem stellvertretender Amtsvorsteher und Kreistagsabgeordneter. Die Familie Ahrens stammt ursprünglich aus Stukenborn, kam über Henstedt 1826 nach Kisdorf und gehört zu den ältesten Familien des heutigen Amtes.²⁵

Unter den Besitzern der über 50 ha großen Bauernhöfe des Amtes taucht der Name Ahrens häufig auf.

Amt K i s d o r f

(Höfestatistik nach Berechnungen des Verfassers
nach Unterlagen der Kreislandwirtschaftsbehörde,
ohne Höfe mit nichtbäuerlichen Eigentümern.)

Lfd. Nr.	N a m e	Gemeinde	Gesamtfläche Größe in ha
1	Bassow	Oersdorf	162
2	Pohlmann	Stuvenborn	107 Bgm., kreistag
3	Ahrens, Jürgen	Oersdorf	96
4	Hellmann	Sievershütten	94
5	Kröger, Bernhard	Kisdorf	94 vater: Amtmann a.D.
6	Tepe	Stuvenborn	88
7	Kröger, Paul	Kisdorf	83 Vater: Kreisbauern- vorst. a.D.
8	Thies, Walter	Hüttblek	82 Bgm.
9	Steenbuck, Herbert	Stuvenborn	73
10	Ahrens, Willi	Kisdorf	72 Bgm., Kreistag
11	Thies, Henry	Hüttblek	71
12	Steenbuck, Lambert	Sievershütten	69
13	Humberg	Stuvenborn	68
14	Ahrens, Hinrich	Kattendorf	67 Amtmann a.D.
15	Oosting, Heiko	Kisdorf	67 Bgm. a.D.
16	Wrage	Sievershütten	66
17	Frau Schilinsky	Kisdorf	64
18	Ahrens, Hans	Kisdorf	64
19	v. Drathen, Klaus	Oersdorf	63 Bgm. a.D.
20	Reimers, Hans	Kattendorf	63
21	Ahrens, Werner	Kisdorf	61
22	Dreyer	Kisdorf	60
23	Frau Krohn	Sievershütten	60
24	Ahrens, Hobs.	Stuvenborn	58
25 H	Hasenkamp	Kisdorf	58
26	Gerth, Hans	Sievershütten	55
27	Pohlmann, Hugo	Struvenhütten	54 Bgm. a.D.
28	Müller, Wilh.	Kattendorf	52 Bgm.
29	Schmuck, Ernst	Kisdorf	52
30	Biehl, Jürgen	Kisdorf	50 Vater: Bgm. a.D.

Der Name Ahrens wird sechsmal erwähnt. Hinrich Ahrens (14), ein Bruder des obengenannten Willi A. (10) übernahm durch Einheirat den größten Hof in Kattendorf; er war jahrzehntelang Bürgermeister und auch Amtsvorsteher. Hans A. (18) und Werner A. (21) sind Vettern von Willi A., Jürgen A. (3) der Sohn eines weiteren Vettters, während Johannes A. (24) ein entfernter Verwandter aus dem Herkunftsort der Ahrens ist. Eine Schwester von Willi Ahrens heiratete Herbert Steenbuck (9), dessen Familie im Osten des Amtes weitverbreitet ist. Weiterhin verbindet Willi A. mit Jürgen Biehl (30) und Paul Kröger (7) eine etwas weitläufige Verwandtschaft, so daß der gesamte Familienkomplex Ahrens mit mindestens neun etwa ein Drittel der größten Hofbesitzer des Amtes stellt.

In der Gemeinde Kisdorf selbst sind die Ahrens verwandtschaftlich eng mit den Familien Biehl und Wilhelm Kröger verbunden, die in der Liste der Hofbesitzer Kisdorfs jeweils sechs- und dreimal verzeichnet sind.²⁶

Die weitverzweigten Biehls gelten als die älteste Familie der Gemeinde, in der sie seit mindestens 1601 ansässig sind,²⁷ während die Krögers seit 1827 als Besitzer des Barghofes geführt werden.²⁸

Die Besetzung der führenden Ämter der Gemeinde vollzieht sich normalerweise im Wechsek zwischen den drei Familien. Von insgesamt zehn Gemeindeoberhäuptern während der letzten 100 Jahre (seit 1873) stellten die Biehls drei, die Ahrens zwei, die Krögers eins.

Es ist bezeichnend, daß drei der vier übrigen Bürgermeister nur sehr kurze Zeit amtierten, und zwar in Zeiten, in denen durch die großen politischen Erschütterungen die personelle Kontinuität nicht unbeeinträchtigt blieb. Im vierten, vor der Jahrhundertwende liegenden Falle, wanderte die Bürgermeisterfamilie Wrage später aus der Gemeinde ab. Von diesen relativ geringfügigen Einschränkungen abgesehen, rotierte das Amt des Bürgermeisters unter den drei Familien:²⁸

Bürgermeister Kisdorf:

Carsten Biehl	1873 erwähnt
H. Wrage	
Detlef Ahrens jun.	
Johannes Biehl	
Wilhelm Kröger	1920 bis 1934
Schlüter (Handwerker)	1934 bis 1945
Richard Biehl	1945 bis 1946
Wilhelm Brömmer	1948 bis 1951
Willi Ahrens	seit 1951

Johannes Biehl war ein direkter Nachkomme von Carsten B. und Vater von Richard B. Carsten B. gehörte neben Fritz Ahrens, dem Großvater von Willi A., dessen Bruder Detlef A., der Kisdorf zugleich im Kreistag vertrat, und H. Wrage 1873 dem Gemeinderat an.²⁹

Der Sohn des Detlef A., Detlef A. jun., wurde später Nachfolger von H. Wrage als Gemeindevorsteher, während Martin A., Sohn des Fritz A., später das Amt eines stellv. Bürgermeisters übernahm. Dessen Söhne, Hinrich A. und Willi A., traten als Amtsvorsteher bzw. stellv. Amtsvorsteher und als Bürgermeister hervor. Die Schwester des Martin A. heiratete den Bürgermeister Wilhelm Kröger sen., dessen Sohn lange Zeit dem Gemeinderat angehörte und als Kreisbrandmeister den Feuerwehren des Kreises vorstand. Als dieser 1962 sein Mandat als Gemeindevertreter aufgab, folgte ihm sein Sohn. Ein Vetter des Kreisbrandmeisters, Ernst Kröger (Vater von Paul K.) wirkte als Bezirksbauernvorsteher sowie als Vorsitzender des Kreisbauernverbandes.

Einen Eindruck vom Beharrungsvermögen der alten Familien vermittelt die Zusammensetzung des 1966 gewählten elfköpfigen Gemeinderates. Von den acht bürgerlichen Vertretern entstammen vier den alten Familien. Die Stabilität dieser Familienherrschaft erscheint besonders eindrucksvoll angesichts der Tatsache, daß Kisdorf bereits im Einzugsgebiet Hamburgs liegt. Die Gemeinde weist einen relativ hohen Anteil an gewerblichen Be-

trieben sowie an Auspendlern auf. Die drei westlichen Nachbargemeinden Kaltenkirchen, Ulzburg und Henstedt, deren Ausstrahlungskraft Kisdorf unterliegt, weisen deutliche Ansätze zur Verstädterung auf.³⁰

Die städtischen Eliten

5. Bad Bramstedt

Weniger deutlich, und nur in Ansätzen klar erkennbar, zeichnet sich die Hegemonie einzelner Familien in Bad Bramstedt ab. Dort hat der starke Bevölkerungszuwachs seit 1945 zu einer Umschichtung der Eliten geführt, die über die unmittelbare Nachkriegsphase hinaus das Monopol der alten Familien erschütterte. Die traditionell führenden kaufmännischen und großbäuerlichen Gruppen wurden in zunehmendem Maße von konkurrierenden, meist neubürgerlichen Bevölkerungsschichten bedrängt, die sich in der SPD, dem früheren BHE sowie als Minderheit in der CDU sammelten. Trotzdem wurden die etablierten Eliten nie vollständig eliminiert, vielmehr erfuhren sie während der letzten Jahre parallel mit dem Rückgang des BHE eine Renaissance ihrer Herrschaft. Im Gegensatz zu den bäuerlichen Gemeinden gelang die Rückkehr zum traditionellen Herrschaftsgefüge in Bad Bramstedt weniger vollständig und erst erheblich später als 1951.³¹

Ihren institutionellen Rückhalt finden die alten Familien in der sog. "Vogelgilde", einem exklusiven Schützenverein mit strengem Aufnahmereglement, dem die alten Oberschichten der Stadt angehören. Seine Vorstandschaft rekrutiert sich aus den angesehensten Familien der Stadt, und zwar aus den Bornhöfts und den Warnemündes³², ferner gehören die Familien Thomsen, Wrage, Schnoor, Kohl, Haack, Harms, Dehn und Mohr als weitere prominente Mitglieder dem Verein an. Unter ihnen können die Bornhöfts als die politisch Einflußreichsten gelten, obwohl sie keine herausgehobenen politischen Funktionen wahrnehmen. Bornhöft sen. konnte es sich sogar leisten, das ihm mehrfach angebotene Amt des Bürgervorstehers auszuschlagen.³³

Überhaupt fällt bei den städtischen Eliten die geringere Überschneidung von politisch-gesellschaftlicher Macht und politischen Institutionen auf.

Die von Bornhöft angeführte "Fraktion" der führenden Familien in der Stadtverordnetenversammlung geht quer durch die beiden bürgerlichen Parteien und umfaßt mindestens acht von 20 Abgeordneten (Sitzverteilung nach den Wahlen vom März 1966: CDU - 10, FDP - 4, SPD - 5, BHE - 1).³⁴

Neben Bornhöft sen. und jun. tritt der Schwiegersohn Schnoor jun., ferner der ehemalige FDP-Kreistagsabgeordnete Thomsen, ein Schwager des Bürgermeisters der Nachbargemeinde Hitzhusen und Amtsvorstehers des Amtes Bad Bramstedt-Land, G. Freudenthal, und Schwiegersohn des langjährigen Bramstedter Bürgermeisters Freudenthal. Der Gruppe gehören außerdem der Kreistagsabgeordnete und Stadtrat Wrage und dessen Verwandter Harm an. Ferner Warnemünde, ein Sohn des ehemaligen Bürgermeisters und Kreisausschußmitgliedes und schließlich der Kreistagsabgeordnete und 1. Stadtrat Haack an. In den weiteren Kreis dieser sog. Gruppe Bornhöft treten zwei Neubürger ein, und zwar der Bürgervorsteher Schnack und der CDU-Ortsverbandsvorsitzende und 4. Stadtrat Schmidt. Mit zwei Ausnahmen, den mit Bornhöft verwandten Kohls und den Dehns, sind alle führenden Kaufmannsfamilien in dieser Gruppe vertreten, wobei das Fehlen der Dehns ein Generationsproblem darstellt, da der im Kreistag und im Stadtparlament führende Dehn sen. vor einigen Jahren verstarb.³⁵

Innerhalb der Gruppe Bornhöft fällt eine gewisse Differenzierung zwischen den allgemeinen politischen Funktionen und der reinen Parteiarbeit auf, wobei letzterer die Neubürger zuzuordnen sind.

Die starke Kohäsion der Führungsgruppe resultiert neben der verwandtschaftlichen Verflechtung nicht zuletzt aus einer Abwehrsituation innerhalb eines schnell wachsenden Gemeinwesens. Der Herrschaftsanspruch der alten Eliten wird hier nicht so bedingungslos anerkannt wie in den Bauerndörfern. Für die

Familienherrschaft bedeutet das eine Entkleidung ihrer Legitimität. Im Unterschied zu den rein bäuerlichen Eliten wird das Beharrungsvermögen hier nicht so sehr durch die Kontinuität der Ämter sichtbar, sondern findet seinen Ausdruck vielmehr in einer flexiblen Politik der alten Familien. Diese lassen vorübergehend auch andere Schichten zumindestens nominell an der Herrschaft partizipieren, die Ämter werden häufiger umbesetzt, wenngleich das Schwergewicht der politischen Macht sich dadurch nicht verlagert. Das erschwert eine exakte Analyse der Familienherrschaft von den Institutionen her. Trotzdem wird aus dem Gesagten deutlich, daß Familienherrschaft auch in Städten wirksam werden kann.

Ihre etwas zwielichte Stellung im städtischen Bereich ergibt sich auch aus dem Umstand, daß die städtischen Eliten nicht nur auf die Erhaltung der konventionellen Sozialstruktur und der überlieferten Lebensweise bedacht sind, sondern darüber hinaus auch unter dem Einfluß raumordnerischer und anderer politischer Gesichtspunkte massive wirtschaftliche Interessen gegenüber ihren Kommunen vertreten.

c. Die Ausdehnung der Familienherrschaft

Die fünf genannten Beispiele sind willkürlich herausgegriffen; deshalb rechtfertigen sie den Einwand, daß sie nicht charakteristisch für die Herrschaftsstruktur im gesamten Untersuchungsgebiet sein müssen. Es leuchtet aber ein, daß derart alliierte Analysen im Rahmen dieser Arbeit nicht für sämtliche Gemeinden angefertigt werden können. Die Gültigkeit der gewonnenen Erkenntnisse muß für folgende Gemeinden ausgeschlossen werden, in denen die Sozial- und Wirtschaftsstruktur noch relativ jung ist:

1. Gemeinden mit Verstädterungstendenzen:

Boostedt, Gadeland, Henstedt, Kaltenkirchen, Ulzburg;

2. Industriegemeinden:

Wahlstedt, Trappenkamp, Ellerau;

3. Gemeinden, in denen durch die Errichtung einer großen Institution ein Ungleichgewicht entstanden ist:

Rickling, Sülfeld;

4. Bäuerliche Gemeinden, die aus dem Siedlungsgedanken oder durch Aufsiedlung von Gütern entstanden sind oder in denen ein Gutsbetrieb dominiert:

Heidmoor, Seedorf, Glasau, Pronstorf, Stocksee, Wensin, Rohlstorf, Nehms, Krems II, Travenhorst;

In den meisten dieser 20 Gemeinden haben die führenden Positionen (seit 1955) ein- oder mehrfach gewechselt, und zwar

ohne Wechsel: Sülfeld, Wensin;

einmal: Gadeland, Rickling, Stocksee, Rohlstorf, Nehms, Pronstorf, Heidmoor, Glasau, Menstedt, Travenhorst;

zweimal: Trappenkamp, Boostedt, Krems II, Seedorf;

mehr als zweimal: Ulzburg, Kaltenkirchen, Ellerau, Wahlstedt;³⁶

Stellt man die Bgm. bzw. BV der mittlerweile hauptamtlich gewordenen Gemeinden nicht in Rechnung, so registrieren wir bei 16 Gemeinden insgesamt 19 Wechsel, dagegen bei allen 97 Gemeinden nur 62 Wechsel.

So problematisch es ist, die geringe Zirkulation in Gemeinden mit Familienherrschaft als eine Funktion dieser Herrschaftsform zu verstehen, so kann doch ein Zusammenhang zwischen beiden Faktoren nicht übersehen werden. Es handelt sich in dem obigen Katalog ja nicht nur um größere Gemeinden mit über 2000 Einwohnern, in denen die stärkere Zirkulation auf Grund ihrer größeren Politisierung erklärt werden kann, sondern auch um

so kleine Gemeinden wie Krems II oder Heidmoor. Wir wollen uns hier auf die Feststellung beschränken, daß dort, wo Familienherrschaft nicht vorherrscht, die Zirkulation tendenziell stärker ist. Die Bevölkerungszahl der Gemeinden stellt dabei nur einen sehr untergeordneten Faktor dar, der zudem nur in Zusammenhang mit anderen Elementen für die Familienherrschaft ursächlich werden kann. Man stelle z.B. Kisdorf und Großenaspe einerseits und Ellerau und Heidmoor andererseits gegenüber.

Wenn wir Familienherrschaft in einigen Gemeinden von vornherein ausschließen, so bedeutet das nicht, daß sie sich in den 83 übrigen Gemeinden frei entfaltet. In manchen Fällen ist sie nur in schwachen Ansätzen erkennbar (Gr. Kummerfeld), in anderen tritt sie überhaupt nicht auf (Hartenholm).³⁷

Die Gründe hierfür sind, soweit sie überhaupt ermittelt werden können, sehr heterogen. In Hartenholm z.B. entfällt eine deutlich hierarchische Gliederung der bäuerlichen Gesellschaft. Die meisten Höfe liegen in der gleichen Größenordnung und traditionelle Unterschiede zwischen Hufnern, Kättern und Insten wirken sich politisch nicht aus. In Gr. Kummerfeld finden wir trotz einer festen sozialen Rangfolge eine traditionell liberale Heiratspolitik der alten Hufnerfamilien.³⁸

In dem überwiegenden Teil der übrigen Gemeinden jedoch können die aus den Beispielen 1 - 5 gewonnenen Erkenntnisse analog angewendet werden, wobei aber derart reine Beispiele der Familienherrschaft wie in Latendorf nicht mehr häufig vorkommen. Die faktische Erblichkeit der Ämter, die als ein wesentliches Kriterium der Familienherrschaft herausgearbeitet worden ist, mag dabei an folgenden weiteren Beispielen illustriert werden, in denen der Sohn das Amt des Vaters übernahm. Dabei kann die folgende Zeitungsnotiz nicht als untypisch bezeichnet werden:³⁹

"Der sechsendachtzigjährige Bürgermeister Kistenmacher (Kl. Rönnau) hat sein Bürgermeisteramt nach dreißigjähriger Tätigkeit niedergelegt. Nachfolger wurde sein neunundvierzigjähriger Sohn Heinrich."

Auch in anderen Fällen übergaben Bürgermeister ihre Ämter an ihre Söhne. Gottlieb Freudenthal ist seit 1948 Bürgermeister von Hintzhusen. Sein Vater und sein Großvater leiteten von 1879 bis 1945 fast ohne Unterbrechung die Verwaltung des benachbarten Bad Bramstedt.⁴⁰

Der Bürgermeister Humfeld ist ein Sohn des ersten Bgm. von Bimöhlen nach 1945.⁴¹

Die Ämter seines Großvaters (Ortsvorsteher bis 1884) und seines Vaters (Amtsvorsteher von 1886 bis 1919) vereinigt Otto Stölting (Großenaspe) in seiner Hand. Der Vater des Bgm. und stellv. Amtsvorstehers Erich Stehn (Altengörs) leitete von 1924 bis zu seinem Tode 1949 die Nachbargemeinde Bühnsdorf.⁴²

Der Vorgänger von Bgm. Gärtner (Bahrenhof) war sein Großvater Reimers. Bgm. Freesemann (Dreggers) ist ein Sohn des Bgm. a.D.⁴³

Nicht in jedem Falle übernimmt der Sohn das Amt unmittelbar von seinem Vater. Manchmal rückt er auch auf den Posten eines stellv. Bürgermeisters, um dann nach einer Vorbereitungszeit Bürgermeister zu werden. Es ist ein Charakteristikum für den konservativen Grundzug der Elitenzirkulation, daß die Stellvertreterposten als die eigentlichen Vorpositionen zum Bürgermeisteramt gelten. Als der Bgm. Brügge (Mielsdorf) 1959 nach dreiundzwanzigjähriger Amtszeit aus Altersgründen ausschied, wurde sein Sohn zum stellv. Bürgermeister gewählt. Im Falle der stellv. Bgm. Schäfer (Rohlsdorf) und Runge (Fuhlendorf) erscheint die Kontinuität in der gleichen Form. Man erwartete gerade von jungen Aspiranten eine längere Vorbereitungszeit. Die Erblichkeit wäre noch bedeutender, wenn nicht die GO bestimmte, daß der Bgm. mit seinem Stellvertreter nicht bis zum zweiten Grade verwandt sein dürfte. Daher kann der Sohn nicht 1. stellv. Bürgermeister sein. Daraus entwickelte sich beim Rücktritt Lindemanns 1966 in Latendorf eine Konkurrenz zweier Auffassungen von Legitimität: Der Stellvertreter berief sich auf das Anciennitätsprinzip, während der Sohn von der Tendenz zur Erblichkeit des Amtes profitierte.

Das tatsächliche Ausmaß der faktischen Erblichkeit der Ämter kann mit dieser institutionellen Betrachtung nicht voll sichtbar gemacht werden. Es kommt auch vor, daß sich nur politische Macht, nicht aber ein bestimmtes Amt vererbt. Es ist jedoch deutlich geworden, daß die einführenden Beispiele durchaus als typisch für die meisten Gemeinden des Kreises gelten können. Enge verwandtschaftliche Verbindungen zwischen politisch führenden Familien als ein weiteres Kriterium der Familienherrschaft finden wir fast im gesamten Kreisgebiet. Zu einem Verwandtschaftskomplex im Amt Traventhal z.B. gehören sieben führende Familien aus sechs verschiedenen Gemeinden, die mit einer Ausnahme (Fock seit 1885) sämtlich zu den ältesten Familien des Amtes zählen.⁴⁴

Es sind die Familien

Wittern	Weede
Schlätel	Neuengörs
David	Dreggers
Blunck	Altengörs
Hamdorf	Wakendorf I
Rohlff	Traventhal
Fock	Altengörs

Zu diesem Familienkomplex gehören der Bgm. von Weede, zugleich Vors. des CDU_Ortsverbandes Weede und ehemaliger Kreistagsabgeordneter Werner Wittern, ferner der Amtsvorsteher und Bgm. Werner Schlätel, der Bgm. a.D. Paul David, der Bgm. a.D. Blunck, der Bgm. a.D. Hamdorf. Der Familie Rohlff entstammt der Bgm. a.D. Fritz Rohlff, außerdem der Amtswehrführer bis 1955. Friedrich Fock war Amtsvorsteher bis 1945 und Kreistagsabgeordneter. Sein Neffe führt die Feuerwehr Altengörs. Unter den Besitzern der größten Höfe des Amtes stehen diese Familien auf folgenden Rängen:⁴⁵

Schlätel	7. und 10.
Hamdorf	11.
Fock	13.

David	16.
Rohlf	15. und 25.
Blunck	26.
Wittern	36.

Somit besitzt der Familienverband ein Viertel der größten Höfe über 50 ha. Auch durch ihre alte Herkunft ragen diese Familien erheblich hervor. Im Amte Traventhal leben

seit dem 16. und 17. Jahrhundert:

Schlätel, Rohlf, Wittern, Hamdorf;

seit dem 18. und 19. Jahrhundert:

Blunck, Fock, David;

Familienherrschaft, wie sie sich hier darstellt, erstreckt sich fast nur auf Gemeinden oder Ämter und wirkt sich daher in erster Linie auf die örtlichen Spitzenpositionen aus. Aber auch ihr Einfluß auf den Kreistag ist wegen der Personalunion zwischen Bürgermeisteramt und Kreistagsmandat, wie wir häufig feststellen, nicht unerheblich.

Dem Kreistage 1966 gehören 13 ehrenamtliche Bgm., drei Bgm. a.D., weitere acht stellv. Bgm. und sieben Amtsvorsteher an.⁴⁶

Gerade bei der CDU, die sich überwiegend auf Direktmandate stützt (1966: 22 von 23) ist der Einfluß der zentralen Partiestellen auf die Kandidatenaufstellung recht gering.⁴⁷

Damit wird das örtliche Kreistagsmandat häufig in den Katalog der örtlichen Führungspositionen einbezogen und seiner überörtlichen Bedeutung entkleidet. Der Kreistag kann daher aus der Fragestellung dieses Kapitels nicht ganz ausgenommen werden, obwohl seine Zirkulation von der Familienherrschaft nicht entscheidend beeinträchtigt wird.

Es ist deutlich geworden, daß Familienherrschaft als zirkulationshemmendes Prinzip sich in den weiten führenden Bereichen auswirkt. Sie tritt vornehmlich dort auf, wo auch die Zirkulation gering ist, also bei Bürgermeistern und Amtsvorstehern und

innerhalb dieser Kategorie vornehmlich in solchen Gemeinden und Ämtern, in denen keine großen soziologischen Veränderungen festzustellen sind.

d. Aristokratische und oligarchische Elemente

Die genannten Beispiele weisen trotz mancher Verschiedenheit in der Herrschaftsstruktur mehrere gemeinsame Erscheinungsformen auf:

1. Die für die örtliche Politik bestimmende Grundeinheit ist die Familie.
2. Die politischen Eliten rekrutieren sich ganz überwiegend aus den führenden Familien, die sich durch Besitz und Herkunft deutlich aus der Bevölkerung abheben und zugleich die soziale Elite darstellen. Besitz wird in diesem Sinne nur wirksam, wenn er deutlich sichtbar ist und sich durch eine gewisse Dauer auszeichnet.
3. Der aktuelle Besitz ist dabei nicht ausschlaggebend; entscheidend ist der überlieferte Besitzstand. Das Wertesystem dieser Familien, ihre politische und soziale Vorstellungswelt haben eine starke Verbindlichkeit für die übrigen Bevölkerungsschichten.
4. Die Exklusivität der alten Familien wurde bis in die Gegenwart durch eine strenge Heiratspolitik garantiert, die ein Eindringen horizontal von außerhalb des Dorfes oder vertikal aus anderen Sozialgruppen erschwerte oder gänzlich unmöglich machte. Der Weg zur Teilnahme an der Herrschaft führte damit nur über die Einheirat. Neuerdings wurde die strenge Heiratspolitik gelockert, nicht zuletzt unter dem Einfluß der Arbeitskräftelage in der Landwirtschaft.
5. Obwohl die Legitimität zur Herrschaftsausübung grundsätzlich allen diesen Familien zukommt, stehen einige von ihnen der Politik fern, während andere viele politische Führer hervorbrachten. Die Erblichkeit der Ämter wird durch den Umstand

begünstigt, daß in der Landwirtschaft trotz starker Technisierung die Fähigkeit des Bauern, den Sohn in Berufsfragen zu beraten, nicht beeinträchtigt wurde. Mit dem ungebrochenen Berufsbild wird zugleich auch das politische Gefühl vererbt. Damit ist in der Erziehung auch schon die Vorbereitung auf die Übernahme politischer Verantwortung angelegt. Diese Familien verstehen ihre dominierende Rolle als selbstlose Sachwalter einer überlieferten "guten Ordnung" und fühlen sich zur Übernahme führender Ämter verpflichtet.

6. Es gibt Gemeinden, deren Herrschaftsstruktur durch die Hegemonie einer einzigen Familie charakterisiert wird. Bei der Neubesetzung eines Amtes ergibt sich automatisch eine Vermutung zugunsten des Sohnes des ausgeschiedenen Stelleninhabers. Erfüllt dieser gewisse leistungsmäßige Voraussetzungen, die aber keineswegs mit einer echten Leistungsqualifikation im Sinne einer Auslese nach den Prinzipien der Befähigung gleichgesetzt werden können, so übernimmt er in der Regel das Amt des Vaters. Somit kommt es hier nicht auf ein besonderes "Hervortun" an, sondern auf das Nichtvorliegen leistungsbedingter Ausschließungsgründe. Die Leistung gilt als eine zwar erwünschte, aber weder notwendige noch hinreichende Voraussetzung für die Amtsübernahme. In anderen Gemeinden rotieren die Ämter zwischen einer Gruppe von konkurrierenden Familien im Rhythmus der Generationswechsel. Zwischen diesen Familien können sehr enge (wie in Großenaspe, Kisdorf) oder sehr weitläufige bzw. keine verwandtschaftlichen Beziehungen vorliegen. Das Ansehen, das die führenden Ämter verschaffen, macht diese attraktiv; es entstehen Rivalitäten, die zu einer Umbesetzung der Ämter führen können. In Ausnahmesituationen kann ein führendes Amt den alten Familien auch vorübergehend verlorengehen, wenn deren politische Kraft durch gleichgewichtige Konkurrenz untereinander gelähmt ist. ⁴⁸
7. Die Hegemonie der alten Familien wird kaum angefochten, obwohl der Beitrag des primären Sektors zum Volkseinkommen ständig abnimmt. ⁴⁹

Auch die großen politischen Erschütterungen, die z.B. die Jahre 1918, 1933 und 1945 brachten, haben die Familienherr-

schaft nur unwesentlich und nur vorübergehend beeinträchtigt. ⁵⁰

Von einer allgemeinen Dekadenz kann daher nicht gesprochen werden; vielmehr erfährt dieses Herrschaftssystem in Zeiten, in denen eine kontinuierliche Entwicklung vorausgesehen werden kann, jeweils eine zunehmende Bedeutung. Somit erscheint die aus traditionellen Kräften genährte, auf Dauer und Beharrlichkeit gerichtete Familienherrschaft als der stabilisierende Faktor der kommunalen Politik auf dem flachen Lande. Der Grundzug der Familienherrschaft kann als nichtdemokratisch im Sinne des Gleichheitsgedankens Rousseaus gewertet werden. Der Zugang zu öffentlichen Ämtern steht, wo Familienherrschaft vorherrscht, in erster Linie für Angehörige der alten Familien offen, d. h. der Bewährungsaufstieg auf Grund des reinen Leistungsprinzips ist grundsätzlich versperrt. Wenngleich die Heiratspolitik der alten Familien sich seit der Bevölkerungsverschiebung nach 1945 liberalisiert hat und damit die Aufstiegsmöglichkeiten durch eine Heirat verbessert wurden, so werden diese Eliten auf absehbare Zeit doch nicht ihre Geschlossenheit verlieren. Wenn die Familien darauf verweisen, daß das Leistungsprinzip durch die Vererbung des Verantwortungsgefühls für das ganze Gemeinwesen sowie die erzieherische Vorbereitung der Nachkommen auf die Übernahme öffentlicher Ämter auch innerhalb der exklusiven Gruppen zum Tragen kommt, so ist das nicht unrichtig. Doch der Anspruch, sich in besonders hervorragendem Maße dem Gemeinwohl verpflichtet zu fühlen, und daraus eine Vorrangstellung abzuleiten, kann nicht als demokratisch gelten. Vom demokratischen Standpunkt aus müssen auch erhebliche Bedenken gegen die Vorstellung von der Vererbung der Leistungsfähigkeit erhoben werden, weil hier die Herrschaft im Grunde monarchisch bzw. aristokratisch legitimiert wird. Das dynamische Leistungsprinzip erföhre so eine betont konservative, ihm wesensfremde Wendung. Auch der häufig gehörte Hinweis, daß die alten Familien von einem besonders starken, auf das ganze bezogenen Verantwortungsgefühl getragen

sind, und die überlieferte alte Ordnung gegen mobilere Bevölkerungsgruppen gewissermaßen verteidigen, betont nur den aristokratischen Grundzug der Familienherrschaft, der sich notwendig aus der ausgeprägten hierarchischen Schichtung der ländlichen Bevölkerung ergibt.

Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, dem illusionären radikalen Gleichheitsprinzip das Wort zu reden. Dann müßte konsequent die Wirksamkeit von Eliten schlechthin als undemokratisch abgelehnt werden. Doch die demokratische Legitimation der Eliten hängt, wie eingang erwähnt wurde, in erster Linie von ihrer Offenheit ab, d.h. von der Möglichkeit eines Zustroms breiter Bevölkerungsschichten zu diesen Eliten.⁵¹ Dieser Zugang ist aber bei der Familienherrschaft nicht gegeben. Damit werden die der Familienherrschaft immanenten nichtdemokratischen Wesenszüge deutlich, wobei eine genaue Trennungslinie zwischen aristokratischer und oligarchischer Akzentuierung nicht gezogen werden kann. Zweifellos gibt es heute noch eine mittel- und großbäuerliche Aristokratie, die sich zur Herrschaft besonders befähigt und verpflichtet fühlt und deren Herrschaft nicht auf den Widerspruch der übrigen Bevölkerungsschichten stößt. Andererseits kann nicht übersehen werden, daß die alten Familien kraft ihrer Autorität alles zur Erhaltung der traditionellen Sozial- und Wirtschaftsstruktur tun, aus der ja selbst ihre hegemoniale Stellung erwächst. Eng verbunden mit der Sorge um die Erhaltung der überlieferten Lebensform ist damit, wenn auch oft unbewußt, das Bemühen um die Zementierung der eingenen politischen Vormachtstellung.

Dieses letzte Bestreben wird häufig mit der Sorge um die Erhaltung der kommunalen Selbstverwaltung deklariert. Das äußert sich manchmal ganz konkret im Mißtrauen der etablierten Gruppen gegen die modernen Parteien, gegen die Politisierung der Dörfer, in Abwehrmaßnahmen gegen "Überfremdung" mit der gleichzeitigen Hinnahme einer ungünstigen Altersstruktur der Bevölkerung, ja sogar Bevölkerungsschwundes.⁵² Unter dem gleichen Gesichtspunkte rangieren die Vorbehalte gegen jede Form von

Zentralisierung, sei es schon im Verhältnis des Amtes zu seinen Gemeinden und die Abwehr gegen moderne raumplanerische Maßnahmen im Sinne des Bundesbaugesetzes. ⁵³

Hierunter fällt auch die betonte Zurückhaltung gegenüber dem Zustrom städtischer Bevölkerung und gegen die Ansiedlung von Gewerbebetrieben.

Problematisch ist hier vor allem das Verhältnis der großen Grundbesitzer zu den großen Gewerbesteuerzahlern. Steigerung des Steueraufkommens wird oft geringer bewertet als die Erhaltung der alten Lebensordnung.

Tatsächlich hat in einigen Fällen die Intensivierung der Ansiedlung von großen Wirtschaftsbetrieben zu einer Ablösung der bäuerlichen Vorgerrschaft und damit der Familienherrschaft geführt, wie z.B. in Wahlstedt oder Ellerau. Das Herrschaftsgefüge Elleraus wurde durch die Ansiedlung eines großen Betriebes völlig umstruktuiert. Dem Bäuerlichen Bürgermeister folgte z.B. 1962 ein Angestellter des besagten Betriebes. Die eliminierten bäuerlichen Führungsschichten bemühten sich daraufhin - allerdings erfolglos - um eine Restauration ihrer Herrschaft. Wahlstedts Bauern hatten seit Jahrhunderten bis 1945 sämtliche Bürgermeister gestellt, seitdem er keinen mehr. ⁵⁴

In anderen Fällen wie in Boostedt, konnten sich die alten Familien trotz deutlicher Verstädterungstendenzen und starkem Bevölkerungszuwachs mit Mühe behaupten, wobei die Renaissance nach 1951 an den Rückgang des BHE gekoppelt war. ⁵⁵

Ganz allgemein jedoch können Verstädterung und Industrialisierung mit der damit verbundenen Mobilisierung und Verschiebung der Bevölkerung als die eigentlichen Gegenpole der Familienherrschaft gelten. Deren Fortbestand hängt auf lange Sicht vom Verhältnis des aristokratischen zum oligarchischen Element ab. Je stärker die Familienherrschaft aristokratisch geprägt ist, desto stärker ist tendenziell ihre Existenzfähigkeit. Je mehr sich die Herrschaft der alten Familien vom Konsens der Bevölkerung fortbewegt und sich ihrer Legitimität entkleidet, desto mehr ist sie gefährdet.

4. Das Verhältnis der konservativen zu den dynamischen Auswahlprinzipien

a. Der zirkulationshemmende Charakter der konservativen Auswahlprinzipien

Einen wesentlichen Faktor für die Zirkulation der Eliten bildet das Verhältnis der konservativen zu den dynamischen Selektionsprinzipien.¹

Je stärker die Eliten nach den Grundsätzen der Herkunft und des Besitzes ausgewählt werden, desto größer wird ihr Beharrungsvermögen sein. Dagegen nimmt die Zirkulation tendenziell zu, wenn das Leistungsvermögen als dynamisches Auswahlprinzip als primäre Voraussetzung für den Aufstieg in die Eliten gilt. Karl Mannheim sieht in einer Kombination der dynamischen mit den konservativen Faktoren die ideale Grundlage jeder Elitenbildung und beklagt die Auflösung der alten Elitestrukturen durch den Bedeutungsverlust der konservativen Prinzipien angesichts der Massenerscheinungen unserer Zeit.²

Es hat in der Geschichte nicht an Versuchen gefehlt, die konkurrierenden Selektionsprinzipien in das Wahlrecht einzufügen, wie das Beispiel des sächsischen Pluralwahlrechts von 1907 beweist, das neben einer Grundstimme bis zu drei weitere Stimmen für die verschiedenen Auswahlprinzipien gewährte.³

Der konservative Charakter des Besitzprinzips kann nicht ohne Einschränkung behauptet werden, da Besitz auch als Folge einer schnellen Bereicherung, z.B. bei Revolutionen, begründet werden kann. Die grundsätzliche Neigung der Besitzenden jedoch, den Besitz zu erhalten und zu vererben, rechtfertigt seine Einordnung in die konservativen Prinzipien. Allerdings darf der Besitz dann keinen Änderungen unterworfen sein, sondern muß sich vielmehr durch Dauerhaftigkeit auszeichnen.

Die aristokratischen Akzente dieser Betrachtungsweise sind nicht zu verkennen. Eine Bedeutungsminderung des Leistungsprinzips läßt oligarchische Tendenzen entstehen, während umgekehrt der Rückgang der konservativen Prinzipien den Erfordernissen des

theoretischen Demokratiebegriffs entspräche.

Da wir in diesem Kapitel nach den Ursachen für den Zirkulationsmangel in den Eliten suchen, kommt es uns darauf an festzustellen, in welchem Maße Herkunft aus einer alten Familie und Besitz einerseits bzw. das Leistungsvermögen andererseits bei der Auswahl der Eliten zum Tragen kommen. Eine exakte, mit empirischem Material voll belegte Antwort kann darauf kaum erteilt werden, da bestenfalls der Besitz, kaum aber die Herkunft und noch weniger die Leistung konkret meßbar sind. Bei Selektionsvorgängen wird im allgemeinen nur die Leistung, d.h. Erfahrung und Wissen u.a. erwähnt. Folgt man dieser allgemeinen, den Erfordernissen des gleichen Wahlrechts angemessenen Diktion, so werden nur die Besten, die Geeignetsten, die Fähigsten ausgewählt. Das wäre aber gleichbedeutend mit einer erheblichen Elitenzirkulation, da das Leistungsvermögen als eine veränderliche Größe angesehen werden muß. Die festgestellten Beharrungstendenzen sind unvereinbar mit einem Überwiegen des Leistungsprinzips. Wir haben oben die faktische Erblichkeit der Ämter in einigen Fällen erwähnt. Zwar werden die konservativen Selektionsprinzipien praktisch nie bei der Begründung eines Auswahlvorganges zur Debatte gestellt. In keinem Falle wird ein Bewerber mit der Begründung ausgewählt, daß er sich z.B. durch die Größe seines Landbesitzes und das Alter seiner Familie hervortue. Wenn gleich die konservativen Prinzipien in ihren Erscheinungsformen wenig offenkundig werden, kann ihre tatsächliche Bedeutung kaum bestritten werden. In Gemeinden mit relativ gut erhaltener, überkommener Sozialstruktur beruht diese Auswahl der Eliten in erster Linie auf dem Vertrauen, das durch die lange Erfahrung im Umgang mit den Bewerbern gewachsen ist. ⁴

Als bekannt und vertrauenswürdig gelten vor allem die Mitglieder der alten und wohlhabenden Familien. Sie sind an ihren Besitz und an die Tradition ihrer Familie gebunden und stehen jeder Mobilität fern. Aus ihrer sozialen Stellung wird oft eine Fürsorgepflicht für die dörfliche Gemeinschaft abgeleitet.

Das Vertrauen, das man ihnen entgegenbringt, geht nicht zuletzt auf überlieferte Anschauung zurück, daß sie für ihre öffentliche

Tätigkeit einstehen und notfalls auch haften müssen. Die Gewißheit, daß sie den örtlichen Bereich nicht verlassen, entspricht der im bäuerlichen Element tief verwurzelten Abneigung gegen Veränderungen. Seit 1951 ist nur ein Fall bekannt, daß ein Bürgermeister wegen Verlegung seines Wohnsitzes zurücktrat. Im Kreistag als der stärker politisierten Institution liegt die Vergleichszahl bei sechs. Bezeichnenderweise waren diese Abgeordneten über die Liste eingerückt.

Die alten und wohlhabenden Familien stehen in den Bauerndörfern an der Spitze einer mehr oder weniger deutlich ausgeprägten sozialen Rangfolge. Ein Vorrecht dieser Familien auf die besetzung der politischen Ämter wird meist widerspruchslos anerkannt. Fehlt diesen Familien ein entsprechend interessierter Vertreter, so geht das Recht auf die nächsten Familien in der Rangfolge über. Das bedeutet natürlich nicht, daß dabei nach Prioritätstabellen verfahren wird. Auch haben die Familien, die vor dem jeweiligen Bürgermeister rangieren, nicht ausdrücklich auf ihr Recht zur Wahrnehmung dieses Amtes verzichtet. Diese Gesetzmäßigkeiten liegen vielmehr im Atmosphärischen und beruhen auf der Gewöhnung an traditionsbedingte Übungen.

b. Das Besitzprinzip

Unter Besitz im obigen Sinne ist hier konkret faßbarer Besitz zu verstehen, wie er sich z.B. im Grund und Boden, im Viehbestand und in den Gebäuden sichtbar macht.⁵

Auszuklammern ist daher wegen seiner Anonymität normalerweise der Besitz von Wertpapieren, Patenten etc. Daher wird im folgenden der Grundbesitz zugrunde gelegt. Aus einer Gegenüberstellung der Besitzverhältnisse der gesamten Landwirtschaft des Kreises und der bäuerlichen Eliten sollen Aufschlüsse über die Bedeutung des Besitzes als Selektionsprinzip gewonnen werden:⁶

Gesamtflächen der landwirtsch. Betriebe insgesamt	Landwirtsch. Betriebe über 10 ha insges.	Bäuerl. Bürgermeister	Bäuerl. Amtsvorst.	Bäuerl. Kreistagsabg.
10 - 20 ha	935 = 32,1 %	12=16,2 %	-	-
20 - 30 ha	793 = 27,2 %	16=21,6 %	3=27,3 %	2=13,3 %
30 - 50 ha	710 = 24,4 %	28=37,8 %	4=36,3 %	6=40,0 %
50 - 100 ha	392 = 13,5 %	16=21,6 %	3=27,3 %	5=33,3 %
über 100 ha	82 = 2,8 %	2= 2,7 %	1= 9,1 %	2=13,3 %
total	= 2912 = 100 %	74= 100 %	11= 100 %	15= 100 %

Die Aufstellung macht deutlich, daß sich die bäuerlichen Eliten überwiegend aus den Grundbesitzern der Größenordnung zwischen 30 und 100 ha rekrutieren. An den Betriebsgrößen unter 30 ha sind sie schwächer beteiligt als der Durchschnitt aller landwirtschaftlichen Betriebe. Die relativen Angaben über 100 ha können nur mit Vorbehalt gewertet werden, da sie auf sehr geringen absoluten Zahlen basieren. Von den fünf Beispielen dieser Kategorie gehören drei noch zur großbäuerlichen Gruppe, während die Zugehörigkeit der beiden Gutsbesitzer (Kreispräsident Hastedt und Amtsvorsteher Graf Ranžau) zu den Eliten eher zufällig entstanden ist. Auf keinen Fall kann von einem bewußten politischen Auftreten der Großgrundbesitzer gesprochen werden, die z.B. 1890 noch ein Drittel der Mitglieder des Kreistages und des Kreisausschusses stellten.

Die Besitzer der großen Betriebe über 100 ha stehen meist dem dörflichen Gemeinschaftsleben fern, ihre Höfe liegen außerhalb des engeren dörflichen Wohngebietes.⁷

Daher kann der Grundbesitz nicht uneingeschränkt als Selektiv gelten.⁸

Die Voraussetzungen zur Übernahme führender Ämter hängen nur bis zu einem gewissen Grade von der Größe des Besitzes ab. Als bäuerliche Führungsschicht kommen vor allem die ehemaligen Hufner in Betracht, die traditionell an der Spitze einer hierarchisch gegliederten dörflichen Gesellschaft stehen. Ihre Höfe, liegen meist in der Größenordnung zwischen 40 und 80 ha.

Die politische Aussagekraft einer derart globalen Betrachtung bleibt aber nur gering, wenn sie nicht durch detaillierte Einzeluntersuchungen ergänzt wird. Sind doch die durchschnittlichen Betriebsgrößen in den einzelnen Gebieten recht unterschiedlich. Die Auswahl von Eliten kann daher nicht nur auf die Größenordnung der Betriebe im Rahmen des Kreises bezogen werden, sondern muß auch an der Stellung innerhalb der dörflichen Gemeinschaft gemessen werden. Daher werden wir im folgenden auf die Stellung der Eliten im Verhältnis zu den größten Hofbesitzern ihrer Heimatdörfer eingehen. Von 76 bäuerlichen Bgm. sind acht Besitzer des größten Hofes ihrer Gemeinde.

Breiholz	Armstedt
Bewarder	Damsdorf
Griep	Fuhlendorf
Thies	Hüttblek
Runge	Mönkloh
Hüttmann	Nahe
Schlätel	Neuengörs
Pohlmann	Stuvenborn ⁹

Weitere 14 Bgm. standen als Grundbesitzer an zweiter, dritter oder vierter Stelle der örtlichen Höfestatistik:

Steenbock	Bark
Rathge	Boostedt
Lütje	Daldorf
Freeseemann	Dreggers
König	Geschendorf
Schweim	Hartenholm
Gülck	Götzberg
Ruge	Hamdorf
Ahrens	Kisdorf
Höppner	Krems II
Schuldt	Mielsdorf
Klees-Bruhn	Schieren
Krüger	Sülfeld
Reincke	Traventhal

Die Unterschiede der Besitzgrößen betragen in diesen Dörfern manchmal nur wenige ha und sind der Bevölkerung, bisweilen sogar den Beteiligten, nicht genau bekannt. Daher gewinnt die exakte Position der Amtsträger in der Höfestatistik weniger Gewicht als die generelle Einordnung in die Gruppe der führenden Grundbesitzer. Dazu rechnen außer den oben genannten noch die Bürgermeister:

Stehn	Altengörs
Kröger	Gadeland
Stölting	Großenaspe
Kaack	Gr. Kummerfeld
Freudenthal	Hitzhusen
Ramm	Högersdorf
Pahl	Kl. Gladebrügge
Saggau	Schmalensee
Küpker	Todesfelde
Wittern	Weede
Sielk	Winsen

In einigen weiteren Fällen verbinden die Bgm. verwandtschaftliche Beziehungen zu den wirtschaftlich führenden Familien - so in Latendorf - so daß etwa die Hälfte aller bäuerlichen zu den größten Hofbesitzern ihrer Gemeinde zählt. Eine ähnliche Relation stellen wir auch bei den Amtsvorstehern fest (5 von 11).¹⁰

Von 16 selbstständigen bäuerlichen Abgeordneten des Kreistages liegen bei elf die gleichen Voraussetzungen vor.

Nun ist damit aber nur die Hälfte der bäuerlichen Eliten erfaßt. Die ganze Bedeutung des Besitzprinzips kommt erst zutage, wenn man eine andere Erscheinung in die Betrachtung einbezieht. Es kommt vor, daß hinter den kleinbäuerlichen Bürgermeister ein Mittel- oder Großbauer als dessen Stellvertreter tritt. Angesichts der Bedeutung der Besitzgrößen für die soziale Bewertung der Bauern untereinander und in der gesamten Dorfbevölkerung kann sich daraus ein Abhängigkeitsverhältnis ergeben, in dem Sinne, daß die Position des wirtschaftlich Schwächeren vom

Wohlwollen des wirtschaftlich und sozial Stärkeren gestützt wird. Andere Bürgermeister genießen dagegen unbestrittene Autorität kraft ihrer Persönlichkeit und verstehen die Identität von Macht und Funktion zu wahren. Wiederum andere stützen sich auf die Stärke ihrer Fraktion, wie die SPD-Bürgermeister von Schackendorf oder Stocksee, deren 1. Stellv. große Bauern sind.

Derartige Beispiele finden wir in

Gemeinde	Bgm.	Gesamt- fläche ha	1. od. 2. stellv. Bgm.	Gesamt- fläche ha	Position d. Besitzes in örtl. Höfestaß
Borstel	Banck	34	Rathjen	110	2
Bornhöved	Ulrichs	10	Hamer	68	2
Bebensee	Möller	22	Rottgardt	89	2
Hasenkrug	Ehrenstein	15	Isenberg	124	1
Hasenmoor	Möller	30	Schümann	84	2
Heidmoor	Menken	24	Timmermann	50	1
Heidmühlen	Wittorf	14	Pohlmann	111	1
Kükeks	Teegen	21	Cornehls	120	1
Latendorf	Lindemann	23	Lindemann	63	6
Mielsdorf	Schuldt	30	David-Stadt	81	1
Nehms	Osterholz	14	Stoltenberg	52	1
Strukdorf	Giese	29	Henck	89	2
Sören	Rohwer	31	Blunck	24	1
Wakendorf I	Möller	14	Boine	60	3
Weddelbrook	Henschen	30	Redeker	98	2
Wiemersdorf	Mackenstedt	34	Steffens	62	3
Tensfeld	Kiekbusch	24	Stamer	74	1

In einigen weiteren Gemeinden tritt ein nichtbäuerlicher Bgm. an die Stelle des bäuerlichen, während einer der beiden Stellvertreterposten von einem Großbauern besetzt wird.

Gemeinde	Bgm.	Gesamt- fläche ha	1.od.2. stellv. Bgm.	Gesamt- fläche ha	Position d.Besitzes in örtl.Hö- festatistik
Hagen	Behrens (Kaufmann)	-	Wiekhorst	88	1
Travenhorst	Kruse (Rendant)	-	Isenberg	179	2
Schackendorf	Müller (Lehrer i.R.)	-	Hauschildt	82	1
Schmalfeld	Schmidt (Stellmacher- meister)	-	Götttsch	119	1
Stocksee	Kalcher (Handwerker)	-	Ohrtmann	68	4

enge Zusammenhang von Grundbesitz und führender politischer Stellung erlaubt den Schluß, daß sich die bäuerlichen Eliten ganz überwiegend aus den Kreisen der ehemaligen Vollnufnerfamilien rekrutieren, die in den Dörfern das größte Ansehen genießen. Weniger wichtig als die aktuelle wirtschaftliche Situation der jeweiligen Betriebe ist die Zugehörigkeit zum Kreis der größten Hofbesitzer. Die gleiche Beobachtung haben wir im Abschnitt über die Familienherrschaft gemacht. Nahezu alle Familien, die z.B. im Amt Kisdorf Höfe über 50 ha besitzen, stellten bisher Bürgermeister oder Amtsvorsteher.¹¹

Außer dem Familienverband der Ahrens, über die schon berichtet wurde, brachten die in der Höfestatistik auf Seite 84 aufgeführten Familien 2, 5, 8, 15, 19, 27 und 28 Bürgermeister, stellv. Bgm. oder Amtsvorsteher hervor, die Familien 1 und 30 Gemeindevertreter. Noch deutlicher macht sich das politische Schwergewicht der wirtschaftlich starken Familien im Amt Traventhal bemerkbar:

Höfestatistik - Betriebe über 50 ha¹²

Lfd. Nr.	N a m e	Größe ha	Gemeinde	Pol. Amt
1.	Fulvermann	100	Bahrenhof	Kreistagsabgeord.
2.	Svenson	98	Traventhal	-
3.	Gadow	97	Wakendorf I	-
4.	Blunck	84	Sören	1. stellv. Bgm.
5.	Schmidt	81	Bahrenhof	Kreistagsabg. a.D. Bgm. a.D. +
6.	Reincke	77	Traventhal	Bgm.
7.	W. Schlätel	75	Neuengörs	Bgm. u. Amtsvorst.
8.	Grell	75	Traventhal	1. stellv. Bgm.
9.	David-Studt	73	Mielsdorf	2. stellv. Bgm.
10.	K. Schlätel	71	Neuengörs	-
11.	Hamdorf	69	Wakendorf I	Bgm. a.D.
12.	Frau Bruhn	66	Weede	-
13.	Fock	64	Altengörs	Bgm. a.D., Amtsvorst. a.D. +
14.	David	63	Mielsdorf	-
15.	F. Rolf	63	Traventhal	Bgm. a.D.
16.	Hamann	61	Sören	2. stellv. Bgm.
17.	David	61	Dreggers	Bgm. a.D.
18.	Thun	61	Dreggers	-
19.	Rohlf	61	Weede	-
20.	Boine	60	Wakendorf I	1. stellv. Bgm.
21.	Ranke	58	Bühnsdorf	-
22.	David	57	Weede	2. stellv. Bgm.
23.	Härmand	55	Dreggers	Bgm. a.D.
24.	Hamann	53	Bahrenhof	2. stellv. Bgm.
25.	Blunck	52	Altengörs	Bgm. a.D.
26.	Rottgardt	51	Altengörs	Bgm. a.D. +
27.	Rohlf	51	Traventhal	-
28.	Rieken	50	Bühnsdorf	Bgm. a.D. +

Aus 26 Familien (Schlätel und Rohlf, Traventhal, zusammenge-
nommen) gingen also 19 Bgm. bzw. stellv. Bgm., davon zwei
Amtsvorsteher hervor, außerdem ein Kreistagsabgeordneter.
Wird die Tatsache in Rechnung gestellt, daß die Ämter nicht
selten innerhalb einer Familie vererbt werden, so erhöht sich
diese Zahl. Die Besitzgröße einiger weiterer Bürgermeisterfa-
milien liegt nur wenig unterhalb der 50 ha-Grenze, so bei Stehn
(Altengörs), Wittern (Weede), Schwarzt (Stubben) und Freesemann
(Dreggers). Im Durchschnitt der Jahre seit 1928 lag der groß-
bäuerliche Anteil der 13 Führungspositionen des Amtes Traven-
thal weit über der Hälfte. Das gilt nur nicht für die Zeit 1945
bis 1951, eine Besonderheit, über die noch ausführlich berich-
tet wird.¹³

In den 19 obigen Familien können noch Rohlf (Weede) und David
(Bühnsdorf) gerechnet werden, die beide Gemeindevertreter sind.
Die übrigen fünf Familien haben keinen Anteil an den Ämtern.
Sie weisen alle die Gemeinämkeit auf, daß sie nicht zu den alten
Familien des Amtes Traventhal gehören. Im landwirtschaftlichen
Adreßbuch von 1950 wurden sie noch nicht als Hofbesitzer ge-
führt.¹⁴

Das gleiche trifft zwar auch für Reinke (Traventhal) zu, der
sich aber durch Einheirat in die angesehene Familie Lütje in
die Gruppe der alten Familien einreichte.¹⁵

Von den fünf begründeten Ausnahmen abgesehen, wurden also von
tlichen führenden Grundbesitzerfamilien einer oder mehrere
vertreter in die politischen Eliten delegiert. Die Verbindung
von großem Besitz und Elitenzugehörigkeit, wie wir sie bereits
im Amte Kisdorf, bei den Einzelbeispielen für die Familien-
herrschaft, sowie bei der globalen Betrachtung der Besitzstruk-
tur des Kreises festgestellt haben, erlaubt den Schluß, daß bei
der Auswahl der Eliten ~~den~~ Grundbesitz eine wichtige Rolle
spielt. Das Ansehen, das der Besitz eines großen Hofes verschafft,
vermittelt bei der Neubesetzung der Ämter eine begünstigte Aus-
gangsposition.

c. Das Herkunftsprinzip

Wir haben an den Einzelbeispielen gesehen, daß Besitz nur dann eine Auslesefunktion einnimmt, wenn er von einer gewissen Dauer ist. So schafft der Erwerb eines großen Hofes noch kein Privileg für die Übernahme führender Ämter. Die "Legitimität" zur Herrschaft kann in der Regel erst über verwandtschaftliche Beziehungen zu alteingesessenen, wirtschaftliche und gesellschaftlich führenden Familien gewonnen werden.

Damit kommt dem Alter einer Familie bei der Elitenselektion ein besonderer Rang zu.¹⁶

Aus begreiflichen Gründen kann das Alter der Familien, d.h. die Dauer der Ansässigkeit im Dorfe zahlenmäßig nicht so vollständig erfaßt werden wie der Grundbesitz. Einige ausgewählte Beispiele mögen aber die Wechselwirkungen der beiden konservativen Auswahlprinzipien deutlich werden lassen. Besitz allein kann ebensowenig Voraussetzung für den Aufstieg in die Eliten sein, wie bloße Herkunft aus einer alten Familie. Entscheidend ist eine lange Zugehörigkeit zu den wirtschaftlich und sozial führenden.

Im Amt Traventhal wurde die Familie Schlätel schon 1635 als Hüfner in Bühnsdorf erwähnt.¹⁷ 1849 und 1865 erwarb sie die Vollhufen 7 und 8 in Neuengörs durch Kauf.¹⁸

Die Hamdorfs wohnen seit mindestens 1602 als Besitzer der Vollhufe 6 in Wakendorf I,¹⁹ die Boines kauften sich 1874 dort an.²⁰ In Weede treten die Lütjes (Bgm. 1955 bis 1959) seit 1777 auf (Vollhufen 4 und 11),²¹ die Wittern seit 1602 (Vollhufe 4 im Ortsteil Steinbek).²²

Die Davids sind seit 1832 dort ansässig (Vollhufe 2).²³

Die Familie des Bgm. Rohlf wurde schon 1837 als Besitzer der Vollhufe 1 in Gr. Gladebrügge,²⁴ einem Ortsteil von Traventhal, geführt, die seines Nachfolgers Reinke (Lütje) kam schon 1758 auf die Vollhufe 2.²⁵

Zu den ältesten Familien des Amtes zählen die Schwardts (Bgm. a.D., Stubben), die seit 1556 in Stubben ansässig sind,²⁶ außerdem die Schörs (Bgm. a.D., Sören), von denen bereits 1602 berichtet wurde.²⁷ Die Bluncks (Altengörs) erwarben um die Mitte des 19. Jahr-

hunderts die Vollhufen 4 und 8.²⁸

Um die gleiche Zeit kamen die Schmidts nach Bahrenhof.²⁹

Aus Sören stammen die Stehns (Vater Bgm. Bühnsdorf 1924 bis 1946, 1948 bis 1949, Sohn Bgm. Altengörs ab 1951), wo sie 1602 die Vollhufe 2 bewirtschafteten.³⁰

Noch älter sind die Riekens und die Ralfs (Bgm. Bühnsdorf), die bereits 1545 in Bühnsdorf Hufen besessen haben.³¹

Als älteste Familie in Neusengörs gelten die Lühjes (Bgm. vor 1945), die 1526 erstmals nachgewiesen wurden.³²

Die alten Familien des Amtes Traventhal majorisierten die führenden politischen Ämter, so die Ralfs, Rohlfs, Lühjes, Steens, Riekens, Schwaräts, Schörs, Witterns, Davids, Hamanns, Reimers. Dagegen fallen die erst in diesem Jahrhundert im Amte ansässig gewordenen Bürgermeisterfamilien Freesemann und Pahl kaum ins Gewicht.

Weniger eindrucksvoll als in diesem historischen Amtsbezirk, der bereits 1681 begründet wurde, aber trotzdem noch aussagekräftig, sind die Beispiele aus anderen Teilen des Kreises. Die Familie Kaak wohnt seit mehr als 300 Jahren in Gr. Kummerfeld,³⁴ die Rathges seit 1812 in Boostedt,³⁵ die Stöltings seit 1728 in Großenaspe,³⁶ die Thies' seit mindestens 1500 in Hüttblek³⁷ und die Pohlmanns seit vier Generationen in Stukenborn.³⁸ Alteingesessen sind ebenfalls die Familien Schröder (Leutförden), Runge (Fuhlendorf), Steenbock (Bark), Behrens und Böttcher (Schwissel), Krüger (Sülfeld), Lindemann (Latendorf); ferner die Familien Kröger, Biehl in Kisdorf und Wrage in Itzstedt. Die Wiekhorst leben als die älteste Familie seit dem 16. Jahrhundert in Hagen.

Nur in wenigen Fällen konnten Neubürger Bgm. oder Amtsvorsteher werden, wie bereits dargelegt worden ist.³⁹

Besitz und Herkunft werden bei der Elitenselektion gemeinsam wirksam. Besitz kann auch als eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für den Aufstieg bezeichnet werden. Die Herkunft erscheint als das dominierende Prinzip, was sich in einer konservativen Landschaft schon aus dem nur bedingt statischen Charakter des Besitzes ergibt. Die Vorrangstellung der

konservativen Auswahlprinzipien wirkt sich mehr oder weniger stark auf die Auswahl von ehrenamtlichen Bgm., Amtsvorstehern etwa der Hälfte der CDU-Kreistagsfraktion und den größten Teil der FDP-Kreistagsfraktion aus. Es handelt sich also um die Bereiche, in denen die Zirkulation sich nur sehr schleppend entwickelt. Wenngleich die konservativen Prinzipien im einzelnen unterschiedlich stark hervortreten, so kann doch ihre generell hemmende Wirkung auf den Kreislauf der Eliten nicht bestritten werden.

d. Das Leistungsprinzip

Es überrascht nach dem Gesagten nicht, daß das reine Leistungsprinzip in der politischen Praxis nur wenig zum Tragen kommt. Zwar schließt eine völlige Unfähigkeit zur Ausübung politischer Ämter die Berufung auf Besitz und Herkunft ebenso aus wie die faktische Erblichkeit der Ämter. Jedoch erfolgt die Auswahl nach dem Gesichtspunkt der größten Befähigung nur in wenigen Bereichen. Das läßt noch keine Rückschlüsse auf eine etwaige mangelnde Leistungsqualifikation der Eliten zu. Häufig zeichnen sich auch die durch den Vorrang der konservativen Prinzipien Privilegierten durch herausgehobene Qualifikation aus. Der Aufstieg jedoch erfolgt in der Regel nicht über ein Stadium der Bewährung. Als Auswahlprinzip spielt die Leistung nur eine untergeordnete Rolle. Man darf sich aber nicht dazu verleiten lassen, die Demokratisierung des Auswahlvorgangs von einer bloßen Nichtberücksichtigung der konservativen Prinzipien abhängig zu machen. Das von Robert Michels konzipierte eiserne Gesetz der Oligarchie,⁴⁰ dem Beobachtungen von Verhärtschungserscheinungen in den Apparaten der Parteien und Verbände auf Staatsebene vorausgegangen waren, legt einen Optimismus hinsichtlich der Einführung des Leistungsprinzips nicht nahe. Im Untersuchungsgebiet, in dem die Organisationsgrade der politischen Vereinigungen noch gering sind, in dem Apparate bestenfalls in Ansätzen vorhanden sind, wo die führenden Gruppen durch vielfältige Kontakte miteinander verbunden

sind, kann kaum eine derartige Oligarchie in der Anonymität gedeihen. Auf einer solchen Grundlage erweitert ein Vordringen des Leistungsprinzips zugleich den Zugang zu den Eliten und fördert die Ablösung eines auf alteingesessene, gesellschaftlich und wirtschaftlich führende Gruppen beschränkten Rekrutierungssystems. Dieses Leistungsprinzip kommt bei der Aufstellung der Kreistagsliste der SPD, bei der Nominierung von Direktkandidaten in einigen großen Ortsverbänden der CDU und vor allem bei der Wahl der hauptamtlichen Verwaltungsleiter zu größerer Bedeutung. In der SPD-Fraktion äußert sich das in einer erheblichen Zirkulation, die durch politischen Machtkampf stimuliert wird. Parteiausschluß, Parteiaustritt, Niederlage im Ortsverein, Abstimmungsniederlage in der Kreisdelegiertenversammlung und Rückstufung auf der Kreisliste kommen als Abgangsgründe vor. 1966 wurden acht Neulinge über die SPD-Liste in den Kreistag gewählt. Anders als der Kreisvorstand der CDU braucht die SPD-Führung keine Rücksicht auf die Herrschaftsverhältnisse der Dörfer zu nehmen. Der SPD-Vorstand gewinnt starken Einfluß auf die Gestaltung der Liste im Sinne einer ausgewogenen Besetzung mit Experten. Auch dem Kreisvorstand angehörende Kandidanten genießen kein Vorrecht auf günstige Listenplätze. Ausgenommen ist nur der 1. Vorsitzende. Der Abgeordnete Reimer rangierte z.B. 1959 auf Platz 8, 1962 auf Platz 7 und kehrte 1966 nur mühsam über Platz 12 in den Kreistag zurück. Der Abgeordnete Kaun stand 1959 auf Platz 12, 1962 auf Platz 13 und rückte 1966 auf Platz 6 vor. Der Kreisvorsitzende Frank wurde 1962 erstmalig auf der Liste nominiert und kam schon 1966 auf Platz 1. Deutlich wird dabei, daß bei der SPD die Autorität eines bereits innegehabten Mandats ebenso ohne Belang ist wie die Berufung auf kommunalpolitische Erfahrungen.

Gerade in diesem Punkt unterscheidet sich die SPD von den beiden anderen Parteien, in denen politische Erbhöfe durchaus akzeptiert werden. Der Unterschied zwischen SPD und CDU könnte wieder auf die unterschiedliche Funktion von Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht zurückgeführt werden, da dieses die Unabhängigkeit dörflicher Honoratioren, jenes den Einfluß der Parteiorganisation

begünstigt.⁴¹

Diese Differenzierung kann jedoch nur so lange aufrechterhalten werden, wie die FDP nicht in die Betrachtungen mit einbezogen wird. SPD und FDP stützen sich auf die Liste, in der Elitenbildung kommen sich CDU und FDP nahe.

Der Einfluß des SPD-Kreisvorstandes auf die Zirkulation erstreckt sich jedoch nicht auf die SPD-Bürgermeister, die von dem allgemeinen Beharrungsvermögen auf der Gemeindeebene profitieren. Ein Wechsel in diesen Ämtern durch parteiinterne Reviements wie in der Kreistagsfraktion wäre unmöglich, da die Position der Bgm. von der Gewöhnung der Bevölkerung an einen schon lange dauernden Zustand getragen wird.

Für einen Teil der CDU-Fraktion im Kreistag gilt Ähnliches wie für die SPD. Die Nominierung der Direktkandidaten in den großen Gemeinden bringt zwar auch angesehene Honorationen hervor, ohne daß jedoch dabei die konservativen Prinzipien betont würden. Das aktive politische Treiben in den großen Ortsverbänden der CDU begünstigt die Auswahl von Kandidaten auf Grund ihrer Befähigung und ihrer Stellung in der Partei. Doch ist die Amtssicherheit dieser Eliten größer als bei der SPD. Doch die Neigung der Ortsverbände, "altgediente" Kommunalpolitiker um ihrer Verdienste willen in ihren Positionen zu belassen, entspricht der schon erwähnten Autorität eines bereits innegehabten Mandats und der Abneigung gegen Veränderungen. Allgemein gilt für die CDU-Fraktion, daß ein Wechsel erst dann erfolgt, wenn zwingende natürliche, berufliche oder sonstige nichtpolitische Gründe vorliegen. Erst bei einer so notwendig gewordenen Neubesetzung findet das Leistungsprinzip u-U. Anwendung. Erfahrung in einem Amte wird mehr als bei der SPD in Zusammenhang mit der Fähigkeit zur Leistung gebracht. Das gilt auch für die hauptamtlichen Verwaltungsleiter.

Die Auswahlgremien neigen mehr und mehr dazu, den konservativen, politisch ungebundenen Fachmann, der bestimmte formale Voraussetzungen erfüllt, dem dynamischen Managertypus vorzuziehen. In den Diskussionen der Vertretungen bei den notwendig gewordenen Neuwahlen des Landrates und der Bgm. von Kaltenkirchen, Ulzburg

und Bad Bramstedt wurde deutlich auf die Erfahrung der Bewerber hingewiesen.⁴² Erfahrung als Prinzip gehört nun unzweifelhaft zu den dynamischen Auswahlprinzipien, bildet aber innerhalb dieser Kategorie das konservative Element.

Für die Eliten gilt bei der Auswahl also primär das Prinzip der Wiederwahl, von den erwähnten Ausnahmen abgesehen.

Erst wenn eine Neuwahl unumgänglich ist, kommen Besitz und Herkunft und u.U. auch Erfahrung als statisches Element des Leistungsprinzips zur Anwendung.

5. Das Ergebnis des Umschichtungsprozesses nach 1945

a. Eliten und Gegeneliten

Die in den bisherigen Kapiteln herausgestellten Beispiele der Amtszeiten verschiedener Mitglieder der Eliten, durch die die Stabilität der Eliten zum Ausdruck kam weisen eine gemeinsame Besonderheit auf: Die Unterbrechung der personellen Kontinuität in den Jahren zwischen 1945 und 1951, besonders im Zeitraum 1946 bis 1948.¹

Obwohl genaue und vollständige Angaben über die Zusammensetzung der Eliten bis 1945 wegen der schwierigen Quellenlage nicht gemacht werden können, ist doch aus vielen Einzelangaben ersichtlich, daß wahrscheinlich sämtliche Eliten zwischen 1945 und 1946 von der Besatzungsmacht eliminiert worden sind. Umso erstaunlicher ist dabei die Erkenntnis, daß ein großer Teil der alten Eliten ab 1948 seine alten Positionen wiedererringen konnte.²

In dieser Renaissance der alten Eliten kann nicht nur ein Symptom für das Beharrungsvermögen der etablierten Eliten gesehen werden, sondern sie stellt darüber hinaus eine wesentliche Voraussetzung für die Bedingungen der Zirkulation heute dar. Die Frage nach den neuen, von den Briten etablierten Eliten verbindet sich mit dem Hinweis auf Elitentheoretiker wie Laswell,³ der die Auffassung vertritt, daß beim Sturz eines totalitären Regimes die alten Eliten durch antitotalitäre Gegeneliten ersetzt werden. Für die Bundesrepublik kommt Edinger in einer vielbeachteten Studie zu dem Schluß, daß die Eliten der BRD keineswegs einheitlich in Opposition zum Dritten Reich gestanden hätten, sei es im Gefängnis oder KZ, sei es im Untergrund oder im Exil.⁴ Im Gegenteil, ein großer Teil der westdeutschen Eliten hat, wie Edinger nachweist, im Dritten Reich durchaus bedeutende Funktionen ausgeübt, wenngleich eine Identität von Nachkriegsfunktionen und Stellung im Dritten Reich nur selten festgestellt werden konnte. Diese grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis von Eliten und Gegeneliten stellt sich gleichermaßen auch für die Kommunen. Es gehört zum Wesen eines

totalitären Regimes, daß es seinen politischen Willen auf sämtliche Bereiche auszudehnen sucht, also auch auf die Kommunen. Von den nachfolgenden britischen Machthabern ist bekannt, daß gerade die eine Demokratisierung (auch der Elitenbildung) von unten her, also von den Kommunen zum späteren Gesamtstaat hin anstrebten. Auf dieser "artificial revolution", wie sie Montgomery nannte, basiert der Versuch der Briten, die Theorie der Revolution, verstanden als die totale Eliminierung einer etablierten Elite und ihre Ersetzung durch eine neue am Beispiel Nachkriegs-Deutschlands auf ihre praktische Relevanz hin zu überprüfen. Am Beispiel der britischen Personalpolitik, ihrer Ziele, Methoden und Konsequenzen soll die Fähigkeit der alten Eliten, die von den Briten etablierten Gruppen zu verdrängen und schrittweise die alten Bastionen zurückzuerobern, dargestellt werden.

b. Die Ziele der britischen Personalpolitik

Im Verlauf des Jahres 1945 nahmen die britischen Behörden vielerorts Amtsenthebungen und Neubesetzungen vor, ohne daß dabei eine geschlossene politische Konzeption zugrunde gelegen hätte. Das erzieherische Anliegen, das der späteren britischen Deutschlandpolitik ihr Gepräge gab, trat damals noch hinter den praktischen Erfordernissen zurück, die öffentlichen Funktionen irgendwie besetzen zu müssen. Anfang 1946 wurde ein festes Programm zur Umstrukturierung der kommunalen Verwaltung entwickelt, das stark von dem Gedanken der "artificial revolution" durchdrungen

Sein Titel "Demokratisierung und Dezentralisierung der örtlichen und Gebietsregierung"⁵ wies auf zwei der britischen Hauptanliegen hin: die Abkehr vom Führerprinzip verbunden mit einer stärkeren Zirkulation der Eliten sowie die weitgehende Verteilung der politischen Macht. Diese Vorstellungen orientieren sich am Gegensatz zu Geist und Wirklichkeit der alten deutschen GO von 1935.⁶

Daraus ergab sich die Forderung:⁷ "Im ersten Stadium ist das

Führerprinzip in allen Sphären der örtlichen Verwaltung auszu-
merzen, die Befugnisse der örtlichen Verwaltung, die bisher in
einer Einzelperson vereinigt waren, sind auf Personengruppen
zu übertragen, die die verschiedenartigen Interessen der Be-
völkerung vertreten." Das Führerprinzip sollte auf zwei Wegen
abgelöst werden:⁸

1. Durch eine völlige Trennung von administrativer und politi-
scher Ebene, die nach dem britischen Vorbild der Polarität von
Verwaltungsleiter und parlamentarischem Führer ausgerichtet war,
bis hinab zur Ebene der kleinen Gemeinden.

2. Durch eine Verkürzung der Amtszeiten und Beschränkung der
Möglichkeit einer Wiederwahl. So wurde die Amtszeit der Bürger-
meisters auf ein Jahr festgesetzt, wobei nach § 41 der VO Nr. 21
der Brit. Militärregierung eine Wiederwahl für zulässig erklärt
wurde, jedoch für höchstens drei Jahre hintereinander. Ursprüng-
lich war sogar vorgesehen, jährlich ein Drittel der Mitglieder
des Rates, d.h. der Volksvertretung, auszuwechseln.⁹

Hierdurch sollte einer dauerhaften Etablierung der neuen Eliten
und möglichen Erstarrungserscheinungen vorgebeugt werden. Es
kann nicht übersehen werden, daß hier die demokratische Forderung
hinsichtlich der Elitenzirkulation einseitig auf Kosten der
Stabilität und Kontinuität überbetont wurde. Eine konsequente
Verwirklichung dieser Forderungen hätte auf die Dauer zu Un-
sicherheit und Instabilität geführt, aus der erhofften Mobili-
tät der Eliten wäre es zu ihrer Funktionsunfähigkeit gekommen.
Die ganze Tragweite dieser Vorstellung wird erst deutlich, wenn
man die heute üblichen Amtszeiten dagegenhält.

Voraussetzung für den Aufstieg in diese Nachkriegseliten war das
politische Verhalten im NS-Staat: " Auf keinen Fall darf ein
früheres Mitglied der NSDAP, das mehr als nur nominell an ihren
Veranstaltungen teilgenommen hat, zu einer Stellung berufen wer-
den, die ihm Einfluß unter der Militärregierung geben würde."¹⁰
Diese Einschränkungen, die sich sogar auf die Auswahl einfacher
Ratsmitglieder bezogen, wurden für die "Oberhäupter jeder Stufe"
verschärft,¹¹ die keinerlei Verbindung mit der NSDAP gehabt

gehabt haben durften. Wenn man sich den Anteil der früheren NSDAP-Mitglieder an der Gesamtbevölkerung vor Augen hält, so wird deutlich, daß die Basis für die Rekrutierung der neuen Eliten äußerst schmal war. Hinzu trat die demokratische Forderung, daß z.B. die Räte so aufgebaut sein mußten, "daß sie die größtmögliche Vertretung der öffentlichen Meinung gewährleisten."¹²

Die Auswahlprinzipien

- 1) hinreichende Vertretung der Interessen auf Gruppen bezogen, wie Kommunisten, Landwirte, Katholiken etc., Arbeiterviertel, Villenviertel,
- 2) Rechtschaffenheit und Ansehen bei weiten Kreisen,
- 3) Unabhängigkeit von weitreichenden privaten, geschäftlichen Interessen, damit "Rechte des kleinen Mannes" gewahrt bleiben,
- 4) Berücksichtigung von Frauen für den Rat

entsprachen demokratischen Denkmodellen und waren mit dem 5. Prinzip, der "Rücksicht auf die Funktionsfähigkeit des Rates"¹³ nur schwer zu vereinbaren. Bei der Auswahl für die eigentlichen Eliten, die Vorsitzenden der Räte, also Bürgermeister, Landräte und auch für Amtsvorsteher, sollte jedoch das Nichtvorliegen einer Mitgliedschaft in der NSDAP nicht ausreichen. "Das Kriterium soll kein negatives sein", man brauche "Antinationalsozialisten", das Ziel sollte sein, sich darüber Sicherheit zu verschaffen, daß keinem Beamten (auch Wahlbeamten, d. Verf.) eine leitende Stellung übertragen wird, ohne daß er vorher einwandfreien Beweis erbracht hat, ein Gegner des Nationalsozialismus gewesen zu sein.¹⁴

Permanenter Kreislauf der Eliten, für die die Fiktion einer antitotalitären Gegenelite erzeugt wurde, Rekrutierung der Eliten aus der aktiven Gegnerschaft des Nationalsozialismus, anteilige gleichmäßige Berücksichtigung der Berufsgruppen und Gesellschaftsschichten bei der Selektion - diese Ziele der britischen Politik können den Charakter eines politologischen Experiments nicht

verleugnen. Mit der Politisierung der Kommunalverfassung, der Akzentverschiebung von der traditionell unpolitischen Kommunalverwaltung zur Kommunalpolitik sollte das Beharrungsvormögen der etablierten Gruppen, ihre Tendenzen zur Oligarchisierung und Verharschung auf die Dauer unmöglich gemacht werden. In der Gründung und Förderung demokratischer Parteien sahen die Briten das Mittel zur Liberalisierung der Elitenbildung. Ein Erfolg der britischen Politik hätte den Eliten ein völlig anderes Profil gegeben, als es sich heute darstellt.

c. Methoden und Auswirkungen

Die britischen Behörden begannen schon unmittelbar nach dem Einmarsch mit der Einsetzung neuer Bürgermeister, wobei sie sich in der Regel einiger Vertreter der alten Eliten bedienten. So kam es, daß in einigen Gemeinden die Umschichtung erst 1946 erfolgte. Z.B. wurde Adolf Stehn, seit 1924 Bürgermeister von Bühnsdorf, noch im Mai 1945 vom stellv. Landrat Jensen, der ebenfalls in seiner Position verblieben war, und später sogar zum Landrat ernannt wurde, sowie vom britischen Kreisgouverneur zum Distriktbürgermeister für den Bereich der aufzulösenden Ämter Träventhal, Weede, Pronstorf und Geschendorf ernannt.¹⁵ "Seine erste Sorge ist die Neueinsetzung von Bürgermeistern."¹⁶ In seinem heute ca. 20 Gemeinden umfassenden Amtsbereich wurden sämtliche Bürgermeisterposten neu besetzt.

Ähnlich entwickelte sich die Umschichtung im übrigen Kreisgebiet. Auf einer von Distriktbürgermeister Warnemünde (Bad Bramstedt) einberufenen Versammlung wurden 16 von 18 Bgm. aus dem Westen des Kreises (das entspricht heute 24 Gemeinden) ihres Amtes enthoben.¹⁷

Von einem der beiden im Amt verbliebenen (Lindemann, Latendorf) ist bekannt, daß er 1946 sein Amt zur Verfügung stellen mußte.¹⁸ Da damals die Amtsbezirke vorübergehend aufgelöst wurden, und der Kreistag nicht mehr gestand, kann behauptet werden, daß mit ganz wenigen Ausnahmen die alten Eliten eliminiert wurden. Damit war nicht nur Raum für neue Führungsgruppen geschaffen,

sondern auch die Autorität, die ein bereits innegehabtes Amt verlieh, wurde als Auswahlprinzip unwirksam. Für die Einführung neuer Gesetzlichkeiten der Elitebildung, für eine stärkere Zirkulation und eine Demokratisierung der Eliten waren damit zumindestens die formellen Voraussetzungen geschaffen. In konsequenter Verfolgung ihrer demokratischen Konzeption lösten die Briten schon 1946 die erste kaum etablierte Führungsschichtung ab.

Doch schon im Anfangstadium waren sie gezwungen, Zugeständnisse an die praktischen Notwendigkeiten zu machen. Bei der Auswahl geeigneter Kandidaten, die sich wegen der besonderen Ausschließungsvorschriften und der allgemeinen Folgen des Krieges sehr schwierig gestaltete, ließen sie sich häufig vom Rate der Amtsenthobenen leiten.¹⁹ Die Bgm. erhielten in der Regel das Recht, ihre Nachfolger selbst vorzuschlagen und wählten dabei solche Männer ihres Vertrauens aus, die Aussicht hatten, von den Briten akzeptiert zu werden, weil sie in relativer Ferne zum NS-Regime gestanden hatten.²⁰ Die britische Forderung nach der Einsetzung von aktiven "Antinationalsozialisten" mußte unter diesen Umständen abstrakt bleiben.

Das System der Rekrutierung verlieh den neuen Eliten von vornherein einen Zug des Provisorischen. Ihr Ansehen leiteten sie meist von ihren Vorgängern ab, die ihnen auch Stütze und Ratgeber waren. Sie hatten es schwer, von der Bevölkerung anerkannt zu werden. Ihre besondere Schwäche lag neben der Tatsache, daß sie von der Besatzungsmacht eingesetzt worden waren, in ihrem Verhältnis zu den sozialen Eliten. Die künstliche Revolution führte wohl zu einer Umbesetzung der Ämter, konnte jedoch angesichts der stabil gebliebenen hierarchischen Gesellschaftsschichtung nicht auf Dauerhaftigkeit der von ihr geschaffenen Verhältnisse hoffen. Die neuen Eliten stellten zwar einen recht getreuen Querschnitt der Gesamtbevölkerung dar, hatten aber nur wenig Berührungspunkte mit den Spitzen einer Gesellschaftsordnung, deren Struktur nicht rein demokratischen Prinzipien entsprach. Die Briten waren, um überhaupt politisch weiterzukommen, auf eine

Zusammenarbeit mit den alten Oberschichten gedrängt, obwohl sie das aus demokratischer Prinzipientreue kaum wahrhaben wollten. Dadurch deutete sich schon von vornherein eine gewisse Kontinuität der alten Eliten ab, obwohl die "artificial revolution" von der Umbesetzung in den Institutionen her ge- glückt war.

In konsequenter Verfolgung ihrer Prinzipien entzogen die Briten den von ihnen etablierten Gruppen den Rückhalt. Im Sinne einer radikalen Demokratisierung sollten alle Ansätze zur Verfestigung von vornherein unterbunden werden. 1946 wurden nicht nur die wenigen zuvor nicht betroffenen Amtsträger ausgewechselt, sondern darüber hinaus auch ein erheblicher Teil der neuen Eliten.²¹

Diese brauchten aber gerade ein beträchtliches Maß an Stetigkeit. Um ein wirksames Gegengewicht gegen die alten Eliten bilden zu können, hätten sie stabilisiert werden müssen. Aber gerade diese Stabilisierung erschien den Briten als vereinbar mit demokratischen Prinzipien. Man wollte nicht nur eine neue Eliten, sondern auch völlig neue Prinzipien der Elitenbildung.

In Verbindung mit der strengen Handhabung der Entnazifizierungsbestimmungen schraubte dieses Streben die Amtssicherheit zurück. Obwohl die Auswahlgremien, also der E.-Ausschuß und - defacto - die Bürgermeister der alten Eliten sehr behutsam bei der Auswahl neuer Bewerber vorgingen, ging die Intensität der britischen Intervention nicht zurück. Dadurch erschienen die neuen Gruppen von vornherein als "Eliten auf Zeit", deren Lebensdauer vom Fortbestand des britischen Engagements in der Kommunalpolitik abhing. Erschwerend kam hinzu, daß die Briten alles taten, das Provisorische ihres Vorhabens zu betonen. In vielen Gemeinden wurde 1946 der gesamte Gemeinderat ausgewechselt. Von den vom E.-Ausschuß ausgewählten Mitgliedern des ersten Kreistages mußten mehrere ihr Mandat niederlegen. So verfügte Lt.Col. Duncombe-Anderson in einem Brief vom 18. Juli 1946 an Landrat Dr. Dr. Pagel die Absetzung dreier Abgeordneter (Saager, Rüder, Graf Rantzau): "None of these three persons are

acceptable to Military Government because of their former political associations and outlook."²²

Ausscheiden mußten auf Befehl ebenfalls u.a. die Abgeordneten Brandes (SPD) und Steffens, während Dr. Beck, Schoer und Reinhardt nicht für den Berufungsausschuß für Entnazifizierte akzeptiert wurden. Die Benennung geeigneter Nachfolger bereitete dem E.-Ausschuß nicht unerhebliche Schwierigkeiten, da diese aus der gleichen Bevölkerungsgruppe und der gleichen politischen Richtung wie ihre Vorgänger kommen mußten.²³

Für einen konservativen Agrarier, der der Kirche nahestand, mußte z.B. ein entsprechender Vertreter ausgewählt werden.²⁴ Es kam vor, daß auch die vorgeschlagenen Nachfolger abgelehnt wurden und die Kreislisten der Parteien sich erschöpften.²⁵ Für die Gemeindewahlen am 15. 9. 1946 brachte das für die Parteien, die ja als Instrumente der Demokratisierung der Elitenbildung offiziell gefördert wurden, besondere Probleme hinsichtlich der Kandidatenaufstellung, da "viele einschränkende Bestimmungen beachtet werden mußten."²⁶

Obwohl schon der Kreispartei ein strenger Maßstab angelegt war, wurden viele Kandidaten durch den damaligen E.-Ausschuß oder durch die Militärregierung abgelehnt.²⁷

Die gleiche Lage kennzeichnet auch die folgende Kreistagswahl vom 13. 10. 1946. Sofern sich überhaupt neue Kräfte zur Übernahme von Verantwortung bereit erklärten und den britischen Vorstellungen nahestanden, mußten sie nicht nur schwer um ihre Loyalität in der Bevölkerung ringen, sondern sie waren auch häufigen britischen Eingriffen und Reglementierungen ausgesetzt. Amtsniederlegungen, Parteiübertritte, Rücktritt auf Befehl kamen häufig vor und schädigten nicht nur das Vertrauen in die politische Ordnung, sondern führten auch zu Instabilität und Unsicherheit.

d. Herkunft und Schicksal der neuen Eliten

Es erscheint an dieser Stelle angebracht, die Frage nach der Herkunft der neuen Eliten zu stellen. Wie schon oben erwähnt

wurde, gehörten sie meist nicht den sozialen Eliten an, obgleich es auch hier einige Ausnahmen gab. Zu erwähnen sind der Bgm. Schör (Söhren), der aus einer alten, angesehenen, seit 1628 am Orte ansässigen Hufnerfamilie stammt, deren Vertreter auch schon früher führende politische Ämter innegehabt hatten; ferner Bgm. Biehl (Hisdorf), einer alten Bürgermeisterdynastie angehörig, Bgm. Hauschildt (Schackendorf), der den größten Hof seiner Gemeinde besaß sowie der Kreistagsabgeordnete Ladiges, der 1935 durch Einheirat den zweitgrößten Hof in Fahrrenkrug erworben hatte. Bei diesen Männern handelte es sich vor allem um der Kirche nahestehende Personen, die von den Briten aus diesem Grunde akzeptiert wurden. Meist kamen jedoch relativ anonyme Gruppen nach vorne, teils Neubürger, teils Angehörige der mittleren und unteren Bevölkerungsschichten, die sehr unterschiedliche Berufe ausübten, sich durch Bildungsgrad und Herkunft voneinander unterschieden und wenig Kontakte untereinander hatten. Neben Akademikern standen Hausfrauen, viele Handwerker, aber auch Pensionäre und Landarbeiter. Verschieden war auch die politische Horstellungswelt und Herkunft. Getreu der britischen Konzeption wurden Sozialisten und ehemalige Deutsch-Nationale, Vertreter der Kirchen und der Gewerkschaften und auch gänzlich Unpolitische eingesetzt.²⁹

Die Vielfalt der Berufe hebt sich deutlich von der einseitigen Struktur der folgenden Restaurationszeit ab. (Beispiele aus ausgewählten Gemeinden)²⁸

Gemeinde	Bürgermeister	Beruf	Amtszeit
Altengörs	Göttsche	Malermeister	1945-1951
	Stehn	Bauer	1951
Armstedt	Holtorf	Treckerfahrer	1945-1951
	Schümann	Bauer	1951-1955
Boostedt	Bartram	Verw.-Ang.	1945
	Kracht	Bauer	1946-1959

Gemeinde	Bürgermeister	Beruf	Amtszeit
Borstel	Ufer	Gastwirt	1945-1951
	Schuldt	Kraftfahrer	1951-1959
Bühnsdorf	Stehn	Bauer	1924-1946
	Martens	Privatier	1946
	Hamann	Schuhmacher	1946-1948
	Stehn	Bauer	1948-1949
	Rieken	Bauer	1949-1962
Gadeland	Gattermann	Handwerker	1945-1946
	Tepp	Vers., Anw. 131er	1946-1954
Großenaspe	Heinicke	Handwerker	1945-1948
	Griep	Handwerker	1948-1951
	Stölting	Bauer	1951
Hagen	Bracker	Bauer	1945-1948
	Willgeroth	Verw.-Ang.	1948-1951
	Behrens	Kaufmann	1951
Neuengörs	Sippel	nicht feststellbar, kein Bauer	1945-1948
Söhren	Schör	Bauer	1945-1948
	Focke	Drogist	1948-1950
	Rohwer	Bauer	1950
Schwiesel	Lenz	nicht feststellbar, kein Bauer	1945-1946
	Stoffers	Straßenwärter	1946-1948
	Böttger	Bauer	1948-1962
Traventhal	Ralf	nicht feststellbar, kein Bauer	1945-1948
	Dr. Schmidt	"	1948-1951
	Rohlf	Bauer	1951-1962
Wakendorf I	Klodt	Polizeibeamter i.R.	1945-1948

Gemeinde	Bürgermeister	Beruf	Amtszeit
Wakendorf I	Harder	Kaufmann	1948-1950
	Frau Burmeister		1950
	Möller	Bauer	1950
Weede	Dr. Dr. Rudolph	nicht feststellbar, kein Bauer	1945-1948
	Müller	"	1948
	Schlätel	Bauer	1948-1949
	Graf	nicht feststellbar, kein Bauer	1949-1950
	Christopher	Kaufmann	1950-1955
	Lüttje	Bauer	1955-1959

Von einer antitotalitären Gegenelite konnte kaum die Rede sein. Wenn man von einer kleinen Gruppe aktiver Parteiführer absieht, auf die vor allem sich die obige Differenzierung nach der politischen Herkunft bezieht, bleibt eine Gruppe von politisch kaum exponierten und wenig profilierten Menschen übrig, die ihre Ämter manchmal nur widerwillig einnahmen. Viele standen bereits im hohen Alter. Die Frage nach ihrem Verhältnis zum Nationalsozialismus hatte sich während des Dritten Reiches deshalb nicht so dringend gestellt.³⁰

Eine Rückkehr von 1933 eliminierten Eliten entfiel unter diesen Umständen fast vollständig. Als einzige Beispiele erwähnen wir die Karrieren der Kommunalpolitiker Ströh (Kaltenkirchen) und Rickers (Kükels).

S t r ö h

- 1909-1933 Mitglied der Gemeindevertretung, des Kreistages und des Kreisausschusses
- 1946-1950 Erster gewählter Bürgermeister von Kaltenkirchen
- 1946-1953 Amtsvorsteher des Amtes Kaltenkirchen
- 1946-1959 Mitglied des Kreistages und des Kreisausschusses
- 1953-1959 Stellvertretender Landrat, aus Altersgründen aus seinen Ämtern ausgeschieden.³¹

R i c k e r s

hatte bis 1933 an führender Stelle in den bäuerlich berufsständischen Vertretungen gearbeitet, war Mitglied des Landesvorstandes des 1933 aufgelösten Bauernvereins. Auf Kreisebene kämpfte er vergeblich gegen seinen Lokalrivalen Otto Köhler (Bühnsdorf). "Den Nationalsozialismus lehnte er konsequent ab. Rickers sprang - gleich nach 1945 - wieder in die Bresche. Er wurde an Stelle von Köhler Kreisbauernführer, wurde Kreispräsident, war 1946 Mitbegründer des Bauernverbandes, wurde von der CDU in den Landtag gebracht und war eine Zeit lang Landwirtschaftsminister im Kabinett Stelzer."³²

Wir haben es also mit sehr heterogenen Gruppen zu tun, die in sich alle Merkmale einer abstrakten Elite vereinen. Eliten mit im einzelnen sehr differenzierten Zugehörigkeitskriterien, deren einzige Gemeinsamkeit in der von den britischen Behörden verfügten oder sanktionierten Zugehörigkeit zu eben diesen Eliten bestand. Hinsichtlich ihrer Funktionsfähigkeit und mehr noch ihrer Leistungsfähigkeit ergaben sich daraus schwerwiegende Konsequenzen.

Der Umschichtungsprozeß spielte sich auf der Grundlage einer völlig zerrütteten öffentlichen Ordnung ab. Eine extrem labile Gesellschaft sah ihr vordringlichstes Ziel in der Deckung der wenigsten materiellen Bedürfnisse und brachte wenig Verständnis für demokratisch-erzieherische Experimente auf, um so weniger, als die Kompetenzverteilung die neuen Eliten zur politischen Ohnmacht verurteilte. Unter diesen Umständen vollzog sich weniger eine echte Demokratisierung der Elitenbildung, als vielmehr ein "Demokratie-Spielen". Dadurch wurden nicht nur die Autorität, sondern auch der Selbstbehauptungswille der neuen Gruppen belastet. Mit der Frage nach ihrer politischen Substanz und ihrer Funktionsfähigkeit verbindet sich das Problem ihrer Lebensdauer. Deren Begrenztheit muß auf zwei verschiedenen Ebenen gesehen werden:

1. Schon während der Zeit der britischen Intervention wechselten die Eliten im Sinne eines permanenten Kreislaufes häufig, wobei die Zirkulation als ein britischer Programmpunkt von der Besatzung durchaus gefördert wurde. Innerhalb dieses geschlossenen Systems waren zwei, drei oder gar vier Wechsel in einem Amte innerhalb von fünf Jahren nicht selten.³³
2. Die neuen Eliten insgesamt, hier als die im Rahmen der britischen Politik Arrivierten verstanden, wurden von den Wahlen von 1948 an in relativ kurzer Zeit nahezu vollständig eliminiert. Mit dieser zweiten, in ihrer Zielsetzung der vorangegangenen genau entgegengesetzten Phase kann der Umschichtungsprozeß seit 1945 als abgeschlossen gelten. Dieser zweite Teil, der von einem Rückgang der politischen Intensität der britischen Behörden begleitet wurde - 1947 wurde die Wahlprüfung den Deutschen übergeben -³⁴ hatte weitergehende Wirkungen als der erste, wenngleich er formal betrachtet, nicht so folgenreich war wie die "artificial revolution". Wurde doch nicht nur eine neue Führungsschicht etabliert, sondern ein völlig unterschiedliches System der Elitenbildung eingeführt, das noch heute ungeingeschränkte Gültigkeit beanspruchen kann. Die auf Dauer gerichtete zweite Phase der Umschichtung etablierte nicht nur andere Personengruppen, sondern führte auch neue Prinzipien der Auswahl und der Zirkulation der Eliten ein.

Die Ablösung der von den Briten eingesetzten Amtsträger vollzog sich auf dem Hintergrund einer radikalen Abkehr von den britischen Prinzipien. Während dieser Periode, die 1948 begann, 1951 ihren Höhepunkt hatte und 1955 abgeschlossen war, wurde das Fiasko der britischen Politik offenbar. Zwischen 1948 und 1951 standen die beiden Systeme noch in einem Wettbewerbsmitten, ab 1951 kann die Nachkriegsphase in der kommunalen Elitenbildung im wesentlichen als abgeschlossen gelten. Von den 48 Vertretern des 1946 eingesetzten Kreistages

wurden 1951 nur noch zehn wiedergewählt, 1955 nur noch vier, der letzte schied 1959 aus.³⁵

Von 89 Bürgermeistern (1946) blieben nur zwölf über den Umschichtungsprozeß hinaus in ihren Ämtern, meist populäre Personen, die nach der Überwindung der Schwelle von 1951 von den allgemeinen, zunehmenden Verfestigungserscheinungen profitierten:

Gemeinde	Bürgermeister	Amtszeit
Bark	Wrage	1946
Blunk	Stegelman	1945-1946 1960-heute
Boostedt	Kracht	1946-1959
Fredesdorf	Rohlf	1945-heute
Glasau	Deerberg	1946-1962
Gladebrügge	Pahl	1946
Negernbötzel	Trautmann	1945-1946 1948-heute
Nützen	Böttger	1946-heute
Schackendorf	Hauschildt	1945-1958
Stubben	Nielsen	1946-1958
Travenhorst	Kruse	1945-1946 1950-1966
Weddelbrook	Steinweh	1945-1948 1948-1962 Amtsvorsteher

Es kann nicht Aufgabe des Verfassers sein, im Rahmen dieses Themas die Möglichkeiten einer Realisierung der britischen Demokratisierungsbestrebungen eingehend zu untersuchen. Entscheidend bleibt die Renaissance der alten Eliten als Voraussetzung für die gegenwärtige Zirkulation. Trotzdem sollte der Frage, ob die artificial revolution eine Chance zu ihrer Verwirklichung gehabt hätte, nachgegangen werden. Die Aussichten schienen zunächst günstig zu sein. Der Flüchtlingsstrom hatte die Bevölkerungszahl sprunghaft ansteigen lassen, den konservativen Kräften

war durch die Zerstörung der staatlichen Ordnung der Rückhalt genommen und die Absetzung der alten Eliten hatte Raum für die Entgeltung einer neuen Oberschicht geschaffen.

Warum ist das Experiment trotzdem gescheitert? Die Antwort folgt zum Teil aus der Frage; weil es ein Experiment war, das zudem noch auf eine Gesellschaft im Zustand äußerster Labilität angewendet wurde, die gerade noch Stabilität und Kontinuität verlangte. Die Autoritätsfeindlichkeit der sich autoritär gebenden britischen Behörden hinderte die neuen Eliten an erfolgreicher politischer Arbeit, die ihnen Ansehen bei der Bevölkerung hätte schaffen können. Um der Produktivität ihrer Arbeit willen setzten sie sich nicht selten über die Autoritätsfeindlichkeit der Briten hinweg und ergriffen praktische Maßnahmen.

Das Streben nach Autorität kam auf deutscher Seite in einem Entwurf für eine Verfassung des Kreises durch den damaligen Landrat Dr. Dr. Pagel zum Ausdruck, der von den Briten konsequent in Bausch und Bogen abgelehnt wurde.³⁶

Nach § 12 sollte der Landrat den Kreistag und den Kreisausschuß führen und verantwortlich für die Durchführung aller staatlichen Auftragsangelegenheiten sein. Ferner bestimmt er die im Kreistag und Kreisausschuß zu machenden Vorlagen und bereitet diese vor. Außerdem war der Landrat berechtigt, Beschlüsse des Kreistages und des Kreisausschusses, welche nach seiner Ansicht das Staatswohl verletzen, auszusetzen. Der Oberkreisdirektor, von den Briten als der administrative Gegenpol des Landrats verstanden, führt nach § 13 Abs. 3 seine Geschäfte im Auftrag des Landrats.

Insgesamt gesehen, eine für damalige Verhältnisse völlig ungewöhnliche Ballung von Autorität, wie sie bis heute in diesem Rahmen nicht wieder konzipiert worden ist. Das ist umso erstaunlicher, als der Landrat Dr. Dr. Pagel als Kreisvorsitzender der CDU und als parlamentarischer Landrat ein ausgesprochener Exponent der jungen Parteieliten war, die in besonders engem Gedankenaustausch mit den britischen Behörden standen.³⁷ Verständlich wird dieses Streben nach Autorität wohl erst ganz,

wenn man es als eine Reaktion auf die manchmal praxisferne Autoritätsfeindlichkeit der Besatzungsmacht wertet. Die Gewaltenteilung mochte grundsätzlich akzeptabel sein, wurde jedoch dort, wo es keine Gewalt gab, die man hätte teilen können, zur Farce.

Außerdem schien die Demokratisierung der Eliten dem Bedürfnis nur eines Teiles der Bevölkerung zu entsprechen, wodurch die Tendenzen der Parteieliten zum Führerprinzip verständlich werden. Die alte Sozialstruktur war trotz des Flüchtlingsstromes im wesentlichen intakt geblieben, umso mehr, als die Bauern damals eine erhebliche wirtschaftliche Vormachtstellung besaßen. Bei einer unverändert hierarchischen Gesellschaftsschichtung aber konnten sich die neuen Prinzipien der Elitenbildung, die von der Fiktion einer demokratischen Gesellschafts- und politischen Struktur ausgingen, nicht durchsetzen. Es gab keine antitotalitäre Gegenelite, die, wenn auch nicht sich selbst,

noch den neuen Prinzipien auf die Dauer zum Durchbruch hätte verhelfen können. Anonyme, heterogene und labile Gruppen, mit dem Makel belastet, von der Besatzungsmacht ausgewählt worden zu sein, sollten eine im Grunde unrealistische, praxisferne, leblose Konzeption mit Leben ausfüllen. Ihre politische Existenz war daher an die britische Protektion gebunden und mußte mit dieser enden.

Die Dekadenz der Nachkriegseliten scheint auch bei einer geschmeidigeren britischen Politik unumgänglich gewesen zu sein. Eine echte Kontinuität über das Ende der Nachkriegsphase hinaus wäre nur möglich gewesen, wenn sich die Briten mit den alten Oberschichten stärker arrangiert hätten. Damit hätte man aber auch auf die Verwirklichung der 'artificial-revolution' verzichten müssen. Auch einer harmonischen Verbindung von alten und neuen Elementen nach 1945 wäre ohne eine Verwässerung der britischen Vorstellungen kein Erfolg beschieden gewesen, da sie wohl auf der personellen, nicht aber auf der prinzipiellpolitischen Ebene hätte verwirklicht werden können; denn es gab keine Möglichkeit einer Verbindung zwischen zwei Systemen,

die sich gegenseitig ausschlossen.

Wesentlicher als die Frage nach dem Schicksal der Nachkriegseliten ist für unser Thema die Tatsache, daß mit dem Rückgang der britischen Intervention auch die für die alten Eliten geltenden Ausschließungsgründe entfielen und damit der Boden für ihre Rückkehr bereitet wurde.

e. Die Renaissance der alten Eliten
Wiederaufnahme unterbrochener Karrieren

Bei der Rückkehr der alten Eliten gingen zwei Faktoren Hand in Hand; die Mängel des britischen Systems einerseits und deren Beharrungsvermögen andererseits. Eine ganze Reihe von Karrieren, die von den Briten unterbrochen worden waren, wurden zwischen 1948 und 1955 wieder fortgesetzt. Diese Feststellung bezieht sich nicht auf den Kreistag, da seine politische Bedeutung und seine Funktionsfähigkeit während des Dritten Reiches sehr viel weitergehenden Einwirkungen ausgesetzt war als bei Bürgermeistern und Amtsvorstehern, so daß zwischen ihm und den Nachkriegskreistag nur nominell eine Beziehung bestand.³⁹

Der relative Traditionsangel hat auf der Kreisebene eine erheblich stärkere Politisierung als bei den Spitzenpositionen der Ämter und Gemeinden ermöglicht und stärkeren Erstarrungserscheinungen vorgebeugt. So ist es nicht verwunderlich, daß auf Kreisebene nicht nur die Zirkulation mehr hervortritt, sondern bei Wechsellern politische Gründe stärker zum Tragen kommen.³⁹ Daher beziehen sich die folgenden Beispiele für unterbrochene Karrieren nicht auf den Kreistag:

Gemeinde	Bürgermeister	Amtszeit	Abgangsgrund
Bühnsdorf	Stehn	1924-1946 1948-1949	Tod
Großenaspe	Stölting	1944-1945 ab 1951	
Gr. Kummerfeld	Hammerich	1943-1945 1951-1954	Abwahl.
Hügersdorf	Ramm	1933-1945 ab 1958	
Mielsdorf	Brügge	1943-1945 1948-1959	Alter
Mielsdorf	Schuldt (1. stellv. Bgm.)	1933-1945 1947-1959 anschließ. Bgm.	
Nehms	Kruse	1924-1946 1948-1964	Tod
Latendorf	Lindemann	1924-1946 1948-1966	Alter
Oersdorf	Siefke	1933-1945 1948-1959	Alter
Rickling	Westphal	1933-1945 1955-1966	Wahlniederlage
Neversdorf	Hamer	1924-1946 1948-1959	Alter
Stubben	Schwart	1926-1945 1958-1966	Alter
Mönkloh	Runge	1933-1936 anschließ. Stellv., da M. eingemeindet wurde; ab 1951 wieder Bgm.	

In einigen Fällen war die Kontinuität *de facto* gar nicht unterbrochen worden, da der abgesetzte Bürgermeister inoffiziell die Amtsgeschäfte weiterführte, z.B. Lindemann (Latendorf).⁴⁰

Die Kontinuität der alten Eliten beschränkt sich aber nicht auf diese wenigen Beispiele. Häufig fand ein Generationswechsel statt. So setzte Bgm. Gärtner (Bahrenhof) ab 1951 das Werk seines Großvaters Reimers fort. In Schwissel trat Bgm. Böttger 1948 an die Stelle seines Veters Behrens (bis 1945). Im Amte Traventhal setzten Vertreter von vier Familien, die zu einem sieben Bürger-

meisterfamilien umfassenden Komplex gehören, die Tradition der übrigen drei Familien fort, die vor 1945 Ämter innegehabt hatten-⁴¹

Dem Amtsvorsteher Fock (1919-1945) folgte W. Schlätel ab 1951. Von insgesamt 13 Führungspositionen dieses Amtsbezirks nahm dieser Familienverband vor 1945 drei, 1959 fünf ein. Weitere zwei Amtsträger bekleideten die Posten ihrer Väter und Großväter, und schließlich hatten zwei weitere Bürgermeister die gleichen Posten inne wie vor 1945, so daß bei 13 Positionen nur in vier Fällen keine direkte oder indirekte Kontinuität festzustellen ist.

Weitaus häufiger sind die Beispiele, in denen die Eliten vor 1945 bereits führende Funktionen außerhalb des engeren politischen Bereichs, z.B. in berufsständischen Organisationen ausgefüllt hatten. So hatten die Bgm. Krüger (Sülfeld) und Pieper (Heidmühlen) bereits früher als OBV landwirtschaftliche Interessen vertreten. Zahlenmäßig am stärksten fallen die Fälle ins Gewicht, in denen die Posten zwar mit völlig neuen Bewerbern besetzt wurden, diese aber hinsichtlich ihrer Vorstellungswelt, ihres politischen Gefühls und ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellung sich von den alten Eliten kaum unterschieden und traditionell den sozialen Oberschichten angehörten. So unmöglich es auch ist, diese letzte Behauptung exakt mit Zahlen zu belegen, so werden wir sie doch verständlich machen, wenn wir im folgenden die Symptome der Renaissance der alten Eliten festzustellen suchen. Der Einbruch der alten Eliten ab 1948 war derart stark, daß die beiden Beispiele von 1933 unterbrochenen, später wieder aufgenommenen Karrieren nur den Rang politischer Kuriositäten einnehmen: Bürgermeister Biß (Gönnebek), 1929-1933, 1945-1946, ab 1954 und Bgm. Kisternmacher (Kl. Rönnau), 1917-1933, 1948-1966.

Es wäre verkehrt, von einer Rückkehr von "Nazi-Eliten" zu sprechen, weil einige der Karrieren 1933 begannen. Vielerorts waren 1933 großbäuerliche Eliten sogar durch Kleinbauern oder Handwerker ersetzt worden. Die Beispiele der Kontinuität weisen auf ein Phänomen hin; auf die Unempfindlichkeit der bäuerlichen

Eliten gegenüber allen kollektiven Verhängnissen unseres Jahrhunderts. Die historischen Einschnitte von 1918, 1933 und 1945 haben den Bestand dieser Eliten entweder überhaupt nicht oder nur vorübergehend gefährden können. Gegenüber allen äußeren Einwirkungen hat sich die traditionelle Struktur der Eliten erhalten können und stellt im heutigen politischen Leben zugleich einen stabilisierenden und retardierenden Faktor dar.

Die Zunahme der Amtssicherheit

Hatte die Zirkulation bis etwa 1951 im Zeichen der britischen Politik und der allgemeinen Unsicherheit der Nachkriegszeit gestanden, so nahm nach dem Abschluß des Umschichtungsprozesses die durchschnittliche Amtssicherheit wieder zu. Zwischen 1948 und 1955 wurde ein Großteil der Karrieren begonnen oder wieder aufgenommen, die bis heute noch nicht abgeschlossen sind. Zogen in den Kreistag von 1951 noch 25 neue Abgeordnete ein, so nahm bei den folgenden Wahlen der Anteil der Neulinge stark ab. Er betrug 1955 - 18, 1959 - 13, 1962 - 14 und erst 1966 wies er mit 22 eine deutlich steigende Tendenz auf.⁴¹

Fünf der 1951 gewählten Abgeordneten sind heute noch im Amt. Bei den Bürgermeistern sanken die entsprechenden Zahlen von etwa 50 im Jahre 1948 (geschätzt) und 45 Wechseln 1951 (gesch., 32 Wechsel genau festgestellt) auf 23 bei den Wahlen 1955. Seitdem nahmen die Revirements noch stärker ab, um sich bei etwa zwölf einzuspielen. (1959 - 14, 1962 - 10, 1966 - 12).

Die gleiche Entwicklung kennzeichnet auch die Gruppe der Amtsinhaber, wiewohl hier die Zirkulation aus den oben erwähnten Gründen etwas höher lag. Neben dem Rückgang der Zirkulation vollzog sich eine Verschiebung innerhalb der Abgangsgründe. Der prozentuale Anteil der natürlichen Gründe für die Revirements, wie Tod, Alter oder Krankheit eines Stelleninhabers, nahmen anteilig zu. Während 1948 und 1951 etwa Dreiviertel aller Abgänge auf politische Ursachen (Ablösung der Nachkriegseliten, Wahlniederlagen, parteinterne Revirements) zurückzuführen waren,

so trafen diese Gründe ab 1955 seltener zu. Waren 1955 noch die Hälfte aller Wechsel im Bürgermeisteramt politisch motiviert, so sank dieser Anteil 1959 auf fünf von 14 Wechseln und blieb 1962 und 1966 etwa konstant bei einem Drittel der Wechsel.

Mit dem Rückgang von Zirkulation und politischen Abgangsgründen wurde die Elitenbildung auf den Weg der relativ unpolitischen Tradition deutscher Kommunalverfassung gelenkt. Die Wiedereinführung der überlieferten Prinzipien schwächte zugleich die Bedeutung des politischen Machtkampfes für die Zirkulation. Wo nicht schwerwiegende Ausschließungsgründe vorlagen, würden seither meist die Wiederwahlen der Amtsträger bevorzugt.

Die Autorität eines bereits innegehabten Amtes nahm wieder die überragende Bedeutung für die Selektion ein, die ihr seit vielen Generationen schon zugemessen worden war. Die Existenz der ab 1948 etablierten Eliten war grundsätzlich auf Dauer gerichtet, was zu einer bedenklichen Zunahme des Durchschnittsalters und schließlich zur Überalterung auf der Gemeinde- und Ämterebene führte.

Diese Entpolitisierungstendenzen bildeten in zunehmendem Umfang in die Gründung von Wählergemeinschaften ein, durch die ganz bewußt der Einfluß, den die Parteien seit ihrer Gründung auf die Elitenbildung ausgeübt hatten, zurückgedrängt wurde. 1966 wurden 47 Gemeinden ausschließlich von Wählergemeinschaften beherrscht, in weiteren Fällen standen die Wählergemeinschaften in den Gemeindevertretungen in Konkurrenz zu den politischen Parteien. Der wesentliche Effekt dieser ortsgebundenen Gruppierungen mit minimalem Organisationsgrad lag in der Ausschaltung überörtlicher Instanzen, wie sie in der Parteistruktur die Kreis- und Landesvorstände darstellen, sowie in einer Provinzialisierung der Elitenbildung. Da überörtliche Bindungen fehlten, wurden seither bei der Neubesetzung eines Amtes, sofern diese überhaupt, z.B. durch natürliche Umstände erzwungen, vorgenommen wurde, die Gesichtspunkte der kleinsten räumlichen Einheit wirksam. An die Stelle der Position in der Parteiorganisation trat häufig die Herkunft aus einem Ort, ja auch nur aus einem Orts-

teil. Die Garantie, die ein relativ unpolitischer Mann zur Ausübung seines Amtes im Sinne der Tradition seines engeren heimatlichen Bereiches bot, wurde wichtiger als die Zugehörigkeit zu Parteien und Verbänden, und auch die politischen Parteien wurden zur Beachtung dieser Regel gezwungen.⁴²

Bei der Aufstellung von Direktkandidaten für die Kreistagswahlen nehmen die Kreisvorstände der Parteien häufig Rücksicht auf diesen Gesichtspunkt der Heimatverbundenheit.⁴³

In diesem Sinne kommentierte der Kreisvorsitzende der SPD die Nominierung eines neuen Kandidaten für den Wahlkreis Segeberg-Süd mit dem Hinweis, daß dieser ein "Mann vom Kalkberg" wäre (ein Ortsteil Segebergs).⁴⁴

Neben den oben aufgezeichneten Wirkungen zog die Entwicklung seit 1948 auch einen Rückgang des Anteils der Neubürger an den Eliten nach sich. Wenngleich Heimatvertriebene und Ausgebombte auch unter der britischen Herrschaft nur eine Minderheit der Eliten stellten, weil sie wegen der Schwierigkeit ihrer Lebensverhältnisse weniger zur Übernahme von Ämtern geeignet waren, so stand ihnen doch damals grundsätzlich die Chance zum Aufstieg offen. Ab 1951 waren diese Möglichkeiten aber recht begrenzt, so daß es nur einigen populären Persönlichkeiten gelang, mit Hilfe des BHE in Bürgermeister- oder Amtsvorsteherämter aufzusteigen.⁴⁵

Restaurative, zirkulationsfeindliche Grundzug der Elitenbildung seit 1948 bestimmt die politische Struktur des Untersuchungsgebietes bis heute. Die Ansätzen neuer Tendenzen, die sich aus Verstädterung und Industrialisierung ergeben könnten, sind noch sehr schwach entwickelt, und es ist zweifelhaft, ob sie die Eliten und das System ihrer Rekrutierung verändern können.

Die Entwicklung des bäuerlichen Anteils der Eliten

Begleitet wurde diese Entwicklung zur Entpolitisierung von einem Anstieg des bäuerlichen Anteils an den Eliten, an dem

sich darüber hinaus die Veränderungen der politischen Szenerie nach 1945 genau ablesen lassen. Die Eliten waren bis 1945 nahezu identisch mit den bäuerlichen Führungsschichten. Der bäuerliche Anteil ging durch die britischen Eingriffe erheblich zurück; dagegen stieg der kleinbäuerliche Anteil an Bauernführern.⁴⁶

Dem konservativen Grundcharakter des bäuerlichen Elements entsprechend brauchte dieses eine geraume Zeit, um sich auf die revolutionär veränderte Situation einzustellen. Die Briten drückten den bäuerlichen Anteil an den Eliten sogar unter den entsprechenden Anteil an der Gesamtbevölkerung,⁴⁷ weil nach ihrer Ansicht die Bauern dem Ideal einer antitotalitären Gegenelite am meisten entfernt waren. Größere Einbrüche in die politische Stellung der "Grünen Front" behinderte die britische Praxis, den eliminierten Eliten ein Vorschlagsrecht für die Neubesetzung der Ämter einzuräumen. Über die Ansätze der Kontinuität, die trotz der radikalen Veränderungen sichtbar wurden, wurde bereits berichtet. Wesentliche Voraussetzung für den Wiederaufstieg der bäuerlichen Eliten war der Rückhalt, den sie im Genossenschaftswesen und in der Feuerwehr behalten hatten; in deren Führungsspitzen war die Kontinuität ungebrochen, weil sie nicht der politischen Sphäre zugehörig waren.⁴⁸

Damit waren die bäuerlichen Führungsschichten nur teilweise eliminiert und konnten ab 1948 an ungebrochene Tradition anknüpfen. Daher mußte sich der Anteil der Bauern an den Eliten nach dem Abzug der Briten mit dem Fortfall der Ausschließungsgründe verstärken. Gehörten 1946 noch zehn Bauern dem Kreistag an, so waren es 1951 bereits 13, 1955 - 16, 1959 - 16, 1962 - 20.⁴⁹

Der bäuerliche Anteil an den Amtsvorstehern betrug

1948	9 von 15
1951	13 von 15
1955	14 von 15
1959	14 von 15
1962	15 von 15
1966	11 von 15

Der Rückgang 1966 geht nur in einem Falle zu Lasten der Bauern, indem der bäuerliche Kandidat knapp unterlag (Boostedt). Es machte sich dabei die Emanzipation von Neubürgern im stadtnahen Amt Boostedt bemerkbar. In den übrigen drei Fällen wurden Personen gewählt, die der "Grünen Front" sehr nahe stehen.

Anteil der Bauern an ehrenamtlichen Bürgermeistern

1948	weniger als 50 % von damals 90 Gemeinden (geschätzt) ⁵⁰
1951	60 % (geschätzt)
1955	77 von 97
1959	76 von 97
1962	75 von 97
1966	76 von 97

Einen genauen Eindruck von der Entwicklung des bäuerlichen Anteils an den Eliten vermittelt eine Übersicht über die 13 Führungspositionen des Amtes Traventhal⁵¹ (Amtsvorsteher und zwölf Bgm., bis 1951 zehn Bgm.)

	Bauern	nicht bäuerliche Berufe
bis 1945	11	-
1945	3	8
1946	2	9
1947	2	9
1948	4	7
1949	4	7
1950	6	5
1951	11	2
1955	12	1
1959	13	-
1962	13	-
1966 (31. März)	13	-

Nachdem die Renaissance der alten Eliten abgeschlossen war, nahm der bäuerliche Anteil an den Eliten nicht mehr wesentlich

zu, sondern begann zu stagnieren. Hierin liegt ein Merkmal der konservativen Einstellung im bäuerlichen Element. Es wurden nur die Positionen wiedererrungen, die während der Nachkriegszeit verlorengegangen waren und damit der Anschluß an die Vorkriegssituation hergestellt. Eine Expansion mit dem Ziel, weitere Bastionen in den politischen Eliten zu erringen, kam nach der Stabilisierung der politischen Lage nicht mehr in Frage. Es hat sich dabei wieder die klassische Vorstellung von der Legitimität zur Machtausübung durchgesetzt, die als ungeschriebenes Gesetz in der politischen Atmosphäre schwebt. Danach steht der Zugang zu öffentlichen Ämtern vor allem der Gemeinde- und Amtsebene nicht mehr grundsätzlich offen, sondern ist an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Personenwechsel wurden in der Mehrzahl nur bei freiwilligem Rücktritt durch Alter etc., bei Ausscheiden durch Tod oder zur Rückgängigmachung eines durch Bruch mit der Legitimität entstandenen Aufstieges vorgenommen. Die konservativen Auswahlprinzipien, während der Nachkriegszeit fast völlig wirkungslos, kamen zu neuer Bedeutung. Dadurch nahm konsequent innerhalb der Bauernführer der Anteil der größeren Grundbesitzer mit der Renaissance der alten Eliten sprunghaft zu.

Die heutigen Gesetzmäßigkeiten der Zirkulation der Eliten haben ihre Grundlage in den von der zweiten Phase des Umschichtungsprozesses geschaffenen Bedingungen. Daher ist die Renaissance der alten Eliten nicht nur ein Symptom, sondern ein wesentlicher Faktor für die gegenwärtigen Verharschungserscheinungen in den Eliten.

C. Schluß

Die politischen Eliten des Kreises Segeberg wurden als homogene, der Tradition verbundene Gruppen dargestellt, die sich gegenüber den einschneidenden Entwicklungen der letzten 50 Jahre als immun erwiesen haben. Diese Unempfindlichkeit gegenüber den Auswirkungen der großen historischen Einschnitte dieses Jahrhunderts erschwert, verbunden mit der Abneigung gegen Veränderungen, einen Zirkulationsprozeß, wie er vom demokratischen Standpunkt aus wünschenswert und notwendig wäre. In den meisten Elitebereichen kommen Wechsel nur wegen der biologischen Grenzen der Menschen zustande. Die Bedeutung von Besitz und Herkunft für die Selektion, der geringe Einfluß der Parteien auf dem flachen Lande, die bis in die jüngste Zeit hinein strenge Heiratspolitik der alten Familien und die Integrations-schwierigkeiten der Neubürger beschränken den Kreis der aussichtsreichen Anwärter für ein Amt, wenn ein solches, selten genug, neu besetzt werden soll.

Der nichtdemokratische Grundzug der Elitenbildung entspricht der hierarchischen Gesellschaftsschichtung der bäuerlichen Gemeinden. Die Zirkulation entwickelt sich derart schleppend, daß von einer Amalgamierung der alten Eliten mit den neuen nicht gesprochen werden kann. Auf die Dauer gesehen, dürfte die innere Kraft der etablierten Gruppen wegen ihrer geringen Breite und ihrer mäßigen Regenerationsfähigkeit nicht unbeeinträchtigt bleiben, wenngleich ihr Beharrungsvermögen heute unerschütterlich erscheint und die Verfestigungstendenzen seit der Mitte der fünfziger Jahre zugenommen haben. Die künftige Entwicklung wird nicht zuletzt von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation in der Landwirtschaft abhängen.

Der Preis für die Mängel der Elitenbildung in den meisten Gemeinden wird nicht nur mit dem Verzicht auf eine mögliche lebendige Gemeindedemokratie bezahlt, sondern auch mit stagnierenden Bevölkerungszahlen, abnehmendem Anteil an der öffentlichen Finanzmasse und Vergrößerung des Rückstandes gegenüber

dem Entwicklungsstandard der Schwerpunktgemeinden.

Die tieferen Ursachen dieser retardierenden Tendenzen liegen eindeutig in der gegenwärtigen psychologischen Situation der bäuerlichen Führungsschichten, während die Möglichkeit für Durchsetzung der konservativen Prinzipien durch den geringen Einfluß der Verstädterung in den Bauerndörfern gegeben ist. Die Bevölkerungsverschiebung innerhalb des Kreisgebietes übernimmt dabei eine Ausgleichsfunktion.

Die besondere Situation der kommunalen Elitenbildung im Vergleich zur staatlichen Ebene kann für Schleswig-Holstein nicht mit dem Hinweis auf die grundsätzlichen Unterschiede zwischen Staat und Gemeinden erklärt werden, in dem Sinne, daß die Idee der kommunalen Selbstverwaltung besondere Grundlagen der Elitenbildung impliziert. Der Rekurs auf die lebendige Gemeindegemeinschaft ist im Sinne dieser Problematik nicht angemessen, da in der Bevölkerung Schleswig-Holsteins, auch in den kommunalen Führungsschichten, anders als in weiten Teilen Süddeutschlands, klare Vorstellungen über die spezielle Funktion der Gemeinden gegenüber den staatlichen Aufgaben nicht bestehen. Beide Bereiche gelten vielmehr als eine Einheit, um so mehr, als in Schleswig-Holstein die Ebene der Regierungsbezirke entfällt und staatliche Aufgaben mehr als in anderen Flächenstaaten den Kreisen übertragen werden. Wenn trotzdem der Gedanke der kommunalen Selbstverwaltung in den Äußerungen von Kommunalpolitikern manchmal Raum gewinnt, so vor allem aus der Sorge um die Erhaltung des überlieferten Herrschaftsgefüges.

Der Kreis Segeberg weist, wie eingangs erwähnt wurde, keine politische, soziale und wirtschaftliche Struktur auf, die unter den Landkreisen Schleswig-Holsteins einmalig dastünde. Mit seinen traditionellen und fortschrittlichen Elementen, mit seinem Nebeneinander von bäuerlichen und verstädterischen Eliten, mit seiner geographischen Lage in Mittelholstein, mag er sogar einem Querschnitt der schleswig-holsteinischen Landkreise entsprechen. Wenn seine Elitenbildung als eine Funktion der Sozialstruktur verstanden wird, so dürften in den meisten Landkreisen

der Marsch und des östlichen Hügellandes die Verfestigungstendenzen ähnlich stark oder noch stärker hervortreten, da dort - wie Heberle nachweist - die soziale Abstufung in den Bauerndörfern schärfer ausgeprägt ist als auf dem Geestrücken.¹

Daher können die aus der Untersuchung gewonnenen Ergebnisse grundsätzliche Gültigkeit für die Situation der Elitenbildung im übrigen Schleswig-Holstein beanspruchen.

Für die Elitenforschung kann die vorliegende Arbeit insofern einen Beitrag liefern, als sie die Bedeutung der Sozialstruktur, der wirtschaftlichen Entwicklung und des Politisierungsgrades für die Elitenbildung in einem überschaubaren Raum an Hand von ausführlichem empirischen Material demonstriert. Die gesamtgesellschaftlichen Vorgänge, also Industrialisierung, Entstehung der Massengesellschaft und egalitären Massendemokratie, die etwa in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts zur Auflösung der alten Eliten und zum Entstehen einer Elitendiskussion geführt haben, konnten das untersuchte Gebiet bisher nur an Rande streifen. Die charakteristischen Begleiterscheinungen jenes Umbruchs, die Häufung der Elitegruppen, der Bedeutungsrückgang der konservativen Auswahlprinzipien, der Übergang vom Honoratiorentypus zum Berufspolitiker, die Anonymität der Führer, die Politisierung der Gesellschaft durch die modernen Massenparteien, sowie die Zunahme von Bürokratie und Organisation können heute, mehr als ein halbes Jahrhundert später, nur in einigen wenigen Elitebereichen des Untersuchungsgebietes festgestellt werden. Das ist um so erstaunlicher, als die demokratischen Prinzipien der Elitenbildung über die staatlichen Verfassungen Eingang in die kommunalen Satzungen gefunden haben. Die aktuelle Situation der Elitenbildung im Kreise Segeberg, die naturgemäß der Sozialstruktur entspricht, verdeutlicht eine Diskrepanz zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit, die größer ist als im staatlichen Bereich, selbst wenn man den von Dahrendorf festgestellten restaurativen Grundzug der Gesellschaft der BRD in Rechnung stellt. Der Gleichheitsgrundsatz, der in der Praxis nie vollständig verwirklicht werden kann,

wird in der kommunalen Elitenbildung weitaus stärker als im staatlichen Bereich modifiziert.

Von den großen historischen Erschütterungen dieses Jahrhunderts, die auf der staatlichen Ebene größere Revirements mit sich brachten, blieben nicht nur die Prinzipien der kommunalen Elitenbildung, sondern auch die Eliten selbst wenig berührt. Praktisch setzt sich die Kontinuität der Eliten aus der Vergangenheit, mindestens seit einhundert Jahren, mit nur geringfügigen Unterbrechungen bis in die jüngste Zeit hinein fort. Weder der Bevölkerungszuwachs nach 1945 noch die gleichzeitig einsetzende Industrialisierung des Kreises haben die Herrschaft der alten Eliten dauerhaft gefährden können, ebensowenig wie die Veränderungen in der Staats- und Regierungsform, Manipulationen des Wahl- und des kommunalen Verfassungsrechts oder massive Interventionen der Besatzungsmacht. Obwohl die Technisierung die Wirtschaftsweise in der Landwirtschaft revolutioniert hat, blieb die traditionell hierarchische Gesellschaftsordnung der Bauerndörfer ohne große Einbrüche erhalten. Die an der Spitze der Gesellschaftspyramide stehenden Familien beanspruchen heute, wie früher, erfolgreich die politischen Führungspositionen. Die innere Kraft dieser alten Eliten beruht heute weniger auf ihrer aktuellen wirtschaftlichen Situation, als auf dem Ansehen, das aus ihrer traditionellen, an Hektargrößen orientierten wirtschaftlichen Vormachtstellung fließt. Hinzu kommen die Homogenität der Eliten, die Gleichheit der sozialen und lokalen Herkunft, der wirtschaftlichen Interessen, des Bildungsstandes und der Vorstellungswelt sowie der beruflichen Unabhängigkeit. Aus ihrem Ansehen ergibt sich ein Einfluß auf die politische Milieubildung der Dorfbewölkerung, die bei Wahlen häufig dem angesehensten Bauern zu folgen bereit ist.

Die an der Tradition ausgerichtete Grundhaltung der ländlichen Bevölkerung und der Vorrang der konservativen Auswahlprinzipien scheinen die Lebensfähigkeit dieses Herrschaftssystems zu begünstigen. Der Futtpolitisierungstendenz tritt

jedoch eine von Verstädterung und Industrialisierung geförderte fortschrittliche Tendenz gegenüber. In der dynamischen Entwicklung der Schwerpunktgemeinden, in der Ausweitung der Staatstätigkeit liegt auf die Dauer gesehen der Keim für die Eliminierung der alten Eliten der Bauerndörfer. An deren Stabilität scheiterte bisher der Einfluß der egalisierenden und nivellierenden Begleiterscheinungen der Verstädterung auf die Bauerndörfer.

Dafür vergrößern die retardierenden Tendenzen der bäuerlichen Eliten zwangsläufig das Gefälle zwischen Schwerpunkt- und Bauerngemeinden. Letzteren bleibt auf lange Sicht nur die Wahl zwischen einer Adaption der modernen Prinzipien der Elitenbildung und des Parteienstaates und politischer und wirtschaftlicher Bedeutungslosigkeit im Rahmen des Untersuchungsgebietes.

Der aristokratische bzw. oligarchische Grundzug der Elitenbildung, der aufgestaute Kreislauf und die starren Selektionsprinzipien erweisen sich für das Gros der Gemeinden als ein Hemmnis für eine fortschrittorientierte Entwicklung.

Der verengte Zugang neuer Schichten zu den Eliten auf Grund von Bewährungsaufstieg und Leistungsqualifikation verhindert die demokratische Legitimierung der Eliten. Anzeichen für eine mögliche Demokratisierung ergeben sich aus der Vorstellungswelt der Eliten nicht, vielmehr könnte diese durch die Dynamik der modernen Entwicklungen und ihre Ausweitung auf das gesamte Kreisgebiet erzwungen werden.

- - - - -

A. Einleitung

- 1 Freund, Michael: Das Elitenproblem in der modernen Politik, in: Politische Bildung, H. 46, 1954, S. 235.
- 2 Die Elitediskussion begann mit den sog. Neomachiavellisten, Mosca, Pareto und Sorel, als durch den Übergang von der bürgerlichen zur Massengesellschaft die Notwendigkeit einer Legitimation und Standortbestimmung der herrschenden Gruppen erkannt wurde.
- 3 Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, 4. Auflage, Tübingen 1956, S. 170 f.
- 4 So z.B. Röpcke, Wilhelm: Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Zürich 1942, S. 48.
und Mannheim, Karl: Mensch und Gesellschaft in einem Zeitalter des Umbaus, Darmstadt 1950, S. 98 ff
und Ortega y Gasset: Aufstand der Massen, Stuttgart 1953, S. 7.
- 5 Szasny, Gerhard: Elite und Demokratie, in: Die neue Gesellschaft, H. 1, 1962, S. 18.
- 6 Der Wortbegriff erlaubt keine genaue Festlegung auf die Zugehörigkeit einzelner Personen zur Elite.
- 7 Bethusy-Huc, Viola Gräfin von: Demokratie und Interessenpolitik, Wiesbaden 1962, S. 142.
- 8 Ein erheblicher Teil der politischen Eliten übt führende Funktionen im Bauernverband aus.
- 9 Lediglich der einflußreiche frühere Sekretär der Landarbeitergewerkschaft, Gustav Schwörke, gehörte zu den politischen Eliten als Kreistagsabgeordneter und Mitglied des Kreis Ausschusses.
- 10 Siegener Zeitung, 4. 2. 64
- 11 Unter den Gesichtspunkt der Zirkulation werden aber auch andere Aspekte der Elitenbildung, z.B. die Selektion, Berücksichtigung finden.

- 12 Kreis Segeberg, Schriftenreihe/Heft 1, 1962, Strukturuntersuchungen: Bevölkerung, Fendler, herausgegeben von der Kreisverwaltung, S. 4 ff.
- 13 Die Unterscheidung der Schriftenreihe/Heft 1, S. 5, zwischen Gemeinden, die 1939 weniger als 1 000 Einwohner hatten und bis 1960 eine Bevölkerungszunahme von mehr als 50 % verzeichneten, und solchen, deren Zunahme unter 50 % lag, wird nicht übernommen.
- 14 Kreis Segeberg, a.a.O., S. 6; 1966 lag sie bei 106 605 (30.6.)
- 15 Die Gemeinde Trappenkamp entstand erst 1956.
- 16 Nach dem Vorbericht für den Haushalteplan des Kreises hatten die im Einzugsgebiet Hamburgs liegenden Gemeinden Kayhude mit 18 %, Henstedt mit 12,8 %, Nahe mit 11,76 % den höchsten relativen Bevölkerungszuwachs aller Gemeinden im Zeitraum vom 1.7.1965 bis zum 30.6.1966.
- 17 Im Oktober 1960 hatte Bad Segeberg 685 Auspendler, Bad Bramstedt 468, Wahlstedt 250, Kaltenkirchen 509, Ulzburg 355, Henstedt 643, Boostedt 225, Gadeland 845, Bornhöved 179, Ellerau 277, Trappenkamp nicht angegeben, nach: Der Kreis Segeberg, Schriftenreihe/Heft 1.
- 18 Der Kreis Segeberg, Schriftenreihe/Heft 2, 1963. Probleme der Raumordnung im Kreise Segeberg, hrsg. von der Kreisverwaltung, S. 15.
- 19 Eschenburg, Theodor: Möglichkeit und Grenzen der modernen Gemeindedemokratie. Vortrag gehalten im Juni 1964 auf dem Zentralverbandstag der deutschen Haus- und Grundeigentümer in Travemünde, abgedruckt in: Lübeckische Blätter, Jg. 1966, Nr. 2, S. 20.
- 20 ders. S. 21
- 21 ders. S. 20
- 22 ebenda

- 25 so z.B. Mills, C.W.: The Power Elite, New York 1959, S. 30 bis 46, und Kaufmann, Harold, F.: Defining Prestige in a Rural Community, N.Y. 1946.
- 24 vgl. dazu S. 2 ff
- 25 Zapf, Wolfgang: Wandlungen einer Elite, München 1965
- 26 Edinger, Lewis: Post-totalitarian leadership in: American Science Review, 1960, S. 58
- 27 Lohnar, Ulrich: Innerparteiliche Demokratie, Stuttgart 1963 und Bethusy-Huc, a.a.O.

B. Hauptteil

1. Begriff und Bedeutung der Zirkulation

- 1 Duverger, Maurice: Die politischen Parteien, Tübingen 1959, S. 172.
- 2 v.d. Heydte, Friedrich-August, Sacklerl, Karl: Soziologie der deutschen Parteien, München 1955, S. 152.
- 3 Die allgemeinen Aufstiegsbedingungen in der Gesellschaft beeinflussen die Möglichkeit des Aufstiegs in die Eliten.
- 4 Pareto, Vilfredo: Allgemeine Soziologie, hrsg. von Karl Brinkmann, Tübingen 1955, S. 220 ff.
- 5 Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Neuaufgabe Stuttgart 1955, S. 25.
- 6 Man denke z.B. an das Fiasko der IV. französischen Republik.
- 7 Mann, Golo: Politische Entwicklung 1815 - 1871 in: Propyläen-Weltgeschichte, 8. Band, Frankfurt und Berlin 1960, S. 427.
- 8 Michels, a.a.O. S. 352.

II. Das Ausmaß der Zirkulation

- 1 Dr. Alnor 1959, Dorenburg 1966.
- 2 Der Grad der Parlamentarisierung der Kommunen ging in Schleswig-Holstein 1950 mit der Verwaltungsumstellung zurück. Diese Parlamentarisierung war ein Hauptanliegen der britischen Politik gegenüber den deutschen Kommunen.
- 3 Demokratisierung und Dezentralisierung der örtlichen und Gebietsregierung, 2. rev. Aufl. von 1.2.46, Teil I, hrsg. von Brit. Militärreg., S. 8.
- 4 Ob unter diesen Umständen noch von einem ausgekugelten Verhältnis von stabilen und dynamischen Elementen gesprochen werden kann, erscheint zweifelhaft. Die Verwaltungsumstellung von 1950 wurde in bewusster Abkehr von den Prinzipien konzipiert, die nach 1945 zu einer gewissen Labilität in der kommunalen Eliteabildung geführt haben.
- 5 Eine Altersgrenze im ehrenamtlichen Element gibt es natürlich nicht, doch erfolgt ein Ausscheiden aus Altersgründen meist nicht vor Erreichen des 70. Lebensjahres.
- 6 Dieser Terminus wurde in den Diskussionen um die Landratswahl 1966 häufig von Abgeordneten gebraucht.
- 7 Graf Schwerin-Krosigk war 40 Jahre, Dr. Laux 37 Jahre, Dr. Janus 34 Jahre, Clausen 35 Jahre und von Scholima 37 Jahre alt.
- 8 Nach Ansicht prominenter Vertreter der drei Fraktionen (Kröger, Hastedt, Franck, Tietz) sollte die voraussichtliche Dauer der Tätigkeit des zukünftigen Landrates ein wichtiges Auswahlprinzip sein.
- 9 Diese Frage war wie alle mit der Landratswahl zusammenhängenden Erörterungen der Kreistagsfraktionen vor der Sorge der Abgeordneten bestimmt, der künftige Landrat könne zum Herbst möglichen Termin den Kreis wieder verlassen. Insofern versuchte man bei der Wahl des Grafen Schwerin-Krosigk ganz bewußt von den Defiziten der Landratswahl von 1959 abzurücken.

- 10 Diese Ansicht vertrat der Kreisgeschäftsführer der CDU, Hübner, während eine starke Gruppe in der Fraktion unter Führung des Kreispräsidenten Hastedt es ablehnte, dem Parteiinteresse irgendwelche Beachtung zu schenken.
- 11 Nach Angaben der Abg. Frank und Tietz.
- 12 Segeberger Zeitung, 7.3.66.
- 13 Nach Angaben des Bürgervorstehers a.D. Lieck.
- 14 Nach Angaben des Abg. Matthée.
- 15 Nach Berechnungen des Verfassers nach Unterlagen des Kreis-ausschußbüros.
- 16 Siehe die Ausführungen über die Umschichtung nach 1945 S. 116 bis 140.
- 17 Die zweite Phase der Umschichtung nach 1945 begann 1948, hatte 1951 ihren Höhepunkt und wurde 1955 abgeschlossen.
- 18 Ohne nachgerückte Abgeordnete.
- 19 Über die unterschiedlich starke Einflußnahme der zentralen Parteivorstände auf die Aufstellung der Liste bzw. auf die Nominierung der Direktkandidaten vgl. Kaufmann, Kohl und Molt, Kandidaturen zum Bundestag, mit einem Vorwort von Dolf Sternberger, Köln und Berlin 1961, S. 84.
- 20 Die Bevölkerungsverschiebung enthält ein Unruheelement und verhilft darüber hinaus den Schwerpunktgemeinden zu steigendem Einfluß im Kreistag.
- 21 So die Abg. Dr. Iversen (Bad Segeberg) und Wrage (Bad Bramstedt), die 1966 auf den Listenplätzen 4 bzw. 7 aufgestellt wurden. Zwei sichere Listenplätze sind bei der FDP traditionell für Vertreter der beiden Städte reserviert.
- 22 Schröder, Carstens und Juister sind Amtsvorsteher und Bgm., Pohlmann, Tietz und Ullrichs Bgm., Christopher ehemaliger Bgm., Dr. Iversen ehemaliger BV.

- 23 Auch 1962 wurde die SPD-Fraktion wesentlich verjüngt, vgl. Segeberger Zeitung vom 1.2.62.
- 24 Eine Garantie, wieder nominiert zu werden, besitzt praktisch nur der Kreisvorsitzende,
- 25 vgl. dazu S. 17.
- 26 Angaben über die CDU durch Kreisgeschäftsführer Hübner, über die SPD durch den Kreisvorsitzenden Frank, ferner durch Einzelangaben der Abg. Tietz und Matthée sowie durch Unterlagen des Kreisausschußbüros.
- 27 So wurde der stellv. Kreisvorsitzende Büsing nach einer Machtprobe aus der SPD ausgeschlossen, die Abg. Schmidt unterlag im Ortsverein und in der Kreisdelegiertenversammlung gegen Olef.
- 28 Die Frage der Zweckmäßigkeit einer Urwahl der Bgm. wird in Schleswig-Holstein seit einigen Jahren diskutiert. Ob dadurch Veränderungen in der Elitenbildung hervorgerufen werden, erscheint zweifelhaft.
- 29 Lediglich in Boostedt, Gadeland, Rickling, Todesfelde und Fehrenbötzel haben Änderungen in der Zusammensetzung der Vertretung zu einem Wechsel im Bürgermeisteramt geführt.
- 30 Am 2.5.62 schrieb die Segeberger Zeitung unter der Überschrift "Unbeirrbar und überparteilich": "In jedem Dorfe gibt es eine Persönlichkeit, die durch ihr Wirken für die Allgemeinheit auf kommunaler Ebene das bedeutet, was man früher . . . einen Vater des Vaterlandes nannte."
- 31 Der Bürgermeister hieß vor Einführung der preußischen Gemeindeordnung Bauernvogt, dann Gemeindevorsteher.
- 32 Die Wechsel während der gegenwärtigen Legislaturperiode können nicht mit einbezogen werden. Nach dem Durchschnitt der letzten elf Jahre kann mit 5-8 Wechseln bis 1970 gerechnet werden.
- 33 Die häufigsten Wechsel wurden in Ellerau vorgenommen, wo jede Kommunalwahl einen neuen Bgm. hervorbrachte.

- 35 Angaben durch den Kreisgeschäftsführer des Bauernverbandes Riechling, den Amtsvorsteher Matthée sowie nach Unterlagen der Kommunalaufsicht, Az. 4001 - 2, 3, 4, und 8. Band.
- 36 Eine genaue Teilung zwischen Berufstätigen und Altenteilern ist nicht möglich, da mehrere bäuerliche Bgm. offiziell noch als Betriebsführer gelten, die Bewirtschaftung ihres Hofes aber den Söhnen überlassen haben. Die Gesamtzahl der Altenteiler etc. dürfte bei 50 liegen.
- 37 Kommunalaufsicht, Az. 4001 - 8. Band.
- 38 Über die Rolle des Legitimitätsdenkers vgl. S. 45
- 39 ebenda
- 40 bzw. die Einheirat in eine alte Familie.
- 41 Kommunalaufsicht, Az. 4001 - 2. und 3. Band.
- 42 Während alle anderen von SPD-Mitgliedern gewonnenen Führungspositionen gleichsam zur Disposition der Partei stehen, sind die SPD-Bgm. relativ unabhängig.
- 43 Meist steht nur ein Kandidat zur Wahl. Etwaige weitere Bewerber treten nur selten auf.
- 44 Nach Angaben von Bgm. Kaack bzw. Riechling.
- 45 Etwa 10 von 70 Wechseln waren rein politisch motiviert.
- 46 Durchschnittliche Amtszeit eines Bgm. in Latendorf; 33 Jahre.
- 47 Bis auf Matthée, Graf Rantzau und Klook.
- 48 Lediglich im Amtsausschuß Boostedt sind die Bgm. in der Minderheit. (Für das Amt Großenaspe gilt die Sonderregelung der AO wonach die Amtsausschüsse mindestens fünf Mitglieder haben müssen.
- 49 Die Amtsvorsteher Schröder, Freudenthal, Lühje, Biß, Stöltzing, Mahnke, Holst, Schlätel, Mohr, Carstens, Timm, Juister sind zugleich dienstälteste bzw. zweitälteste Bgm. ihres Amtes.
- 50 vgl. dazu S. 50.

- 51 Ein eindeutig politisch motivierter Wechsel ist nicht bekannt. In einigen Fällen scheinen Rivalitäten zwischen den amtsangehörigen Gemeinden eine Veränderung bewirkt zu haben.
- 52 In Bad Bramstedt entstand 1962 eine Auseinandersetzung über § 4, Abs. 3 der Hauptsatzung, in dem die Repräsentation der Stadt durch den BV und den Bgm. geregelt wird. Der Landrat beanstandete diesen Fassung mit dem Hinweis, daß dem BV in der Repräsentation der Vortritt einzuräumen sei. (Nach Segeberger Zeitung vom 7.3.62)

III. Die zirkulationshemmenden Faktoren

1. Die Kohäsion der politischen Eliten

- 1 Dahrendorf, Ralf: Ausbildung einer Elite, in: Der Monat, H. 166, S. 16 f.
- 2 Dahrendorf weist mit Hilfe des begrifflichen Gegensatzes zwischen abstrakter und etablierter Elite nach, daß die deutsche Gesellschaft nie eine homogene Oberschicht besessen hat.
- 3 vgl. dazu S. 2.
- 4 vgl. dazu Michels, Robert: Soziologie des Parteiwesens, Neudruck der 2. Aufl., Stuttgart 1955, S. 15
- 5 vgl. dazu Weber, Max: Politiker als Beruf, München und Leipzig 1926,
ders. Wirtschaft und Gesellschaft, 4. Aufl., Tübingen 1956, S. 170,
Mannheim, Karl: Mensch und Gesellschaft in einem Zeitalter des Umbaus, Darmstadt 1950, S. 98 ff.
Röpcke, Wilhelm: Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Zürich 1942, S. 48.
- 66 Oligarchische Erscheinungen bei abstrakten Eliten treten im Zusammenhang mit hohem Organisationsgrad und Bürokratisierungstendenzen auf.
- 7 Der egalitäre Impetus der Neubürger ergibt sich daraus, daß sie nicht als etabliert gelten.
- 8 In Boostedt gewann der BHE acht von 15 Mandaten der Gemeindevertretung, in Gr. Kummerfeld errang er ebenfalls die Mehrheit, überließ jedoch das Bürgermeisteramt mit Rücksicht auf die Stimmung unter den Alteingesessenen den bäuerlichen CDU-Vertretern Kracht bzw. Hammerich.
- 9 Die acht Sitze im Kreisausschuß sowie die drei Führungspositionen der Gemeinden werden nach dem Hondtschen Höchstzahlverfahren auf die Fraktionen aufgeteilt. Die bis 1959 häufig

auftretende Listenverbindung der bürgerlichen Parteien, die sich in der Regel gegen SPD und BHE richtete, begünstigte dabei die Kandidaten der bürgerlichen Einheitsfraktion. Auf den Dörfern wurde die Unterrepräsentierung der Neubürger in den parlamentarischen Führungsspitzen durch das Vorherrschen festverwurzelter Legitimitätsvorstellungen verursacht.

- 10 s. Beispiel des Bgm. von Fehrenbötel, S. 38.
- 11 Für die Gemeindewahlen nehmen CDU und FDP oder die WG in verschiedenen Gemeinden aus optischen Gründen auch Neubürger auf ihre Listen auf. Eine echte Gleichheit der politischen Rechte ist damit aber noch nicht gegeben.
- 12 Angaben nach: Der Kreis Segeberg, Strukturuntersuchungen, Schriftenreihe Heft 1, 1962, hrsg. von der Kreisverwaltung Segeberg, S. 6.
und: Gemeindeverzeichnis der Kommunalaufsicht (für 1966)
- 13 Nach dem Vorbericht zum Haushaltsplan des Kreises Segeberg für das Rechnungsjahr 1967 stieg die Kreisbevölkerung vom 1.7.65 bis zum 30.6.66 um 0,8 % durch Geburtenüberschuß, aber um 1,9 % durch Wanderungsgewinn.
- 14 Nach Angaben des Kreis Ausschußbüros.
- 15 Die Umstände der Kandidatennominierung und der Listenaufstellung bei der SPD bleiben der Öffentlichkeit, anders als bei CDU und FDP, nahezu unbekannt. Die straffere Parteidisziplin erlaubt einen Geheimnisschutz auch bei Angelegenheiten, die nicht der Geheimhaltung bedürften. Diese Praxis hebt sich von der in allen übrigen kommunalpolitischen Bereichen geübten Publizität ab.
- 16 Sämtliche Zahlenangaben nach Unterlagen des Kreis Ausschußbüros und der Kommunalaufsicht.
- 17 Die bürgerlichen Führer beanspruchen mit Erfolg die meisten Ämter für sich. Ihre Position in den Auswahlgremien ist so stark, daß andere Berufe nur mit ihrer Billigung in führende

Positionen gelangen. Wenn der bäuerliche Anspruch nicht allgemein akzeptiert wird - was selten vorkommt - kommt es zu Kampfabstimmungen wie bei der Wahl des Amtsvorstehers in Boostedt 1966 oder der Nominierung des CDU-Landtagskandidaten für den Wahlkreis Segeberg-Nord am 30.9.66, als der bäuerliche Kandidat seinen Gegenkandidaten, der sich auf die verstädterten Gemeinden stützte, mit 118 zu 105 Stimmen im zweiten Wahlgang schlug. Ähnlich unkämpft ist in der CDU-Kreistagsfraktion die Delegation von Abgeordneten in den Kreisausschuß, bei der der bäuerliche Flügel regelmäßig seine Überlegenheit unter berufsständischen Gesichtspunkten ausspielt.

- 18 Amtsvorsteher von Boostedt wurde Matthée, auf den fünf Stimmen entfielen, gegen den bäuerlichen Bgm. Kröger, der die gleiche Stimmenzahl erreichte.
- 19 In einigen kleinen Gemeinden führt der Lehrer den Schriftverkehr des Bürgermeisters und nimmt damit Einfluß auf die Politik. Im allgemeinen sind jedoch von den ländlichen Oberschichten nur die Groß- und Mittelbauern in den politischen Eliten vertreten, während die Spezialberufe das politische Engagement scheuen.
- 20 Der bäuerliche Anteil ging auf 20 (von 43) auf 17 (von 45) Abgeordneten zurück. Dafür entsandte z.B. Wahlstedt erstmalig fünf Abgeordnete.
- 21 1960 waren 143 landwirtschaftliche Genossenschaften im Kreise Segeberg vertreten. Davon waren 53 Spar- und Darlehnskassen und 39 Meiereigenossenschaften. (Angaben nach Lüthje: Genossenschaftliche Arbeit im Kreise Segeberg, in: Der Kreis Segeberg, Geschichte, Landschaft, Wirtschaft, Oldenburg i./O. 1960, S. 90.)
- 22 Nach Berechnungen des Verfassers auf Grund von Unterlagen der Kommunalaufsicht, Az.: 4001, 8. Band.
- 23 Nach Angaben des Geschäftsführers des Kreisbauernverbandes, Riechling.

24 s. Anhang Nr. 9

25 s. Anhang Nr. 10

26 Art. 22, Abs. 3, Satz 2 der Satzung des Bauernverbandes Schleswig-Holstein vom 13.6.61. sagt dagegen: "Bei der Wahl der Organe sollen die Besitzgrößen und die Eigentumsverhältnisse entsprechend berücksichtigt werden."

27 vgl. dazu S. 42.

2. Das Verhältnis der Eliten zu den Parteien

- 1 Dazu schrieb die Segeberger Zeitung am 21.7.62 unter der Überschrift "Kein Wechsel in den Kommunen": über die Wahl der Verwaltungsleiter in 36 Kreisen, Städten und Gemeinden des Landes: Auffällig ist, daß man dort, wo man einen neuen Mann wählte, sich meist auf einen Parteilosen einigte.
- 2 Der Mangel der eigentümlichen schleswig-holsteinischen Konstruktion der kommunalen Führungsspitze liegt im Fehlen einer aus dem Parlament hervorgegangenen Führung. Die Delegation von Abgeordneten in den Kreisausschuß, Magistrat oder Hauptausschuß, dessen Vorsitz der hauptamtliche Verwaltungsleiter führt, kann nur als bescheidener Ersatz für eine demokratisch-parlamentarische Lösung gewertet werden.
- 3 Es handelte sich um die Landräte Rohwer (Rendsburg), Siegel (Stormarn), Schinkel (Pinneberg), Dassau (Plön), Pahlke (Itzehoe), Albers (Meldorf), Lübcke (Flensburg) und Tackmann (Eutin).
- 4 Das Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als Dr. Dr. Fagel unbestritten der einflußreichste Politiker der Nachkriegszeit im Kreise war, während sein siegreicher Gegenkandidat Dr. Alnor im Kreise Segeberg noch nicht hervorgetreten war, dafür aber als früherer Landrat in Eckernförde auf seine Erfahrungen in der Kommunalpolitik hinweisen konnte. Dieser Übergang vom Typ des kraftvollen Parteiführers zum relativ unpolitischen Fachjuristen kennzeichnet den Wechsel im Auswahlprinzip zum Abschluß der von den Briten bestimmten Nachkriegsphase in der Kommunalpolitik.
- 5 Kreispräsident Hastedt in einem Gespräch mit dem Verfasser am 4.1.66.
- 6 Vgl. dazu die Ausführungen auf S. 24 ff.
- 7 Die Mehrheitspartei erwartet lediglich, daß der Kandidat keiner anderen Partei nahesteht. Eine aktive Mitwirkung in der Parteiarbeit ist dagegen unerwünscht. Wichtiger als die Stellung in der Partei wird bei der Auswahl die Herkunft aus der Inspek-

- torenlaufbahn des allgemeinen Verwaltungsdienstes.
- 8 Der Bürgervorsteher von Kaltenkrüchen wurde 1962 durch eine Koalition von SPD und FDF gewählt, wobei die CDU als stärkste Partei überstimmt wurde.
 - 9 Nur 2 von 7 Mitgliedern des CDU-Kreisvorstandes gelten als Alteingesessene, dafür aber 4 von 5 Vertretern im Kreis Ausschuß.
 - 10 Wo die Bauernführer Parteiämter übernehmen, z.B. als Ortsverbandsvorsitzender, streben sie in der Regel eine Entpolitisierung an. Solche Ortsverbände beschränken ihre Tätigkeit auf die im Wahlgesetz vorgeschriebenen Versammlungen vor Kommunalwahlen zur Aufstellung der Liste und Nominierung der Direktkandidaten.
 - 11 Der Gegensatz von Partei und Fraktion stellt sich bei der FDP nicht, da eine Partei im engeren Sinne nicht besteht.
 - 12 Auf der anderen Seite scheiterte auch ein Versuch des Vorsitzenden des Kreisbauernverbandes, des Abg. Pulvermann, eine einheitliche Abstimmung aller bäuerlichen Abgeordneten zu erzielen.
 - 13 In der Kreisdelegiertenversammlung der CDU am 28.1.66 in Bad Segeberg.
 - 14 Erst die Autorität des Kreisverbandsvorsitzenden Dr. Lemke, der mehrfach auf die Verdienste der Vorstandsmitglieder hinwies und ihre Nichtberücksichtigung auf der Liste als eine Mißachtung der Vorstandsarbeit hinstellte, machte die Versammlung geneigt, dem Vorstand die Listenplätze 3 - 8 einzuräumen. Der Zwist zwischen Parteiführung und bäuerlichen Honoratioren um die Durchsetzung der Parteiraison bei der Landratswahl überschattete die Kreisdelegiertenversammlung.
 - 15 Die Abneigung gegen zentrale Einflußnahme kann sich schon im Verhältnis der Bgm. zur Amtsverwaltung auswirken und macht nur langsam der Erkenntnis Platz, daß die Stärkung der Verwaltungs-

kraft der Ämter die Alternative zu einer Kommunalverfassung auf der Grundlage der Großgemeinde bildet.

- 16 Die hierarchische Gliederung der dörflichen Gesellschaften wirkt sich hemmend auf die soziale Mobilität aus, die wiederum eine Grundlage der Zirkulation der Eliten bildet.
- 17 Der Ortsverband Boostedt der CDU, der im wesentlichen von den größeren Hofbesitzern der Gemeinde getragen wurde, erweiterte sich innerhalb eines Jahres durch Zugang von Neubürgern von 23 auf 90 Mitglieder. Von den Neulingen waren knapp ein Drittel Frauen, die bei der innerparteilichen Mehrheitsbildung mitwirkten. Bei den Alteingesessenen betätigt sich in der Regel nur der Haushaltsvorstand politisch. Viele Ortsverbände der CDU haben keine weiblichen Mitglieder, im Gegensatz zu den Ortsvereinen der SPD.
- 17a Die Wahlen werden meist spontan und einstimmig vorgenommen.
- 18 Segeberger Zeitung vom 5.4.62
- 19 ebenda
- 20 ebenda
- 21 Erlaß des Innenministers vom 31.8.65, Amtsblatt S. 450
- 22 Denkbar wäre es auch, daß der materielle Anreiz zu einem Wettbewerb um die Ämter führte, der die Zirkulation fördern könnte. In der Praxis gibt es dafür aber keine deutlichen Ansatzpunkte.
- 23 Segeberger Zeitung vom 5.4.62
- 24 Interventionen von Mitgliedern des Kreisvorstandes bei Ortsverbänden anlässlich der Aufstellung von Direktkandidaten sind selten und haben wenig Aussicht auf Erfolg.
- 25 vgl. dazu Kaufmann, Kohl und Molt, a.a.O. S. 84
- 26 ebenda
- 27 Nach Angaben des Bgm. Stölting.
- 28 Nach Angaben des Bgm. Kaack

- 29 Nach Angaben des Geschäftsführers des Kreisbauernverbandes Riechling.
- 30 Die CDU, die über 46 Ortsverbände verfügt, konnte nur in 38 Gemeinden mit eigenen Listen auftreten. (Nach Angaben des stellv. Kreisvorsitzenden Cornehlis)
- 31 Vgl. dazu Anhang Nr. 11
- 32 Vgl. dazu Anhang Nr. 11
- 33 Vgl. stenographische Berichte des schleswig-holsteinischen Landtages, 4. Periode, 12. Sitzung vom 2.2.59.
- 34 ebenda, vgl. dazu auch Grundmann, Werner: Die Rathausparteien, Göttingen 1960.
- 35 ebenda
- 36 Nach Berechnungen des Verfassers auf Grund der Wahlunterlagen des Ordnungsamtes der Kreisverwaltung, vgl. auch Anhang Nr. 11
- 37 Vgl. dazu S. 43.

3. Die Familienherrschaft

- 1 Eine übersichtliche dynastische Reihenfolge der Ämterbesetzung zeigt das folgende Beispiel Latendorf.
- 2 Die Einheirat in eine gesellschaftlich führende Familie setzt den Einheiratenden ohne Rücksicht auf seine Herkunft in die politischen Rechte und Vorrechte dieser Familien ein und legitimiert ihn zur Übernahme öffentlicher Ämter. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß die eingeheirateten Bgm. ohne Einheirat kaum eine Chance zur Übernahme ihrer Ämter gehabt hätten.
- 3 Diese Praxis der Familienherrschaft beruht weniger auf Fremdenfeindlichkeit als auf der Umzulänglichkeit der Verkehrsverbindungen, die bis in unser Jahrhundert hinein die Mobilität der Jungbauern beschränkte.
- 4 Diese Dörfer sind durch eine homogene Grundbesitzstruktur gekennzeichnet. Auch im Alter der Familien bestehen keine wesentlichen Unterschiede. Daher entfällt ein hierarchischer Aufbau der Gesellschaft.
- 5 Im folgenden werden die Leiter der Gemeindeverwaltung einheitlich unter dem Namen Bürgermeister geführt.
- 6 Angaben über Latendorf durch Altbürgermeister Rudolf Lindemann.
- 7 Nach Angaben der Amtsverwaltung Boostedt.
- 8 Nach Angaben des CDU-Ortsverbandsvorsitzenden Riechling.
- 9 Ihre Namen sind derart eng mit der Vorstellung von Großenaspe verbunden, daß sie, wie die Lindemanns in Latendorf, gleichsam die Gemeinde politisch verkörpern.
- 10 Gudat, Albert: Aus Deutschlands dunkelsten Tagen: Flucht aus dem Osten, in: Dorfchronik Großenaspe, Heft 9, Oktober 1963, S. 157.
- 11 Vgl. dazu Gudat, a.a.O. S. 159.
- 12 Vgl. dazu S. 73. Ausnahmen bilden lediglich Nachbardörfer wie

Wiemersdorf und Fuhlendorf.

- 13 Zum Familienverband gehören wenige weitere Familien, wie die Familie Stick, die aber weder politisch noch durch die Größe des Besitzes hervorragten und hier nicht erwähnt werden.
- 14 Klahn, Adolf jun.: Der Hof Warmkammer in: Dorfchronik Großenaspe, H. 8, Mai 1963, S. 147.
- 15 Nach Angaben von Bgm. und Amtsvorsteher Otto Stölting.
- 16 Auszug aus der Höfestatistik Großenaspe ohne den Ortsteil Brokenlande nach Unterlagen der Kreislandwirtschaftsbehörde; Angaben in Hektar Eigentumsfläche.
- 17 So sind die Stölting über die Griep mit den Asbahr verwandt, über die Asbahr mit den Mehrens, über die Todt mit den Pingel, über die Klahn mit den Holtorff. Mehrfache Verbindungen bestehen u.a. zwischen Mehrens und Asbahr.
- 18 Nach Angaben Stölttings, die durch Einzelangaben der Dorfchronik ergänzt und bestätigt wurden.
- 19 Nach Bünning, Hartwig: 80 Jahre Freiwillige Feuerwehr, in: Dorfchronik, H. 15, November 1964, S. 282 ff. Zwischen 1940 und 1948 liegen die Führungsverhältnisse in der Freiwilligen Feuerwehr nicht eindeutig fest.
- 20 ders., a.a.O. S. 298.
- 21 Nach Angaben Stölting.
- 22 Nach Angaben Stölting.
- 23 So z.B. die Asbahr zwischen 1900 und 1955.
- 24 Aufstellung von Klöckner, Karl: Die Geschichte des Großenasper Forstverbandes, in: Dorfchronik Großenaspe, H. 21, Januar 1966, S. 406.
- 25 Nach Angaben von Bgm. Willi Ahrens.
- 26 Nach Höfestatistik der Kreislandwirtschaftsbehörde.
- 27 Kröger, Ernst: Der Kisdorferwohld, in: Der Kreis Segeberg,

Geschichte, Landschaft, Wirtschaft, a.a.O. S. 191.

3. ebenda, S. 194.

4. Nach Angaben Ahrens.

5. Nach Angaben Ahrens.

6. Vgl. dazu S. 14, Kisdorf hatte 1960 91 Auspendler nach Hamburg. (Nach Schriftenreihe Kreis Segeberg; hrsg. von Kreisverwaltung, H. 1, Strukturuntersuchungen Fendler.)

Von 1952 bis 1955 stellte der BHE den Bürgervorsteher, der politische Durchbruch der alten Eliten gelang erst bei den Wahlen von 1952 und 1966.

7. Nach Angaben des Stadtverordneten und Bürgervorstehers a.D. Lieck.

8. Nach Angaben Lieck.

9. Nach Angaben Lieck.

10. Angaben der Verwandtschaftsverhältnisse durch Lieck.

11. Vgl. dazu S. 35.

12. Die Familienherrschaft wird in den einzelnen Gemeinden unterschiedlich intensiv ausgeübt. Ihr Einfluß auf die Zirkulation ist daher unterschiedlich stark. Sie tritt nicht in allen Gemeinden politisch zu Tage, in denen die äußeren Voraussetzungen für ihre Wirksamkeit gegeben sind.

13. Verwandtschaftliche Verbindungen zwischen den "alten Familien" Bracker, Kaack, Rickert, Hauschildt (Warlies) bestehen nach Angaben von Egm. Kaack nicht. Diese fünf Familien majorisieren die Gemeindevertretung.

14. Kieler Nachrichten vom 15.4.66

15. Nach Harbeck, Hans Hinrich: Chronik von Bad Bramstedt, Hamburg 1959, S. 473.

16. Nach Angaben von Amtshauptinspektor Steinhagen, Bad Bramstedt.

- 42 Stehn, Erich: Ein schleswig-holsteinisches Dorf erlebt das Kriegsende 1945, in: Heimatkundliches Jahrbuch für den Kreis Segeberg, 2. Jahrgang 1956, S. 74.
- 43 Nach Angaben von Bgm. Erich Stehn.
- 44 Nach Angaben Stehn.
- 45 Vgl. dazu S. 108.
- 46 Die Bgm. Carstens, Juister, Pohlmann, Schröder, Ulrichs, Ahrens, Freudenthal, Kröger, Krüger, Mohr, Schweim, Timm und Frank;
die Bgm. a.D. Christopher, Matthée, von Postel;
die stellv. Bgm. Holtorff, Rottgart, Christopher;
die Amtsvorsteher Carstens, Freudenthal, Matthée, Mohr, Juiste Schröder, Timm.
- 47 Vgl. dazu S. 29.
- 48 Wie im Beispiel Schwissel, S. 76.
- 49 Der Anteil des primären Sektors am Bruttoinlandsprodukt des Kreises Segeberg ging von 35,2 % (1957) über 28,7 % (1961) auf 25,3 % (1964) zurück. (Nach: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes, P I 1-8- vom 4.11.66, S. 7) Im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl im primären Sektor (1961 34,3 % der Beschäftigten) lag er jedoch hoch, worin die günstige Betriebsstruktur der Landwirtschaft des Kreises zum Ausdruck kommt.
- 50 Vgl. dazu den Abschnitt über die Umschichtung der Eliten nach 1945, S. 116 ff.
- 51 Vgl. dazu S§ 19.
- 52 Amtshauptinspektor Steinhagen berichtete über die massive Abneigung bäuerlicher Bgm. gegen die Aufstellung von Flächennutzungsplänen, die mit der Abwehr gegen eine mögliche Überfremdung motiviert wurde. Auch die Bemühungen um eine Ansiedlung von Gewerbebetrieben haben in den Dörfern eine

geringere Intensität als in den Schwerpunktgemeinden.

53 Vgl. dazu S. 62.

54 Nach Elfers, Adolf: Die Verwaltung, in: Chronik Wahlstedt, hrsg. von der Gemeinde Wahlstedt 1958, S. 227 ff. . . . waren von vor 1600 bis 1945 sämtliche Bgm. bzw. Gemeindevorsteher bzw. Bauernvögte Bauern, mit Ausnahme von Gastwirt Sellhorn (1922 - 1944).

55 In den fünf Gemeindevertretungen Boostedts seit 1951 war der BHE bzw. die GDP mit 8, 4, 7 und 1 Abg. vertreten, die CDU mit 6, 4, 6, 6 und 9 Abg. 1966 verloren die alten Eliten der CDU ihren politischen Einfluß in der Gemeindevertretung, konnten jedoch das Bürgermeisteramt behaupten.

4. Das Verhältnis der konservativen zu den dynamischen Auswahlprinzipien.

- 1 Die Einteilung in konservative und dynamische Auswahlprinzipien verwendete Karl Mannheim, einer der liberalen Kritiker der Elitenbildung in der Massengesellschaft, zur Darstellung der negativen Wirkung der liberalen Prinzipien auf der Stufe der Massengesellschaft. Im Bedeutungsrückgang der konservativen Auswahlprinzipien, d.h. bei der Berücksichtigung von Besitz und Blut (Herkunft) für die Auswahl von Eliten, sieht er die Ursache der Zerstörung der alten Eliten. Eine harmonische Verbindung von konservativen und dynamischen Prinzipien, wie Mannheim sie für geeignet hält, muß zwangsläufig in ein abgestuftes Wahlrecht einmünden. Wir werden jedoch sehen, daß das Beharrungsvermögen der alten Eliten auch unter den Bedingungen des gleichen Wahlrechts sich auswirken kann.
- 2 Mannheim, a.a.O. S. 98 ff.
- 3 Knoll, Joachim: Führungsauslese in Liberalismus und Demokratie, Stuttgart 1957, S. 53.
- 4 Darauf beruhen die Integrationsschwierigkeiten der Neubürger und, wenn man die Übertragung kommunaler Ämter unter dem Aspekt des Vertrauens wettet, die Überrepräsentierung der Alteingesessenen in den Eliten und die Abneigung gegen Veränderungen.
- 5 Die politische Bedeutung des Besitzes beruht auf dem Ansehen, das der Grundbesitzer in der Dorfbevölkerung genießt. Sie liegt nicht in der Möglichkeit, durch massiven Einsatz von Geldmitteln, z.B. in Wahlkämpfen, den politischen Aufstieg zu fördern.
- 6 Aufstellung nach Berechnungen des Verfassers nach der Höfestatistik der Kreislandwirtschaftsbehörde.
- 7 Besitzerwechsel erfolgen bei großen Höfen über 100 ha häufiger

als bei mittleren Höfen. Die Besitzer sind nicht immer Betriebsleiter. Jahrhundertelange Familientraditionen finden sich nur bei wenigen großen Höfen.

Landsch.
VIEL

- 8 Das politisch relevante Ansehen steigt tendenziell mit der Größe des Hofes, jedoch nur bis zu dem Punkt, an dem die Hofbesitzer nicht mehr am dörflichen Gemeinschaftsleben teilnehmen.
- 9 Nach Berechnungen des Verfassers auf Grund der Höfestatistik.
- 10 Die Amtsvorsteher Graf Rantzau, Schlätel, Lüthje, Stölting, Biß zählen zu den führenden Grundbesitzern ihrer Gemeinden.
- 11 Vgl. dazu S. 84.
- 12 Aufstellung nach Höfestatistik der Kreislandwirtschaftsbehörde.
- 13 Vgl. dazu III., 5, S. 116 ff.
- 14 Svensson, Gadow, Frau Bruhn, Thun, Ramcke.
- 15 Über die politische Bedeutung der Einheirat vgl. S. 45.
- 16 Vgl. dazu das Beispiel Großenaspe
- 17 Nach Clasen, M.: Einstige Reinfelder Klosterdörfer im heutigen Kreis Segeberg, in: Heimatkundliches Jahrbuch des Kreises Segeberg, 1957, S. 74.
- 18 Besitzerfolgen des Amtes Traventhal.
- 19 ebenda
- 20 ebenda
- 21 ebenda
- 22 ebenda
- 23 ebenda
- 24 ebenda
- 25 ebenda
- 26 Nach Clasen, a.a.O. S. 74.

- 27 Besitzerfolgen
- 28 ebenda
- 29 Nach Stehn, Erich: Amt Traventhal - Die Landschaft südöstlich von Bad Segeberg, in: Der Kreis Segeberg, Geschichte, Landschaft, Wirtschaft, a.a.O. s. S. 269.
- 30 Besitzerfolgen
- 31 Nach Claren, a.a.O. S. 74.
- 32 Besitzerfolgen
- 33 Nach Stehn, a.a.O. S. 74.
- 34 Nach Angaben von Bgm. Kaack.
- 35 Nach Angaben von Bgm. Rathge.
- 36 Nach Angaben von Bgm. Stölting.
- 37 Nach Kröger, Ernst: Der Kisdorferwohld, a.a.O. S. 196.
- 38 Nach Kruse, Hans: Die Viehwirtschaft im Kreisgebiet, in: Der Kreis Segeberg, Geschichte, Landschaft, Wirtschaft, a.a.O. S. 84.
- 39 Vgl. dazu S. 45.
- 40 Michels, Robert: Soziologie des Parteiwesens, a.a.O.
- 41 Vgl. dazu S. 64.
- 42 Der zum Bgm. von Bad Bramstedt gewählte Stadtoberinspektor Endrikat hatte nicht nur den Vorteil, Erfahrungen in der Verwaltungsarbeit Bramstedts zu besitzen, es kam ihm für seine Wahl auch die Erfahrung zugute, die die Parlamentarier im Umgang mit ihm sammeln konnten. Der Bgm. von Ulzburg war vorher ehrenamtlicher Bgm. seiner Gemeinde und Gemeindeinspektor in Quickborn. Bgm. Fehrs hatte als Stadtmann in Ahrensburg Erfahrungen in der Verwaltung gesammelt.

5. Das Ergebnis des Umschichtungsprozesses nach 1945

- 1 Vgl. dazu Beispiele der Familienherrschaft S. 74 ff.
- 2 Diese Identität von Vor- und Nachkriegsfunktionerei Kommunalpolitikern unterscheidet sich von den Ergebnissen Edingers über die Kontinuität der deutschen Eliten, bei denen zwar die allgemeine Zugehörigkeit zu den Eliten, nicht aber die gleiche Funktion wiedergewonnen wurde.
- 3 Laswell, Lerner, Rothwell: The Comparative Study of Elites, Hoover Institute - Studies, Stanford 1952.
- 4 Edinger, Lewis: Post - totalitarian Leadership, in: American Science Review, 1960, S. 58.
- 5 Demokratisierung und Dezentralisierung der örtlichen Gebietsregierung, 2. rev. Auflage vom 1.2.46, hrsg. von der britischen Militärregierung.
- 6 Pagel, Paul: Die deutsche Gemeindeordnung, Hamburg 1948, S. 13.
- 7 ders. a.a.O. S. 13
- 8 ebenda
- 9 Durch die Verordnung Nr. 31.
- 10 Demokratisierung und Dezentralisierung, a.a.O. S. 14.
- 11 ebenda, S. 15.
- 12 ebenda, S. 35 f.
- 13 ebenda
- 14 ebenda, S. 14.
- 15 Stehn, Erich: Ein holsteinisches Dorf erlebt das Kriegsende 1945, in: Heimatkundliches Jahrbuch 1956, S. 76.
- 16 ebenda
- 17 Nach Angaben der damals beteiligten Bgm. Lindemann und Stölting.

- 18 Nach Angaben Lindemann.
- 19 Stölting schlug z.B. Heinicke als Nachfolger vor, der von den Briten akzeptiert wurde.
- 20 Es handelte sich vorwiegend um Menschen, die in normalen Zeiten nicht nach dem Bürgermeisteramt gestrebt hätten.
- 21 Ein Teil der Wechsel ging auf die Verwaltungsumstellung 1946 zurück: Einige Bgm. wie Bartram (Boostedt) rückten auf den neugeschaffenen Posten des Gemeindedirektors.
- 22 Az. 006 - 13 Kreisausschufbüro.
- 23 Dem E.-Ausschuß gehörten an: Meili, Hoffmann, Schättiger, Rickers, Ahagen, Freudenthal, Gosch, Steffnas, Maaß, Alms, ein weiterer Name ist nicht mehr lesbar; (Nach einem Kreis- tagsprotokoll von 1946 mit unleserlicher Datumsangabe)
- 24 An Stelle des der Kirche nahestehenden Grafen Rantzau wurde der Pastor Thies ausgewählt, für Rüder und Saager rückten Lescow und Freudenthal nach.
- 25 In einem solchen Falle berief der Kreisvorstand in Ermange- lung einer gesetzlichen Regelung einen Parteifreund seines Vertrauens zum Abgeordneten.
- 26 Entwicklung des Kreisverbandes Segeberg der CDU. Unveröffent- lichte Chronik der Kreisgeschäftsstelle der CDU, S. 2.
- 27 ebenda
- 28 Vgl. dazu S. 119.
- 29 Angaben über Gemeinden des Amtes Braßstedt-Land durch Amtsvor- steher Freudenthal und Amtshauptinspektor Steinhagen, über Ge- meinden des Amtes Traventhal durch Bgm. Stehn, des Amtes Boo- stedt durch Amtshauptinspektor Hagge, über Großenaspe durch Bgm. Stölting.
- 30 Der Anteil der Altbauern, Rentiers und Pensionäre lag in dieser Gruppe relativ hoch und betrug in einigen Ämtern über 50 %.
- 31 Segeberger Zeitung, 7.12.65.

- 32 Thyssen, Thyge: Bauer und Standesvertretung, Neumünster 1958, S. 402.
- 33 So in Bühnsdorf und Weede.
- 34 Durch Verordnung Nr. 81, Amtsblatt Schl.-Holst. vom 2.8.47.
- 35 Vgl. dazu S. 27.
- 36 Kreisverfassung des Kreises Segeberg, vom Kreistag am 29.3.46 beschlossen.
- 37 Über Dr. Dr. Pagel lief der Schriftverkehr zwischen britischen und deutschen Behörden. Da er des Englischen mächtig war, wurde er für die Briten zur Durchsetzung ihrer personalpolitischen Vorstellungen ebenso unentbehrlich, wie für die deutsche Seite zur Artikulation der deutschen Wünsche gegenüber den Briten. Pagel war neben Rickers, der übrigens ebenfalls in Kükels wohnte, die überragende politische Persönlichkeit im Kreise. Noch lange über ihren Tod hinaus nahm der Ortsverband Kükels der CDU im Kreisverband eine herausgehobene Stellung ein.
- 38 Seit der Politisierung der Kommunalverfassung von 1946 überwog im Kreistag, der früher reines Beschlußorgan gewesen war, der parlamentarische Charakter.
- 39 Vgl. dazu S. 30 ff.
- 40 Nach Angaben Lindemann.
- 41 Vgl. dazu S. 93 f.
- 42 Die Elemente, die zum Aufschwung der IG in den Bauerndörfern beitrugen, gewannen auch Einfluß auf die Parteistruktur bei CDU und FDP. Sie führte über die Aktivierung des Herkunftsprinzips für die Selektion zur Entpolitisierung beider Parteien und zu einer Verzerrung der Chancengleichheit für Neubürger. Die Kreistagsfraktion der CDU rekrutiert sich überwiegend, die der FDP fast ausschließlich, aus Honoratioren mit engem örtlichen Wirkungsbereich und einer diesem zugeordneten politischen Vorstellungswelt.

- 43 Das gilt vor allem für die CDU, die aus wahltaktischen Gründen auf die Respektierung von Prinzipien dieser dörflichen Vorstellungswelt angewiesen ist, die bei konsequenter Anwendung in ein Monopol der W3 in allen Bauerndörfern einmünden müssen. Die Existenz der CDU hängt unter diesen Umständen nicht unerheblich vom Kompromiß der Parteiführung mit den Bauernführern oder gar von ihrer Unterordnung unter die Vorstellungen der Honoratioren ab. Eine Analyse des Kreisgeschäftsführers machte das Dilemma der CDU deutlich: Die Wähler der Schwerpunktgemeinden, die die Mehrheit der Wahlbevölkerung stellen, tendierten dazu, die Partei als solche zu wählen; für die Wahlentscheidung in den Bauerndörfern gelte stärker die Persönlichkeit der Kandidaten. Deren Auslese müsse daher mehr den Gesichtspunkten der örtlichen heimatlichen Verbundenheit als den Erfordernissen des Leistungsprinzips angepaßt werden, wobei letzteres wohl für die Arbeit der Fraktion, nicht aber für den Wahlerfolg der CDU erforderlich sei.
- 44 Kreisvorsitzender Frank bekannte in einem Gespräch mit dem Verfasser, daß dieses Prinzip von der SPD in den wenigen aussichtsreichen Wahlkreisen angewendet würde.
- 45 Vgl. dazu S. 43.
- 46 Kleinbauern waren 1946 bis 1951 in der Kreistagsfraktion vertreten. Ihre politische Repräsentanz hörte seither auf. In der SPD sind Bauern in Partei- und Parlamentsfunktionen nicht mehr vertreten.
- 47 Vgl. dazu die Untersuchung über das Amt Traventhal, S. 139.
- 48 Im Gegensatz zu den Bauernvorstehern, die in die britische Personalpolitik einbezogen wurden.
- 49 Vgl. dazu S. 47.
- 50 ebenda
- 51 Nach Berechnungen des Verfassers nach Unterlagen der Amtverwaltung Traventhal.

C. Schluß

- 1 Heberle, Rudolf: Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Stuttgart 1963, S. 94. H. weist den Bauerndörfern der Geest trotz Lockerung der traditionellen genossenschaftlichen Verfassung noch immer eine stark gemeinschaftsbildende Kraft zu.

q u e l l e n v e r z e i c h n i s

A. Primäre Quellen:

Interviews durch den Verfasser mit:

Bürgermeister Ahrens, Kisdorf
" Frank, Seedorf
" Freudenthal, Hitzhusen
" Kaack, Gr. Kummerfeld
" Kröger, Gadeland
" Lindemann, Latendorf
" Rathge, Boostedt
" Stehn, Altengörs
" Stölting, Großenaspe
" Tietz, Wahlstedt

Landrat a.D. Dr. Alnor, Wahlstedt
Stellv. Kreisvors. der CDU Cornehlis, Kükels
Amtshauptinspektor Hagge, Gadeland
Kreispräsident Hastedt, Wensin
Kreisgeschäftsführer der CDU Hübner, Bad Segeberg
Bürgervorsteher a.D. Lieck, Bad Bramstedt
Amtsvorsteher Matthée, Boostedt
Geschäftsführer des Kreisbauernverbandes Riechling,
Schwissel

Aktenmaterial von Behörden:

Bürgermeister-, Bürgervorsteher- und Amtsvorsteherverzeichnis
der Kommunalaufsicht, Az. 4001, Bd. 2,3,4 und 8 der Kommunal-
aufsicht
Höfestatistik der Kreislandwirtschaftsbehörde
Landwirtschaftliches Adreßbuch Schleswig-Holstein 1950
Unterlagen über die Ergebnisse der Kommunalwahlen von 1955 -
1966 des Ordnungsamtes der Kreisverwaltung
Verzeichnis der Kreistagsabgeordneten von 1946 - 1966 des
Kreisausschußbüros, Az. 006 - 13 Kreisausschußbüro

Sitzungen

Gemeindeordnung, Amtsordnung, Kreisordnung für das Land Schleswig-Holstein, 4. neubearbeitete Auflage, hrsg. vom Schleswig-holsteinischen Gemeindevorstand.
Sitzungen des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes vom 11.6.1961.

sonstige primäre Quellen

Verwaltungserfolge des Amtes Traventhal
Bürokratisierung und Dezentralisierung der örtlichen Gebietsregierung, 2. rev. Aufl. vom 1.2.46, hrsg. von der Britischen Militärregierung
Entwicklung des Kreisverbandes der CDU, unveröffentlichte Chronik der Kreisgeschäftsstelle der CDU
Verlaß des Innenministers vom 31.8.65, Amtsblatt für Schleswig-Holstein, S. 450
Haushaltsplan des Kreises Segeberg für das Jahr 1967
Kreis Segeberg, Schriftenreihe, H. 1/1962, Strukturuntersuchungen: Bevölkerung, Fendler, hrsg. von der Kreisverwaltung
Kreis Segeberg, Schriftenreihe, H. 2/1963, Probleme der Raumordnung im Kreise Segeberg, hrsg. von der Kreisverwaltung
Stenographische Berichte des schleswig-holsteinischen Landtages, 4. Periode, 12. Sitzung

B. Sekundäre Quellen:

Aufsätze in Chroniken, Heimatbüchern etc.:

Bünning, Hartwig: 80 Jahre freiwillige Feuerwehr, in: Dorfchronik Großenaspe, H. 15, Nov. 1964, S. 282.

Clasen, M.: Einstige Reinfelder Klosterdörfer im heütigen Kreis Segeberg, in: Heimatkundliches Jahrbuch des Kreises Segeberg 1957, S. 74.

Elfers, Adolf: Die Verwaltung, in: Chronik Wahlstedt, hrsg. von der Gemeinde Wahlstedt, 1958, S. 225

Gudat, Albert: Aus Deutschlands dunkelsten Tagen: Flucht aus dem Osten, in: Dorfchronik Großenaspe, H. 9, Okt. 1963, S. 155.

Harbeck, Hans-Hinrich: Gottlieb Carl Christian Freudenthal, in: Chronik von Bramstedt, Hamburg 1959, S. 473-76.

Klahn, Adolf: Der Hof Warmkammer, in: Dorfchronik Großenaspe, H. 8, Mai 1963, S. 157.

Klößner, Karl: Geschichte des Großenasper Forstverbandes, in: Dorfchronik Großenaspe, H. 21, Jan 1966, S. 400.

Kröger, Ernst: Der Kisdorferwohld, in: Der Kreis Segeberg, Geschichte, Landschaft, Wirtschaft, Oldenburg i./O. 1960, S. 84.

Kruse, Hans: Die Viehwirtschaft im Kreisgebiet, in: Der Kreis Segeberg, Geschichte, Landschaft, Wirtschaft, Oldenburg i./O. 1960, S. 84.

Stehn, Erich: Amt Traventhal, die Landschaft südöstlich von Bad Segeberg, in: Der Kreis Segeberg, Geschichte, Landschaft, Wirtschaft, Oldenburg i./O. 1960, S. 265

Ein holsteinisches Dorf erlebt das Kriegsende 1945, in: Heimatkundliches Jahrbuch des Kreises Segeberg 1956, S. 74.

Allgemeine Aufsätze:

- Bahrendorf, Ralf: Ausbildung einer Elite
in: Der Monat, H. 166, 1962, S. 15
- Edinger, Lewis: Post- totalitarian Leadership
in: American Science Review, 1960, S. 58
- Bschenburg, Theodor: Möglichkeiten und Grenzen der
modernen Gemeinde-demokratie
in: Lübeckische Blätter, Jg. 1966 Nr. 2, S. 1
- Freund, Michael: Das Elitenproblem in der modernen
Politik
in: Politische Bildung H. 46, 1954, S. 235
- Plessus, Helmut: Über Elite und Elitenbildung
in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1956, S. 606
- Sczesny, Gerhard: Elite und Demokratie
in: Die neue Gesellschaft, H. 1, 1962, S. 18
- Stammer, Otto: Das Elitenproblem in der Demokratie
in: Schmollers Jahrbuch, 71 Jg., 1951, S. 1

Artikel aus Tageszeitungen:

Segeberger Zeitung

- 1.2.62 "SPD mit wesentlich verjüngter Mannschaft"
- 5.4.62 "Alle für Hinrich Schröder"
 - "Alles bleibt beim Alten"
 - "Zum 6. Male Ernst Holst"
- 28.3.62 "Alle stimmten für Gustav Timm"
- 5.4.62 "Wieder einstimmig: Kreispräsident Gert Hastedt"
- 2.5.62 "Unbeirrbar und unparteiisch"
- 21.7.62 "Kein Wachwechsel in den Kommunen"
- 4.2.62 "Wachablösung im Kreisbauernverband"

Darstellungen:

Fothusy-Huc, Viola Gräfin von: Demokratie und Interessenpolitik, Wiesbaden 1962.

Duverger, Maurice: Die politischen Parteien, Tübingen 1959.

Grundmann, Werner: Die Rathausparteien, Göttingen 1960.

v.d. Heydte, Friedrich-August, Sacherl, Karl: Soziologie des Parteiwesens, München 1955.

Heberle, Rudolf: Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Stuttgart 1963.

Kaufmann, Karl-Heinz, Kohl, Helmut, Molt, Peter: Kandidaturen zum Bundestag, mit einem Vorwort von Dolf Sternberger, Köln und Berlin 1961.

Knoll, Joachim: Führungsauslese in Liberalismus und Demokratie, Stuttgart 1957.

Laswell, Jernner, Rothwell: The Comparative Studies of Elite, Hoover Institute - Studies, Stanford 1962.

Lohmar, Ulrich: Innerparteiliche Demokratie, Stuttgart 1963.

Mann, Golo: Politische Entwicklung 1815 - 1871, in: Propyläen-Weltgeschichte, 8. Bd., Frankfurt und Berlin 1960.

Mannheim, Karl: Mensch und Gesellschaft in einem Zeitalter des Umbaus, Darmstadt 1950.

Michels, Robert: Soziologie des Parteiwesens, Neudruck der 2. Auf., Stuttgart 1955.

Mosca, Gaetano: Die herrschende Klasse, Bern 1950.

Pagel, Paul: Die deutsche Gemeindeordnung, Hamburg 1948.

Pareto, Vilfredo: Allgemeine Soziologie, hrsg. von Karl Brinkmann, Tübingen 1955.

Röpcke, Wilhelm: Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Zürich 1962.

Thyssen, Thyge: Bauer und Standesvertretung, Neumünster 1958.

Weber, Max: Politik als Beruf, München und Leipzig 1926,
Wirtschaft und Gesellschaft, 4. Aufl., Tübingen 1956.

Zapf, Wolfgang: Wandlungen einer Elite, München 1965.

Abkürzungsverzeichnis

CDU	-	Christlich-Demokratische Partei
SPD	-	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
FDP	-	Freie Demokratische Partei Deutschlands
BHE	-	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GDP	-	Gesamtdeutsche Partei
DP	-	Deutsche Partei
SHB	-	Schleswig-Holstein-Block
DNVP	-	Deutschnationale Volkspartei
NSDAP	-	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
WG	-	Wählergemeinschaft
KO	-	Kreisordnung
AO	-	Amtsordnung
GO	-	Gemeindeordnung
Abg.	-	Abgeordneter
KP	-	Kreispräsident
KA	-	Kreisausschuß
BV	-	Bürgervorsteher
Bgm.	-	Bürgermeister
OBV	-	Ortsbauernvorsteher
BBV	-	Bezirksbauernvorsteher
KBV	-	Kreisbauernvorsteher
Spadaka	-	Spar- und Darlehenskasse

Verzeichnis der Anhänge

1. Landräte und Kreispräsidenten seit 1951
2. Kreisausschuß seit 1951
3. Kreistag seit 1951
4. Gemeindeverzeichnis 1966
5. Vorsitzende der Vertretungskörperschaften 1966
6. Bürgermeister seit 1951 (einschl. Bürgervorsteher)
7. Amtsvorsteher seit 1951
8. Bezirks- und Ortsbauernvorsteher
9. Hauptausschuß des Kreisbauernverbandes
10. Vorstand des Kreisbauernverbandes
11. Ergebnisse der Gemeindewahlen
12. Gemeindegrenzenkarte
13. Kreisverfassung von 1946

Anhang 1

Landräte, Kreispräsidenten

	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Landrat	Alnor	Alnor	Alnor	Alnor	Alnor	Alnor
Kreis- präsident	Rickers	Rickers	Rickers	Rickers	Rickers	Rickers +
	1957	1958	1959	1960	1961	
Landrat	Alnor	Alnor	Dorenburg	Dorenburg	Dorenburg	
Kreis- präsident	v.Postel	v.Postel	Hastedt	Hastedt	Hastedt	
	1962	1963	1964	1965	1966	
Landrat	Dorenburg	Dorenburg	Dorenburg	Dorenburg	Graf Schwerin von Krosigk	
Kreis- präsident	Hastedt	Hastedt	Hastedt	Hastedt	Hastedt	

Anhang 2Kreisausschuß

	1951	1955	1959	1962	1966
CDU	Jacoby Seggau Säger Ströh	Brömmer Meier Ströh	Brömmer Peters von Postel	Hamdorf Kruse Peters von Postel	Hamdorf Kröger Peters von Postel Rottgart
SPD	Auhagen	Schwörcke Dobrint	Schwörcke Dobrint (Büsing)	Schwörcke Büsing (Frank, Gattermann)	Frank Rogge
FDP		Schröder Behn (Pohlmann)	Schröder Pohlmann	Schröder Pohlmann	Schröder
BHE		Stritzel (Urban)	Urban		

Anhang 3

Am 29. April 1951 gewählte Mitglieder des Kreistages

1. Wählervereinigung Kreis Segeberg (CDU - FDP - DP):

1. Saggau, Hugo, Bauer, Schmalensee		W
2. von Postel, Fritz, Landwirt, Pronstorf		
3. Grote, Alfons, Kaufmann, Rickling		W
4. Stoldt, Friedrich, Oberamtsinsp. i.R., Gadeland	DP	
5. Rickers, Willi, Bauer, Kükels		W
6. Neumann, Fritz, Apotheker, Bad Bramstedt		
7. Warnemünde, Alfred, Kaufmann, Bad Bramstedt	FDP	W
8. Schröder, Heinrich, Bauer, Lentförden	FDP	W
9. Schmidt, Ernst, Stellmacher, Schmalfeld	FDP	
10. Strön, Gustav, Mühlenbesitzer, Kaltenkirchen		W
11. Ulrich, K.Johann, Bauer, Alveslohe	FDP	
12. Schacht, Emil, Bauer, Ulzburg		W
13. Steenbock, Hugo, Kaufmann, Herstedt	DP	
14. Wullweber, Walter, Bauer, Todesfelde	FDP	W
15. Fohlmann, Hugo, Bauer, Stukenborn	FDP	
16. Dreyer, Hermann, Landwirt, Nahe		W
17. Sager, Hans, Lehrer, Sülfeld (Bornstel)		W
18. Pagel, Dr.Dr. Paul, Diplom-Landwirt, Kükels		W
19. Ladiges, Franz, Bauer, Fahrenkrug		W
20. Jacoby, Rudolph, Chefredakteur, Bad Segeberg		W
21. Wesche, Hans, Kaufmann, Bad Segeberg	FDP	W
22. König, Ludwig, Bauer, Geschendorf		
23. Schmidt, Johannes, Bauer, Bahrenhof		
24. Räder, Adolf, Mühlenbesitzer, Bad Segeberg	DP	
25. Jensen, Christian, Landrat a.D., Bad Segeberg	FDP	W
26. Hanelt, Gustav, Angestellter, Strenglin	DP	
27. Hamdorf, Karl, Schuhmachermeister, jetzt Bgm.		
28. Gripp, Hans, Bauer, Hardebek (Kaltenkirchen)	DP	

2. Gesamtdeutscher Block/BHE:

29. Salzmann, Otto, Angestellter, Neuglasau		
30. Milkereit, Willi, Lehrer, Bornhöved		
31. Matthée, Ulrich, Lehrer, Boostedt		
32. Hein, Erich, Landwirt, Bad Segeberg		
33. Müller, Johannes, Angestellter, Bad Segeberg		
34. Augschun, Dr. Gerhard, Arbeitsrechtler, Högersdorf		
35. Sucker, Hans, Kaufmann, Bad Segeberg		
36. Stritzel, Willy, Reg.Rat a.D., Bad Segeberg		
37. Molly, Dr. Walter, Generalkonsul a.D., Nützen		
38. Urban, Georg, Kaufmann, Bad Segeberg		
39. Nestaras, Hertha, Hausfrau, Schwissel		

3. Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

- | | |
|---|---|
| 40. Jungnitzsch, Julius, Tischlermeister, Bad Segeberg | |
| 41. Auhagen, Otto, Zivilingenieur, Henstedt | W |
| 42. Schwörke, Gustav, Gewerkschaftssekretär, Bad Segeberg | W |
| 43. Kühtz, Otto, Betriebsingenieur, Schieren | W |
| 44. Graff, Hilda, Hausfrau, Alveslohe | W |
| 45. Popp, Werner, Angestellter, Bad Segeberg | W |

W = Wiederwahl

Während der Legislaturperiode sind folgende Änderungen eingetreten:

-
- Zu 14: Wullweber ist verzogen, an seiner Stelle festgestellt:
Dehn, Hans, Kaufmann, Bad Bramstedt
- Zu 26: Hanelt hat sein Mandat niedergelegt, an seiner Stelle festgestellt:
Dölger, Theodor, Bauer, Westerrade
- Zu 29: Salzmann ist verzogen, an seiner Stelle festgestellt:
Rahn, Arnold, Landwirt, Blunk
- Zu 33: Müller hat sein Mandat niedergelegt, an seiner Stelle festgestellt:
Kruse, Hans, Angestellter, Bad Segeberg
- Zu 35: Sucker hat sein Mandat niedergelegt, an seiner Stelle festgestellt:
Papke, Heinrich, Kehler, Bad Bramstedt
- Zu 37: Dr. Molly hat sein Mandat niedergelegt, an seiner Stelle festgestellt:
Schwarz, Heinz, Reg.Rat a.D., Kaltenkirchen
dieser hat später ebenfalls sein Mandat niedergelegt,
an seiner Stelle festgestellt:
Pollandt, Max, Kaufmann, Nützen
- Zu 43: Kühtz hat sein Mandat niedergelegt, an seiner Stelle festgestellt:
Hinz, Friedrich, Sägemeister, Bad Bramstedt
- Zu 44: Frau Graff ist verzogen, an ihrer Stelle festgestellt:
Dobrint, Edwin, Polizeibeamter i.R., Bornhöved

Kreistag 1955

<u>CDU:</u>	Brömmen, Wilhelm Greve, Dr. Paul Grote, Alfons Kröger, Heinrich Krüger, Jonny Kruse, Otto Ludiges, Franz Meier, Karl Peters, Josef Rathge, Ernst Schmidt, Otto Ströh, Gustav Saggau, Hugo Wittern, Werner Pagel, Dr. Dr. Paul von Postel, Fritz Rickers, Willy	Kindorf Bad Segeberg Rickling Alvesloche Süßfeld Bad Bramstedt Fahrenkrug Bad Segeberg Wahlstedt Boostedt Seedorf Kaltenkirchen Schmalensee Weede Kükels Fronstorf Kükels	Landwirt Fabrikant Kaufmann Landwirt Landwirt Gärtnermeister Landwirt Schlachtermeister Geschäftsführer Landwirt Landwirt Mühlenbesitzer Landwirt Landwirt Minister Landwirt Landwirt
<u>SPD:</u>	Büsing, Anton Daubhäuser, Ella Dobrint, Edwin Hutzfeld, Hans Jungnitzsch, Julius Klinck, Johannes Schwörke, Gustav Voß, Ernst Wengel, Erwin	Wittenborn Ellerau Bornhöved Gadeland Bad Segeberg Glasau Bad Segeberg Boostedt Trappenkamp	Pol. Ob. Mstr. i.R. Geschäftsführerin Pol. Lt. i.R. Kaufmann Tischlermeister Gewerkschaftssekretär Polizeihauptmann i.R. Tischlermeister
<u>WV</u> <u>FDP- DP:</u>	Dehn, Hans Pohlmann, Hugo Schmidt, Ernst Schröder, Heinrich Stoldt, Friedrich Rüder, Adolf Warnemünde, Alfred Wesche, Hans Wrage, Joachim	Bad Bramstedt Stuvenborn Schmalfeld Lentförden Gadeland Bad Segeberg Bad Bramstedt Bad Segeberg Henstedt	Kaufmann Landwirt Stellmachermeister Landwirt Oberpostinsp. i.R. Mühlenbesitzer Kaufmann Kaufmann Landwirt
<u>BSE:</u>	Hein, Erich Jost, Martin Matthée, Ulrich Milkereit, Willi Papke, Heinrich Pollandt, Max Stritzel, Willy Urban, Georg	Bad Segeberg Bad Bramstedt Boostedt Bornhöved Bad Bramstedt Nützen Bad Segeberg Bad Segeberg	Landwirt a.D. Kaufmann Lehrer Lehrer Lehrer Kaufmann Reg. Rat a.D. Kaufmann

Veränderungen während der Legislaturperiode:

Dr. Dr. Pagel, Rickers, Rüder, Warnemünde, Stritzel - ausgeschieden
Handorf, Holtorff, Dölger, Bornholdt, Behrens - nachgerückt.

Kreistag 1959

<u>CDU:</u>	Brömmer, Wilhelm	Kisdorf	Landwirt
	Cornhels, Wolfgang	Kükels	Landwirt
	Cotthardt, Günter	Bad Segeberg	Kaufmann
	Hastedt, Gert	Wensin	Landwirt
	Holtorff, Hans	Großenaspe	Landwirt
	Kosch, Walter	Bad Segeberg	Bürgermeister
	Kröger, Heinrich	Alveslohe	Landwirt
	Krüger, Jonny	Sülfeld	Landwirt
	Kruse, Otto	Bad Bramstedt	Gärtnermeister
	Peters, Josef	Wahlstedt	Geschäftsführer
	von Postel, Fritz	Fronstorf	Landwirt
	Rathge, Ernst	Boostedt	Landwirt
	Schnack	Bad Bramstedt	Soldat
	Schmidt, Otto	Seedorf	Landwirt
	Ströh, Gustav	Kaltenkirchen	Mühlenbesitzer
	Wittern, Werner	Weede	Landwirt
	Ladiges, Franz	Fahrenkrug	Landwirt
<u>SPD:</u>	Büsing, Anton	Wittenborn	Pol.Ob.Mstr. a.D.
	Daubhauer, Ella	Ellerau	Geschäftsführerin
	Dobrint, Edwin	Bornhöved	Pol.Lt. a.D.
	Hutzfeld, Hans	Gadeland	Kaufmann
	Jungnitsch, Julius	Bad Segeberg	Tischlermeister
	Reimer, Siegfried	Wahlstedt	Buchhalter
	Panzer, Adolf	Bad Bramstedt	Maurer
	Schwörke, Gustav	Bad Segeberg	Gewerkschaftssekretär
	Wengel, Erwin	Trappenkamp	Tischlermeister
	Matthießen	Henstedt	Rentner
<u>FDP:</u>	Christopher, Heinz	Weede	Versicherungskaufmann
	Juister, Heini	Wittenborn	Landwirt
	Holler	Seedorf	Landwirt
	Pohlmann, Hugo	Stuvenborn	Landwirt
	Ritter, Walter	Bad Segeberg	Rechtsanwalt u. Notar
	Schröder, Heinrich	Lentförden	Landwirt
	Thonsen, Werner	Bad Bramstedt	Optikermeister
	Tietz, Horst-Max	Wahlstedt	Bürgermeister
	Wrage, Ernst	Itzstedt	Landwirt
	Schmidt, Ernst	Schmalfeld	Stellmachermeister
<u>NIE:</u>	Jost, Martin	Bad Bramstedt	Kaufmann
	Matthée, Ulrich	Boostedt	Lehrer
	Mükereit, Willi	Bornhöved	Lehrer
	Pollandt, Max	Nützen	Kaufmann
	Urban, Georg	Bad Segeberg	Kaufmann

Veränderungen während der Legislaturperiode:

Ströh, Ladiges, Dobrint, Hutzfeld, Matthießen, Schmidt - ausgeschieden
Sandorf, Hübner, Klinck, Kaun, Gattermann, Möller - nachgerückt

Kreistag 1962

<u>CDU:</u>	Brömmer, Wilhelm Greve, Dr. Paul Naack, Wolfgang Hamdorf, Karl Hastedt, Gert Holtorff, Hans Kröger, Heinrich Kröger, Karl Krüger, Jonny Kruse, Hans Kruse, Otto Lahmann, Werner Peters, Josef von Postel, Fritz Pulvermann, Harald Rathge, Ernst Rohlfing, August Rotzgart, Erich Schümann, Klaus Timm, Gustav	Kisdorf Bad Segeberg Bad Bramstedt Kaltenkirchen Wensin Großenaspe Alveslohe Gadeland Sülfeld Nehms Bad Bramstedt Bad Segeberg Wahlstedt Prönstorf Bahrenhof Boostedt Henstedt Bebensee Hasenmoor Seth	Landwirt Fabrikant Kaufmann Bürgermeister Landwirt Landwirt Landwirt Landwirt Landwirt Landwirt Gärtnermeister Dachdeckermeister Geschäftsführer Landwirt Landwirt Landwirt Landwirt Landwirt Landwirt Landwirt
<u>SPD:</u>	Büsing, Anton Frank, Manfred Gattermann, Gerd Jungnitzsch, Julius Meier, Heinz Panzer, Adolf Reimer, Siegfried Schlüter, Willv Schwörke, Gustav Wengel, Erwin Daubhäufer, Ella	Wittenborn Seedorf Gadeland Bad Segeberg Henstedt Bad Bramstedt Wahlstedt Ulzburg Bad Segeberg Trappenkamp Ellerau	Pol.Ob.Mstr. i.R. Gastwirt Drogist Tischlermeister Bankkaufmann Maurer Buchhalter Zimmermeister Gewerkschaftssekretär Tischlermeister
<u>FFD:</u>	Christopher, Heinz Juister, Heini Möller, Heinz Pohlmann, Hugo Ritter, Walter Schröder, Heinrich Thomsen, Werner Tietz, Horst-Max Ulrichs, Walter Wrage, Ernst	Beede Wittenborn Kaltenkirchen Stuvenborn Bad Segeberg Lentförden Bad Bramstedt Wahlstedt Bornhöved Itzstedt	Kaufmann Landwirt Landwirt Landwirt Rechtsanwalt u. Notar Landwirt Optikermeister Bürgermeister Landwirt Landwirt
<u>GDP:</u>	Matthée, Ulrich Milkereit, Willi	Boostedt Bornhöved	Lehrer Lehrer

Veränderungen während der Legislaturperiode:

Kruse, H., Kruse, O., Schwörke und Daubhäufer schieden aus.
Cornelius, Hübner, Kaun und Schmidt rückten nach.
Büsing wurde aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen.
Matthée und Milkereit traten zur CDU über.

Abgeordnete des am 13. März 1966 gewählten Kreistages

Christlich-Demokratische Union:

Ahrens, Willi	Kisdorf	Landwirt
Freudenthal, Gottlieb	Hitzhusen	Landwirt
Glück, Heinz	Ulzburg	Bürgermeister
Haack, Wolfgang	Bad Bramstedt	Kaufmann
Handorf, Karl	Kaltenkirchen	Bürgermeister a.D.
Hastedt, Gert	Wensin	Landwirt
Heidborn, Herbert	Wahlstedt	Kaufmann
Holtorff, Hans	Großenaspe	Landwirt
Kasch, Walter	Bad Segeberg	Bürgermeister
Kröger, Karl	Wittorferfeld	Landwirt
Krüger, Jonny	Sülfeld	Landwirt
Matthée, Ulrich	Boostedt	Lehrer
Meiners, Martin	Gut Kühlen	Landwirt und Diakon
Möller, Heinz	Bornhöved	Versicherungskaufmann
Mohr, Karl	Ellerau	Maurermeister
Peters, Josef	Wahlstedt	Fabrikant
von Postel, Fritz	Steinrade	Landwirt
Pulvermann, Harald	Bahrenhof	Landwirt
Rottgart, Erich	Bebensee	Landwirt
Samsche, Ewald	Bad Segeberg	Kaufmann
Schnack, Helmut	Bad Bramstedt	Hauptmann
Schweim, Ernst	Hartenholm	Landwirt
Timm, Gustav	Seth	Landwirt

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Blank, Erwin	Kaltenkirchen	Schlosser
Bunst, Willi	Boostedt	Angestellter
Frank, Manfred	Seedorf	Landwirt, Bgm.
Fiebiger, Robert	Bad Segeberg	Angestellter
Gastemann, Gerd	Gadeland	Pharm. Kaufmann
Kaun, Walter	Wahlstedt	Werkleiter
Kranbring, Horst	Henstedt-Rehn	Bezirksdirektor
Olef, Ingrid	Trappenkamp	Techn. Angestellte
Reimer, Siegfried	Wahlstedt	Verkaufsleiter
Rogge, Hans	Bad Segeberg	Zimmermeister
Schilling, Egon	Bad Bramstedt	Badewärter
Waldmann, Georg	Wardersee	Bankkaufmann
Wengel, Erwin	Trappenkamp	Techn. Angestellter

Freie Demokratische Partei:

Carstens, Hans	Sievershütten	Landwirt
Christopher, Heinz	Neede	Versicherungskaufmann
Dr. Iversen, Gerd	Bad Segeberg	Facharzt
Juister, Heini	Wittenborn	Landwirt
Fohlmann, Hugo	Stuvenborn	Landwirt
Schröder, Heinrich	Lentföhrden	Landwirt
Tietz, Horst-Max	Wahlstedt	Bürgermeister
Ulrichs, Walter	Bornhöved	Landwirt
Wrage, Bruno	Bad Bramstedt	Bauunternehmer

Anhang 4

Alphabetisches Gemeindeverzeichnis des Kreises Segeberg

Gemeinde	Einwohnerzahl am 31.12.1965	Name, Beruf des Bürgermeisters
Altengörs	211	Stehn, Erich, Landwirt
Alveslohe	1630	Koltzau, Joh., Steuerbevollmächtigter
Armstedt	322	Breiholz, Hans, Landwirt
Bad Bramstedt	7395	Endrikat, Herbert, Bürgermeister
Bahrenhof	211	Gärtner, Richard, Landwirt
Bark	617	Steenbock, Georg, Altenteiler
Bsbensee	376	Möller, Hugo, Land- und Gastwirt
Bimöhlen	521	Schütt, Ernst, Landwirt
Blunk	423	Stegelman, Otto, Altenteiler
Boostedt	3462	Rathge, Ernst, Müller und Landwirt
Bornhöved	1940	Ulrichs, Walter, Landwirt
Borstel	90	Banck, Helmut, Landwirt
Bühnsdorf	283	Ralf, Erwin, Landwirt
Daldorf	422	Lüthje, Gustav, Landwirt
Damsdorf	205	Bewarder, Emil, Landwirt
Dreggers	66	Freseman, Gerhard, Landwirt
Ellerau	1553	Mohr, Karl, Maurermeister
Fahrenkrug	855	Rammler, Otto, Geschäftsführer

Gemeinde	Einwohnerzahl am 31.12.1965	Name, Beruf des Bürgermeisters
Fehrenbötzel	515	Saggau, Gustav, Landwirt
Föhrden-Barl	210	Fölster, Max, Polizei- beamter i.R.
Fredesdorf	220	Rohlfis, Willi, Altbauer
Fuhlendorf	266	Griep, Hans, Landwirt
Gadeland	3298	Kröger, Karl, Landwirt
Geschendorf	348	König, Ludwig, Landwirt
Glasau	851	Meß, Karl, Revierförster
Gönnebek	348	Biß, Adolf, Landwirt
Götzberg	205	Gülk, Georg, Landwirt
Großenaspe	1919	Stölting, Otto, Landwirt
Gr. Kummerfeld	1134	Kaack, Willi, Landwirt
Gr. Niendorf	350	Tiedgen, Heinrich, Ge- schäftsführer
Gr. Rönnau	271	Holst, Ernst, Geschäfts- führer
Hagen	317	Behrens, Detlef, Kaufmann
Hamdorf	130	Ruge, Karl, Landwirt
Hardebek	382	Bruhse, Karl, Stellmacher meister
Hartenholm	1116	Schweim, Ernst, Landwirt
Hasenkrug	234	Ehrenstein, Oskar, Land- wirt
Hasenmoor	499	Möller, Fritz, Landwirt
Heidmoor	253	Menken, Edo, Landwirt
Heidmühlen	601	Wittorf, Willi, Müller und Gastwirt

Gemeinde	Einwohnerzahl am 31.12.1965	Name, Beruf des Bürgermeisters
Henstedt	3790	Steenbock, Claus, Kaufmann
Hitzhusen	618	Freudenthal, Gottlieb, Landwirt
Högersdorf	265	Ramm, Rudolf, Landwirt
Hüttblek	137	Thies, Walter, Landwirt
Itzstedt	621	Wrage, Ernst, Landwirt
Kaltenkirchen	5365	Fehrs, Günter, Bürgermstr.
Kattendorf	555	Müller, Wilhelm, Landwirt
Kayhude	616	Hamelau, Emil, Landwirt
Kisdorf	1647	Ahrens, Wilhelm, Landwirt
Kl. Gladebrügge	411	Pahl, Johannes, Landwirt
Kl. Rönnsau	584	Kistenmacher, Heinrich
Krems II	391	Höppner, Lutz, Landwirt
Kükels	380	Teegen, Willi, Landwirt
Latendorf	451	Lindemann, Hans, Landwirt
Leezen	1134	Borchers, Heinrich, Bau- unternehmer
Lentförden	1048	Schröder, Hinrich, Land- wirt
Mielsdorf	121	Schuldt, Hugo, Landwirt
Mönklöh	148	Runge, Heinrich, Landwirt
Mözen	287	Teegen, Alfred, Landwirt
Nahe	1027	Hüttmann, Hans-Joachim, Landwirt
Negernbötzel	488	Trautmann, Ernst, Landwirt
Nehms	502	Osterholz, Fritz, Landwirt

Gemeinde	Einwohnerzahl am 31.12.1965	Name, Beruf des Bürgermeisters
Neuengörs	255	Schlätel, Werner, Landwirt
Neversdorf	373	Warnecke, Otto, Landwirt
Nützen	1098	Böttger, Ernst, Maler
Oering	685	Lindemann, Johannes, Bäckermeister i.R.
Oersdorf	356	Steuck, Max, Landwirt
Pronstorf	1252	Schlüter, Hans, Landwirt
Rickling	2826	Poggemeier, Friedrich, Verwaltungsleiter a.D.
Rohlstorf	733	Alward, Herbert, Land- und Gastwirt
Schackendorf	337	Müller, Wilhelm, Haupt- lehrer a.D.
Schieren	221	Klees-Bruhn, Erich, Land- wirt
Schmalensee	417	Saggau, Helmut, Landwirt
Schmalfeld	1104	Schmidt, Ernst, Angestell- ter
Schwissel	151	Schütt, Herbert, Landwirt
Seedorf	1750	Franck, Manfred, Gastwirt
Seth	1239	Timm, Gustav, Landwirt
Sievershütten	414	Carstens, Hans, Landwirt
Söhren	145	Rohwer, Hermann, Landwirt
Stipsdorf	117	Westphal, Emil, Altentei- ler
Stocksee	397	Kalcher, Gustav, Schacht- meister

Gemeinde	Einwohnerzahl am 31.12.1965	Name, Beruf des Bürgermeisters
Strukdorf	244	Giese, Otto, Landwirt
Struvenhütten	585	Planbeck, Emil, Landwirt
Stubben	129	Kampwerth, August, Landwirt
Stuvenborn	444	Pöplmann, Hugo, Landwirt
Sülfeld	2501	Krüger, Jonny, Landwirt
Tarbek	298	Schädler, Wilhelm, Land- und Gastwirt
Tensfeld	404	Kieckbusch, August, Land- wirt
Todesfelde	714	Küpker, Harm, Landwirt
Trappenkamp	3956	Denecke, Otto, Bürgermstr.
Travenhorst	265	Kruse, Herbert, Kaufmann
Traventhal	382	Reincke, Otto, Landwirt
Ulzburg	3465	Glück, Heinz, Bürgermstr.
Wahlstedt	6322	Tietz, Horst-Max, Bürger- meister
Wakendorf I	316	Möller, August, Landwirt
Wakendorff II	754	Sternberg, Willi, Landwirt
Weddelbrook	666	Hennschen, Matthias, Landwirt
Weede	480	Wittern, Werner, Landwirt
Wensin	710	Mahnke, Hans, Schäfermstr.
Westerrade	291	Dölger, Walter, Landwirt
Wiemersdorf	908	Mackenstedt, Hermann, Landwirt
Winsen	194	Schelck, Ernst, Landwirt

Gemeinde	Einwohnerzahl am 31.12.1965	Name, Beruf des Bürgermeisters
Wittenborn	435	Juister, Heini, Landwirt
Buchholz (Forstgutsbezirk)	36	Gutsvorsteher: Forstmeister Jänicke

Anhang 5

Städte, Ämter und Gemeinden	Vorsitzender der Vertretungs- körperschaft	1.Stellvertreter	2.Stellvertr.
<u>a) Städte</u>			
1. Bad Segeberg- Stadt	Dr.Jürgen Dolling Walter Kasch (Bürgermeister)	Christel Jeschke Robert Fieoiger	Richard Beuck Erich Jensen
2. Bad Bramstedt- Stadt	Helmut Schnack Herbert Endrikat	Dr.Walter Fuchs Wolfgang Haack	Karl Wagner Bruno Wrage
<u>b) Amtsfr. Gemeinden</u>			
3. Glasau	Karl Meß	Hugo Iwers	Jens Karstens
4. Kaltenkirchen	Robert Wülf Günter Fehrs (Bürgermeister)	Dieter Stein Dr.Helmut Herbst	Joh. Kelmes Alex Siems
5. Seedorf	Manfred Frank	Otto Schmidt	Willy Kasch
6. Sülfeld	Jonny Krüger	Werner Seismann	Ernst-A.Flohr
7. Trappenkamp	Ernst Schöffel Otto Denecke (Bürgermeister)	Heinz Brett- schneider Erwin Wengel	Erika Schmidt Gert Steinfeld
8. Lügzburg	Gerhard Schefe Heinz Glück (Bürgermeister)	Alfred Wriedt Wilhelm Bade	Fritz Köckritz Erwin Koch
9. Wahlstedt	Rudolf Kehlen Horst-Max Tietz (Bürgermeister)	Siegfried Reimer Wolfgang Koch	Rudolf Seeger Herbert Heid- born
<u>c) Ämter</u>			
10. Bad Bramstedt- Land	Gottlieb Freuden- thal	Heinrich Runge	
Armstedt	Hans Breiholz	Adolf Schäfer	Max Rave
Bimöhlen	Ernst Schütt	Otto Horns	Willi Schultze
Borstel	Helmut Banck	Werner Kohn	Peter Rathjen
Föhrden-Barl	Max Fölster	Ernst Kock	Claus Harbek
Fuhlendorf	Hans Griep	Otto Schümann	Claus Runge

Städte, Ämter und Gemeinden	Vorsitzender der Vertretungs- körperschaft	1.Stellvertreter	2.Stellvertr.
Hagen	Detlef Behrens	Andreas Wiek- horst	Otto Koopmann
Hardebek	Karl Bruhse	Karl Nolte	Gustav Matjen
Hasenkrug	Oskar Ehrenstein	Richard Gripp	Hans Isenberg
Heidmoor	Edo Menken	Max Timmermann	Albert Henning
Hitzhusen	Gottlieb Freu- denthal	Hugo Klahn	Ludwig Masch- mann
Mönkloh	Heinrich Runge	Heinrich Meyser	Jürgen Thies
Weddelbrook	Matthias Hennschen	Ernst Timmermann	Ulrich Redeker
Wiemersdorf	Hermann Mackenstedt	Otto Steffens	Hans-J. Rörer
11. Bad Segeberg- Land	Ernst Holst	Arno Rammler	
Blunk	Otto Stegelmann	Emil Thies	Hans Tonn
Fahrenkrug	Arno Rammler	Alwin Hamann	Gustav Busch
Gr. Rönnau	Ernst Holst	Otto Rathje	Heinrich Harfst
Hamdorf	Karl Ruge	Hans Eggers	Herbert Rahlf
Kl. Rönnau	Heinrich Kisten- macher	Joh.W. Hesebek	Josef Erdmann
Negernböte	Ernst Trautmann	Paul Blunk	Helmut Göttsch
Schackendorf	Wilhelm Müller	Richard Hauschild	Ernst Gerdts
Schieren	Erich Klees-Bruhn	Otto Banditt	Helmut Hardt
Stipsdorf	Emil Westphal	Richard Böttger	Karl-H. Pönders
12. Boostedt	Ulrich Matthée	Willi Kaack	
Boostedt	Ernst Rathge	Herbert Kahlke	Hans-Dieter Bechthold
Gadeland	Karl Kröger	Hans Hutzfeld	Hermann Moeck
Gr. Kummerfeld	Willi Kaack	Karl-H. Bustorff	Karl Mallü
Latendorf	Hans Lindemann	Heinr. Lindemann	Gustav Thorn
13. Bornhöved	Adolf Biß	Helmut Saggau	
Bornhöved	Walter Ulrichs	Johs. Horstmann	Karl Hamer

Städte, Ämter und Gemeinden	Vorsitzender der Vertretungs- körperschaft	1. Stellvertreter	2. Stellvertreter
Damsdorf	Emil Bewarder	August Hinz	Hermann Thee
Gönnebek	Adolf Biß	Heinrich Meyer	Emil Niels
Schmalensee	Helmuth Saggau	Friedr. Bollbuck	Herm. Conradi
Stöcksee	Gustav Kalcher	Fritz Chrtmann	Walter Saggau
Tarbak	Wilhelm Schädler	Karl Tensfeldt	Max-Johs. Saggau
Tensfeld	August Kieckbusch	Otto Stamer	Theodor Graulich
14. Grobenaspe	Otto Stölting	Hans Holtorff	
Grobenaspe	Otto Stölting	Hans Holtorff	Max Asbahr
Heidmühlen	Willy Wittorf	Heinrich Pohlmann	Otto Saggau
15. Kaltenkirchen- Lend	Hinrich Schröder	Ernst Schmidt	
Hasenmoor	Fritz Möller	Klaus Schümann	Otto Butenschön
Lentförden	Hinrich Schröder	Ernst Möller	Herm. Petersen
Nützen	Ernst Böttger	Willi Brakel	Heinr. Böge
Schmalfeld	Ernst Schmidt	Werner Göttisch	Herm. Schümann
16. Kisdorf	Hans Carstens	Wilhelm Ahrens	
Hüttblek	Walter Thies	Ernst Fuhlendorf	Hans-Hugo Thies
Kattendorf	Wilhelm Müller	Hans Kölln	Herbert Haupt
Kisdorf	Wilhelm Ahrens	Friedr. Schuster	Adolf Oesting
Oersdorf	Max Steuck	Willy Rudolph	Harry Wiese
Sievershütten	Hans Carstens	Gerhard Siems	Karl-H. Ham- lau
Struvenhütten	Emil Plambek	Robert Geertz	Alwin Ahrens
Stuvenborn	Hugo Pohlmann	Heinrich Gloyer	Herbert Thies
Winsen	Ernst Sielck	Heinrich Möller	Friedr. Buder

Städte, Ämter und Gemeinden	Vorsitzender der Vertretungs- Körperschaft	1.Stellvertreter	2.Stellvertr.
17. Leezen	Hermann Kloock	Hugo Möller	
-Bebensee	Hugo Möller	Erich Rottgardt	Horst Klüssendorf
Bredesdorf	Willi Rohlfis	Gustav Böttger	Hans-M. Tödt
Gr. Niendorf	Heinrich Tiedgen	Johs. Fahrenkrog	Hanns Danger
Högersdorf	Rudolf Ramm	Hans-Erich Greve	Anton Kreft
Kükels	Willi Teegen	Walter Cornehlis	Erich Dechow
Leezen	Heinrich Borchers	Hugo Kaack	Fritz Asbahr
Mözen	Alfred Teegen	Claus Hebbel	Arthur Teegen
Neversdorf	Otto Warnecke	Manfred Reimers	Gustav Gosch
Schwissel	Herbert Schütt	Ewald Behrens	Kurt Böttger
18. Nahe	Gustav Timm	Johs. Lindemann	
Itzstedt	Ernst Wrage	Friedrich Brors	Albin Neumann
Kayhude	Emil Hamelau	Emil Schulz	Erwin Fleischhauer
Nahe	Hans-J. Hüttmann	Rudolf Peters	Hermann Zietz
Oering	Johs. Lindemann	Hans Wessel	Hans-L. Hüttmann
Seth	Gustav Timm	Werner Carstens	Walter Steenbuck
19. Plonstorf	Christian Graf zu Rantzaus	Walter Dölger	
Geschendorf	Ludwig König	Baldur Springmann	Adolf Bilsbacher
Fronstorf	Hans Schlüter	Emil Preiskorn	Herm. Hanelt
Strukdorf	Otto Giese	Wilhelm Henck	Hans Köppner
Westerbade	Walter Dölger	Heinrich Wittern	Otto Möller
20. Rickling	Gustav Lüthje	Friedr. Poggemeier	
Daldorf	Gustav Lüthje	Heinrich Rose	Karl-U. Ruge

Städte, Ämter und Gemeinden	Vorsitzender der Vertretungs- körperschaft	1. Stellvertreter	2. Stellvertr.
Fehrenbötel	Gustav Saggau	Willi Kahl	Ernst Lindner
Rickling	Friedr. Poggemeier	Alfred Olsson	Carl Jantzen
21. Ulzburg-Land	Karl Mohr	Georg Gülck	
Alveslohe	Johann Koltzau	Arnold Möller	Joh.-Hinrich Siems
Ellerau	Karl Mohr	Günther Blech- schmidt	Helmut Köpsell
Götzberg	Georg Gülck	Werner Pöhls	Max Maschmann
Henstedt	Claus Steenbock	Heinr. Fröhling	Horst Kämbrich
Wakendorf II	Willi Sternberg	Alfred Lentfer	Ernst G. Krö- ger
22. Traventhal	Werner Schlätel	Erich Stehn	
Altengörs	Erich Stehn	Hans Schmalfeldt	Erich Wanden- see
Bahrenhof	Richard Gärtner	Ulrich Drews	Paul Hamann
Bühnsdorf	Erwin Ralf	Jonny Heinrich	Herbert Weber
Dreggers	Gerhard Freese- mann	Gustav Härmand	Erich Kruse
Kl. Gladebrügge	Johannes Pahl	Klaus Thode	Gustav Ehrlich
Mielsdorf	Hugo Schuldt	Fritz Brügge	Hans-D. Studt
Neuengörs	Werner Schlätel	Arthur Rohlf	Willi Schuldt
Söhren	Hermann Rohwer	Ewald Blunk	Kurt Hamann
Stubben	August Lampwerth	Hans Danker	Klaus Voß
Traventhal	Otto Reincke	Walter Grell	Karl Rohlf
Wakendorf I	August Möller	Ernst Boine	Adolf Evers
Weede	Werner Wittern	Heinz Christopher	Adolf David
23. Wensin	Hans Mähne	Herbert Kruse	
Krems II	Lutz Höppner	Karl Schacht	Heinrich Grauerholz

Städte, Ämter und Gemeinden	Vorsitzender der Vertretungs- Körperschaft	1.Stellvertreter	2.Stellvertr.
Nehms	Fritz Osterholz	Willi Teevs	Herbert Stoltenberg
Rohlstorf	Herbert Alward	Gerd Schäfer	Otto Laskowski
Travenhorst	Herbert Kruse	Karl Günther Rüder-Düring	Jürgen Isen- berg
Wensin	Hans Mahnke	Otto Dankert	Ernst Blunk
24. Wittenborn	Heini Juister	Heinrich Schramm	
Bark	Georg Steenbock	Herbert Herring	Joachim Lembke
Buchholz (Forstgutsbz.)			
Hartenholm	Ernst Schweim	Heinrich Jensen	Hans Nöhren- berg
Todesfelde	Harm Küpker	Paul Süfke	Hans Erich Möller
Wittenborn	Heini Juister	Gustav Schwartz	Herbert Lange

Anhang 6

a) Amt Bad Bramstedt-Land

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Armstedt	Schümann	Schümann	Schümann	Schümann	Breiholz	Breiholz	Breiholz	Breiholz
Bimöhlen	Reimers	Reimers	Reimers	Reimers	Hunfeldt	Hunfeldt	Hunfeldt	Hunfeldt
Borstel	Schuldt	Schuldt	Schuldt	Schuldt	Schuldt	Schuldt	Schuldt	Schuldt
Föhrden-Barl	Lohse	Lohse	Lohse	Lohse	Lohse	Lohse	Lohse	Lohse
Fuhlendorf	Runge	Runge	Runge	Runge	Runge	Runge	Runge +	Griep
Hagen	Behrens	Behrens	Behrens	Behrens	Behrens	Behrens	Behrens	Behrens
Hardebek	Bruhse	Bruhse	Bruhse	Bruhse	Bruhse	Bruhse	Bruhse	Bruhse
Hasenkrug	Gripp	Gripp	Gripp	Gripp	Freese	Freese	Freese	Freese
Heidmoor	Seelbach	Seelbach	Seelbach	Seelbach	Bajorat	Bajorat	Bajorat	Bajorat
Hitzhusen	Freudenthal	Freudenthal	Freudenthal	Freudenthal	Freudenthal	Freudenthal	Freudenthal	Freudenthal
Mönkloh	Runge	Runge	Runge	Runge	Runge	Runge	Runge	Runge
Weddelbrook	Hennschen	Hennschen	Hennschen	Hennschen	Hennschen	Hennschen	Hennschen	Hennschen
Wiemersdorf	Schlesselmann	Schlesselm.						
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1964	1965
Armstedt	Breiholz	Breiholz	Breiholz	Breiholz	Breiholz	Breiholz	Breiholz	Breiholz
Bimöhlen	Schütt	Schütt	Schütt	Schütt	Schütt	Schütt	Schütt	Schütt
Borstel	Banck	Banck	Banck	Banck	Banck	Banck	Banck	Banck
Föhrden-Barl	Lohse	Lohse	Lohse	Fölster	Fölster	Fölster	Fölster	Fölster
Fuhlendorf	Griep	Griep	Griep	Griep	Griep	Griep	Griep	Griep
Hagen	Behrens	Behrens	Behrens	Behrens	Behrens	Behrens	Behrens	Behrens
Hardebek	Bruhse	Bruhse	Bruhse	Bruhse	Bruhse	Bruhse	Bruhse	Bruhse
Hasenkrug	Freese	Freese	Freese	Freese +	Ehrenstein	Ehrenstein	Ehrenstein	Ehrenstein

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Heidmoor	Bajorat	Menken						
Hatzkusen	Freudenthal							
Hönkloh	Runge							
Heddelbrock	Hennschen							
Wienersdorf	Schlessela.	Schlesselm.	Schlesselm.	Mackenstedt	Mackenstedt	Mackenstedt	Mackenstedt	Mackenstedt

b) Amt Bad Segeberg-Land

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Blunk	Wulf	Wulf	Wulf	Wulf	Wulf	Wulf	Wulf	Wulf
Fahrenkrug	Ladiges	Ladiges	Ladiges	Ladiges	Ladiges	Ladiges	Ladiges	Ladiges
Gr. Rönneu	Holst	Holst	Holst	Holst	Holst	Holst	Holst	Holst
Handorf	Hauschild	Hauschild	Hauschild	Hauschild	Ruge	Ruge	Ruge	Ruge
Kl. Rönneu	Kistenmacher	Kistenmach.	Kistenmach.	Kistenmach.	Kistenmach.	Kistenmach.	Kistenmach.	Kistenmacher
Negernbötzel	Trautmann	Trautmann	Trautmann	Trautmann	Trautmann	Trautmann	Trautmann	Trautmann
Schackendorf	Hauschildt	Hauschildt	Hauschildt	Hauschildt	Hauschildt	Hauschildt	Hauschildt	Hauschildt +
Schieren	Wittern	Wittern	Wittern	Wittern	Vogt	Vogt	Vogt	Vogt
Stipsdorf	Linnig	Linnig	Linnig	Linnig	Westphal	Westphal	Westphal	Westphal

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Blunk	Wulf	Wulf	Wulf +	Stegelman	Stegelman	Stegelman	Stegelman	Stegelman
Fahrenkrug	Rammler	Rammler	Rammler	Rammler	Rammler	Rammler	Rammler	Rammler

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Gr. Rönnau	Holst							
Hamdorf	Ruge							
Kl. Rönnau	Kistenmach. in							
Negernbötel	Trautmann							
Schackendorf	Voß	Voß +	Müller	Müller	Müller	Müller	Müller	Müller
Schieren	Vogt	Vogt	Vogt	Vogt +	Klees-Bruhn	Klees-Bruhn	Klees-Bruhn	Klees-Bruhn
Stipsdorf	Westphal							

c) Amt Boostedt

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Boostedt	Kracht							
Gadeland	Tepp	Tepp	Tepp	Hutzfeldt	Hutzfeldt	Hutzfeldt	Hutzfeldt	Hutzfeldt
Gr. Kummerfeld	Hammerich	Hammerich	Hammerich	Bracker	Bracker	Bracker	Bracker	Bracker
Latendorf	Lindemann							

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Boostedt	Matthée	Matthée	Matthée	Rathge	Rathge	Rathge	Rathge	Rathge
Gadeland	Kröger							
Gr. Kummerfeld	Bracker	Kaack						
Latendorf	Lindemann in							

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Bodesfelde	Bruhn	Bruhn	Bruhn	Bruhn	Schmalfeld	Schmalfeld	Schmalfeld	Schmalfeld
Wittenborn	Grimm	Grimm	Grimm	Grimm	Grimm	Juister	Juister	Juister
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Bark	Wrage	Wrage	Steenbock	Steenbock	Steenbock	Steenbock	Steenbock	Steenbock
Hartenholm	Lawerentz	Schweim	Schweim	Schweim	Schramm	Schramm	Schweim	Schweim
Bodesfelde	Schmalfeld	Küpker						
Wittenborn	Juister							

h) Ant Kisdorf

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Hüttblek	H. Thies	H. Thies	H. Thies	H. Thies	W. Thies	W. Thies	W. Thies	W. Thies
Kattendorf	Hamann	Hamann	Hamann	Hamann	Müller	Müller	Müller	Müller
Kisdorf	Ahrens							
Oersdorf	Siefke							
Sievershütten	Carstens							
Struvenhütten	Plambeck							
Stuvenborn	Thies	Thies	Thies	Thies	Pohlmann	Pohlmann	Pohlmann	Pohlmann
Winsen	Sielck							

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Hüttblek	W. Thies	W. Thies	W- Thies	W. Thies	W. Thies	W. Thies	W. Thies	W. Thies
Kattendorf	Müller	Müller	Müller	Müller	Müller	Müller	Müller	Müller
Kisdorf	Ahrens	Ahrens	Ahrens	Ahrens	Ahrens	Ahrens	Ahrens	Ahrens
Oersdorf	v. Drathen	v. Drathen	v. Drathen	Steuck	Steuck	Steuck	Steuck	Steuck
Sievershütten	Carstens	Carstens	Carstens	Carstens	Carstens	Carstens	Carstens	Carstens
Struvenhütten	Plambeck	Plambeck	Plambeck	Plambeck	Plambeck	Plambeck	Plambeck	Plambeck
Stuvenborn	Pohlmann	Pohlmann	Pohlmann	Pohlmann	Pohlmann	Pohlmann	Pohlmann	Pohlmann
Winsen	Sielck	Sielck	Sielck	Sielck	Sielck	Sielck	Sielck	Sielck

i) Amt Leezen

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Bebensee	Möller							
Fredesdorf	Rohlfis							
Gr. Niendorf	Tiedgen							
Högersdorf	Möller	Ramm						
Kükels	Harder	Harder	Harder	Harder	Jansen	Jansen	Jansen	Jansen
Leezen	Borchers							
Mözen	Hebbel							
Neversdorf	Hamer							
Schwissel	Böttger							

100

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Bebenses	Möller							
Fredesdorf	Rohlfis							
Gr. Niendorf	Tiedgen							
Hügersdorf	Ramm							
Kükels	Jansen	Teegen						
Laezen	Borchers							
Mözen	Voß	Voß	Voß	Teegen	Teegen	Teegen	Teegen	Teegen
Neveredorf	Warnecke							
Schwissel	Böttger	Böttger	Böttger	Behrens	Behrens	Behrens	Behrens	Schütt

j) Ant Nahe

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Itzstedt	Arps							
Kayhude	Stuhr							
Nahe	Finnern	Finnern	Finnern	Finnern	Schneider	Schneider	Schneider	Schneider
Oering	Lindemann							
Seth	Timm							

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Itzstedt	Wrage	Wrage	Wrage	Wrage	Wrage	Wrage	Wrage	Wrage
Kayhude	Stuhr	Stuhr	Stuhr	Hamelau	Hamelau	Hamelau	Hamelau	Hamelau
Nahe	Schneider	Schneider	Schneider	Schneider	Schneider	Schneider +	Hüttmann	Hüttmann

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Oering	Lindemann							
Seth	Timm							

k) Amt Fronstorf

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Geschendorf	König							
Fronstorf	v. Postel							
Strukdorf	Albert	Albert	Albert	Albert	Böge	Böge	Böge	Böge
Westerrade	Jonsson							

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Geschendorf	König	König						
Fronstorf	v. Postel	Schlüter						
Strukdorf	Giese	Giese +						
Westerrade	Jonsson	Jonsson	Jonsson	Jonsson	Jonsson	Jonsson +	Dölger	Dölger

l) Amt Rickling

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Daldorf	-	-	Lüthje	Lüthje	Lüthje	Lüthje	Lüthje	Lüthje
Fehrenbötzel	Mohr	Mohr	Mohr	Ramm	Ramm	Ramm	Ramm	Ramm +

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Rickling	Grote	Grote	Grote	Grote	Westphal	Westphal	Westphal	Westphal
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Daldorf	Lüthje							
Fehrenbövel	Kahl	Kahl	Kahl	Saggau	Saggau	Saggau	Saggau	Saggau
Rickling	Westphal	Poggemeier						

n) Amt Traventhal

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Altengörs	Stehn	Stehn	Stehn	Stehn	Stehn	Stehn	Stehn	Stehn
Bahrenhof	Gärtner	Gärtner	Gärtner	Gärtner	Gärtner	Gärtner	Gärtner	Gärtner
Bühnsdorf	Rieken	Rieken	Rieken	Rieken	Rieken	Rieken	Rieken	Rieken
Dreggers	Härmand	David	David	David	David	David	David	David
RLGladebrügge	Pahl	Pahl	Pahl	Pahl	Pahl	Pahl	Pahl	Pahl
Nielsdorf	Brügge	Brügge	Brügge	Brügge	Brügge	Brügge	Brügge	Brügge
Neuengörs	Schlätel	Schlätel	Schlätel	Schlätel	Schlätel	Schlätel	Schlätel	Schlätel
Böhren	Rohwer	Rohwer	Rohwer	Rohwer	Rohwer	Rohwer	Rohwer	Rohwer
Stubben	Nielsen	Nielsen	Nielsen	Nielsen	Nielsen	Nielsen	Nielsen	Nielsen
Traventhal	Rohlf	Rohlf	Rohlf	Rohlf	Rohlf	Rohlf	Rohlf	Rohlf
Wakendorf I	Möller	Möller	Möller	Möller	Möller	Möller	Möller	Möller
Weede	Christopher	Christopher	Christopher	Christopher	Lüthje	Lüthje	Lüthje	Wittern

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Altengörs	Stehn							
Bahrenhof	Gärtner							
Bühnsdorf	Rieken	Rieken	Rieken +	Ralf	Ralf	Ralf	Ralf	Ralf
Dreggers	Freeseemann							
KLGladebrügge	Fahl							
Mielsdorf	Schuldt							
Neuengörs	Schlätel							
Söhren	Rohwer							
Stubben	Schwardt	Kampwerth						
Traventhal	Rohlf	Rohlf	Rohlf	Reincke	Reincke	Reincke	Reincke	Reincke
Wakendorf I	Möller							
Weede	Wittern							

n) Amt Ulzburg-Land

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Alveslohe	Haartje							
Ellerau	Wehrmann							
Götzberg	Ehrich	Ehrich	Ehrich	Ehrich	Gülck	Gülck	Gülck	Gülck
Henstedt	Auhagen	Auhagen	Auhagen	Auhagen	Rohlfing	Rohlfing	Rohlfing	Rohlfing
Wakendorf II	Cornell							

125

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Alveslohe	Haartje	Koltzau						
Ellerau	Mohr	Mohr	Mohr	Kortmann	Kortmann	Kortmann	Kortmann	Mohr
Götzberg	Gülck							
Henstedt	Steenbock							
Wakendorf II	Sternberg							

o) Ant Wensin

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Krems II	Sorgenfrei	Sorgenfrei	Sorgenfrei	Sorgenfrei	Höppner	Jaaks	Jaaks	Jaaks
Nehms	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse
Rohlstorff	Grimm	Grimm	Grimm	Grimm	Schäfer	Schäfer	Schäfer	Schäfer
Travenhorst	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse
Wensin	Mahnke	Mahnke	Mahnke	Mahnke	Mahnke	Mahnke	Mahnke	Mahnke

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Krems II	Jaaks	Jaaks	Jaaks +	Höppner	Höppner	Höppner	Höppner	Höppner jn.
Nehms	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse +	Osterholz	Osterholz	Osterholz
Rohlstorff	Schäfer	Schäfer	Schäfer +	Alward	Alward	Alward	Alward	Alward
Travenhorst	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse	Kruse +
Wensin	Mahnke	Mahnke	Mahnke	Mahnke	Mahnke	Mahnke	Mahnke	Mahnke

p) Amtsfreie ehrenamtlich verwaltete Gemeinden

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Glasau	Iwers	Iwers	Iwers	Iwers	Deerberg	Deerberg	Deerberg	Deerberg
Seedorf	Reithinger	Reithinger	Reithinger	Reithinger	Reithinger	Reithinger	Reithinger	Reithinger
Sülfeld	Hinsch	Hinsch	Hinsch	Hinsch	Krüger	Krüger	Krüger	Krüger
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Glasau	Deerberg	Deerberg	Deerberg +	Meß	Meß	Meß	Meß	Meß
Seedorf	Reithinger	Reithinger+	Schramm	Frank	Frank	Frank	Frank	Frank
Sülfeld	Krüger	Krüger	Krüger	Krüger	Krüger	Krüger	Krüger	Krüger

-217-

q) Hauptamtlich verwaltete Gemeinden und Städte

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Bad Bramstedt	Gebhardt	Gebhardt	Gebhardt	Gebhardt	Gebhardt	Gebhardt	Gebhardt	Gebhardt
	BV:	Papke	Papke	Papke	Kruse	Kruse	Kruse	Schnack
Bad Segeberg	Kasch	Kasch	Kasch	Kasch	Kasch	Kasch	Kasch	Kasch
	BV: Jacoby	Jacoby	Jacoby	Jacoby	Wulf	Wulf	Wulf	Wulf
Kaltenkirchen	Hamdorf	Hamdorf	Hamdorf	Hamdorf	Hamdorf	Hamdorf	Hamdorf	Hamdorf
	BV: -	-	Ströh	Ströh	Bornholt	Bornholt	Bornholt	Thies
Trappenkamp	-	-	-	-	-	Beckert	Beckert	Beckert
	BV: -	-	-	-	-	-	-	-
Ulzburg	Reinicke	Schümann						
	BV: -	-	-	-	-	-	-	-

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Wahlstedt	Peters	Peters	Peters	Peters	Peters	Tietz	Tietz	Tietz
	BV: Dieke	Dieke	Dieke	Dieke	Dieke	Peters	Peters	Peters
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Bad Bramstedt	Gebhardt	Gebhardt	Gebhardt	Gebhardt	Gebhardt	Endrikat	Endrikat	Endrikat
	BV: Schnack	Schnack	Kruse	Lieck	Lieck	Lieck	Lieck	Schnack
Bad Segeberg	Kasch	Kasch	Kasch	Kasch	Kasch	Kasch	Kasch	Kasch
	BV: Iversen	Dolling	Dolling	Dolling	Dolling	Dolling	Dolling	Dolling
Kaltenkirchen	Hamdorf	Hamdorf	Hamdorf	Hamdorf	Hamdorf	Hamdorf	Fehrs	Fehrs
	BV: Thies	Thies	Thies	Thies	Thies	Thies	Naumann	Wulf
Trappenkamp	Beckert	Beckert	Beckert	Wengel, Berßin	Berßin	Berßin	Berßin +	Denecke
	BV: -	-	-	Schöffel	Schöffel	Schöffel	Schöffel	Schöffel
Ulzburg	Schümann	Schümann	Schümann	Schümann	Schümann	Schümann, Glück	Glück	Glück
	BV: -	-	-	-	-	-	Schimmel- pfennig, M. Runge	Schefe
Wahlstedt	Tietz	Tietz	Tietz	Tietz	Tietz	Tietz	Tietz	Tietz
	BV: Peters	Peters	Peters	Burghardt	Burghardt	Burghardt	Burghardt	Kehlen

Anhang 7

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Bad Bramstedt-Land	Steinweh	Steinweh	Steinweh	Steinweh	Steinweh	Steinweh	Steinweh	Steinweh
Bad Segeberg-Land	Hauschildt	Hauschildt	Hauschildt	Hauschildt	Hauschildt	Hauschildt	Hauschildt	Ladiges
Boostedt	Kaack	Kaack	Kaack	Kaack	Kaack	Kaack	Kaack	Kaack
Bornhöved	Rauert	Rauert	Rauert	Rauert	Rauert	Rauert	Rauert	Rauert
Großenaspe	Stölting	Stölting	Stölting	Stölting	Stölting	Stölting	Stölting	Stölting
Kaltenkirchen-Land	Ströh	Ströh	Schröder	Schröder	Schröder	Schröder	Schröder	Schröder
Kisdorf	Siefke	Siefke	Siefke	Siefke	Carstens	Carstens	Carstens	Carstens
Leezen	Rickert	Rickert	Rickert	Rickert	Klock	Klock	Klock	Klock
Nahe	Wrage	Wrage	Wrage	Wrage	Wrage	Wrage	Wrage	Wrage
Pronstorf	v. Postel	v. Postel	v. Postel	v. Postel				
Rickling		unbesetzt	unbesetzt	unbesetzt	Westphal	Westphal	Westphal	Westphal
Traventhal	Schlätel	Schlätel	Schlätel	Schlätel	Schlätel	Schlätel	Schlätel	Schlätel
Ulzburg-Land	Haartje	Haartje	Haartje	Haartje	Rohlfing	Rohlfing	Rohlfing	Rohlfing
Wensin	Bröcker	Bröcker	Bröcker	Bröcker	Barckhausen	Barckhausen	Barckhausen	Barckhausen
Wittenborn	Möller	Möller	Möller	Möller	Möller	Möller	Möller	Möller

-219-

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Bad Bramstedt-Land	Steinweh	Steinweh	Steinweh	Freudenthal	Freudenthal	Freudenthal	Freudenthal	Freudenthal
Bad Segeberg-Land	Wulf	Wulf	Wulf +	Vogt +	Holst	Holst	Holst	Holst
Boostedt	Kracht	Kracht	Kracht	Kracht	Kracht	Kracht	Kracht	Matthée
Bornhöved	Biß	Biß	Biß	Biß	Biß	Biß	Biß	Biß
Großenaspe	Stölting	Stölting	Stölting	Stölting	Stölting	Stölting	Stölting	Stölting
Kaltenkirchen-Land	Schröder	Schröder	Schröder	Schröder	Schröder	Schröder	Schröder	Schröder
Kisdorf	Carstens	Carstens	Carstens	Carstens	Carstens	Carstens	Carstens	Carstens
Leezen	Klock	Klock	Klock	Klock	Klock	Klock	Klock	Klock
Nahe	Timm	Timm	Timm	Timm	Timm	Timm	Timm	Timm
Pronstorf	v. Postel	v. Postel	Graf Rantzau	Rantzau	Rantzau	Rantzau	Rantzau	Rantzau
Rickling	Katt	Katt	Katt	Lüthje	Lüthje	Lüthje	Lüthje	Lüthje
Traventhal	Schlätel	Schlätel	Schlätel	Schlätel	Schlätel	Schlätel	Schlätel	Schlätel
Ulzburg-Land	Rohlfing	Rohlfing	Rohlfing	Rohlfing	Rohlfing	Rohlfing	Rohlfing	Mohr
Wensin	Barckhausen	Barckhausen+Kruse		Kruse	Kruse +	Mahnke	Mahnke	Mahnke
Wittenborn	Möller	Möller	Möller	Möller	Möller	Möller	Möller	Möller

10
00
1

Anhang 8

Bezirks- und Ortsbauernvorsteher

Bezirk Ia Bad Bramstedt:

1. Armstedt
2. Bad Bramstedt
3. Bimshlen
4. Borstel b. Brokstedt
5. Föhrden-Barl
6. Fuhlendorf
7. Hagen
8. Hardebek
9. Hasckrug
10. Hasselbusch
11. Hitzhusen
12. Mönkloh
13. Weddelbrook
14. Wiemersdorf

BBV Gustav Runge, Fuhlendorf

- OBV Bracker, Heinrich
" Koch, Karl
" Wrage, Willi
" Steffens, Hans
" Reimers, Heinrich
" Runge, Gustav
" Rathjen, Hans
" Reckefuß, Fritz
" Dörate, Wilhelm
" Decker, Max
" Runge, Albert
" Thies, Adolf
" Kunrath, Rudolf
" Bussmann, Hermann

Bezirk Ib Großenaspe:

15. Brokenlande
16. Großenaspe
17. Heidmühlen

BBV Hans Holtorff, Großenaspe

- OBV Schlüter, Hans
" Mehrens, Hans
" Pieper, Fritz

Bezirk II Kaltenkirchen:

18. Hasenmoor
19. Kaltenkirchen
20. Kampen
21. Lentföhrden
22. Nützen
23. Nützen-Hasselbusch
24. Schmalfeld

BBV Gert Gerdes, Schmalfeld

- OBV Stüben, Adolf
" Hasch, Hans
" Fölster III, Hans
" Möckelmann, Ernst
" Spanjer, Antino
" Hansen, Andreas
" Fölster, Hans

Bezirk III Henstedt:

25. Alveslohe
26. Ellerau
27. Götzberg
28. Henstedt
29. Ulzburg
30. Wakendorf II

BBV Richard Möller, Henstedt

- OBV Schink, Dietrich
" Behrmann, Wilhelm
" Thies, Hans
" Möller, Richard
" Reinicke, Hinrich
" Pohlmann, Arnold

Bezirk IV Kisdorf:

- 31. Hüttblek
- 32. Kattendorf
- 33. Kisdorf
- 34. Kisdorferwohld
- 35. Oersdorf
- 36. Sievershütten
- 37. Struvenhütten
- 38. Stuvemborn
- 39. Winsen

BBV Ernst Kröger, Kisdorf

- OBV Fohlmann, Ernst
- " Otte, Hans
- " Kröger, Hans
- " Sielk, Heinrich
- " Wrage jun., Ernst
- " Henning, Rudolf
- " Blunck, Johannes
- " Schwellnuß, Hans
- " Motzkau, Paul

Bezirk V Sülfeld:

- 40. Borstel b. Sülfeld
- 41. Itzstedt
- 42. Kayhude
- 43. Nahe
- 44. Oering
- 45. Seth
- 46. Sülfeld
- 47. Tönningstedt

BBV Jonny Krüger, Sülfeld

- OBV Koepke, Gustav
- " Wrage, Johannes
- " Hamelau, Emil
- " Peemöller, Herbert
- " Ebers, Paul
- " Timm, Gustav
- " Krüger, Jonny
- " Stolten, Ernst

Bezirk VI Bark:

- 48. Bark
- 49. Bockhorn
- 50. Hartenholm
- 51. Todesfelde
- 52. Vosshöhlen
- 53. Wittenborn

BBV Richard Wrage, Bark

- OBV Wrage, Richard
- " Jacobs, Hermann
- " Wrage, Gustav
- " Kock, Alfred
- " Steenbock, Robert
- " Möller, Georg

Bezirk VII Leezen:

- 54. Bobensee
- 55. Fredesdorf
- 56. Gr. Niendorf
- 57. Heiderfeld
- 58. Högersdorf
- 59. Krens I
- 60. Kükels
- 61. Leezen
- 62. Mözen
- 63. Neversdorf
- 64. Schwissel

BBV Willi Rickert, Neversdorf

- OBV Rickert, Heinrich
- " Rohfs, Hermann
- " Beckmann, Ernst
- " Harbeck, August
- " Möller, Werner
- " Dose, Hermann
- " Harder, Wilhelm
- " Hildebrandt, Heinrich
- " Hebbel, Hermann
- " Rickert, Willi
- " Böttger, Gustav

Bezirk VIII Traventhal:

- 65. Altengörs
- 66. Bahrenhof
- 67. Bühnsdorf
- 68. Dreggers
- 69. Kl. Gladebrügge
- 70. Mielsdorf
- 71. Neuengörs
- 72. Söhren
- 73. Steinbek
- 74. Stubben
- 75. Traventhal
- 76. Wakendorf I
- 77. Weede

BBV Johs. Schmidt, Bahrenhof

- OBV Böttger, Friedrich
- " Evers, Gustav
- " Rahlf, Erwin
- " Härmand, Gustav
- " Hamann, Willi
- " Brügge, Willi
- " Lüthje, Bernhard
- " Spiering, Hugo
- " Rohder, Max
- " Feddern, Paul
- " Schwardt, Bernhard
- " Evers, Adolf
- " David, Adolf

Bezirk IX Pronstorf:

- 78. Diekhof
- 79. Eilsdorf
- 80. Geschendorf
- 81. Goldenbek
- 82. Neukoppel
- 83. Pronstorf
- 84. Steinbek
- 85. Strenglin
- 86. Strukdorf
- 87. Westerrade
- 88. Wulfsfelde

BBV Walter Leonhardt, Strukdorf

- OBV Beckmann, Fritz
- " Lippmann, Willi
- " König, Ludwig
- " Cordts, August
- " Jensen, Andreas
- " von Postel, Fritz
- " Grell, Wilhelm
- " Hanelt, Gustav
- " Leonhardt, Walter
- " Dölger, Richard
- " Maßsen-Kragh, Iver

Bezirk X Wensin:

- 89. Gröhnöld
- 90. Krems II
- 91. Nehms
- 92. Quaal
- 93. Travenhorst
- 94. Warder
- 95. Wensin-Garbek

BBV Bruno, Hundt, Krems II

- OBV Voß, Claus
- " Saners, Johann
- " Prieß, Hermann
- " Grimm, August
- " Klüver, Heinrich
- " Schäfer
- " Svensson, Hans

Bezirk XI Seedorf:

- 96. Berlin
- 97. Blomnath
- 98. Fresenfelde
- 99. Hornsdorf
- 100. Kuhlenbrook
- 101. Neu-Glasau
- 102. Sarau
- 103. Schlammersdorf
- 104. Seedorf
- 105. Seekamp

BBV Richard Speetzen

- OBV Wulf, Karl
- " Böttcher, Hans
- " Sievers, Heinrich
- " Beuck, Hermann
- " Schacht, Hugo
- " Weber, Hermann
- " Horstmann, Willi
- " Dose, Paul
- " Mohr, Claus

Bezirk XII Bornhöved:

- 105. Bornhöved
- 107. Damsdorf
- 108. Gönnebek
- 109. Schmalensee
- 110. Stocksee
- 111. Tarbek
- 112. Tensfeld

BBV Hugo Saggau, Schmalensee

- OBV Stoenbock, Willi
- " Schröder, Hans
- " Bern, Gustav
- " Wulf Heinrich
- " Ohrtmann, Fritz
- " Schmidt, Max
- " Heinsen, Ernst

Bezirk XIII Bad Segeberg:

- 113. Bad Segeberg
- 114. Blunk
- 115. Fahrenkrug
- 116. Gr. Rönnau
- 117. Hamdorf
- 118. Kl. Niendorf
- 119. Kl. Rönnau
- 120. Negernbötel
- 121. Schackendorf
- 122. Schieren
- 123. Stipsdorf
- 124. Wahlstedt

BBV Emil Frahl, Kl. Rönnau

- OBV Blehse, Gustav
- " Clasen, Friedrich
- " Ladiges, Franz
- " Rathje, Otto
- " Rätke, Hans-Otto
- " Schmidt, Paul
- " Middeldorf, Fritz
- " Blunck, W.
- " Hauschildt, Richard
- " Wittern, Ernst
- " Grage, Otto
- " Paulsen, Karl

Bezirk XIV Rickling:

- 125. Daldorf
- 126. Fehrenbötel
- 127. Rickling

BBV Fritz Westphal, Rickling

- OBV Harfst, Heinrich
- " Hildebrandt, Johann
- " Westphal, Fritz

Bezirk XV Boostedt:

- 128. Boostedt
- 129. Braak
- 130. Gadeland
- 131. Gr. Kummerfeld
- 132. Kl. Kummerfeld
- 133. Latendorf
- 134. Willingrade
- 135. Witterfeld

BBV Claus Hauschildt, Gr. Kummerfeld

- OBV Brüggen, Gustav
- " Lindemann, Hinrich
- " Kaack, Hermann
- " Hauschildt, Claus
- " Joost, Heinrich
- " Busch, Hugo
- " Kubel, Johannes
- " Kröger, Karl

Anhang 9

Mitglieder des Kreishauptausschusses 1963/64 des Kreisbauernverbandes
 Bezirksvorsitzender = Mitglied des Kreisvorstandes

Bez.- Verb. Nr.	I f d.	N a m e	Wohnort	Grund- besitz in ha	Pos.in örtl. Höfesta- tistik	Poli- tisches Amt
I	1	<u>Griep, Hans</u>	Fuhlendorf	74	1	Bgm.
	2	Schmuck, Klaus	Weddelbrook	41	6	
	3	Pingel, Hans	Wiemersdorf	64	2	
	4	Delfs, Hans	Wiemersdorf	44	7	
	5	Mohr, Walter	Bad Bramstedt	62	3	Stadtverord.
	6	Menken, Edo	Heidmoor	25	3	Bgm.
II	7	<u>Schümann, Klaus</u>	Hasenmoor	87	1	1.st.Bgm., Kreistagsabg. a.D.
	8	<u>Möller, Heinz</u>	Kaltenkirchen	111	1	1.st.Bgm.a.D. Krst.abg.a.D.
	9	Hasenkamp, Jakob	Nützen	27		
	10	Pohlmann, Hugo	Stuvenborn	108	1	Bgm., Kreistag abg.
	11	Biehl, Gustav	Kisdorf	44		
	12	Schümann, Jasper	Lentförden	45		
III	13	<u>Schultz, Hans-W.</u>	Ellerau	104	1	
	14	<u>Schümann, Benno</u>	Götzberg	84	1	
	15	Gülk, Ernst	Alveslohe	20		
IV	16	<u>Wrage, Ernst</u>	Itzstedt	46	4	Bgm., Amts- vorst. a.D.
	17	Ebers, Walter	Oering	44	3	
	18	Stolten, Ernst	Sülfeld	57	3	
V	19	<u>Klook, Hermann</u>	Fredesdorf	29		Amtsvorst.
	20	Hauschildt, Gust.	Kükels	90	2	
	21	Tonn, Willi	Bebensee	67	4	

Bez.- Lfd. Verb. Nr.	N a m e	Wohnort	Grund- besitz in ha	Fos.in örtl. Köfesta- tistik	Poli- tisches Amt	
Va	22	<u>Juister, Heini</u>	Wittenborn	31		Bgm., Amtsv
	23	Wischmann, Martin	Todesfelde	63	4	
VI	24	<u>David-Studt, Hans</u>	Mielsdorf	73	1	2. St. Bgm.
	25	<u>Pulvermann, Harald</u>	Bahrenhof	100	1	Kreistagsabg.
	26	Boine, Ernst	Wakendorf I	60	3	1. st. Bgm.
VII	27	<u>Leonhardt, Walter</u>	Strukdorf	104	1	
	28	Graf Rantzau, Chr.	Pronstorf	895	1	Amtsvorsteher
	29	Dölger, Burghard	Westerrade	91	1	Bruder Bgm.
VIII	30	<u>Schlüter, Gustav</u>	Seedorf	23		
	31	Reithinger, Hans	Seedorf	32		Vater Bgm. +
	32	Hulmann, Heinr.	Seedorf	60	3	
VIIIa	33	<u>Witt, Hans</u>	Glasau	39	3	
Ix	34	<u>Gegndt, Otto</u>	Gönnebek	90	3	
	35	Obrtmann, Fritz	Stocksee	73	2	1. st. Bgm.
X	36	<u>Osterholz, Fritz</u>	Nehms	14		Bgm.
	37	Kruse, Hans	Nehms	23		Bgm. a.D. +
	38	<u>Hastedt, Gerd</u>	Wensin	959	1	Kreispräsident
XI	39	<u>Reiners, Gottlieb</u>	Negernbötel	40	4	
	40	Möller, Albert	Fehrenbötel	34		
	41	Stender, Adolf	Schankendorf	23		2. st. Bgm. a
XII	42	<u>Peters, Poppe</u>	Latendorf	33		1. st. Bgm. a.D.
	43	Haase, Gert	Boostedt	90	2	
	44	Warlies, Kurt	Gr. Kummerfeld	86	2	Schwiegervater Bgm. a.D.

Bez.- Verb.	Lfd. Nr.	N a m e	Wohnort	Grund- besitz in ha	Pos.in örtl. Höfesta- tistik	Poli- tisches Amt
XIIa	45	Holtorff, Karl	Großenaspe	52		Bruder Kr.abg.
	46	Mahlstedt, Heinnr.	Großenaspe	36		

Anhang 10

Vorstand des Kreisbauernverbandes:

Pulvermann

Bahrenhof

Griep

Fuhlendorf

Möller

Kaltenkirchen

Reimers

Negernbötel

Benno Schümann

Götzberg

Hastedt

Wensin

Otto Geerdät

Gönnebek

Anhang 11

a. Wahlergebnisse 1959 nach Unterlagen der Kommunalaufsicht

	CDU	SPD	FDP	BHE	Parteilos
1. Altengörs					7
2. Armstedt					7
3. Bahrenhof					7
4. Blunck					7
5. Borstel					7
6. Fuhlenhof					7
7. Gönnebek					7
8. Högersdorf					7
9. Latendorf					7
10. Mielsdorf					7
11. Mönkloh					7
12. Mözen					7
13. Negerabötel					7
14. Neuengörs					7
15. Nehms					7
16. Strukdorf					7
17. Stubben					7
18. Hamdorf					7
19. Hardebek					7
20. Hasenkrug					7
21. Tarbek					7
22. Tensfeld					7
23. Traventhal					7
24. Westerrade					7
25. Winsen					7
26. Frcdesdorf			7		
27. Kükels	7				
28. Sievershütten			7		
29. Stipsdorf				7 SHB	
30. Götzberg			7		
31. Gr. Niendorf			7		
32. Wakendorf I	7				
33. Wakendorf II	7				
34. Föhrden-Barl			4		3
35. Bark		1	6		
36. Bimöhlen	5			2	
37. Bühnsdorf	4		3		
38. Damsdorf	1		6		
39. Dreggers		2	5		
40. Ellerau	6	5			
41. Fehrenbötel	4	3			
42. Geschendorf	5	2			
43. Glasau	6	5			
44. Hitzhusen	5		2		
45. Hüttnblek		1	6		
46. Kayhude			4	3	
47. Kl. Gladebrügge	2		5		
48. Kl. Rönnau	3		4		

	CDU	SPD	FDP	BHE	Parteilos
49. Krems II			6	1	
50. Loozen	4		7		
51. Lentförden		2	9		
52. Schackendorf	4	3			
53. Schmalensee	4	3			
54. Schmalfeld		1	10		
55. Seth	7	4			
56. Söhren		1	6		
57. Stocksee		3			4
58. Struvenhütten		1	6		
59. Gr. Rönnau	6	1			
60. Hagen			4	3	
61. Stukenborn		2	5		
62. Weede	5		2		
63. Wensin		4	7		
64. Wittenborn		3	4		
65. Bad S. geberg	8	8	4	3	
66. Bad Bramstedt	6	4	5	4	
67. Alveslöhe	6		3	2	
68. Bebensee	5	1		1	
69. Boostedt	6	4		7	
70. Bornhöved	2	3	4	2	
71. Daldorf	5	1		1	
72. Fahrenkang	4	1		1	4 SHB
73. Gadeland	5	7		2	3 DP
74. Itzstedt	2		3	2	
75. Kaltenkirchen	5	3	5	4	
76. Kattendorf	2	1	4		
77. Kisdorf	6	1	2	2	
78. Nahe	7	1	1	2	
79. Neversdorf	3		3	1	
80. Nützen	4	1	4	2	
81. Oering	5		1	1	
82. Oersdorf	3	1	3		
83. Pronstorf	7	3	1		
84. Rickling	7	2	6	2	
85. Realstorf	2	4	5		
86. Schieren	5	1		1	
87. Schwissel	5	1		1	
88. Seedorf	3	4	3	1	
89. Großenaspe	8	2		1	
90. Gr. Kummerfeld	6	2	3	1	
91. Hartenholm	6	2	3		
92. Hasenmoor	3	1	3		
93. Heidmühlen	4	2	1		
94. Henstedt	5	6	2	2	2 DP
95. Sülfeld	9	2	4	2	
96. Todesfelde		1	4	2	
97. Dröppenkamp	6	4		1	
98. Traventhorst		3		3	1
99. Ulzburg	6	5	4	2	
100. Wahlstedt	5	5	4	3	
101. Wiemersdorf	4	1	5	1	

b. Wahlergebnis der Gemeindewahlen 1962, Mandatsverteilung nach Unterlagen der Kreisverwaltung

Gemeinde	CDU	SPD	FLP	GDP	WG
1. Altengörs					9
2. Armstedt					9
3. Bahrenhof					9
4. Bühnsdorf					9
5. Dreggers					7
6. Föhrden-Barl					9
7. Fredesdorf					9
8. Fuhlendorf					9
9. Geschendorf					9
10. Gönnebek					9
11. Götzberg					9
12. Gr. Rönnau					9
13. Hamdorf					7
14. Hardebek					9
15. Hasenkrug					9
16. Hitzhusen					9
17. Heidmoor					9
18. Högersdorf					9
19. Kl. Gladebrügge					9
20. Kl. Rönnau					9
21. Krems II					9
22. Latendorf					9
23. Mißelsdorf					7
24. Mönkloh					7
25. Mözen					9
26. Negernbötel					9
27. Nehms					9
28. Neuengörs					9
29. Neversdorf					9
30. Schieren					9
31. Stipsdorf					7
32. Strukdorf					9
33. Stubben					7
34. Sülfeld					17
35. Tarbek					9
36. Tensfeld					9
37. Traventhal					9
38. Wakendorf I					9
39. Westerrade					9
40. Blunk					9
41. Borstel					7
42. Bimöhlen	9				
43. Gr. Niendorf			9		
44. Hüttnblek			7		
45. Kükels	9				
46. Sievershütten			9		
47. Bark		1			8
48. Damsdorf	3				9
49. Gadeland		8			9

Gemeinde	CDU	SPD	FDP	GDP	AG
50. Hagen			7		2
51. Kayhude				4	5
52. Leezen			4		7
53. Oersdorf		1			8
54. Schackendorf		5			4
55. Schmalfeld		1			10
56. Seedorf		6			5
57. Schmalensee		4			5
58. Stocksee		3			6
59. Travenhorst		4			5
60. Weede			3		6
61. Wensin		3			6
62. Winsen		1			7
63. Wakendorf II	5				4
64. Alveslohe	7		2		2
65. Ellerau	4	3			4
66. Fahrenkrug	2	2			6
67. Itzstedt	3	2			4
68. Kattendorf	3	2			4
69. Kisdorf	5	3	2		1
70. Nahe	6	2			3
71. Oering	5		3		2
72. Pronstorf		1	2		6
73. Seth		3	1		7
74. Stuvvenborn	1	1	7		1
75. Todesfelde		1			8
76. Ulzburg	5	4		1	7
77. Wiemersdorf		1		1	9
78. Bebensee	6	3			
79. Glasau	6	5			
80. Großenaspe	9	2			
81. Leutförden		2	9		
82. Nützen	8		3		
83. Söhren		1	6		
84. Struvenhütten		2	7		
85. Wittenborn		3	6		
86. Daldorf	7	1		1	
87. Hasenmoor	3	1	5		
88. Bad Bramstedt	7	5	5	2	
89. Bad Segeberg	8	9	4	2	
90. Boostedt	6	5	1	5	
91. Bornhöved					
92. Fehrenbötzel	5	3	2		
93. Gr. Kummerfeld	6	2	3		
94. Hartenholm	6	3	2		
95. Heidmühlen					
96. Kaltenkirchen	8	5	5	1	
97. Rickling	7	3	6		1
98. Rohlstorf	3	3	5		
99. Trappenkaup	5	5	1		
100. Wahlstedt	5	6	4	2	
101. Schwissel	5	1		1	
102. Weddelbrook					9

Bürgerver.)

c. Wahlergebnis 1966 der Kreis- und Gemeindevahlen am
13. März 1966 in Schl.-Holstein, hgg. vom Innenminister

Gemeinde	CDU	SPD	FDP	IG
1. Altengörs				9
2. Armstedt				9
3. Blunk				9
4. Borstel				7
5. Bükisdorf				9
6. Föhrden-Barl				9
7. Fredesdorf				9
8. Geschendorf				9
9. Gönnebek				9
10. Götzberg				9
11. Gr. Rönnau				9
12. Hagen				9
13. Handorf				7
14. Hitzhusen				9
15. Högersdorf				9
16. Kl. Gladebrügge				9
17. Krems II				9
18. Latendorf				9
19. Leezen				11
20. Mielsdorf				7
21. Mözen				9
22. Negernbötel				9
23. Nekkms				9
24. Neuengörs				9
25. Neversdorf				9
26. Oersdorf				9
27. Schieren				9
28. Schmalfeld				11
29. Stipsdorf				7
30. Strukdorf				9
31. Stubben				7
32. Sülfeld				17
33. Tarbek				9
34. Tensfeld				9
35. Travenhorst				9
36. Traventhal				9
37. Wakendorf I				9
38. Weede				9
39. Westerrade				7
40. Winsen				9
41. Bahrenhof				9
42. Fuhlendorf				9
43. Hardebek				9
44. Hasenkrug				9
45. Kayhude				2
46. Heidmoor				9
47. Mönkloh				7

Gemeinde	CDU	SPD	FDP	WG
48. Binöhlen	9			
49. Kükels	9			
50. Söhren			7	
51. Sievershütten			9	
52. Hüttblek			7	
53. Bark		2		7
54. Schackendorf		5		4
55. Schmalensee		4		5
56. Seedorf		7		4
57. Seth		3		8
58. Stockse		4		5
59. Ulzburg		6		10
60. Wensin		2		7
61. Gr. Niendorf			6	3
62. Kl. Rönnau			3	6
63. Wakendorf II	5			4
64. Gadeland		6		11
65. Schwissel	4			3
66. Damsdorf	3			6
67. Fahrenkrug	4	2		5
68. Alveslohe	6	2		3
69. Ellerau	4	3		4
70. Henstedt	4	5	4	4
71. Kattendorf	4	1		4
72. Kisdorf	5	3	2	1
73. Nahe	5	2		3
74. Oering	5		2	2
75. Pronstorf		3	2	6
76. Bebensee	7	2		
77. Glasau	6	5		
78. Lentförden		2	9	
79. Struvenhütten		3	6	
80. Stuverborn	3		6	
81. Weddelbrook	4		5	
82. Wittenborn		3	6	
83. Hasenmoor	4		5	
84. Daldorf	7	2		
85. Bad Bramstedt	10	5	4	
86. Bad Segeberg	10	8	4	
87. Boostedt	9	5	2	
88. Bornhöved	2	4	5	
89. Fehrenbötzel	4	3	2	
90. Großenaspe	7	2	2	
91. Gr. Kummerfeld	6	3	3	
92. Hartenholm	7	2	2	
93. Heidmühlen	6	1	2	
94. Kaltenkirchen	11	5	3	
95. Nützen	6	2	3	
96. Rickling	10	3	4	
97. Rohlstorf	4	2	3	
98. Todesfelde	5	1	3	
99. Wiemersdorf	7	1	3	
100. Ihstedt	3	3	4	
101. Treppenkamp	7	9	1	
102. Wahlstedt	7	6	4	

L e b e n s l a u f

Am 9.11.1941 wurde ich in Tilsit als Sohn des Lehrers Ulrich Matthée und seiner Frau Dora, geb. Nitzke, geboren. Nach der Flucht meiner Eltern besuchte ich in Boostedt, einem Ort in Mittelholstein, seit 1948 die Grundschule, um 1952 auf die Holstenschule Neumünster, ein Gymnasium mit neusprachlichem und mathematisch-naturwissenschaftlichem Zweig, überzuwechseln. Die Reifeprüfung legte ich im Februar 1961 am Staatlichen Internatgymnasium Schloß Plön ab, das ich seit 1957 besucht hatte. Es folgte ein zweijähriger Wehrdienst, den ich beim Panzerbataillon 183 in Boostedt ableistete und mit der Beförderung zum Leutnant abschloß. Im Sommersemester 1963 nahm ich an der Universität Kiel das Studium der Politischen Wissenschaften, der Romanistik und der Geographie auf, das ich im folgenden Semester an der Freien Universität Berlin fortsetzte. Am dortigen Otto-Jahr-Institut legte ich im April 1965 die Zwischenprüfung (Vordiplom) im Fach Politologie ab. Nach meiner Rückkehr nach Kiel nahm ich zusätzlich ein Jurastudium auf. Im August desselben Jahres wurde ich von Prof. Dr. Freund, dem Ordinarius für Wissenschaft und Geschichte der Politik, an der Universität Kiel, als Doktorand angenommen. Während meines Studiums unternahm ich mehrere ausgedehnte Reisen nach Spanien und Portugal.

Kiel, im Mai 1967



(Ulrich Matthée)